



Verhandlungen

des

zweiten österreichischen socialdemokratischen Parteitages

abgehalten zu Wien

am 28., 29. und 30. Juni 1891

im

Galeriesaale des Hotel „Union".

Nach dem stenographischen Protokolle.



Wien, 1891.
In Commission bei **Leopold Weiß**, I., Tuchlauben 7.

Verzeichniß der in Oesterreich erscheinenden Arbeiterblätter.

„Arbeiterstimme“. Brünn. Redaction: Kössilergasse 22. Administration: Josefstadt 39. Erscheint am 1. und 3. Mittwoch jeden Monats. Vierteljährig 30 kr.

„Arbeiterwille“. Graz. Redaction, Administration und Expedition: Lendplatz 4. Erscheint am 2. und 4. Mittwoch jeden Monats. Vierteljährig 30 kr.

„Arbeiter-Zeitung“. Wien. Redaction und Administration: VI., Gumpendorferstraße 60. Erscheint wöchentlich jeden Freitag Vierteljährig 75 kr.

„Arbeiterschutz“. Wien. Redaction und Administration: VI., Gumpendorferstraße 64. Erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Vierteljährig 35 kr.

„Avanti!“ (italienisch). Triest. Redaction und Administration: Via Farneto 1. Erscheint monatlich zweimal. Vierteljährig 40 kr.

„Bäcker-Zeitung“. Wien. Redaction und Administration: Fünfhaus, Neubaugürtel 44. Erscheint am 1. und 3. Donnerstag jeden Monats. Vierteljährig 36 kr.

„Bauarbeiter-Zeitung. Oest.“ Wien. Redaction und Administration: Ottakring, Lerchenfelderstraße 66. Erscheint alle 14 Tage Donnerstag Abends. Vierteljährig 30 kr.

„Časopis stabevnich dělníků“ (slavisch). Prag. Redaction: Weinberge, Klicperagasse 15; Administration: Smichov bei Prag, Pilsnerstraße 225. Erscheint monatlich zweimal. Vierteljährig 20 kr.

„Červánky“ (slavisch). Brünn. Redaction und Administration: Josefstadt 21. Erscheint am 1. und 3. Mittwoch jeden Monats. Vierteljährig 24 kr.

„Delavski list“ (slovenisch). Triest. Redaction: Via Amalia 7 in 5. Erscheint monatlich zweimal Vierteljährig 30 kr.

„Dělnické Listy“ (slavisch). Wien. Redaction und Administration: X., Staatsbahngasse 2. Erscheint zweimal des Monats. Vierteljährig 35 kr.

„Fachblatt der Drechsler“ (deutsch und slavisch). Wien. Redaction und Administration: VI., Schmalzhofgasse 12. Erscheint am 1. und 3. Donnerstag jeden Monats. Vierteljährig 36 kr.

„Freie Hutmacher-Zeitung“. Wien. Redaction: Penzing. Poststraße 73. Administration: VII., Schottenfeldgasse 37. Erscheint am 1. und 3. Samstag jeden Monats. Vierteljährig 50 kr.

„Freie Schuhmacher-Zeitung“. Wien. Redaction und Administration: VII., Kaiserstraße 73. Erscheint jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat. Vierteljährig 30 kr.

„Freigeist“. Reichenberg. Redaction und Administration: Ladegasse 23. Erscheint am 2. und 4. Donnerstag jeden Monats. Vierteljährig 30 kr.

„Glück auf“. Karbitz (Böhmen). Redaction und Administration: Karbitz 167. Erscheint zweimal des Monats. Vierteljährig 40 kr.

Verhandlungen

des

zweiten österreichischen

socialdemokratischen Parteitages

abgehalten zu Wien

am 28., 29. und 30. Juni 1891

im

Galeriesaale des Hotel „Union“.

Nach dem stenographischen Protokolle.

Wien, 1891.

Verlag von Ludwig A. Bretschneider.

Druck von Carl Steinhardt & Cie. (verantw. Leiter Gustav Röttig), Wien

Die wichtigsten Beschlüsse

des

Parteitages der socialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs

am Parteitag zu Hainfeld

(30. und 31. December 1888 und 1. Jannar 1889).

I. Principien-Erklärung.

Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterclasse, wird dadurch zum Sclaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Capitalistenclasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Productionsmitteln, wie er also politisch den Classenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das colossale Anwachsen der Productivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vor-

bedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des arbeitenden Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterclasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das classenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesonders nach dem Verhalten der Gegner richten. Es werden jedoch folgende allgemeinen Grundsätze aufgestellt:

1. Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der socialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Classenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterclasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutzgesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitcontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Coalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterclasse ist der obligatorische, unentgeltliche und confessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Culturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die socialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Classeninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Classengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Classenkampf ist, dessen Verlauf mit umso geringeren Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Classen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die socialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Censur und Aufhebung des Preß

monopols für die Besitzenden durch Caution und Stempel, sowie des Verbots der Colportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrechtes (und zwar vom zwanzigsten Lebensjahr an, wo die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschwornengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutzgesetzgebung.

So lange die capitalistische Productionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterclasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sclaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbe-Inspection ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Coalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredungen und Cartellen der Arbeiter.

2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).

4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.

5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.

7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.

8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.

9. Arbeiter-Organisationen, welche auf fachlicher und localer Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspectoren bei der Controle der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Tagesordnung
des
Parteitages zu Wien.

1. Bericht über die Parteithätigkeit seit dem Parteitag zu Hainfeld.

2. Stand und Ziele der gewerkschaftlichen Organisation in Oesterreich.

3. Die Bewegung zur Erlangung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechtes.

4. Die Maibewegung.

5. Der Fortgang der sogenannten „Socialreform" in Oesterreich.

6. Der Internationale Socialistencongreß zu Brüssel 1891; nationaler und internationaler Arbeiterschutz.

7. Parteiorganisation und Parteipresse.

Als Einberufer fungirten die Redactionen:

„**Arbeiterstimme**", Brünn.
„**Arbeiterwille**", Graz.
„**Arbeiter-Zeitung**", Wien.
„**Avanti**", Triest.
„**Delnicki Listy**", Wien.
„**Freigeist**", Reichenberg.
„**Robotnik**", Lemberg.
„**Heslo**", Prag.
„**Hlas-Lidu**", Proßnitz.
„**Praca**", Lemberg.
„**Rovnost**", Brünn.
„**Sozialni demokrat**", Prag.
„**Volksfreund**", Brünn.
„**Volkspresse**", Wien.
„**Zora**", **Delavski List**, Triest.

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen, und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 15 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

3.

Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.

4.

Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

5.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbstständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Discussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbstständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

6.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

7.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

8.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Discussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Erster Tag.

(Vormittagssitzung vom 28. Juni 1891.)

Beginn der Sitzung 10 Uhr 30 Minuten.

Genosse Popp (das Präsidium übernehmend): Im Namen der Einberufer des Parteitages der österreichischen Socialdemokratie begrüße ich Sie auf das Herzlichste. Noch vor einem Monate wäre es unmöglich gewesen, auf dem Wiener Boden unseren Parteitag abzuhalten. Seitdem haben sich die Verhältnisse geändert und es ist uns nunmehr möglich geworden. Es ist dies umso erfreulicher, als, wie Sie wissen, eine große Anzahl der Genossen in Folge der Ausnahmsverordnung Wien verlassen mußten und ohne Bewilligung dahin nicht zurückkehren durften. Ein Theil dieser Genossen ist heute unter uns (Bravo! Bravo!), und ich begrüße sie speciell auf das Herzlichste. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Es ist bedauerlich, daß der größere Theil jener Genossen, die bei Proclamirung des Ausnahmszustandes von Wien ausgewiesen wurden, bis nun dahin nicht zurückkehren konnte. Hoffen wir aber, daß durch unsere Organisation und durch unser taktisches Auftreten auch noch diese Schranke fallen wird, und daß wir in Bälde alle diese Genossen wieder in Wien begrüßen werden können.

Ich erkläre sohin den zweiten Parteitag der österreichischen Socialdemokratie für eröffnet. Wir schreiten zunächst in Gemäßheit unserer gestrigen Vorbesprechung zur Wahl des Bureaus. Vorher werde ich die Namen sämmtlicher Theilnehmer, sowie deren Wohnort zur Verlesung bringen, die Nummer ihrer Theilnehmerkarte für den heutigen Parteitag aufrufen, und ich bitte jeden Einzelnen genau zu constatiren, ob Name, Wohnort und Nummer mit dem von mir verlesenen Verzeichnisse übereinstimmt. Jene Genossen, welche noch keine Theilnehmerkarte haben, wollen sich mit Rücksicht auf die behördliche Controle, der wir unterworfen sind, sofort melden. (Nach Vornahme der Kartenrevision:) Wir schreiten nunmehr zur definitiven Wahl des Bureaus. In Gemäßheit unserer gestrigen Vorbesprechung werden Ihnen vorgeschlagen als Vorsitzende Genosse Neumann (Wien) und Schmidt (Jägerndorf) für die deutsche Sprache, Genosse Hybeš (Brünn) und Dedič (Kladno) für die böhmische Sprache, als Schriftführer die Genossen Häfner (Wien), Rieger (Reichenberg), Mankowski

(Lemberg) und Körbler (Prag). Wenn keine Einwendung erhoben wird, würde ich die Wahl sämmtlicher Functionäre auf einmal vornehmen. (Zustimmung.) Ich ersuche sohin, jene Genossen, welche die genannten Functionäre wählen wollen, die Karte zu erheben. (Geschieht.)

Der Parteitag hat die Wahl des Ihnen vorgeschlagenen Bureaus beschlossen.

Ich bitte demgemäß die Mitglieder des Bureaus ihre Plätze auf der Tribüne einzunehmen. (Geschieht.)

(Genosse Neumann (Wien), den Vorsitz übernehmend): Ich danke Ihnen Allen für das Vertrauen, daß Sie mir durch die Wahl zum Vorsitzenden geschenkt haben. Ich halte es nicht für nothwendig, die Bedeutung, welche der heutige Parteitag für die österreichische Socialdemokratie hat, erst in schwungvollen Worten zu erörtern. Ich glaube, daß es wünschenswerth ist, daß wir sofort an unsere Arbeit gehen. Ich bringe zunächst den Ihnen vorgeschlagenen Geschäftsordnungs-Entwurf zur Kenntniß (verliest denselben). Wünscht Jemand hiezu das Wort?

Genosse Czerny (Prag): Ich würde wünschen, daß bei Schluß der Rednerliste, die in Gemäßheit des § 4 des Entwurfes beschlossen wird, jene Redner, die nach pro oder contra eingezeichnet sind, je einen Generalredner wählen.

Genosse Dr. Adler: Die Sache ist gestern ausführlich besprochen worden, und wir haben uns ja darüber geeinigt, daß wenn Schluß der Rednerliste zu erfolgen habe, noch alle eingezeichneten Redner das Wort haben, bei Schluß der Discussion aber Niemand mehr das Wort hat, auch nicht die Generalredner. Generalredner wollten wir jedoch aus guten Gründen nicht einführen. Ich bitte es daher bei der Ihnen vorgeschlagenen Formulirung bewenden zu lassen. (Zustimmung.)

Genosse Schen: Ich beantrage die En bloc-Annahme des Geschäftsordnungs-Entwurfes.

Präsident: Ich ersuche jene Genossen, die mit diesem Antrage einverstanden sind, die Karte zu erheben. (Geschieht.) Der Geschäftsordnungs-Entwurf ist en bloc angenommen.

Ich ersuche nunmehr die Herren Schriftführer, die eingelaufenen Begrüßungstelegramme zur Kenntniß des Parteitages zu bringen.

Schriftführer Häfner verliest die in deutscher Sprache, Schriftführer Körbler die in czechischer Sprache eingelangten Telegramme.

Genosse Kürschner (Budapest): Die socialdemokratische Partei Ungarns und die Redactionen ihrer Parteiblätter haben meinen Freund und Genossen Ferenczy und meine Wenigkeit hieher entsendet, um Ihnen unseren herzlichsten Gruß zu entbieten, Ihnen den besten Erfolg zu Ihren Berathungen zu wünschen und vor Ihnen die Erklärung abzugeben, daß die socialdemokratische Partei Ungarns sich mit Ihnen solidarisch fühlt (Beifall), getreu ihrem internationalen Standpunkte. Wir hoffen aus Ihren Berathungen neue Lehren zu schöpfen und dieselben im Interesse der uns allen gemeinsamen Sache auch in unserem Lande verwerthen zu können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Genosse Dolejši (Wiener-Neustadt): Geehrte Genossen! Die Genossen aus unserer Provinz haben sich geeinigt, eine Aenderung der Tagesordnung dahingehend zu beantragen, daß der siebente Punkt der Tagesordnung — der für uns der wichtigste ist — der die Partei-Organisation und die Parteipresse zum Gegenstande hat, an die Spitze der Tagesordnung gesetzt, und daß der für uns nächstwichtige Punkt, betreffend die Maibewegung nicht an vierter, sondern an dritter Stelle in die Verhandlung genommen werde. Diese Aenderung wünschen wir vornehmlich, damit nicht gerade die wichtigsten Berathungsgegenstände, über welche nach der vorliegenden Tagesordnung erst am Schlusse des Parteitages verhandelt werden könnte — wie dies zu geschehen pflegt — einfach durchgepeitscht werden.

Vorsitzender: Dieser Antrag ist genügend unterstützt und ich ertheile zu demselben Genossen Dr. Adler das Wort.

Genosse Dr. Adler: Sehr geehrte Genossen! Ich begreife ja vollständig, warum einige Genossen diesen Antrag gestellt haben, aber ich ersuche Sie, die Sache so zu belassen wie sie ist, und zwar aus folgenden Gründen: Ueber die Partei-Organisation und Parteipresse wird meines Erachtens viel besser, eingehender und mit mehr Einsicht gesprochen werden, wenn alle übrigen Punkte der Tagesordnung erledigt sind. Ueberlegen Sie, daß wir hier uns vielfach zum erstenmale sehen, und daß Partei-Organisation und Parteipresse Dinge sind, die man erst erörtern soll, bis man sich persönlich einigermaßen näher getreten ist. Ich glaube, die Genossen werden wissen, daß der Vorschlag nicht umsonst in dieser Weise gemacht worden ist; daß aus der Reihe von Dingen, die vorerst besprochen werden müssen, sich so Manches ergeben wird, wodurch viele Discussionen entfallen werden, die wir vor die Oeffentlichkeit zu bringen keine Ursache haben. Wenn befürchtet wird, daß dann die Debatte gejagt werden wird, so sage ich, wir werden früher zu jagen anfangen, damit wir rasch über die Formalitäten hinauskommen. Jetzt, glaube ich, wird die Verhandlung rascher von statten gehen; wollen Sie daher ohne jede Befürchtung im Interesse unserer Organisation und unserer Presse die Tagesordnung aufrechterhalten, zumal die Wiener Genossen, übrigens auch im Einvernehmen mit vielen anderen Genossen, nach wohlüberlegtem Entschlusse vorgeschlagen haben, daß unsere Organisation und unsere Presse zum Schlusse durchberathen werde.

Genosse Schuhmeier (Wien): Sehr geehrte Genossen! Ich möchte Ihnen den Antrag des Genossen Dolejši zur Annahme empfehlen, denn es müssen thatsächlich am dritten Verhandlungstage viele der Delegirten bei der Arbeit sein und können somit in den wichtigsten Punkten auf dem Parteitage keine Aufklärung erhalten. Auch haben unsere persönlichen Interessen nichts mit der Sache zu thun, denn uns verbinden gemeinsame Interessen. Die Maibewegung sollten wir an und für sich früher als den vierten Punkt besprechen.

Genosse Knoth (Ternitz): Auch ich erlaube mir den Antrag des Genossen und Collegen aus Wiener-Neustadt zu unterstützen. Wir Arbeiter wollen jede Sache vom Grund auf gestalten. Die Partei-

organisation und das Mittel, welches sie festigen hilft, die Presse, betrachten wir als das Fundament unserer Bestrebungen, worauf die anderen Bausteine sicher ruhen werden. Ich empfehle daher den Amendirungsantrag zur Annahme.

Genosse Stourc (Prag): Auch ich bin für den Antrag des Genossen Dolejši, denn ich glaube, daß sich die Genossen, wenn sie auch eine bittere Wahrheit zu sagen haben, sich — wie sonst vor keiner — auch vor dieser nicht scheuen sollen.

Genosse Roscher (Reichenberg): Ich glaube, daß wir vorerst die wirthschaftlichen Lebensfragen in unsere Betrachtung ziehen und an der Tagesordnung nicht so sehr eine Aenderung als eine Ergänzung vornehmen sollen. Ich wünsche, daß auch unser Parteiprogramm hier besprochen werde, denn es kann umsoweniger unwandelbar sein, als unsere Partei nur durch stete Anpassung an die Verhältnisse lebensfähig geblieben ist.

Genosse Diamant (Lemberg): Ich erlaube mir vorzuschlagen, daß die Genossen vorerst darüber befragt werden, ob eine Aenderung überhaupt, und dann erst, was für eine erwünscht wird. (Dieser Vorschlag wird unterstützt.) Ich erlaube mir den Antrag des Genossen Dr. Adler zu unterstützen, und zwar weil meiner Ansicht nach der siebente Punkt einer besonderen Vorberathung und Vorbereitung bedarf, denn nur dann können wir über denselben gehörig beschließen. Wenn viele der Genossen vor Schluß des Parteitages abreisen wollen, so will ich die Hoffnung aussprechen, daß die meisten ausharren werden, wenn sie erwägen, daß wir Vertreter aus Galizien, wo die Arbeitsverhältnisse die denkbar ungünstigsten sind, uns fest entschlossen haben, bis zum Schlusse auszuharren, trotzdem uns eine sehr große Reise bevorsteht. Sollte die Gefahr einer nicht gehörigen Behandlung des siebenten Punktes an uns herantreten, so können wir in einem solchen Falle noch rechtzeitig eine Aenderung der Tagesordnung beschließen.

Genosse Dr. Adler: Genossen, nicht aus persönlichen Gründen — wie ein Genosse gemeint hat — sondern weil speciell von den czechischen Parteigenossen es als wünschenswerth erklärt wurde, bin ich für die Beibehaltung der Tagesordnung eingetreten. Es gibt auch bei uns gewisse Dinge, die besser privat sich besprechen und regeln lassen, bevor damit vor die Oeffentlichkeit getreten wird.

Genosse Mankowski: Ich beantrage Schluß der Debatte. (Der Antrag wird unterstützt und angenommen.)

Antragsteller Genosse Dolejši (Schlußwort): Ich bitte Sie, Genossen, von meinem Antrage nicht abzugehen; es müssen thatsächlich viele Genossen Dienstag bereits in der Werkstätte sein, darunter auch solche, die mit Referaten und Berichten beauftragt sind. Ich bitte daher, meinen Antrag zu unterstützen.

Genosse Diamant (Lemberg): Ich bitte, meinen Antrag als den weitgehendsten zuerst zur Abstimmung zu bringen.

Vorsitzender: Ich ersuche Diejenigen, welche für den Antrag des Genossen Diamant sind, ihre Karten zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen und entfallen somit vorläufig die anderen Anträge.

Genosse Rosche r (Reichenberg): Ich bitte nun, meinen Antrag, betreffend die Einfügung eines achten Punktes in die Tagesordnung in Verhandlung zu ziehen.

Vorsitzender: Zu diesem Antrage hat der Genosse Dr. Adler das Wort.

Genosse Dr. Adler: Ich bin dafür, daß der Antrag des Genossen Roscher, als achten Punkt eventuell über die Programmfrage zu sprechen, angenommen wird. Ich bin überzeugt, daß unsere Verhandlungen ergeben werden, daß wir an der Principien-Erklärung von Hainfeld nichts zu ändern haben. Vielleicht ist Jemand anderer Ansicht — ich bin überzeugt, wenn wir erst die Tagesordnung durchgesprochen haben, werden wir wohl auf die neuerliche Erörterung des Programmes verzichten können. Jedenfalls aber ist es vernünftig, sich das vorzubehalten.

Genosse Stonre (Prag): Nachdem bei jedem Punkte der Tagesordnung irgend etwas von den Principien enthalten ist, ist es wohl unnütz, dieselben einer besonderen Besprechung zu unterziehen.

Vorsitzender: Ich werde über den Antrag des Genossen Roscher abstimmen lassen, und ersuche jene Genossen, welche für denselben stimmen wollen, die Karten zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Es liegt mir ein Antrag des Genossen Dr. Adler vor, die Mittagspause von 1 bis hlab 3 Uhr eintreten zu lassen und um halb 3 Uhr die Wiedereröffnung der Sitzung ohne Rücksicht auf die Anwesenden vorzunehmen. Ich ersuche jene Genossen, welche diesem Antrage zustimmen, die Karten zu erheben. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist angenommen. Sohin erkläre ich die Vormittagssitzung für geschlossen. (Schluß der Vormittagssitzung 1 Uhr.)

(Nachmittagssitzung vom 28. Juni 1891.)

Beginn der Sitzung halb 3 Uhr.

Vorsitzender Schmidt: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet und bitte zunächst die Herren Schriftführer, die eingelangten Telegramme zu verlesen. (Nach Verlesung derselben durch die Schriftführer Häfner, deutsch, und Körbler, czechisch.) Wir schreiten zum ersten Punkte unserer Tagesordnung, das ist zum Berichte über die Parteithätigkeit seit dem Parteitage zu Hainfeld. Ich ertheile dem Referenten Dr. Adler das Wort.

Referent Dr. Adler: Werthe Freunde und Parteigenossen. Es ist ein merkwürdiges Gefühl für mich und wohl für uns Alle, daß ich heute hier in Wien über das referiren kann, was von uns seit dem Hainfelder Parteitage geleistet wurde, oder was vielmehr seit diesem Zeitpunkte sich in unserer Partei begeben hat. Als wir in Hainfeld die principiellen Grundlagen für die österreichische Arbeiterpartei aufgestellt hatten, als wir in Hainfeld den Entschluß gefaßt

hatten, *einig* vorzugehen, für ein klares und präcises Ziel einzutreten und uns nicht mehr, wie das früher eine Zeitlang der Fall war, in einen Streit über Dinge einzulassen, die durchaus nicht-actuell waren, als wir wieder ein Programm hatten, ein Programm für unsere Arbeit, da wurde am Schlusse des Congresses vom Vorsitzenden *Popp* gesagt: „*Wir Alle werden als zielbewußte Männer für das eintreten, was wir hier beschlossen haben.*“ Und ich glaube, Genossen, wir können uns, ohne unbescheiden zu sein, das Zeugniß ausstellen: Wir *haben* als Männer gehandelt, wir haben uns unser Ziel vor Augen gehalten, und wir sind auf dem Wege, den wir uns vorgezeichnet haben, weitergeschritten. (Beifall.) Wir haben in Hainfeld wieder ein Programm bekommen, aber zur Zeit jenes Parteitages hat es wenig Parteiorgane gegeben, und die Presse der anderen Parteien hat sich damals viel weniger mit uns beschäftigt, als wir sie heute gezwungen haben, sich mit uns zu beschäftigen. Es war unsere nächste Aufgabe. daß unser Programm und unsere Absichten ins Volk dringen; und Sie erinnern sich, daß sofort vom Januar 1889 an überall in Oesterreich von uns Versammlungen in großer Zahl abgehalten wurden, welche sämmtlich den Zweck hatten, das Hainfelder Programm zu erläutern und zu verbreiten.

Es war uns dabei durchaus nicht allein darum zu thun, dieses unser paragraphenweise abgefaßtes Programm, unsere Principienerklärung, weil es unseres war, mitzutheilen, sondern es mußte auf diese Weise die Verbindung, die abgerissen war, zwischen den Socialdemokraten und der breiten Schichte des Proletariats wieder hergestellt werden. Denn Eines müßte uns klar sein: Die Socialdemokratie die soll und ist überall das Sprachrohr, die Wortführerin der proletarischen Bewegung. Ja gewiß! Aber die Bewegung des Proletariats, wie sie unmittelbar und unbewußt sich aus den ökonomischen Verhältnissen herausentwickelt, die ist etwas viel Breiteres, etwas viel Größeres, etwas viel Mächtigeres als die Socialdemokratie. Die Socialdemokratie kommt erst zur Macht, sie wird erst eine Macht, wenn sie alle Ströme, alle Bewegungen in der proletarischen Bewegung in sich aufnimmt, und wenn sie wirklich voll ein Ausdruck dieser proletarischen Bewegung wird. Das war das Nächste, was geschehen mußte.

Die Zeit, in welche die Sache fiel, war wesentlich verschieden von der heutigen. Die Entwicklung unserer Partei vollzieht sich nicht in den Redactionszimmern oder in den Gehirnen einzelner Leute, sondern wir sind eine wirklich große Partei, die bestimmt wird durch ökonomische Factoren und beeinflußt durch politische Factoren. Und da möchte ich gleich voransetzen, daß die Bewegung unmittelbar nach Hainfeld und sehr lange hernach beeinflußt wurde und hervorragenderweise durch die ökonomischen Verhältnisse. Auf eine lange Zeit des Niederganges, der Schlaffheit, ja der Krise — die letzten Ausläufer der Krise fallen eben für Oesterreich in die Jahre 1887 bis 1888 — auf diese Zeit folgte nicht nur bei uns, sondern überall auf dem Weltmarkte eine Erholung in der Wirthschaft, etwas, was sich später

herausbildete, zu einem „Aufschwunge“. Er hat nicht lange gedauert, aber immerhin war es ein Aufschwung.

Unter dem Einflusse dieses Aufschwunges hat es Lohnbewegungen überall gegeben. Diese Lohnbewegungen nun sind wohl nicht von uns gemacht worden; aber die Socialdemokratie hat die Bewegung, die in der Masse war, die durch die ökonomischen Verhältnisse in die Masse hineingekommen war, ausgenützt, um den Arbeitern auch klare Begriff beeizubringen über den Sinn dieser Bewegung, um sie zum Bewußtsein dessen zu bringen, was das ist, was sich vor ihnen vollzieht.

Außerdem war es sehr günstig, daß die Löhne eben wirklich einigermaßen angezogen haben. Wir wissen sehr gut, der letzte Factor, welcher unserer Bewegung ihren unwiderstehlichen Nachdruck verleiht, ist ja die Noth, ist das Elend, ist die Unmöglichkeit, daß diese Millionen Menschen weiter so existiren; aber für den Einzelnen, für die Entwicklung der bewußten Bewegung ist das Elend, wo es am elendesten ist, ein Hinderniß und überall in der Geschichte unserer Partei in allen Ländern, werden Sie bemerken und können Sie sich überzeugen, daß mit dem Aufschwunge der Löhne immer ein Fortschrittt, mit dem Zurückgehen der Löhne ein kleiner Rückschritt gemacht wird. Ich sage: ein kleiner Rückschritt; denn bei dem nächsten Fortschreiten wird dieser kleine Rückschritt erheblich überholt — immer wieder.

Die ökonomischen Verhältnisse vollziehen sich in Wellenbewegungen und ebenso vollzieht sich in Folge dessen, weil davon unbedingt abhängig, auch die Entwicklung unserer Partei nach ihrer Intensivität auch in Wellenbewegungen. Und jeder Wellenberg, der auf ein Wellenthal folgt, ist höher als der vorhergehende. Nun wohl, es war nicht die Energie und die Klugheit der Leute, welche da in Hainfeld beisammen waren, die allein Ursache ist, daß wir Fortschritte gemacht haben, sondern wir wurden getragen von der Welle, die nach aufwärts gegangen ist. Ich halte es wenigstens nicht für meine Aufgabe, uns etwas vorzumachen; wir wollen klar einsehen, wie die Dinge liegen und sie klar beurtheilen.

Im Anfange des Jahres 1889 haben aber auch noch andere Verhältnisse mitgewirkt dazu, um unsere Partei etwas weiter zu bringen, das war die politische Lage in Oesterreich überhaupt. Wir hatten seit zehn Jahren eine Regierung, welche, wenn auch die Firma immer dieselbe geblieben war, doch das Geschäft vielfach gewechselt hat, immer aber während dieser zehn Jahre absolut reactionär war, und zwar reactionär gegen jede Nation. So etwas Internationalreactionäres wie die österreichische Regierung ist überhaupt unerhört in der Weltgeschichte. (Heiterkeit.) Wir hatten also eine Regierung, die einmal den Einen mehr, einmal den Andern mehr, aber immer Alle gedrückt hat.

Gerade um diese Zeit hat die Regierung angefangen abzuwirthschaften, gerade um diese Zeit mußte sie, nachdem sie in der öffentlichen Meinung jeden Boden verloren hatte, einige Dinge vollziehen, die so ausgesehen haben, als würde sie wünschen, als besonders populär zu erscheinen.

Zugleich hat die mächtigste Partei, die damals allerdings in der Opposition war, die Liberalen, die immer gesucht haben, mit den Arbeitern in Verbindung zu treten, die immer gesucht haben, die Arbeiter für ihre Ziele auszunützen, bei den Arbeitern absolut kein Entgegenkommen gefunden, und darum, gerade darum mußten sie sich fortwährend in Liebesbeweisen überbieten. Die Situation war also die, daß man gerne einmal gezeigt hätte, daß man es mit den Arbeitern nicht so schlecht meine. Eine jede Gelegenheit, die uns dadurch geboten wurde, das auszunützen, haben wir ausgenützt. Ich erinnere Sie, daß in derselben Zeit, wo das Hainfelder Programm in Wien allerdings ruhig gedruckt und besprochen wurde, in Brünn aber verboten wurde, in Prag, wenn ich nicht irre, auch verboten wurde, in Polen, glaube ich, überhaupt gar nicht erscheinen durfte, daß in eben derselben Zeit durch die vereinigten Bemühungen der Regierung und der Liberalen, ihre Popularität zu erhöhen, hier in Wien eine Enquête zusammenberufen wurde, über den Schwindel, den wir in Hainfeld abgeurtheilt haben, über die Arbeiterkammern, und daß diese Enquête hier einfach ein kleiner internationaler österreichischer Parteitag war, daß während dieser Enquête, weil viele Genossen hier durch längere Zeit, als das auf dem Parteitage möglich war, miteinander zusammen waren, alles Mögliche erwogen und erörtert wurde, daß diese Enquête nicht nur nach Außen ein glänzendes Bild der Klarheit der Arbeiter über ihre Ziele bot, sondern auch nach Innen einen mächtigen Hebel für unsere weitere Organisation und Agitation geboten hat.

Und nun kommen die großen Bewegungen im Frühjahre 1889, die anfingen mit der Arbeitseinstellung der Tramwaybediensteten hier in Wien. Zufällig, es ist nichts Anderes, als Zufall, war gerade dieser Streik der allererste, welcher, ich möchte sagen, das Signal gegeben hat, welcher die Aufmerksamkeit in der ganzen Welt auf sich gezogen hat, und welchem dann eine ungezählte Reihe folgte. Sie wissen, was sich daran geknüpft hat: Zunächst rücksichtslose Niedertretung des Eingreifens unserer Partei. Sie wissen, daß damals zum ersten Male seit längerer Zeit nicht nur die Arbeiter ohne Rücksicht, ob sie Parteigenossen sind oder nicht, sondern die gesammte Bevölkerung zum ersten Male für uns gegen die Ausbeuter Partei genommen hat. Wir dürfen wohl sagen, daß wir zu der Zeit die öffentliche Meinung auf unsere Seite gebracht haben. Die Folgen waren verhältnißmäßig unerheblich: die „Gleichheit“ wurde ausnahmsgesetzlich vernichtet, es wurde ein Anarchistenproceß gemacht, ein Anarchistenproceß, dessen wesentlichste Folge war, daß man sich ferner gehütet hat, Anarchistenprocesse zu machen, und daß man vier Wochen nach diesem Anarchistenprocesse die Verordnung bezüglich der Ausnahmsgerichte überhaupt zurückgezogen hat. Diesen einen Erfolg hatten wir wieder zu danken nicht uns, nicht den Einzelnen, die da gearbeitet haben, sondern den Verhältnissen, die da waren; die Bewegung, die so tief wirthschaftlich eingegriffen hat, mußte es dem blindesten Hofrathe klar machen, daß da mit solchen Aenderungen, ob Geschworne oder Holzinger zu Gericht sitzen, absolut nichts zu machen sei. (Heiterkeit.)

Einige Monate vorher aber hatte sich eine andere Aenderung vollzogen, die so charakteristisch ist für österreichische Verhältnisse und auch so eingreifend in die Verhältnisse eines ganzen Kronlandes, daß wir sie nicht übergehen dürfen. Bis zum Jahre 1888 und 1889 und in den Jahren von 1880 bis 1886 sind Hunderte und Hunderte von Leuten in Böhmen auf den geringsten Verdacht hin in Ketten nach Prag gebracht worden, um dort ausnahmsgerichtlich verurtheilt zu werden, ohne daß ein solches Ausnahmsgesetz existirt hätte. Aber man hat gefunden, daß es in ganz Böhmen nur ein Gericht gibt, welches einen klaren Begriff hat von dem Geheimbunde, welcher über ganz Böhmen existirt, und man hat gefunden, daß nur das Prager Landesgericht weiß, daß dieser große Geheimbund errichtet und weitergeführt werde durch Abonnement von socialistischen Blättern, daß nur die Prager Richter die Ueberzeugung haben, daß Einer, der ein solches Blatt hat, bereits Mitglied des Geheimbundes ist, und daß man darum nur den Prager Richtern mit Beruhigung die Aburtheilung solcher Leute überlassen kann. Zu dieser Zeit sind aber auch einmal von einem böhmischen Gerichte ein paar Wiener Genossen des Geheimbundes angeklagt worden, welche man nicht gleich verhaften wollte: da hat das Reichenberger Kreisgericht wieder einmal um die Delegirung des Prager Landesgerichtes nachgesucht, da aber die Leute nicht verhaftet waren, konnten sie an den Obersten Gerichtshof gehen, was allen den hunderten Anderen versagt gewesen war, weil sie ja Monate hätten sitzen müssen, bevor sie erfahren hätten, welches Landesgericht über sie zu verfügen hat. Das erstemal, wo das geschehen ist, wurde sofort — sofort, das heißt bei uns in Oesterreich nach vier Monaten etwa (Heiterkeit) —, erklärt: Nein! das Prager Landesgericht ist nicht allein befugt, Socialisten abzuurtheilen, und wenn das Reichenberger Kreisgericht findet, daß da Geheimbündelei vorliegt, so mögen die Herren das auch selbst beurtheilen. Das Reichenberger Kreisgericht hat aber gefunden, daß es nicht genug Uebung für die Sache hat und hat in Folge dessen die Untersuchung eingestellt, und wir haben seit dieser Zeit mit einer einzigen kleinen Ausnahme das Prager Landesgericht nicht mehr an der Thätigkeit gesehen, und ich schreibe es — ich glaube mit Recht — gerade diesem Umstande mit zu, daß es vielleicht leichter möglich ist, heute etwas in Böhmen zu thun als früher. Wer nur irgend einen Act dieses Landesgerichtes gelesen hat, der weiß, daß sogar die Anklage-Acte des Krakauer Landesgerichtes, die sich doch auch sehen lassen können (Heiterkeit) — sie haben ja jetzt wieder einen Geheimbundproceß gemacht, der vielleicht des Prager Landesgerichtes würdig wäre — vor diesen Anklage-Acten sich verstecken müssen. Nun haben wir nicht mehr das Ausnahmsgesetz, haben nicht mehr die Anarchisten-Gerichtshöfe für ganz Oesterreich. Aber selbstverständlich waren das nur Dinge, die abgerungen wurden, Dinge, die einfach nicht mehr zu machen waren. Was zu machen war von der Regierung, was zu machen war von allen Behörden, das ist geschehen. Ich mache sie aufmerksam, daß es in Wien selbst unter dem Ausnahmszustande besser war, als draußen in der Provinz. (Bravo! Bravo!)

Auch in Oesterreich heißt es: „Der Himmel ist hoch und der Czar ist weit“ und wenn dieser Czar — so ein Appellations-Gerichtshof, so eine Statthalterei u. dgl. — auch nicht sehr vertrauenerweckend ist, so ist es doch noch ärger dort, wo man einen „Czaren“ nicht zur Verantwortung ziehen kann. Je weiter von Wien weg, desto ärger. (Zustimmung.) Wir haben freilich in Wien unmittelbar nach der Tramwaygeschichte, wo die Leute einerseits Respect vor uns bekommen haben, andererseits aber Angst, erlebt, daß sie unseren politischen Verein aufgelöst haben, daß sie unsere Blätter eingestellt haben, daß sie unsere Versammlungen beinahe überhaupt nicht mehr bewilligt haben. Nun haben wir dem gegenüber — und nicht nur in Wien, sondern in ganz Oesterreich — Vorsorge treffen müssen und da haben wir eine Lücke des Versammlungsrechtes benützt, um unsere Organisation weiterzuführen, eine Lücke, die die liberalen Herren, welche das Gesetz gemacht haben, gewiß verklebt hätten, wenn sie sie bemerkt hätten. (Heiterkeit.) Der § 2 des Versammlungsrechtes erlaubt uns, heute hier beisammen zu sein, und Sie sehen, wie schwer man es uns macht, es auch unter diesen Umständen zu thun. Aber immerhin ist es möglich; aber immerhin geht es auf diese Weise, und wenn nicht das erste Mal, so das zweite, dritte und sechste Mal. Und so haben wir auf diesem Wege viel für die Organisation machen können, was ohne dies unmöglich gewesen wäre. Man hat uns gesagt: Ja, das sind „geheime Besprechungen“. Ja, was wollen denn die Herren von der Regierung und die Leute, die die Politik machen? W i r wollen ja nichts Geheimes, w i r weisen die Leute nicht zurück, die keine Einladungen haben — die weist die Polizei zurück. Wir möchten unsere Versammlungen alle nicht nur beim Schwender, sondern unter freiem Himmel abhalten. Wir haben vor Niemandem etwas zu verbergen. (Sehr gut!) Aber Eines mögen sich die Herren gesagt sein lassen: Wenn man uns öffentliche Versammlungen verbietet, wenn man öffentliche Actionen unterbindet — dann kann man die nicht öffentlichen Versammlungen ruhig verbieten, sie werden immer weiter bestehen (Beifall), denn die Bewegung geht vorwärts, so oder so (lebhafter Beifall), die Regierung hat nur zu wählen — das haben wir ihr hundertmal in's Gesicht gesagt — zwischen der öffentlichen, mit weitester Oeffentlichkeit, mit öffentlichster Oeffentlichkeit geführten Agitation und Organisation und einer geheimen, strengen, knapp gegliederten Organisation. (Sehr richtig!) Eines oder das Andere — sie sollen wählen, was ihnen lieber ist. (Bravo!) Es scheint allerdings, als ob die Regierung neuerer Zeit finden würde, als ob sie denn doch die Dinge nicht mehr hindern kann und darum der Sache ihren Lauf ließe. Noch im vorigen Jahre, in der vorigen Session, hat der Minister-Präsident in dem Ausnahms-Ausschusse erklärt, es ginge nicht an, die Ausnahms-Verordnung vollständig abzuschaffen, so lange überhaupt die socialistische Bewegung existirt; denn wo eine solche existirt, sei man nie vor einer anarchistischen Bewegung sicher. (Heiterkeit.) So wurde es damals in officiösen Zeitungen berichtet. Nun scheint er sich denn doch überzeugt zu haben, daß er ziemlich lange warten müßte, wenn er so lange warten wollte, bis keine

socialistische Bewegung mehr existirt und viele Umstände — ich nehme das gleich vorweg — haben dazu geführt, daß er sich gezwungen gesehen hat, den Ausnahmszustand aufzuheben. Die Aufhebung des Ausnahmszustandes hat nicht nur für Wien und Niederösterreich Bedeutung, sie hat für die gesammte Bewegung eine ungeheure Bedeutung. Vergessen Sie nicht, daß alle Provinzbehörden, die ohnehin nicht sehr freisinnige Anschauungen haben, beeinflußt werden von dem Umstande: in Wien ist der Ausnahmszustand, und daß ebenso alle Provinzbehörden beeinflußt werden müssen von dem Umstande: der Ausnahmszustand in Wien ist aufgehoben. Das ist eine Signalfahne, die auch für das kleinste Nest draußen, für den kleinsten Bürgermeister andeutet, daß es heute nicht mehr modern ist, die Arbeiter allzusehr zu sekiren, und ich hoffe, die Leute werden dies begreifen — wenn nothwendig, werden wir ihrer Einsicht schon nachhelfen. Die Aufhebung des Ausnahmszustandes hat aber auch die Bedeutung, daß eine Freizügigkeit wieder eingeführt wird für jene aus der Provinz nach Wien, und ich mache darauf aufmerksam, da handelt es sich nicht nur um die Ausgewiesenen, es handelt sich auch um die, welche nicht hieher kommen und hier arbeiten, weil sie nicht ausgewiesen werden wollen, um solche, die noch nicht ausgewiesen sind. Das sind ihrer viel mehr, als die paar Hundert, und wir werden nunmehr die Möglichkeit haben, in viel engeren Verkehr zu treten, das ist für uns etwas außerordentlich Wichtiges. Ich habe dies gegenwärtig hier behandelt im Zusammenhange mit den sonstigen Regierungsmaßregeln und Ausnahmsverordnungen, um nicht mehr darauf zurückkommen zu müssen. Ich wende mich nun von den politischen Verhältnissen zu dem, was wir gemacht haben.

Wir hatten in Hainfeld beschlossen: öffentliche Agitation und öffentliche Organisation. Von den öffentlichen Agitations-Versammlungen habe ich bereits gesprochen. Eine Ziffer der abgehaltenen Versammlungen bin ich leider nicht in der Lage vorzulegen, ebenso nicht die Ziffer der verbotenen Versammlungen. Aber das wissen wir, daß die Zahl der verbotenen Versammlungen viel größer ist als die Zahl der abgehaltenen.

In der Arbeiterschaft Oesterreichs haben sich angesichts der Verhängung des Ausnahmszustandes im Jahre 1884 und der Einbringung des Socialisten-Gesetzes zwei Anschauungen hauptsächlich gebildet. Die Einen meinten, man solle an der Abhaltung der Versammlungen und an der Agitation wie bisher festhalten. Die Anderen waren der Ansicht, daß es unter solchen Umständen unwürdig und überdies unserer Sache gefährlich sein könnte, wie bisher darin fortzufahren. Sie sagten: Lösen wir die Vereine auf, bevor wir aufgelöst werden! In den meisten Fällen aber hat schon die Behörde statt unserer Genossen die Maßregel der Auflösung in die Hand genommen; da kamen nun massenhafte Auflösungen vor. Wir haben eine kleine Statistik anzulegen versucht über die Zahl der Vereine, die Ende des Jahres 1887 noch in Oesterreich waren, und die Zahl derjenigen, welche nun heute existiren. Nur Unvoll-

ständiges konnten wir hierin leisten. Von 319 Fragebogen, die wir ausgeschickt haben, sind etwa 80 nicht wieder zurückgelangt. Hoffentlich wird es beim nächsten Parteitag möglich sein, eine genauere Liste vorzulegen. Die Ziffern sind natürlich nur relativ, sie drücken ungefähr aus, um wie viel die Zahl der vor 2½ Jahren bestandenen Vereine nunmehr gewachsen ist.

Wir haben heute Angaben vorliegen über 219 Vereine, und zwar Bildungs- und Fachvereine. Von diesen 219 haben im Jahre 1888 blos existirt 104. Es sind also 115 Vereine in dieser Zeit gegründet worden; die Zahl der Vereine hat sich demnach mehr als verdoppelt.

Im Jahre 1888 hatten diese 104 Vereine eine Anzahl von 15,498 Mitgliedern; die 219 Vereine haben eine Anzahl von 47,160 Mitgliedern. Die Zahl der Mitglieder hat sich also mehr als verdreifacht. Diese Ziffern sind zwar nicht angethan, um uns übermüthig zu machen, um damit vielleicht zu prunken. Daß aber in solch kurzer Zeit so viel geleistet wurde, ist bei so schwierigen Umständen ein wesentlicher Fortschritt.

Mit der Vereinsbildung im Zusammenhange steht die Bewegung der Fachvereine, die gewerkschaftliche Organisation. Darüber wird ja noch gesprochen werden. Ich beschränke mich daher nur auf das Folgende: Der Parteitag von Hainfeld hat die Parteigenossen aufgefordert, die gewerkschaftliche Organisation nach Kräften zu fördern, und wir können ruhig sagen, daß dies in überraschendem Maße geschehen ist. In die gewerkschaftliche Bewegung haben wir 1. die genossenschaftliche Bewegung hineingezogen und 2. trotz aller Schwierigkeiten von Seiten der Behörden ein Netz von Fach-Organisationen geschaffen und das Bewußtsein der Genossenschaften zu einem klaren, gemeinschaftlichen gemacht. Man hält gemeiniglich die gewerkschaftliche Bewegung für eine politische. Aber sie ist eine Bewegung, die mit der Politik durchaus nichts zu thun hat. Wir können nichts dafür, daß unser Vereinsgesetz so absurd ist, und daß es erklärt, man könne einen Strich machen zwischen politischen und unpolitischen Dingen. Wir vermögen diesen Strich in unserem Hirn nicht zu machen, und wir können nichts dafür, daß diese nichtpolitische, rein wirthschaftliche Bewegung in ihrer Wirkung ein außerordentlicher politischer Hebel ist. (Sehr richtig!)

Wir können nichts dafür, daß diese nicht politischen Gewerkschaften eben Männer enthalten, welche eben nicht nur Schneider, Schuster und Weber sind, sondern welche auch M e n s c h e n sind, und welche dasjenige, was sie als Schneider, Schuster, Schmiede und Weber erlernt haben, auch als Menschen, als politische Menschen zu verwerthen wissen. Daß die Behörde diesen Strich zieht, ist ja gesetzlich. Wir respectiren ihn; wir hüten uns sehr, die Fachbewegung irgendwie politisch zu verseuchen. Wir hüten uns sehr, in die Fach- oder Bildungsvereine irgendwie Politik hineinzutragen. A b e r i n s o l c h e n n i c h t p o l i t i s c h e n V e r e i n e n l e r n t d e r A r b e i t e r d i e A u g e n a u f m a c h e n, u n d d a n n s i e h t e r a l l e r d i n g s

politische Dinge. (Sehr richtig!) Das ist der Zusammenhang der Fachvereinsbewegung mit der Socialdemokratie. (Bravo!)

Der wichtige Hebel für die Agitation ist die Presse, und auch da haben wir Ihnen einen kleinen Ueberblick zu geben versucht. Die Presse in Oesterreich kämpft ja unter den größten Schwierigkeiten, und die Arbeiterpresse kann davon noch vielmehr erzählen. Denn sie darf weder lügen, noch stehlen. Darum entwickelt sich die Arbeiterpresse viel schwerer. Um ganz offen zu sein, muß ich allerdings erklären, so günstig sich auch die Presse entwickelt hat, sie ist noch jung und klein und ringt mühsam um ihr Leben. Die größte Schwierigkeit für uns liegt darin, daß, wenn wir schon einmal ein Blatt geschrieben, gedruckt und zur Ausgabe fertiggestellt haben, wir dasselbe nicht weitergeben dürfen. Man sollte doch glauben, daß in dem Parlamente, daß sich ja jetzt socialreformatorisch nennt, doch Eines wenigstens geschehen werde, die wichtigste Reform der Presse, Freigebung der Colportage. (Lebhafter Beifall.) Der § 23 des Preßgesetzes ist nicht nur der schlechteste desselben, sondern auch der unwürdigste in unseren sogenannten freiheitlichen Gesetzen, und das will sehr viel sagen. (Sehr richtig!) Dieser Paragraph belastet unsere Blätter mit Strafen, deren Umfang und Ausmaß wir nicht einmal recht kennen. Wir werden und müssen diesen Paragraphen — das darf ich frei gestehen — verletzen, so lange er besteht. (So ist es!)

Wir müssen doch die Blätter weitergeben und wir werden sie weitergeben. Die Bourgeoisblätter genirt das freilich weniger. Sie können die Freiheit vom § 23 bezahlen. Denn sie haben das Geld für das hohe Postporto. Wir aber können das nicht. Man sollte aber trotzdem glauben, daß alle Parteien in diesem Punkte einig sein, und daß ein diesbezüglicher Antrag sofort angenommen werden müßte, widrigenfalls sich die Leute einfach lächerlich machen würden, was sie allerdings selten zu geniren pflegt.

Zur Zeit von Hainfeld hat nur existirt: ein Wochenblatt in Wien, zwei vierzehntägige Blätter in Brünn, und zwar in deutscher Sprache; in czechischer Sprache eines in Brünn, eines in Proßnitz, ein polnisches in Lemberg. Diese politischen Blätter haben zusammen circa 15,400 Abonnenten, Sie wissen, was ich sagen will, Abonnenten will so viel heißen wie Abnehmer, gehabt. Es ist uns so angegeben worden. Heute haben wir sieben Blätter in deutscher Sprache, ein italienisches Blatt, fünf Blätter in czechischer Sprache, die rein politisch sind, zwei Blätter in polnischer Sprache, von denen leider eines augenblicklich ruht, und — ich hebe das mit großer Befriedigung hervor — ein Blatt in slovenischer Sprache, welches allerdings auch für den Moment nicht erscheint — es liegt nicht die Schuld an dem Redacteur, sondern an dem Staatsanwalt (Heiterkeit), wie Sie sich wohl denken können. Wir werden auf den Punkt noch zu sprechen kommen. Diese rein politischen Blätter haben heute 55,750 Abnehmer. Es hat sich also die Zahl seit der Zeit des Hainfelder Congresses um ungefähr 40,000 vermehrt, also viel mehr wie verdreifacht. Nun haben wir aber auch Fachblätter, und Sie wissen, daß unsere Fachblätter — Sie erlauben mir, daß ich Ihnen das sage —

ja gar keine Fachblätter sind, daß diese Fachblätter eigentlich politische Blätter sind, die eingerichtet sind für die einzelnen Branchen, um diese Branchen mit den Ideen der Socialdemokratie bekannt zu machen. Eigentliche Fachblätter, die sich nur mit der Organisationsfrage beschäftigen, haben wir nicht. Zur Zeit des Hainfelder Parteitages hat es nur 3 deutsche Fachblätter gegeben, heute gibt es um 10 mehr, also 13 deutsche Fachblätter. Jene 3 haben damals 6100 und diese 13 haben heute 33,000 Abnehmer. Die Czechen haben damals ein einziges Fachblatt gehabt und heute haben sie 6 Fachblätter. Früher hatten sie nur 600 und heute 11,400 Abnehmer. Außerdem haben wir eine Zahl von Blättern, die in ihrer Art verdienstvoll wirken, die aber weder in den Rahmen politischen Blätter, noch zu den Fachblättern gehören. Ich will nur sprechen von dem in Wien erscheinenden „Arbeiterschutz", den „Zeitschwingen", der „Familienbibliothek", „Cervanki" und „Zar", die auf anderen Gebieten Aufklärung verbreiten. Außerdem sind wir auch schon so glücklich, uns den Luxus von 2 Witzblättern gönnen zu dürfen, und zwar einem deutschen und einem czechischen. Alle letztgenannten Blätter sind erst seit „Hainfeld" entstanden.

Zur Zeit des Hainfelder Parteitages haben also unsere Blätter ungefähr 21,500 Abnehmer gehabt. Bis heute ist diese Zahl auf 127,850 Abnehmer gestiegen. Die Zahl der Abnehmer unserer Blätter hat sich also versechsfacht, um mehr als 100,000 vermehrt. Urd doch müssen wir auch hier sagen, Genossen, für die Millionen von Arbeitern in Oesterreich ist es beschämend, daß sich so Wenige um unsere Blätter bemühen. Für Oesterreich gelten freilich einige Entschuldigungen, die für andere Länder nicht gelten. Wir haben Milderungsgründe (Heiterkeit); erstens haben wir weite Gebiete, wo die Analphabeten in der Mehrzahl sind, so arme Leute, daß sie ein Blatt nicht einmal lesen können; zweitens haben wir große Gebiete, wo die Löhne so furchtbar niedrig sind, daß factisch die Auslage, die wenigen Kreuzer — zweimal im Monat — für ein Zeitungsblatt wirklich unerschwinglich sind.

Wenn Sie überlegen, daß es Wochenlöhne gibt von **1 fl. 50 kr.**, wenn Sie das überlegen, so können Sie sich den Percentsatz berechnen, den die Auslage für ein Zeitungsblatt ausmachen würde. Aus diesem Grunde ist die Zahl unserer Leser eine weit, weit größere, als die Zahl unserer Abnehmer, und wenn es bei Blättern anderer Parteien vorkommt, daß sie in großen Partien direct von der Post in den Papierkorb wandern (Heiterkeit) und die Zahl der Leser lange nicht so groß ist als die Zahl der nothgedrungenen Abnehmer, so ist das bei uns anders; ich glaube nicht fehlzugehen, daß wir, um die Zahl unserer Leser zu erhalten, die Zahl unserer Abnehmer mit zehn multipleiren müßten — ich glaube dabei noch sehr vorsichtig zu sein.

Nun so haben sich die Dinge nach Außen gestaltet. Aber ich muß noch eine Seite zugleich erledigen, die sehr wichtig, aber unsere schwächste ist — das ist die G e l d f r a g e überhaupt. In Hainfeld haben es die Redactionen, die damals existirt haben, übernommen, und sind aufgefordert worden, Beiträge für verschiedene Fonds

entgegenzunehmen und weiterzugeben, wie das seit jeher in der Partei der Fall war und wie es mangels einer eigentlichen Organisation, die functioniren und öffentlich Rechnung legen kann, nicht anders sein konnte. Was ich da biete, ist keine Abrechnung der Partei, denn wir haben keine eigentliche „Parteileitung", wir haben nicht so etwas, was Sie hier nehmen und beim Schopf fassen könnten (Heiterkeit). Diese Ziffern besagen blos, was uns an Geld anvertraut wurde, wobei zu betonen ist, daß zum Vertrauen Niemand gezwungen werden kann. Auch sind die Einnahmen rein zufällige, nicht regelmäßige.

Die Zwecke, die wir verfolgen mußten, sind erstens: Agitation. Die Genossen, die etwas haben, müssen aufkommen für die, die nichts haben. Es müssen die Genossen, die schon in der Einsicht in den Wirthschaftsproceß weiter sind, zu denen hingehen, denen diese Einsicht noch mangelt. Dazu muß agitirt, Zeitungen und Broschüren herausgegeben werden; es müssen Reisen gemacht werden, wozu immer das Geld eine Vorbedingung ist. Für diese Zwecke sind bei den Redactionen der „Gleichheit", respective der „Arbeiter-Zeitung" allein — wir haben das zusammenaddirt, es sind ja so ziemlich die gleichen Leute (Heiterkeit) — für den Agitationsfonds **4528 fl. 32 kr.** eingelaufen. Dieser Betrag enthält durchaus nicht Alles, was in Oesterreich für die Agitation ausgegeben wurde. Sie wissen, daß jede Redaction in der Provinz auch ihren Agitationsfonds hat, da ja die Genossen in jedem einzelnen Orte Gelder aufbringen müssen, um für einzelne Bedürfnisse vorzusorgen. Die genannten Ziffern aber können Sie ungefähr für Oesterreich und gute drei Viertheile als dasjenige annehmen, was von Wien in die Provinz hinausgegangen ist. Im Wesentlichen sind die Einnahmen in Wien gemacht worden und in der Provinz verausgabt worden.

Wir haben weiters eine schwere Pflicht. Wir haben jederzeit Leute, die im Gefängnisse sitzen, die wir zu uns rechnen. Für diese Opfer, wie sie fortwährend fallen, müssen wir sorgen. Allerdings können wir sagen, daß heute dieselben nicht mehr so zahlreich sind, wie das früher der Fall war.

Aber das hat sich nicht vielleicht darum geändert, weil die Gerichte etwa gerechter geworden sind, sondern deshalb, weil wir klüger geworden sind. Wir haben für diese Opfer, für die wir aufkommen müssen, soweit es möglich ist und für die Familien gesorgt. Wir haben aber auch Leute, die wir nicht als Parteigenossen im engeren Sinne ansehen können, die aber der proletarischen Bewegung zum Opfer gefallen sind, Leute, denen die Mittel unklar waren, wenn sie auch das Beste gewollt haben. Wir sehen nicht auf diejenigen, auf deren Schultern wir stehen und deren Frucht wir zum Theile genießen können, mit Verachtung herab, wir verleugnen sie nicht, wir sorgen für die Familien Aller, die in Folge der Anarchistenprocesse inhaftirt wurden. Wir theilen zwar den Standpunkt nicht, auf dem die Leute gestanden sind, aber wir wissen: die da vor den Schranken gestanden sind, sie werden in der Weltgeschichte anders beurtheilt werden, als heute, und die Verurtheilten werden nicht jene armen Menschen sein (Zustimmung), die auf 16 bis 20 Jahre eingesperrt wurden, von denen viele an

Tuberculose und Scorbut im Kerker zu Grunde gegangen sind, die Verurtheilten werden nicht sie sein (Stürmischer Beifall), sondern die, die sie hingebracht haben auf die Anklagebank und die Andern werden die Gerichteten sein. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Nun, Genossen, ich habe es für nothwendig gehalten, hier offen und vor aller Welt zu erklären, aus welcher Intention wir immer für diese Leute sammeln und unsere Kräfte anstrengen wollen. Leider müssen wir gestehen, auch hier sind unsere Mittel beschränkt, aber es ist sehr bezeichnend, daß ungefähr dieselben Ziffern wie für den Agitations- auch für den Inhaftirtenfonds verwendet wurden. Das Facit ist, daß in allen diesen Fonds kein Kassebestand vorhanden ist, wir sammeln keine Capitalien, wir haben eben keine Möglichkeit dazu.

Für den Inhaftirtenfonds sind **4137 fl. 53½ kr.** eingenommen und verausgabt worden. Nun kommt ein Posten, der eigentlich in den Agitationsfond hineingehört, das ist der Wahlfonds. Wir haben für Wahlzwecke einen eigenen Fonds aufgebracht, und zwar sind **5269 fl. 63 kr.** eingegangen. Bei dieser Gelegenheit ist es, glaube ich, unsere Pflicht, anzuerkennen, daß ein sehr erheblicher Theil dieses Wahlfonds nicht von uns aufgebracht worden ist. Es hat sich, so wie in allen Dingen, auch hier die Solidarität der Genossen im Auslande auf das Glänzendste bewährt. So wie sie uns immer im ganzen Verlaufe der Arbeiterbewegung beistehen, insbesondere auch in der Presse, indem sie daselbst unsere Interessen verfechten und mitunter Dinge sagen, die wir im Inlande gar nicht sagen können, ebenso haben auch anläßlich der Wahlen die Parteigenossen in Deutschland helfend eingegriffen und uns namhafte Beiträge beigesteuert. (Anhaltender Beifall.) Ich glaube, es ist Pflicht des Parteitages, dies anzuerkennen, nicht wegen der Summe, nicht wegen des Mammons allein, aber es ist etwas sehr Wesentliches, unserer Partei allein unter allen anderen Parteien Zukommendes, daß sie sich nicht nach Ländern und nicht nach Nationen abgrenzt, und daß die socialdemokratischen Parteien aller Länder in einem so engen Zusammenhange stehen, daß ihr persönlicher und organisatorischer Zusammenhang ein Ding der Nothwendigkeit ist.

Schließlich haben wir noch Fonds, die eigentlich nicht der Partei gehören und daher auch in dem Berichte nicht nothwendig erwähnt werden müßten, die jedoch mit der proletarischen Bewegung überhaupt in Zusammenhang stehen. Das sind die Fonds, die für Strikes aufgebracht wurden. Mit den Arbeitseinstellungen hat zunächst die Socialdemokratie gar nichts zu thun. Daß aber die Leute, die Strikes insceniren, nur den Socialdemokraten trauen und von ihnen Hilfe erhoffen, ist eine erwiesene Thatsache, und Sie wissen, daß die indifferentesten Branchen, in denen es nie Parteigenossen gegeben und nie eine Verbindung bestanden hat, in dem Momente, wo eine Lohnbewegung sich geltend gemacht hat oder sonst eine Bedrängniß zu Tage getreten ist, sich an die Socialdemokraten wenden. Sie wissen uns zu finden und haben uns noch immer gefunden. (Bravo! Bravo!) Wir glauben, daß wir sehr klug daran thun, hier die Theorie bei

Seite zu lassen, die Aufklärung bis später zu verschieben und vor Allem organisatorisch einzugreifen. (Lebhafte Zustimmung.)

Es sind für Strikes — und da habe ich allein Wien im Auge, vielleicht werden die bezüglichen Ziffern für die Provinzen noch gebracht werden — an uns in den letzten 2½ Jahren **30,614 fl.** abgeliefert worden. Die Ziffer klingt für die österreichischen Verhältnisse vielleicht hoch, wenn Sie aber in's Auge fassen, daß wir eine Periode hinter uns haben, wo es viele Strikes, vielleicht zu viele Strikes gegeben hat, so werden Sie zugeben müssen, daß dieser Fonds ein verhältnißmäßig kleiner ist. Leider ist sehr Vieles davon, wie wir ruhig sagen müssen, unproductiv verausgabt worden. Wir müssen gestehen, und damit kehre ich von den Ziffern zur Entwicklung unserer Verhältnisse zurück, daß die Lohnbewegung, die in der Arbeiterschaft Oesterreichs und aller übrigen Länder um sich gegriffen hat, gerade darum, weil sie von der Socialdemokratie viel zu wenig beeinflußt war, weil dieselbe diese proletarische Bewegung viel zu wenig in ihrer Hand gehabt hat, indem die Organisation viel zu lückenhaft war, in vielen Fällen unberechtigt, das heißt, den Verhältnissen nicht angepaßt war, und daß sie aus diesem Grunde vielfach mehr Opfer gekostet, als sie der Arbeiterschaft eingetragen hat, und wenn unlängst im Ausschusse zur Berathung der Ausnahms-Verordnungen — ich glaube, es war ein Statthaltereirath — das Ausnahmsgesetz für Wien mit den Unruhen motiviren wollte, die im vorigen Jahre in Ostrau, Biala, Freistadt und Nürschan stattgefunden haben, so haben wir diesem Herrn darauf nur Folgendes zu erwidern: Wir könnten actenmäßig den Nachweis dafür liefern, daß dort, wo eine feste Arbeiterorganisation trotz der Willkür der Behörden und trotz aller Unterdrückung der Arbeiterschaft besteht, die Lohnbewegung ganz ruhig verlaufen ist, und daß nur dort, wo die Arbeiterschaft nicht organisirt war, es hie und da zu blutigen Excessen gekommen ist. Nicht als ob die Herren auch dort, wo die Arbeiter organisirt sind, nicht recht gerne gelegentlich einen Aderlaß zur Warnung vornehmen würden! O ja, aber die organisirten, aufgeklärten Arbeiter, die eine socialdemokratische Erziehung haben, lassen sich nicht mehr provociren, während die Anderen Provocationen wehrlos preisgegeben sind. Wo die Arbeiterschaft organisirt ist, dort wird, bevor zu irgend einer Action geschritten wird, Alles genau erwogen, und erinnern Sie sich, daß bei der größten Arbeitseinstellung, die wir im letzten Jahre zu verzeichnen hatten, nämlich bei dem Strike in Mährisch-Ostrau Ende April des vorigen Jahres, man erst die Vertrauensmänner der Arbeiter suchen mußte, und es zeigte sich, daß im Königreiche Rothschild-Gutmann und Salm, und wie die Herren alle heißen, wo jahrelang eine echte Paschaøregierung geherrscht hat, daß dort, wo naturgemäß der beste Boden für eine Organisation der Arbeiterschaft vorhanden gewesen wäre, es überhaupt zu keiner actionsfähigen Organisation und zielbewußten Vertretung der Arbeiter gekommen ist. Gerade anläßlich der Strikes hat sich der gewaltige Unterschied zwischen dem Vorgehen der classenbewußten und der unorganisirten Arbeiterschaft gezeigt. Die Bewegung, die mit den

Arbeitseinstellungen u. s. w. zusammenhängt, hat heute einen anderen Charakter angenommen, und wo heute gestreikt wird, geschieht es weniger, um dem Arbeitsgeber seinen größeren Profit nachzurechnen und die Löhne zu erhöhen, sondern hauptsächlich dann, wenn es sich darum handelt, den Versuchen, Lohnreductionen durchzuführen, entgegenzutreten.

Die Arbeiterschaft hat heute noch ein anderes Mittel um ihre Willensrichtung klar zum Ausdruck zu bringen. Am Internationalen Socialistencongresse zu Paris wurde — es ist dies ein Moment, das bisher außer aller Berechnung gelegen war — die allgemeine Maifeier beschlossen, ein Gedanke, welcher überall und auch vornehmlich in Oesterreich aufgegriffen wurde, weil die Maifeier eine Methode ist, den Willen der Arbeiterclasse zum Ausdruck zu bringen, ohne daß die Polizei daran etwas ändern kann. Gerade in Oesterreich, wo die Arbeiterschaft politisch so geknebelt ist, mußte die Maifeier am meisten Wurzel fassen, und wir können ruhig sagen, daß die Maivorgänge des Jahres 1890 gezeigt haben, daß die Socialdemokratie in Oesterreich über einen Einfluß im Proletariate verfügt, der weit über das hinausgeht, was wir selbst geglaubt haben. Ich glaube, wir waren Alle überrascht und noch viel mehr waren es die Anderen, und wenn wir heute sagen können, daß die socialdemokratische Bewegung in Oesterreich, daß die Partei in Oesterreich anerkannt ist, daß sie eine politische Macht in die Waagschale zu werfen hat, dann können wir sagen: Gesiegt haben wir nicht am 1. Mai 1890, aber gezeigt hat sich der Sieg am 1. Mai 1890. Es war ein Gradmesser gefunden für die Entwicklung der Partei.

Bedenken Sie. Ich erinnere mich gerade an den deutschen Parteitag. In Halle hat Bebel referirt über die zehn Jahre Socialistengesetz und die Lage der Partei, und da sagte er: „Wo wären wir hingekommen in dieser Zeit ohne allgemeines Wahlrecht: wir hätten ja nicht gewußt, wie viel Leute wir haben; wir hätten uns nicht zählen können; wir hätten überhaupt nicht gewußt, wie kräftig wir sind, wie unsere Organisation aussieht.“ Und nun haben Sie in Oesterreich politische Verhältnisse, die schlechter sind als das Socialistengesetz, und zwar meine ich unsere normalen Verhältnisse. Sie haben in Oesterreich in einzelnen Bezirken Verhältnisse, die einfach unmöglich sind für europäische Staaten, die geradezu asiatisch sind, und haben noch dazu das allgemeine Wahlrecht nicht. Selbstverständlich hat Keiner von uns gewußt, wie weit wir eigentlich sind. Der erste Mai hat uns plötzlich gezeigt, daß wir viel weiter sind, als wir geglaubt hatten, und darin liegt die politische Bedeutung der Sache.

Daß die Partei, daß alle ihre Organe, daß alle ihre Organisationen, alle ihre Leute mitgearbeitet haben daran, das ist ja selbstverständlich.

Es ist sehr schwer alle diese Dinge durchzugehen, ohne nicht in die übrigen Punkte der Tagesordnung einzugreifen und muß ich mich daher in Bezug auf solche Dinge kurz fassen.

Einen Punkt möchte ich nachtragen, den ich früher in meiner Ueberschau vergessen habe.

Wir haben in Hainfeld beschlossen, eine Monatsschrift zu gründen, diese Monatsschrift, die „Socialdemokratische Monatsschrift“ ist aber wieder eingestellt worden mit Ende vorigen Jahres. Die Gründe, warum sie eingestellt werden mußte, sind einfach diejenigen, die ich ja schon früher zum Theile für die anderen Blätter angeführt habe. Die Monatsschrift muß naturgemäß kostspieliger sein, als die anderen Blätter, außerdem haben wir die Absicht gehabt, gerade aus dieser Monatsschrift eine Einnahme für die Partei zu machen und mußten den Preis auch aus diesem Grunde höher stellen. Ein dritter Grund ist, daß wir ja in dieser Beziehung mit Literatur, mit periodischer Literatur, die nicht gerade actuell ist und die nicht gerade local ist, die mehr principieller Natur sein soll, daß wir einen Ueberfluß von derartiger Literatur aus Deutschland erhalten, womit wir absolut nicht den Wettbewerb aushalten können, ich erinnere an die „Neue Zeit“, die da in Frage kommt. Und viertens ist auch Schuld daran, daß die Redaction vielleicht nicht so geschickt geleitet war, wie es hätte sein sollen. Ich kann das um so ruhiger sagen, als ich ja nicht so ganz unschuldig an dieser Redaction war und mit zu verurtheilen bin. Aus allen diesen Gründen haben wir die Monatsschrift wieder eingestellt und wollen nun zwanglose Hefte herausgeben, über die ja noch beim Punkte „Presse“ gesprochen wird.

Ich werde soeben vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß meine Zeit bereits um ist und Sie werden erlauben, daß ich ganz kurz die Sache abschließe.

Wir haben nach besten Kräften in dieser Zeit die Agitation und Organisation gefördert. Die Zeit, die vor uns ist, ist politisch eine leichtere wie die, die hinter uns liegt, politisch eine leichtere, weil sie eine klarere ist. Vergessen Sie nicht, daß in Oesterreich die politischen Parteiverhältnisse so verzwickte sind, daß es ungeheuer schwer ist, einen geraden Weg mitten durchzugehen. Oberstes Princip mußte uns politisch sein, jede Partei, heiße sie liberal oder anti-liberal, — ich gebrauche nur die beiden Hauptausdrücke, denn was sich Alles liberal nennt und ebenso, was sich anti-liberal nennt, hier zu analysiren, kann nicht meine Aufgabe sein — Liberale und Anti-Liberale, beide gleichmäßig uns vom Leibe zu halten. Das ist eine der Hauptaufgaben der Partei und eine Aufgabe, die mitunter gar nicht leicht zu erfüllen ist. Die Aufgabe wurde in der Zeit um so schwerer, weil die Liberalen Anlaß genommen haben, den Punkt in den Vordergrund zu stellen, in welchem sie angeblich mit uns einer Meinung sind, das freiheitliche Programm, weil sie den, als sie in der Opposition waren, sehr leicht ein Bischen in den Vordergrund stellen konnten und es für uns mitunter schwer war, ihre Schmeicheleien, ihre Anbiederungen von uns höflich, aber entschieden abzulehnen. Das wird besser. — Die Liberalen sind wieder an der Regierung, sie sitzen wieder an der Schüssel und sie haben es nicht mehr so nothwendig zu lügen. Man wird künftighin im Namen einer liberalen Regierung uns confisciren, man wird im Namen einer liberalen Regierung uns einsperren und die Regierung wird der klare Ausdruck der Bourgeoisie sein, welche herrscht, welche unter ihrer eigenen Firma herrscht, nicht wie früher

unter allerlei Hüllen. Denn thatsächlich hat die Bourgeoisie ja früher auch geherrscht.

Die anti-liberalen Parteien aber — Feudale in allen ihren Formen und Abstufungen, Christlich-Sociale, Antisemitisch-Clericale, National-Sociale, und es hat ja jede Fraction ein eigenes Programm und jeder Mann in der Fraction wieder eine eigene Meinung — alle diese Gruppen, die ihrem Wesen nach anti-liberal sind und angeblich die Herrschaft der Bourgeoisie, das ist den Liberalismus angreifen, haben in der Mitte der Achtzigerjahre mit den Arbeitern gewisse Beziehungen gehabt: nicht die meine ich, die die Herren heute so von ihren Rockschößen abschütteln wollen. Ob Liechtenstein mit dem Peukert gesprochen hat oder nicht, das ist für die Weltgeschichte so Wurst, wie nur irgend etwas. Wenn er's gethan hat, so hat Liechtenstein gewiß schon mit viel schlechteren Leuten gesprochen (Lebhafte Heiterkeit. Bravo!) und vielleicht der Peukert auch mit besseren. (Heiterkeit!) Also das ist uns vollständig gleichgiltig: wenn wir das meinen, so meinen wir ganz andere Dinge. Die Liberalen haben geliebäugelt auf politischem Gebiete mit den Arbeitern und die Anti-Liberalen auf socialem Gebiete.

Die Liberalen haben uns fortwährend erzählt und erzählen es uns heute noch, wo wir mit ihnen zusammenkommen — in den Wählerversammlungen haben wir sie ja persönlich gehört — daß wir ihnen all die Freiheiten zu verdanken haben, wofür wir ihnen noch herzlichen Dank abstatten sollen: es zeigt nur von ihrer Blindheit, daß sie sich überhaupt dessen noch rühmen: die Liberalen sollten so viel Scham haben, zu schweigen darüber, daß sie überhaupt die Staatsgrundgesetze gemacht haben.

Gerade so haben die Anti-Liberalen dasjenige, was an Arbeiterschutz in Oesterreich existirt, gemacht, um die Arbeiter zu gewinnen. Sie sind ebenso abgeblitzt wie die Anderen. Die österreichische Arbeiterpartei hat die Socialreform der Belcredi und Liechtenstein mit ebenso vornehmer Ruhe entgegengenommen, wie die Freiheiten der Liberalen, sie hat von beiden genommen, was davon brauchbar ist — es ist leider nicht sehr viel — und hat ihnen das Uebrige höflich zurückerstattet, aber — ohne sich bei ihnen zu bedanken.

Die Schwierigkeit nun, das consequent durchzuführen, sich in den Streit dieser streitenden Parteien nicht hineinziehen zu lassen, die wird jetzt geringer, die wird darum geringer, weil, wie gesagt, die Liberalen an der Regierung sind, und weil die Anti-Liberalen sich nicht mehr trauen, anti-liberal zu sein, weil die Anti-Liberalen sich in zwei Classen theilen, in anti-liberal-feudale Ideologen, die Programme machen, über die ihre Parteigenossen selber lachen und sie für undurchführbar halten und in die große Masse der mit dem Großgrundbesitze zusammenhängenden Interessen, Großgrundbesitzer und ihr Schweif, und ihr theoretischer Ausdruck, die Clericalen, welche aber Alle miteinander, die ganze Gesellschaft, anfangen, in derselben capitalistischen Weise revolutionirt zu werden und welche, wenn sie noch immer anti-liberal predigen, doch nicht mehr anti-liberal zu handeln wagen. — Sie haben nicht mehr den Muth

ihrer Meinung. Ich weiß, Genossen, ich habe meine Zeit überschritten und schließe.

Wir können vollkommen ruhig in die Zukunft sehen. Was bis jetzt geleistet wurde ist für die schwierigen Verhältnisse, unter denen wir in Oesterreich arbeiten, etwas Erhebliches und Bedeutungsvolles. Die Zukunft legt uns in einer Beziehung weniger Hindernisse in den Weg, das ist in der politischen. Sie legt uns in der anderen Beziehung, in der ökonomischen, aber mehr Schwierigkeiten in den Weg, weil wir einen Niedergang vor uns haben. Aber unser Programm, unsere Principien haben wir keinen Anlaß gefunden, in diesen zweieinhalb Jahren auch nur im Geringsten zu bezweifeln, im Geringsten an ihrer Richtigkeit irre zu werden, und das was in Hainfeld ausgemacht wurde, war in der Folge für uns ein klarer Wegweiser für das, was wir zu thun haben. Diesem Wegweiser wollen wir, so hoffen wir, auch weiter folgen. Daß wir hier beisammen sind und berathen, das bedeutet nicht einen Abschnitt insofern, daß nun ein anderer Weg eingeschlagen werden kann oder soll — Sie werden es ja beurtheilen. Wir glauben, daß der Weg, den die Partei bis jetzt gegangen ist, der richtige ist, daß wir auf diesem Wege zu bleiben haben und daß wir bei dem einzigen Losungsworte bleiben: Vorwärts und wieder vorwärts. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Vorsitzender: Ich glaube, die geehrte Versammlung wird mich entschuldigen, wenn ich den Referenten länger als durch die festgesetzte Zeit sprechen ließ. Es kam gerade ein Zahlenmaterial: es wäre Schade, wenn die Versammlung davon nicht Kenntniß gehabt hätte. Ich werde nun eine Pause von fünf Minuten zum Zwecke der behördlichen Revision eintreten lassen.

Genosse Schen: Hat die Behörde das Recht, die Karten der Revision zu unterziehen, nachdem die Versammlung nach § 2 einberufen und nur auf geladene Gäste beschränkt ist?

Präsident: Ich glaube wohl, es ist gesetzlich nicht begründet, daß bei einer auf geladene Gäste beschränkten Versammlung der Vertreter der Behörde eine solche Revision vornehme; doch ist es besser wir fügen uns in dieser Richtung. (Nach Wiederaufnahme der Sitzung): Zu der Tagesordnung fortschreitend ertheile ich dem Genossen Hybesch (in czechischer Sprache) das Wort zur Uebersetzung des Referates des Genossen Dr. Adler: derselbe wird einen weiteren Bericht folgen lassen.

Genosse Hybesch (nach Uebersetzung des Referates des Genossen Dr. Adler): Auf dem Hainfelder Parteitage erschien die böhmische Arbeiterpartei schon als eine geeinigte Partei und hatte nur mehr der deutschen Partei die Hand zu reichen. In der Vorperiode des Hainfelder Parteitages hatte diese Partei schon mehrere Parteitage abgehalten. Vor dem Parteitage wären in Böhmen **4**, nach demselben **100** Vereine: in Mähren hat sich die Zahl der Vereine versechsfacht. Auch das Zeitungswesen hat einen großen Aufschwung aufzuweisen. Die Partei veranlaßte außerdem noch die Herausgabe wissenschaftlicher Werke, was gewiß ein Zeugniß dafür ist, daß sie Tüchtigkeit besitzt und sich mit anderen bürgerlichen Parteien messen kann. Dazu

gehören die Uebersetzung von Kautsky's Buch „Die ökonomischen Lehren von Karl Marx“ und die „Geschichte des Socialismus im 19. Jahrhundert von Limanowsky“.

Was die Maibewegung betrifft, so ist dieselbe, trotzdem seit 1883 fast keine Versammlung bewilligt worden ist, glänzend ausgefallen. Die böhmischen Fabrikanten haben bis zur Aufhebung des Ausnahmszustandes jeden Arbeiter, der eine socialistische Zeitung gekauft hat, oder einem Vereine als Mitglied beigetreten ist, mit unbarmherziger Strenge behandelt. Nachdem sich aber hier das Blatt gewendet hat, haben sie doch umkehren müssen und haben einsehen gelernt, daß es so nicht weiter gehen kann. Wenn die Partei trotz dieser so schrecklichen Verhältnisse eine so segensreiche Wirksamkeit entfaltet, eine so großartige Leistung geboten hat, so gereicht ihr das wohl zum höchsten Lobe. Ich hoffe, daß schon der nächste 1. Mai viel bewußter begangen wird und diese Feier von einer viel kraftvolleren und weittragenderen Entwicklung Zeugniß geben wird. Ich hege die Erwartung, daß auf dem nächsten Parteitage die Landesverbände, welche bis jetzt gar nicht bewilligt wurden, schon geeinigt und mit einer viel größeren Anzahl von Mitgliedern werden auftreten können. Wir könnten durch die Fachorganisation unsere Reihen bedeutend verstärken, jedoch vereitelt die Prager Statthalterei immer jeden Versuch eine Landes-Fachorganisation ins Leben zu rufen durch Abweisung des Statutes. Während sie in Wien eine Landes-Fachorganisation der Metallarbeiter, Schuhmacher und Bäcker haben, in Mähren der Textilarbeiter und Metallarbeiter, geht es in Böhmen noch immer nicht, da die Landesbehörde dieselben nur als eine „Versicherungs-Gesellschaft“ zulassen will, von welcher sie Steuern verlangt. Die Orts-Fachvereine sind für uns thatsächlich nützlicher als Bildungsvereine. Es ist bedeutend leichter in einem Orts-Fachvereine 1000 Arbeiter zu vereinigen als 300 Arbeiter verschiedener Beschäftigung in einem Bildungsvereine. Die Czechoslavische Partei thut in dieser Richtung, die Deutschen als Vorbild ansehend, immer ihre Pflicht; wir sind überzeugt, Ihnen am nächsten Parteitage über einen bedeutenden Zuwachs berichten zu können. In der letzten Zeit zeigte sich unter einigen Arbeitern Prags eine Bewegung, die davon ausgeht, daß angeblich die socialdemokratische Partei es viel zu wenig beachtet, wenn die böhmische Nationalität durch die Deutschen bedrückt wird. Es darf nicht gesagt werden, daß in den Reihen unserer Partei sich jemals ein Feind unserer Nationalität gefunden hätte, im Gegentheil sind uns die Genossen aller Zungen dankbar, daß wir uns an der Bewegung so rege betheiligen; die Unparteilichkeit der deutschen Genossen erhellt schon daraus, daß auf dem Parteitage ganz in gleicher Weise böhmisch und deutsch gesprochen werden wird. Wenn die „Nationalen“ — es sind nur einzelne Genossen — der internationalen Partei nicht in den Weg treten werden, so werden es die Internationalen nicht der Mühe werth finden, gegen sie aufzutreten. Sollten sie aber gegen die internationale Partei etwas unternehmen, dann wird man mit voller Kraft gegen sie arbeiten. Ich war stolz darauf, dem internationalen Arbeitercongreß zu Paris von einer böhmischen Arbeiter-

bewegung berichten zu können, trotz der schlechten Zustände für eine Organisation. Auch dort wurde es mit großer Zufriedenheit zur Kenntniß genommen, daß es sich in Böhmen zu rühren beginnt. Wir hoffen, indem wir mit Zuversicht in die Zukunft blicken, die Bewegung, wie sie in anderen Gebieten herrscht, wenn auch nicht überflügeln, so doch wenigstens annähernd zu erreichen. (Lebhafer Beifall.)

Vorsitzender: Es haben sich bereits elf Redner vorgemerkt, ich bitte daher, sich kurz zu fassen. Ich ertheile dem Genossen Burian aus Brünn das Wort.

Genosse Burian: Ich kann wohl als Theilnehmer am Hainfelder Congreß, als Verfolger der nachherigen Entwicklung der Social-Demokratie eine Meinung darüber abgeben, wie weit wir in der Bewegung fortgeschritten sind. Ich bin der Ansicht, daß wir bedeutend tiefer in die Arbeiterschaft eingedrungen sind, daß wir bewußt vorgegangen sind, wenn auch Dasjenige, was wir bereits geleistet haben, uns selbst nicht großartig erscheinen mag und wir vollständig damit nicht zufrieden sind. Jedoch dürfen wir nicht darauf vergessen, daß wir mehr Kraft dem Widerstande gegen die Uebergriffe der Behörden widmen mußten, so daß wir nicht unsere ganze Kraft der Agitation zuwenden konnten und folglich nur einen theilweisen Erfolg errungen haben. Wir haben mehr erzielt, als wir erwarten konnten. Was speziell die Nationalitätenfrage anbelangt, muß ich betonen, daß thatsächlich das Auftreten einer nationalen Arbeiterpartei ganz unberechtigt ist. Es ist nicht wahr, daß die Social-Demokratie nationalitätsfeindlich ist, und es hat bis nun Niemand gegeben, der berechtigt war, sich derart zu äußern. Daß die social-demokratische Partei verlangt, man solle seine Nationalität verleugnen, ist nicht richtig. Die social-demokratische Partei als Freiheitspartei gewährt auch in dieser Hinsicht Jedem die volle Freiheit; die social-demokratische Partei hat immer gerecht gewirkt unter den verschiedensprachigen Völkern. Es ist folglich ein solcher Vorwurf nicht darauf zurückzuführen, daß die Nationalität in der Social-Demokratie verkümmert werde. Dieser Anwurf ist also aus anderen Rücksichten hervorgegangen. Weil daher dieser Anwurf nicht berechtigt ist, werden wir uns ihm gegenüber gewiß abwehrend verhalten. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Cingr Peter (Hadlitz) spricht czechisch, referirt über über die Orte Teplitz, Horovic und Rakonitz und bespricht die böhmischen Preßverhältnisse und die Abschiebungs-Theorie der böhmischen Behörden. Die böhmischen Nationalen sind immer über die Arbeiter erhaben und kümmern sich nicht um dieselben. Nur dann nehmen sie von ihnen Notiz, wenn sie von ihnen einen Profit erwarten. In der Rakonitzer Bezirkshauptmannschaft wurde eine Versammlung in Hudlic, auf deren Tagesordnung die „heutige Stellung der Arbeiterschaft," das Wahlrecht, die Presse stand, verboten. Aber dieses Verbot war so allgemein gehalten, daß darunter zu verstehen war, daß überhaupt alle Versammlungen für immer verboten werden. (Heiterkeit.) Darauf wurde ein Genosse nach Prag geschleppt und nach § 23 P.-G. in Verhandlung gezogen und allerdings nach ungemein langem Hin- und Herziehen freigesprochen. Wenn man Vereine bilden will, werden diese

regelmäßig „wegen nicht genug klar abgefaßter Statuten" untersagt. Es kam auch vor, daß die Untersagung damit motivirt wurde, daß der Wirth, der das Vereinslocale beistellen sollte, nicht einwilligen könne, weil er sonst die Concession verlieren müßte. Der Arbeiterbildungsverein in Teplitz wollte einen Ausflug machen und erhielt erst die behördliche Erlaubniß hiezu einen Tag, nachdem der Ausflug hätte stattfinden sollen. Der dortige Obercommissär Dr. Tambor antwortete einer Deputation von Strikenden: „Jeder Schritt und jede Handlung, die Ihr thut, ist umsonst, da wir Alles mit den Waffen niederzuschlagen beabsichtigen."

Als er aber mit den am Strike Unbetheiligten im Schachte Alben und Maria Antonia zusammenkam, sagte er ihnen: „Ihr Alle seid Schufte, weil ihr nicht mit den Anderen geht; ich werde Euch schon im Zaume zu halten wissen." (Lebhafte Erregung.)

Die Aussprüche der behördlichen Personen müssen den armen Arbeitern ein Evangelium sein, und sie sollen sich nicht unterstehen, für ihre heiligsten Interessen einzutreten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Genosse Grosse (Wien): Genossen! Die Zeit rückt vor, und es sind noch 13 Redner vorgemerkt. Wenn wir so fortfahren, werden wir heute mit dem ersten Punkte nicht fertig. Ich beantrage daher Schluß der Rednerliste und appellire auch an die Einsicht der czechischen Brüder.

Genosse Hasler (Wien): Es wäre auch gut, wenn die Redner sich nicht immer wiederholen würden, damit wir neue Anknüpfungspunkte gewinnen.

Es wird hierauf der Schluß der Rednerliste angenommen.

Genosse Zednicek (Proßnitz): Wir haben in Proßnitz anläßlich der letzten Reichsrathswahlen die ersten Wahlkämpfe durchgemacht. Zwar haben wir uns schon vorher an den Gemeindewahlen betheiligt, doch erst jetzt konnten wir eigene Candidaten im dritten Wahlkörper aufstellen. Die böhmische Nationalpartei versuchte uns hiebei als „Verräther und erkaufte Judenknechte" zu denunciren und uns auf diese Weise überall zu verdächtigen. Aber die Verhältnisse haben sich nach kurzer Zeit geklärt und die Leute sahen ein, daß man mit Verdächtigungen gegen uns nicht aufkommen könne, ja es gelang uns sogar, die Nationalpartei als Denuncianten zu entlarven.

Genosse Steiner Josef (Prag, czechisch) erzählt, er sei von den Prager Genossen beauftragt worden, da man in den dortigen Versammlungen nichts besprechen dürfe, hier ihre Klagen vorzubringen. Sehr oft kam es vor, daß die Bezirkshauptmannschaft von der Censur bewilligte Schriften nochmals censurirte. Zwei Genossen haben in einer solchen Angelegenheit 13 Processe mit 23 Tagsatzungen gehabt. (Hört!) Als man vor nicht langer Zeit bei einem Genossen eine Hausdurchsuchung veranstaltete und nichts Anderes fand als einen leeren Sack, hat man diesen für „gestohlen" erklärt und den Genossen wegen Diebstahls verurtheilt. In unserer Gegend hat die Polizei

auf die Arbeiterschaft gar keinen Einfluß. Die Arbeiter üben untereinander eine viel strammere Disciplin und sind der Polizei gewachsen.

Es muß mit Befriedigung erfüllen, daß auch ein großer Theil der böhmischen Studentenschaft sich den Arbeitern zugesellte. (Bravo! Bravo!) In letzter Zeit hat sich in Böhmen eine katholische Arbeiterpartei, die sogenannten „Kalten Brüder", und eine nationale Partei gegründet, welche aber beide ganz erfolglos sich bemühen. (Nazdar!)

Genosse Saska (Innsbruck): Werthe Genossen! Wenn ich das Wort ergreife, so geschieht es einzig und allein, um klar zu stellen, inwieweit die Beschlüsse von Hainfeld auf die Entwickelung unserer Partei in den Ländern Tirol und Vorarlberg eingewirkt haben. Das Hainfelder Programm hat auch uns einen festen Halt gegeben und wir haben es ihm zu verdanken, daß in diesem schwärzesten aller Länder die socialdemokratische Bewegung einen Aufschwung genommen hat. Es wurden neue Arbeitervereine gegründet; in Südtirol fangen die italienischen Arbeiter an, sich zu organisiren, nur gebricht es ihnen an jeder Literatur und hauptsächlich an einer italienischen Presse. Wir haben seit dem Parteitage in Hainfeld eine Landesversammlung abgehalten, die von sämmtlichen Gauen beschickt war und durch deren Beschlüsse ein politischer Verein für ganz Tirol und Vorarlberg in's Leben gerufen wurde. Dieser Verein zählt jetzt nahezu an 400 Mitglieder, und deshalb nur so wenig, weil wir mit den schwierigsten Verhältnissen zu kämpfen haben. Ich erwarte für unsere Thätigkeit von diesem Parteitage eine besondere Förderung. Wir können die Versicherung geben, daß wir in Tirol ohne Rücksicht auf unsere Nationalität treu und fest wie Brüder zusammenhalten, daß die deutschen Brüder mit den italienischen Hand in Hand gehen und sich gegenseitig behilflich sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Diamant (Lemberg): Werthe Gesinnungsgenossen! Es ist das erste Mal, daß die Arbeiter Galiziens als Partei auf einem Parteitage vertreten sind. Ich kann dies mit umso größerer Genugthuung hervorheben, als wir zur Zeit des Hainfelder Congresses, wenn ich mich eines Ausdruckes des Genossen Dr. Adler bedienen darf, am tiefsten Punkte der Welle unserer Bewegung standen. Zu jener Zeit wurden absurder Weise in einen socialistischen Proceß Personen mit verwickelt, denen der Vorwurf, daß sie Socialdemokraten seien, unangenehmer war, als die sechs Monate Untersuchungshaft — es waren ausgesprochene Gegner der Socialdemokraten. Unter solchen Verhältnissen hatten wir einen sehr schweren Stand, und die einzige, damals existirende Arbeiterzeitung „Praca" war ihrer Mitarbeiter beraubt, es erschienen nur wenige Nummern derselben. Das freisprechende Urtheil in dem berührten Processe förderte mächtig unsere Bewegung. Es kamen Genossen von auswärts, die uns unterstützten. Es gelang uns, ein zweites Parteiorgan zu gründen, welche beide einestheils die Agitation mächtig anspornten, anderntheils es verstanden, zahlreiche Abonnenten zu gewinnen. Diesen Blättern haben wir es zu verdanken, daß auch in Galizien die Feier des **1. Mai** im vorigen Jahre sich würdig und den imposanten Kundgebungen anderer Länder ebenbürtig gestaltete.

In unserem Lande — die Herren werden das Verhältniß der Analphabeten zu den Les- und Schreibkundigen in unserem Lande kennen — ist es schwer, durch die Presse zu wirken. Am 1. Mai hatten wir Gelegenheit, alle Angelegenheiten ausführlich zu besprechen, aufklärend zu wirken und unsere Arbeiter mit den Bestrebungen unserer Partei bekannt zu machen. Die Wirkung dieser Thätigkeit zeigte sich in einer Bewegung der Bauarbeiter, die bis heute andauert, die durch eine gründliche und rege Agitation mit Erfolg geführt wird.

Wir hatten bei der letzten Maifeier mit einem specifisch polnischen Rivalen zu thun, ich meine die Feier d r ersten polnischen Constitution, welche bekanntlich am 3. Mai begangen wurde. Dieser Tag wurde mißbraucht, um die Aibeiter von der Antheilnahme an der Feier des 1. Mai abzuziehen. Man verwies uns darauf, daß der Freitag ein Wochentag sei, man lockte uns damit, daß die polnische Constitution auch einen Fortschritt für das gesammte polnische Volk bedeutet hätte, man hielt uns vor, daß unsere Landsleute in Deutschland den 3. Mai gemäß dem Beschlusse der deutschen Genossen zur Feier erwählt hätten und daß wir Polen die einzigen wären, die am 1. Mai feiern wollten, was Alles uns natürlich nicht einen Moment schwankend machte. Aber wir haben auch an der Feier des 3. Mai theilgenommen, und zwar in der Weise, daß wir in der Stärke von 2000 Mann mit unseren Abzeichen (Sehr wacker!) uns unter die Menge beim Aufzuge am 3. Mai begaben, daß wir eine große Schaufel vorantragen ließen, an welcher eine Riesentafel befestigt war, mit der Aufschrift: „1. Mai 1891, Allgemeines gleiches und directes Wahlrecht, Achtstundentag“ (Ausgezeichnet! Sehr brav! Sehr richtig!) Die oppositionellen Arbeiter, in der Gesammtzahl von 18 bis 20 Mann, verschwanden natürlich gegen die imposante 2000 Arbeiter umfassende Vertretung unserer Arbeiter.

Die Genossen, die ursprünglich in ihre Reihe getreten waren, schämten sich, nicht in unserer Mitte zu erscheinen, baten um Abzeichen und kamen zu uns. (Heiterkeit und Ruhe. Sehr gut!)

Unsere Zeitschriften haben mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, vor allem der „Robotnik“, der im März des Jahres 1890 gegründet wurde und seine Aufmerksamkeit speciell den Arbeiterverhältnissen in den Eisenbahnwerkstätten zuwendete. Es wurden verschiedene Mißstände in dieser Richtung aufgedeckt, es wurde nachgewiesen, welche Ausbeutung der Arbeiter hier zu Tage tritt, und die Bahnarbeiter wurden aufgefordert, sich zu organisiren und ihre Rechte besser zu vertheidigen. Die Bahnverwaltung suchte den Eindruck durch Richtigstellungen abzuschwächen. Natürlich wurde sie von der Staatsanwaltschaft sehr energisch unterstützt. Die Redaction des „Robotnik“ unterließ es aber nicht, die von der Direction der Staatsbahnen aufgestellten Behauptungen detaillirt zu widerlegen. (Wacker!) Ein Ingenieur der Staatsbahnen hatte den Mitarbeitern des „Robotnik“ einen Preßproceß angehängt und hat diesen Proceß verloren. (Hört! Hört!) Die Direction suchte nun nach neuen Mitteln,

sie erließ ein offenes Verbot, den „Robotnik" oder überhaupt Arbeiter-Zeitungen zu abonniren, und sie verbot den Arbeitern, die von der Arbeiterpartei herausgegebenen Brochüren zu lesen. Den Bahnverwaltungen war es ganz gleichgiltig, daß die Menschenwürde ihrer Arbeiter beleidigt wurde, es wahr ihnen gleichgiltig, daß sie die Staatsbürger ihrer primitivsten Rechte beraubte, denn sie wußten, daß sie Lohnsclaven haben, die sich ihnen unbedingt fügen müssen, und um ein Exempel zu statuiren, wurde der Conducteur Haidaß im Zusammenhange mit dieser Angelegenheit aus dem Dienste entlassen. (Hört! Hört! und Pfui-Rufe.) Die Genossen bei den Eisenbahnen durften unsere Zeitschriften nur im Geheimen lesen, wir hatten Abbruch in den Einnahmen, aber unser Muth wurde nicht gebrochen, wir gingen ruhig vorwärts. (Bravo! Bravo!) Jetzt wurde ein neues Mittel erfunden. Der Buchdrucker, bei dem wir unsere Zeitschrift drucken ließen, hat uns gekündigt. Wir waren damit zufrieden, denn es war dies eine Buchdruckerei, wo es sich ohnehin für Socialisten nicht recht schickte, arbeiten zu lassen. Wir wollten eine andere Druckerei ausfindig machen, nun versagten uns aber alle Druckereien jeden Dienst. Wir hatten weder in Lemberg noch überhaupt in ganz Galizien eine Druckerei gefunden, wo wir den „Robotnik" weiterdrucken lassen konnten. (Hört! Hört!)

Wir ließen mit Hilfe von Wiener Genossen das Blatt einige Zeit in Wien drucken, wir überzeugten uns aber bald, daß es auf die Dauer nicht möglich sei, ein Blatt in Lemberg zu redigiren und in Wien zu drucken. Wir nahmen nun die Offerte eines Lithographen an, der eine kleine amerikanische Visitkarten-Druckerpresse hatte, und lassen jetzt bei ihm den „Robotnik" drucken. Der Satz für zwei Columnen dauerte vier Wochen, der Druck drei Wochen, jedes Blatt muß achtmal unter die Presse kommen. (Hört! Hört!)

So können wir natürlich nicht existiren. Wir liefern einmal in zwei Monaten eine Nummer, das Blatt hat dann für unsere Genossen kein Interesse mehr, und wir sind nahe daran, das Blatt vollkommen aufgeben zu müssen, trotzdem es genügend Abonnenten hat. Es ist dies einer der flagrantesten Fälle der Unterdrückung einer Zeitung, und die russische Polizei könnte bei uns in die Lehre gehen, wie man ein Blatt zu unterdrücken in der Lage ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist ein Exempel, wie es keine Zeit aufzuweisen hat. (Rufe: Scandalös!) Das kann natürlich nur u n o r g a n i s i r t e n Arbeitern geboten werden (Sehr richtig!), denn organisirten würde niemand wagen, so etwas zu bieten. (Richtig!)

Die „Praca" hat ihren Druck gesichert, aber es werden die unglaublichsten Mittel gebraucht, um sie unmöglich zu machen.

Als Beleg dafür mag dienen, daß 45 Percent sämmtlicher im Laufe von 14 Jahren erschienenen Nummern confiscirt worden sind, und es gehört die ganze Aufopferung der betheiligten Genossen dazu, um unter solchen Verhältnissen das Blatt fortzuführen.

Das Vereinswesen lassen wir natürlich nicht außer Auge. Es ist uns in neuester Zeit gelungen, einen Arbeiterbildungsverein, der mit einer Unterstützungscassa für arbeitslose Mitglieder verbunden

ist, in Lemberg zu begründen. Der Verein zählt nach einer mehrmonatlichen Existenz bereits 300 bis 400 Mitglieder, eine für unsere Verhältnisse ganz ungeheure Zahl. (Beifall.) Weiter haben die Bauarbeiter unter dem Einflusse der Versammlungen vom 1. Mai einen Fachverein unter dem Namen „Ognivo" begründet. Die Arbeiter in Stanislau haben in der Vorwoche in Anwesenheit unseres Delegirten Genossen Daniluk und des Vorsitzenden des Lemberger Arbeiterbildungsvereines Hudetz einen Arbeiterbildungsverein unter der Bezeichnung „Praca" eröffnet. (Bravo.)

Von Krakau aus wurden bereits die Statuten eines Arbeitervereines an die Statthalterei in Lemberg übermittelt. Wir haben jetzt drei Vereine und hoffen im Laufe eines Jahres vier Vereine in Galizien zu haben. (Wacker!) In den Versammlungen vom 1. Mai hatten wir beschlossen, einen politischen Verein für Lemberg, eventuell für ganz Galizien zu gründen, und wir werden schon in nächster Zeit der Statthalterei die Statuten vorlegen können. (Bravo! Bravo!)

Unter den Mitteln, uns zu bekämpfen, ist eines ganz eigenthümlicher Natur. Wir hatten in der Redaction des „Robotnik" kurze Zeit einen Genossen, den wir dazumal nicht Gelegenheit hatten, von der schlechten Seiten kennen zu lernen. Bei einer Versammlung, die wir in Sachen des allgemeinen Wahlrechtes einberufen hatten, versuchte es dieser Herr, in einer unseren Principien entgegengesetzten Weise zu sprechen. Die Folge davon war, daß er aus dem Redactionscomité des „Robotnik" hinausgeworfen und von der Partei ausgeschlossen wurde. (Bravo! Bravo!) Nach einiger Zeit hatten wir in Erfahrung gebracht, daß speciell die das Fortschreiten der socialistischen Partei bekämpfenden Personen sich mit diesem Herrn ins Einvernehmen gesetzt und eine Arbeiterzeitung in Lemberg gegründet haben. Das Blatt, das mit entsprechenden Mitteln versehen war, suchte gegen uns die Arbeiter aufzuhetzen, aber dies konnte in Lemberg nicht mehr verfangen. Trotz der großen Unterstützung, trotzdem das Blatt den Arbeitern umsonst in's Haus geschickt wurde und die Arbeiter von vielen Seiten zum Abonnement aufgefordert wurden, ist dieses Blatt, das zu unserer Schande in Lemberg bestanden hatte, nach drei Monaten eingegangen. (Bravo! Bravo!)

Anläßlich der Wahlen in den Reichsrath haben wir beschlossen, öffentlich aufzutreten. Wir hatten zu diesem Zwecke mehrere Versammlungen einberufen und dort nach reiflicher Erwägung beschlossen, keine besonderen Candidaten aufzustellen, und zwar aus dem Grunde, weil in Lemberg ein Kampf zwischen dem wahrhaft demokratischen Candidaten und dem Regierungscandidaten bestand. Wir wußten, daß die Stimmen hier gezählt werden und daß jede Stimme den Ausschlag geben kann. Wir gingen in die Wählerversammlungen, hielten dort Reden, die in allen Kreisen unserer Bevölkerung Eindruck machten, interpellirten die Candidaten, zwangen sie dazu, sich mit den Punkten unseres Minimalprogrammes einverstanden zu erklären, und nachdem der Abg. Dr. Lewakowski dies gethan hatte, gaben wir ihm unsere Stimmen, und es kann nicht geleugnet

werden, daß er es nur unserer Unterstützung verdankt, daß er heute im Reichsrathe sitzt. Die Socialdemokraten Lembergs haben bei dieser Wahl den entscheidenden Ausschlag gegeben. (Bravo!)

Wenn wir auch in allen anderen Richtungen gegenüber der Bewegung in den deutschen Provinzen zurückstehen, so sind wir doch in Einer Richtung vor. Es gibt unter unseren Socialdemokraten keine Frauenfrage. (Beifall.) In unseren Vereinen sind Frauen Mitglieder, in einigen sind sie sogar im Ausschusse (Hört! Hört! Beifall), und ich kann Sie versichern, daß wir in dieser Beziehung die besten Erfahrungen gemacht haben. (Bravo!) In den deutschen Provinzen finden die Frauen nicht das Entgegenkommen wie bei uns. Das mag vielleicht darin seinen Grund haben, daß bei den Slaven zu allen Zeiten der Frau größere Rechte eingeräumt wurden, als bei anderen Nationen.

Ich werde noch Eines hinzufügen. Im October 1890 ist auf den Einfluß mehrerer Genossen hin unter den Arbeiterblättern „Praca" und „Robotnik" eine Einigung zustande gekommen, und zwar in der Weise, daß die Blätter abwechselnd erscheinen sollen, daß ein gemeinschaftliches Redactionscomité für beide Blätter zusammengesetzt wurde, daß beide Blätter den Titel „Organ der Partei" führen, und daß sie unter steter Controle der Arbeiterpartei in Lemberg stehen. Es war dies bei den Zerwürfnissen, die vordem in Lemberg geherrscht hatten, ein großer Fortschritt. Der Aufruf, den wir damals erlassen haben, endigt mit dem Satze eines polnischen Dichters, welchen ich in Prosa übersetzen werde: „Trotzdem viele von uns auf dem Wege bleiben, trotzdem wir gebrochen werden durch unser hartes Los, Niemand von uns wird über seine Lage weinen, Niemand von uns wird die Stirne beugen." Das ist unsere Losung. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Es hat sich Fräulein Dworschak als Gast zum Worte gemeldet. Da die Geschäftsordnung vorschreibt, daß Gäste nur dann sprechen dürfen, wenn die Versammlung damit einverstanden ist, so frage ich, ob die Versammlung damit einverstanden ist. (Die Versammlung ist einverstanden.) Ich ertheile hiemit Fräulein Dworschak das Wort.

Fräulein Dworschak: Geehrte Genossen! Mit Bedauern bemerken wir Arbeiterinnen, daß von allen Genossen, welche heute bereits sich zum Worte meldeten, wir Frauen in gar keiner Beziehung erwähnt wurden, bis endlich Genosse Diamant aus Galizien erwähnte, wie wichtig für uns Frauen die Organisation sei. Ich danke hiefür dem Genossen Diamant und auch ich spreche hiemit meine Ansicht aus, welche die Ansicht aller bewußten Arbeiterinnen ist, daß für uns die Organisation sehr wichtig ist. Wir Arbeiterinnen finden, daß für die Männer sehr viel geleistet worden ist, doch für uns Arbeiterinnen ist gar nichts gethan worden, weder in Bezug auf Organisation, noch in einem anderen Punkte. Wohl hat sich ein Arbeiterinnenbildungsverein gegründet, aber es stellte sich heraus, daß die Agitation von uns Arbeiterinnen für die Organisation viel zu schwach ist, weil wir überall auf Widerstand stoßen, weil sich

die Frauen gänzlich von den Männern beeinflussen lassen und, sind sie verheiratet, von ihren Männern, sonst von ihren Brüdern und Vätern abhängen. Sie thun das, was ihnen von ihren männlichen Angehörigen vorgeschlagen wird. Und wenn von diesen nicht die Frauen beeinflußt werden, so ist für unsere Organisation nichts zu schaffen. Ich mache deshalb die Genossen aufmerksam, daß sie überall dafür agitiren mögen, daß wir Frauen in die Organisationen mit einbezogen werden, daß sie für uns thätig eintreten mögen, denn jetzt heißt es immer, es schickt sich nicht, daß ein weibliches Wesen sich in solche Sachen mischt. Wird uns die Arbeit zugestanden, so verlangen wir, daß uns auch Rechte gewährt werden (Beifall), haben wir die Pflicht der Selbsterhaltung, so wollen wir auch das Selbstbestimmungsrecht haben, und wir hoffen entschieden, die Genossen werden uns in jeder Beziehung in der Erlangung desselben unterstützen.

Deshalb sahen wir es mit Bedauern, daß Genosse Dr. Adler in seinem ausgezeichneten Referate mit keinem Worte der Frauen erwähnt hat und deshalb erlaubte ich mir als Gast mich hier zu melden und den Parteitag zu ersuchen, das Weitere zu veranlassen, und ich danke den Herren dafür, daß Sie mir das Wort ertheilt haben. Ich ersuche die Genossen, für uns Frauen einzutreten, denn wir sind diejenigen, von welchen unsere künftige Organisation getragen wird. In welcher Weise wir unsere Kinder erziehen, davon hängt die künftige Gesellschaft ab, und wenn wir nicht in die Organisationen einbezogen sind, so werden die Kinder unserer Genossen an dem Punkte stehen, wo unsere Genossen angefangen haben. (Beifall.)

Ich ersuche daher die Genossen, allerorts für uns einzutreten, zu agitiren, daß uns Organisationen geschaffen werden, daß auch bei den Frauen das Classenbewußtsein erwache. Wir Frauen erstreben keine Organisationen für uns separat an, wir wissen, daß wir mit den Männern gehen müssen, nur Mann und Frau zusammen, eines Sinnes, eines Herzens können sie erreichen die Befreiung der Gesellschaft, die Befreiung des Proletariats aus ökonomischer und politischer Sclaverei. (Beifall.) Wenn unsere Genossen überall thätig für uns eintreten, wird unser Bemühen nicht erfolglos sein, denn die Frauen werden sich leiten lassen und wir werden unser Ziel erreichen.

Die politischen Forderungen der Arbeiterinnen werden ja wohl bei einem folgenden Punkte der Tagesordnung, bei Besprechung des allgemeinen Wahlrechtes von Anderen besprochen werden.

Denn auch wir Frauen müssen eine Organisation haben, wir müssen gerade so gut arbeiten, wie die Männer, und die Männer sagen, es ziemt sich nicht, daß die Frauen in die Organisationen der Männer eintreten — und es sind Genossen, welche dies noch sagen — so sollen sie unmöglich machen, daß die Frauen in der Fabrik sitzen müssen, daß sie neben der Arbeit in der Fabrik auch noch zu Hause arbeiten müssen, das können sie nicht; folglich müssen wir dieselben Rechte fordern, die auch der Mann anstrebt.

Sind wir verpflichtet, zu arbeiten wie die Männer, so wollen wir auch die Rechte der Männer. Sie haben bis jetzt nicht gezeigt, daß Sie für uns eintreten. (Zuruf: Oh ja!) Wir sehen nichts davon. (Zuruf: In Böhmen.) In Böhmen jawohl, aber in ganz Oesterreich nicht. Wollen Sie in Zukunft für uns eintreten, und Sie werden nicht auf Undankbarkeit stoßen. Wenn es allgemein heißt, daß die Frauen kein Interesse haben, so sind nur die Männer daran schuld, welche sagen, die Frauen verstehen höchstens einen Strumpf zu stricken oder ähnliche Sachen. Das ist nicht wahr. Wenn den Frauen eine Anregung sich bietet, so kommen auch sie zur Einsicht. Und wenn Sie agitiren werden, so werden Sie sehen, daß Ihnen die Frauen thatkräftig zur Seite stehen. Und zum Schluße gestatten Sie mir, Ihnen die Worte eines unserer verehrtesten Dichter zuzurufen, der kürzlich in Wien geweilt: „Die gegenwärtige Gesellschaft ist eine masculine, erst dann, wenn man auch den Frauen ihre Rechte gegeben haben wird, erst dann wird diese Gesellschaft eine humane sein.“ Wollen Sie diese Worte beherzigen und uns beistehen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Genosse Sadnik aus Triest hat das Wort.

Sadnik (Triest): Geehrte Parteigenossen! Ich war zwar früher als Delegirter aus Laibach angemeldet, aber ich habe den Auftrag der Triester slovenischen Arbeiterschaft, sie am Parteitage zu vertreten. Es ist zwar die slovenische Arbeiterbewegung sozusagen eine elende zu nennen, wie eben auch die Nation als solche in einer elenden Lage ist. Ich habe am Hainfelder Parteitage ausgesprochen, daß ich alle meine Kräfte anwenden werde, um die socialdemokratische Idee auch in der slovenischen Arbeiterschaft zu verbreiten. Wir haben früher auch nicht eine Organisation zu verzeichnen gehabt, welche die Möglichkeit geboten hätte, unter der slovenischen Arbeiterschaft Propaganda zu machen und agitatorisch zu wirken. Wir waren mehr oder weniger von der Unterstützung der Partei als solche abhängig, um Mittel zu bekommen, mit welchen wir dann die Agitation in's Werk setzen konnten. Ich habe nun der Pflicht, welche ich durch das Versprechen, die Agitation dort zu leiten, übernommen habe, so viel es einem Menschen möglich war, entsprochen. Es hatte nach dem Parteitage den Anschein, als ob die slovenischen Arbeiter in Laibach sich der Bewegung anschließen werden, es trat aber ein Rückschlag ein, als zur Zeit, als man die Bismarck'schen und Puttkamer'schen Praktiken bei uns anwendete, auch bei uns ein Opfer fiel. Dieser Schlag war ein solcher, daß er Alles zurückhielt. Es war uns unmöglich, den Leuten die Ueberzeugung beizubringen, daß sie alle persönlichen Dinge bei Seite schaffen mögen und nur mit allen Kräften für die Principien der Partei, für das Hainfelder Programm eintreten sollen. Es folgte dann eine kurze Periode, während welcher die Zeit sozusagen mit Nichtigkeiten vergeudet werden mußte. Dann gingen die Laibacher Genossen daran, ein slovenisches Blatt herauszugeben, welches aber sofort von der Behörde unterdrückt wurde. Es wurden überhaupt schon früher Schwierigkeiten gemacht, welche einzig dastehen. Es wurde der

Redacteur nicht als ein solcher anerkannt, der fähig wäre, das Blatt zu leiten, da er „nicht genügende Schulbildung" dazu habe. Der Genosse, welcher die Redaction übernehmen wollte, sollte Prüfungen durchmachen und allerhand Sachen, die ungesetzlich sind; denn man kann doch von einem Journalisten nicht verlangen, daß er Zeugnisse darüber bringt, daß er eine Journalistenstelle bekleiden kann. Schließlich ist das Blatt erschienen, die erste Nummer wurde confiscirt und die Staatsanwaltschaft in Laibach hat gleich den ersten Satz nach dem Titel nicht für erlaubt erklärt, weil es dort hieß, „Organ der slovenischen Socialdemokraten"; dies nämlich aus dem Grunde, wie sich später herausgestellt hat, weil die Behörde die Socialdemokratie als solche überhaupt als existenzberechtigt in den slovenischen Ländern nicht anerkannt hat.

Vor dem 1. Mai beriefen wir eine Versammlung ein, welche von nahezu 1000 Personen besucht war, und mit Enthusiasmus wurde damals beschlossen, den 1. Mai zu feiern. Zwar hob sich dadurch unsere Sache, aber wir konnten uns dennoch nicht von dem Schlage, der von den Behörden im Jahre 1883 und 1884 geführt wurde, erholen; persönliche Zwistigkeiten drängten wieder Alles zurück.

Einem zweiten Versuche zur Ausgabe unseres Blattes wurden wieder die bekannten Schwierigkeiten gemacht und der Redacteur als „unfähig und nicht gehörig geschult" erklärt. Man verlangte von ihm ein Zeugniß, was er nicht hatte, und darum wurde die Ausgabe des Blattes nicht erlaubt. Doch in Triest ist uns die Gründung eines Blattes geglückt. Dabei ist aber arg vorgegangen worden. Die Laibacher Behörde, welche insgeheim auch eine Art Ausnahmezustand proclamirt hat, hat bewirkt, das uns auch die Triestiner Behörde mehr als früher auf die Finger gesehen hat, und so wurden später sehr oft Blätter confiscirt, sowie überhaupt das ganze Redactionsgebahren erschwert. In den slovenischen Ländern bekam man auf Grund dieser feindseligen Stellung der Behörden zu uns in der Schaar der Arbeiter vielfach Furcht, sich uns anzuschließen.

Trotzdem ist es uns durch dieses Blatt geglückt, eine bedeutende Anhängerschaft unter den slovenischen Arbeitern zu gewinnen. Wenn wir auch nur 400 Abonnenten gehabt haben, wurde das Blatt dennoch von viel mehreren gelesen.

Wir können uns der frohen Hoffnung hingeben, daß die slovenische Arbeiterschaft bald mit größerer Kraft in die Arbeiterbewegung eintritt. Wir werden alle Kräfte aufwenden und hoffen in Triest den günstigen Ort gefunden zu haben, wo in nicht langer Zeit eine Bewegung geschaffen sein wird, welche vielleicht größer sein wird, als manche großstädtische Arbeiterbewegung. (Bravo! Bravo!) Die slovenische Arbeiterschaft wird bei dem allgemeinen ökonomischen Druck kein anderes Mittel finden, als sich uns anzuschließen, um wirklich Verbesserungen zu erringen.

Auch bei der Wahlbewegung haben wir einigen Erfolg zu verzeichnen, indem wir der nationalen Partei nachwiesen, daß nicht sie die Volksvertretung ist, sondern nur wir, daß sie das Volk verhetze

und täusche und in dem Streben nach Regierungsfähigkeit sich gegen unser Streben, das man allerdings nicht regierungsfreundlich nennen kann, wendeten.

So habe ich Ihnen in Kürze ein Bild über die Bewegung und den Fortschritt der Socialdemokratie in den slovenischen Ländern und Triest gegeben. (Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Nachdem noch eine große Anzahl von Rednern vorgemerkt ist, möchte ich die Herren ersuchen, ob es nicht möglich wäre, daß einige auf das Wort verzichten. Ich ertheile dem Genossen Vawra das Wort.

Genosse Vavra: Sehr geehrte Versammlung! Ich hätte gar nicht das Wort verlangt, wenn ich nicht zu jener Partei gehören würde, über die so viel gesprochen worden ist, zu der nationalen Partei. Ich bemerke nur, daß die Partei nur deshalb entstand, weil die internationalen Prager Genossen den Begriff der internationalen Socialdemokratie falsch erklären. (Stimmen: Oho!) Jeder gebildete Mensch versteht die internationale Socialdemokratie nur in wirthschaftlicher Hinsicht, aber nicht in nationaler.

Wenn aber bei uns in Böhmen in allen freien Versammlungen, ja selbst von Candidaten für den Reichsrath, diese Lehre dahin interpretirt wird: „Sollten wir etwas erreichen, dürfen wir nicht die Nationalität anerkennen, sie ist uns nur ein Hemmniß", da war es unsere Pflicht das Recht der Selbstbestimmung für uns in Anspruch zu nehmen. Möge dieser Parteitag in der nationalen Frage eine feste Position einnehmen, denn diese Frage bewegt entschieden die ganze Gesellschaft. Freunde! Wenn sich diese Frage einfach durch Negation aus der Welt schaffen ließe, wäre ich selbst dafür, es zu thun, aber mit dem Ausspruche: „Mit dieser Frage werden wir nicht rechnen", ist nichts gethan.

Ob wir das oder jenes sagen, sämmtliche politische Parteien werden sich mit dieser Frage befassen, und deshalb thun es als eine ernste Partei auch wir. Wir verlangen von Ihnen, daß Sie deutlich aussprechen: So stellen wir uns die nationale Frage vor, diesen Standpunkt nehmen wir ein. Wir werden seinerzeit bei der Verlesung der diesbezüglichen Resolution unsere Anträge stellen. Daß es nothwendig ist und sich diese Angelegenheit nicht verschieben läßt, ist schon durch die Worte des Referenten Dr. Adler nachgewiesen, wo er sagte: „Die politischen Verhältnisse sind in Oesterreich so verworren, daß wir jede Gemeinschaft mit den Liberalen, Conservativen und Clericalen meiden müssen." — Allgemein wird anerkannt, daß die Lösung der socialen Frage in Oesterreich ihrer großen Verworrenheit wegen ganz anders geschehen muß als anderswo. In Deutschland ist Eine Nation, und auf Deutschland zeigt man; in Oesterreich sind jedoch andere Verhältnisse, vor Allem ist es vielsprachig. In Oesterreich fördert die Regierung traditionell die Germanisation. Wir in Oesterreich müssen als Socialdemokraten und als Glieder einer Nation — wie Bürger Burian sagte, als er behauptete, immer ein Czeche zu bleiben — auch unseren Pflichten dieser Nation gegenüber gerecht werden; denn gerade so wäre ich ein schlechter Social-

demokrat, wenn ich dieser Partei gegenüber meine Pflichten vernachlässigen würde, und so ist es auch mit der Nationalität. Was die Aussprüche: „Auf die Finger klopfen" und „Nur einzelne gewesene Genossen" anbelangt, sehe ich mich gezwungen, mich auf das entschiedenste zu verwahren; sollten Sie aber dem Glauben schenken, so liegt mir nichts daran. Solche Drohungen sind für politische Kinder. Die Notabelnversammlung ging auch über die Nation zur Tagesordnung über, aber in einer kurzen Zeit schaute es mit ihr traurig aus. Wir hoffen, bei der betreffenden Resolution unserer Meinung Ausdruck geben zu können.

Hybes: Ich sehe mich veranlaßt, die Rede meines Vorredners zu beleuchten. Redner sprach hier als im Namen einer Partei, brachte jedoch nur eine Polemik und weiter nichts. Sollte Vorredner wirklich im Namen einer halbwegs organisirten Partei gesprochen haben, so müßte er Beschlüsse oder besondere Facta vorbringen, damit man weiß, wie die Sache anzupacken ist. Mit dem hier Vorgebrachten können wir nichts anfangen.

Genosse Richter (Mähr.-Schönberg): Ich stelle den Antrag, von der Uebersetzung der Reden in die andere Sprache für heute abzugehen, damit die Verhandlung rascher fortgeführt werden könne. Von meinem Antrage sind natürlich Anträge ausgeschlossen, welche ihrer Wichtigkeit wegen übersetzt werden müssen.

Genosse Grosse: Dieser Antrag ist nicht gut aus taktischen Gründen. Ich möchte viel lieber den Prager Genossen an's Herz legen, sich auf einen Redner zu einigen, dann würden wir ja rasch fertig werden. (Genosse Hybes: Das ist ihnen bereits an's Herz gelegt worden.)

Genosse Steska (Prag) czechisch: Ich stelle den Antrag, es möge die Sitzung für heute vertagt werden und die Fortsetzung morgen Früh stattfinden, damit wir über den böhmischen Streit noch eingehender discutiren können.

Vorsitzender: Zu diesem Antrage hat Genosse Diamant das Wort.

Genosse Diamant: Ich bin der Ansicht, diese Discussion nicht zu vertagen; wir müssen doch wenigstens einen Punkt der Tagesordnung heute erledigen, da uns noch große Arbeiten bevorstehen.

Genosse Czerny (Prag) ist für den Antrag des Genossen Steska, weil diese Angelegenheit doch eine wichtige und es wünschenswerth ist, daß hier ein Ausgleich zustande kommt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Genossen Richter angenommen, der Antrag des Genossen Steska abgelehnt.

Genosse Krejci: Freunde! Ich bedaure sehr, daß Sie den Beschluß faßten, nicht mehr die Reden verdolmetschen zu lassen, ich würde wünschen, daß Jedermann verständlich wäre, was ich sage, besonders den deutschen Genossen. Genosse Dr. Adler hat in seinem Referate über die Thätigkeit der Partei seit dem Hainfelder Congreß gesprochen, aber daß in Oesterreich auch eine böhmische Organisation besteht, das hat er mit keinem Worte berührt, das muß er als

Wiener Genosse wissen, und das bedauere ich sehr. Als die Regierung die rührigsten Genossen auf Grund des Ausnahmszustandes aus Wien ausgewiesen hatte, glaubte sie, daß die ganze böhmische Arbeiterschaft eingeschlafen sei. Die böhmischen Arbeiter in Wien schlossen sich den deutschen an und waren regsamer als je. Nach einer kurzen Zeit kamen aber einige bedeutendere Genossen zusammen, welche gesehen haben, wie die nationale Partei in Wien die Arbeiterschaft und die politischen Vereine nasführt, und bemächtigten sich der „Občanská beseda". In kurzer Zeit darauf wurde nach reiflicher Ueberlegung beschlossen, in Wien eine Zeitschrift in böhmischer Sprache herauszugeben, was auch geschah. Obwohl uns im Anfange die deutschen Genossen geholfen haben, hatten wir große Hindernisse zu beseitigen gehabt. Wir haben zwar Zuvorkommen und Liebe gefunden, jedoch nicht ganz ausreichende Hilfe. Diese Angelegenheit wurde geschlichtet, und wenn wir nun Hand in Hand wieder mit unseren Brüdern schreiten, stießen wir auf anderen Widerstand, auf Organe, die uns schon früher niederzudrücken versuchten.

Vorsitzender: Ich fordere den Redner auf, zur Sache zu sprechen. Das, was er hier bespricht, gehört in die Localversammlungen. Der Redner greift hier in ganz ungehöriger Weise den Referenten Dr. Adler an, angeblich weil er nicht über die böhmische Organisation gesprochen habe, die doch der böhmische Referent zu besprechen hatte.

Genosse Krejci (fortfahrend): Die Regierung hat uns mit Confiscationen verfolgt, und als wir dieser Verfolgung getrotzt haben, kam ein anderes Uebel — die Druckerei. Da wir in Wien nicht drucken konnten, wandten wir uns nach Brünn. „Delnicke listy" wurde nun in Brünn gedruckt. Das war doppeltes Uebel. Wir wurden in Brünn und in Wien confiscirt, jedoch haben wir uns durch Einsprache Erleichterung verschafft. Unsere Regsamkeit erhellt schon daraus, daß wir in zwei Jahren zwei Vereine gegründet haben, die auf dem Standpunkte der internationalen Socialdemokratie stehen, und die Gründung zweier anderer Vereine ist in naher Aussicht. Die Mitgliederzahl beträgt in beiden Vereinen 480. Unsere Organisation ist sehr breit, aber nicht genug fest, einerseits weil viele sehr regsame Genossen sich der deutschen Organisation beigesellt haben und uns daher nicht unterstützen können, andererseits hat die böhmische Organisation viele Mitglieder, die nur über Sommer in Wien sind und im Winter fortgehen.

Unsere finanziellen Verhältnisse sind so schlecht, daß die andere Partei es gar nicht glauben kann, und ich appellire deshalb heute an die anwesenden Wiener Genossen, damit sie ihre Pflicht thun. Wir versuchten die oberösterreichische Arbeiterschaft heranzuziehen, die Behörden weisen jedoch jede Eingabe ab. Es besteht jedoch daselbst eine Organisation, welche sehr gut gedeiht. Eine kurze Begebenheit werde ich mir erlauben, Ihnen mitzutheilen. Die erste Versammlung in Steyr wurde nicht gestattet, weil der Commissär von ihr nicht erfuhr, die zweite, auf §. 2 Versamml.-Gesetz einberufen wurde, sofort, als der Vorsitzende sie in böhmischer Sprache eröffnete, vom Commissär

aufgelöst. Der Redner aus Wien brachte telegraphisch die Einsprache zur Statthalterei, diese gab jedoch der Einsprache nicht statt.

(Redner wird aufmerksam gemacht, daß die Redezeit schon überschritten ist.)

Bevor aus Wien die Antwort kam, haben wir eine neue Versammlung einberufen, welche neun Gendarmen und ein Commissär besuchten, und in Bereitschaft waren zwei Compagnien Jäger.

Das Statut für einen czechischen Verein in Steyr wurde zurückgewiesen, weil dort die Landessprache deutsch sei. Der Recurs ans Ministerium ist noch nicht erledigt — seit Monaten. Ich schließe, daß wir stets auf internationalem Standpunkt stehen. (Beifall.)

Genosse Egger (Salzburg): In Salzburg ist die socialdemokratische Bewegung wahrlich nicht auf Rosen gebettet. Es regnet bei uns zwar nicht Versammlungsverbote, aber man löst die Versammlungen ganz einfach auf. Uns macht das aber nicht gar so viel, indem wir die bekannte Lücke des Versammlungsrechtes, den §. 2, benützen und wir kommen trotz dieser Auflösungen doch zusammen, und ich kann es mit Befriedigung constatiren, daß auch in Salzburg die socialdemokratische Bewegung in jeder Beziehung vorwärts schreitet. (Bravo!) Es sind bereits drei Vereine gegründet worden, die verschiedenen Organisationen, die von den verschiedenen Branchen gegründet werden, nehmen immer zu; wir schreiten rastlos vorwärts. (Beifall.) Im Hinblick auf die große Zahl der eingeschriebenen Redner schließe ich hiemit.

Genosse Trübenegger (Gablonz): Auch im Isergebirge können wir von Erfolgen sprechen, und wenn auch die Bewegung noch sehr jung und schwach und heute zum erstenmale auf dem Parteitage vertreten ist, berechtigt die Bewegung zu den schönsten Hoffnungen, weil alle Factoren, welche für die Entwicklung des Socialismus von maßgebender Bedeutung sind, sehr scharf hervortreten. Unsere Bewegung ist sehr schwach, wir besitzen drei Arbeiterbildungsvereine mit 150 Mitgliedern, von zwei Vereinen sind die Statuten bereits eingereicht und weitere werden in Angriff genommen. Was die gewerkschaftliche Organisation anbelangt, steht es besser: Fachverbände der Porzellan- und Glasarbeiter, 13 Ortsgruppen mit 1400 Mitgliedern. Diese Organisation wird unterstützt durch eine nach unseren Principien geleiteten Fachpresse. Gestatten Sie mir, daß ich einige Bemerkungen in Opposition gegen das verehrte Fräulein Dworschak mache. Fräulein Dworschak hat behauptet, sämmtliche Genossen setzen die Frau zurück. In dieser Beziehung vertheidige ich das Isergebirge. Wir gehen von der Ansicht aus, daß wir die Frau in die Organisation einbeziehen müssen (Bravo!), und diesbezüglich sind bei sämmtlichen Vereinen die Frauen sehr stark betheiligt und sitzen auch im Ausschusse. Diesbezüglich möchte ich die Ausführungen des Fräulein Dworschak zurückweisen. (Bravo!) Ich behaupte, daß die Bewegung vielleicht in kürzerer Zeit wachsen, blühen und die schönsten Früchte tragen wird. Was die Stellung der Behörden anbelangt, so unterstützt man die Arbeiter in der gewerkschaftlichen Organisation. Das beweisen verschiedene Verfügungen in sanitärer Hinsicht. Daß aber

die Behörde in dieser Hinsicht uns Rechnung trägt, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß in unseren Industriegegenden die capitalistischen Uebelstände zugenommen haben. Das beweist besonders die große Sterblichkeit, welche bereits befürchten läßt, daß diese industriereichen Gegenden veröden, das beweisen die Ausbrüche der Verzweiflung der böhmischen Glasarbeiter, welche sich in Excessen Luft gemacht hat. Damals wurden die Arbeiter wie tolle Hunde niedergeschossen.

Zum Schlusse will ich im Auftrage der Genossen, die mich hiehergesandt haben, dem heutigen Parteitage die herzlichsten Glückwünsche entgegenbringen. Wir werden stets bereit sein, den weiter vorgeschrittenen Genossen nachzukommen und das Banner der internationalen Socialdemokratie hochzuhalten. (Lebhafter Beifall!)

Genosse Stourz (Prag): Die Beschwerden aus Böhmen sind die schwersten, die Behörden sind dort am willkürlichsten. Die Bauarbeiter wurden im vorigen Jahre durch die Bauherren zum Streik gezwungen, um die dortigen Wortführer der Arbeiter zu beseitigen. Da die Bauarbeiter noch sehr unreif sind, geht ihre Organisation langsam vorwärts, wir werden jedoch so lange arbeiten, bis wir auf derselben Stufe sind, wie die anderen. Der Streik im Frühjahre ging wegen Mangel an Unterstützung verloren; konnte man noch einige Tage aushalten, war der Sieg sicher. Am ärgsten ist es in der Bezirkshauptmannschaft Teplitz. Auf Grund des Vagabundengesetzes werden Genossen, welche die Eisenbahn benützen, verhaftet und abgeschoben. In Smichow wird absolut jede Versammlung verboten; schade um's Einreichen. Wenn ein Genosse den andern grüßt, ist das schon ein Verdachtsgrund der „Geheimbündelei".

Genosse Ostradal (Proßnitz): In Proßnitz hält man Socialdemokraten für Straßenräuber. Die Verfolgungen bei uns und in Ostrau sind geradezu wahnsinnig. Der Arbeiter wird nicht als Mensch behandelt, sondern bis zum Aeußersten ausgebeutet und dann weggeworfen. Der Bildungsverein in Ostrau wurde aufgelöst, weil er die Familien einiger Inhaftirten unterstützte, also wegen seiner Humanität. Der Bezirkshauptmann sagte zu mir einmal: „Was erzählen Sie dem Volke da von Rechten und Pflichten? Glauben Sie, daß es das dumme Volk versteht? Wenn Sie ihm von der Gleichheit vor dem Gesetze vorschwatzen, wird es den Herrn als „Bruder" ansprechen und mit ihm theilen wollen." (Hört, hört!) Nun beurtheilen Sie die Beamten dort; die Arbeiter zweifeln, daß im Königreiche Rothschild die österreichischen Gesetze gelten, Vereinsstatuten werden nie genehmigt, und so sind wir den Behörden auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. (So ist es!)

Genosse Hazek (Prag) ergänzt den Bericht des Stourz und schildert die Organisation der Bauarbeiter. „Viek Swobody" zu kaufen, wurde den Arbeitern verboten; jeder Leser wurde entlassen. Wir gründeten deshalb ein Fachblatt und einen Fachverein. Genützt hat die Verfolgung also nichts. Voriges Jahr war eine Landesversammlung in Prag und jetzt ist in Wien ein Bauarbeitertag

versammelt. Die Prager czechische Journalistik beschimpft uns, daß wir den Bau der Landesausstellung vereiteln wollen; wir verlangten nämlich **1 fl. 35 kr.** täglich, statt 1 fl. 20 kr.

Genosse Stark (Falkenau): Werthe Genossen! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß gerade vom Hainfelder Parteitage aus in die müde Partei Muth und Lebenskraft geflößt worden war, die damals Niemand erhoffen konnte und daß trotz der Schwierigkeiten, auf die wir allerorts und jederzeit stießen, sich so große Massen der arbeitenden Bevölkerung um die socialdemokratiche Fahne schaarten. Es ist auch als ein erfreuliches Zeichen hervorzuheben, daß Landleute, wie kleine Bauern und Kleinhäusler sich immer mehr um uns bekümmern, daß sie nicht mehr fürchten, von der Socialdemokratie aufgefressen zu werden. In den Gasthäusern der Dörfer liegen heute bereits Arbeiterzeitungen auf und die Bauern besuchen immer zahlreicher unsere Versammlungen. Freilich wird dieser Segen, der den Behörden ein Fluch erscheint, immer auf ein Minimum zu reduciren versucht. Was wir unternehmen mögen, wenn es sich nicht ganz mit unsern kautschukartigen Paragraphen verträgt, wird dem „Anarchismus" gleichgehalten, und es ist gewiß wahr, wenn irgendwie, kann gerade dadurch der Anarchismus durch die Gesetzauslegung gezeitigt werden. (So ist es! Sehr richtig!) Zur Zeit der Wahlbewegung, um ein Beispiel aus dem Rechtsleben unseres sogenannten Rechtsstaates herauszugreifen, referirte Genosse Schiller aus Reichenberg in einer von mir einberufenen Versammlung. Ich wurde alsbald angeklagt, weil der Referent nicht wahlberechtigt war. Ich berief mich in dem in Eger eingebrachten Recurse auf den Ministerialerlaß vom 29. Juni 1870, Nr. 2219, dem in diesem Falle mit der Bemerkung jede Rechtskraft abgesprochen wurde, „wir verfahren nach unseren Gesetzen, wie wir es für gut halten". Daraus können Sie ersehen, daß für die Arbeiter keine Gesetze vorhanden sind, wir müssen uns sie erst selbst erkämpfen. Wir sind auch in unserer Gegend im Begriffe, uns auf unsere eigenen Füße zu stellen. Seit ungefähr zwei Jahren haben wir zehn Arbeiterbildungsvereine gegründet, und auch die Verbreitung der Blätter ist in beständiger Zunahme begriffen. Die Gewaltmaßregeln unseres „braven" Bezirkshauptmannes in Teplitz haben uns Alles eher als abgeschreckt; die Bergarbeiter haben in Folge ihres Elends sich unserer Bewegung angeschlossen. Das Unternehmerthum trägt schon selbst dazu bei, daß immer mehr Arbeiter der Heerschaar der Socialdemokratie zugeführt werden.

Was die Frauenfrage anbelangt, kann ich mit Befriedigung constatiren, daß unsere Bildungsvereine den Frauen in jeder Richtung den gleichen Antheil, voll und ganz wie den Männern einräumen, und daß daher bei uns viele Genossinnen vollauf für die Sache der Socialdemokratie thätig sind.

Bezüglich der letzten Maifeier will ich Ihnen ein Episödchen erzählen, das wieder volles Licht über die sogenannte gleiche Behandlung aller Staatsbürger verbreitet. Als wir behufs Drucklegung unsere Festschrift, die ganz unpolitischen Inhaltes war, zu den

Druckereibesitzer unseres Ortes uns begaben, ging dieser zu dem Ihnen bereits bekannten Bezirkshauptmann, um sich zu erkundigen, ob er die Festschrift drucken dürfe. Mit welchem Rechte, frage ich — die Antwort des Bezirkshauptmannes brauche ich Ihnen wohl nicht auszuführen — hat eine Amtsperson sich in Angelegenheiten einzumengen, die gar nicht unter seine Amtssphäre fallen und in einer Weise überdies, die jedes Vertrauen der Arbeiter, wenn dies sonst nicht geschehen möchte, in jede staatliche Function untergraben müssen, weil diese doch vor Allem Unparteilichkeit zur Voraussetzung haben muß. Diese Parteilichkeit, die in jeder Hinsicht gegen uns geübt wird, hat den Arbeitern jeden Respect vor der Behörde genommen, hat sie nur mit Groll und mit dem Geiste der Opposition erfüllt.

Zum Schlusse will ich noch die erfreuliche Thatsache vermelden, daß in Westböhmen aus der Hainfelder Aussaat gegen 15 Arbeiterbildungsveine, in Falkenau speciell eine Zeitung, „Die Morgenröthe", hervorgegangen sind, und daß die Karlsbader und Egerer Genossen, trotzdem sie bei Vereinsbildungen wiederholt von den Behörden abgewiesen worden, um die Organisation ungemein rührig bemüht sind.

Genosse Ucekar (aus Triest): Werthe Genossen! Schon vor zehn Jahren hat die socialdemokratische Idee in Triest Eingang gefunden. Doch wurde der kleine Club, der diese Idee pflegte, von der Polizei gesprengt. Vier Jahre später haben deutsche Arbeiter in Triest die Idee wieder aufgenommen, viele Versammlungen abgehalten und den Verein „Confederazione Operaia" wie auch später das Blatt „Confederazione" gegründet. Das von diesem Verein dem Triester Landtage überreichte Memorandum, das vornehmlich eine Erweiterung des Wahlrechtes betonte, wurde von den reichen Herren einfach mittelst Papierkorbes erledigt. (Das kann schon sein! Heiterkeit!)

Die Maifeier war bei uns eine großartige, sie hat zur Verbreitung unserer Anschauungen mächtig beigetragen. Die „Confederazione" wurde nach der üblichen Confiscationsmethode behandelt und überdies durch das Verbot einer zweiten Auflage erstickt. Unsere Preßgesetzgebung an und für sich bedeutet nichts Anderes, als eine großartige, systematische Unterdrückung der besitzlosen Classen. Ich verweise nur auf die Monstrositäten einer jeden freiheitlicheren Staatseinrichtung hohnsprechenden Caution, eines Zeitungsstempels, wodurch die Existenz jedes Blattes und daher auch ein wesentlicher Theil der Volksbildung in Frage gestellt ist.

Wir haben wieder ein Blatt „Avanti", von dessen bisher erschienenen sechs Nummern drei confiscirt wurden. Ich muß es allen Genossen an's Herz legen thätig zu sein, daß diese Zeitung die größte Verbreitung erlange. Der Tiroler Genosse hat heute für die italienischen Arbeiter Tirols eine Zeitung verlangt, ich glaube, er kann eine solche in dem „Avanti" finden, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß in Wälschtirol für unsere Zeitung Propaganda gemacht werden wird. Der „Avanti" ist eigentlich kein neues Blatt, sondern nur die Fortsetzung der „Confederazione", er ist auch gut redigirt, er hat viel gekämpft und daher auch viel Erfahrungen

gesammelt, die ein neues Blatt sich erst mit großen Opfern verschaffen muß. Die Verbreitung des Blattes wünsche ich aus gleichen Gründen auch im Görzischen, in Istrien und Dalmatien. Auch ist in Triest, wie anderswo, Nationalismus, Capitalismus und Bureaukratismus im Bunde, gegen welchen nur die enggeschlossenen und sich gegenseitig unterstützenden Genossen obsiegen können.

Referent Dr. Adler: Ich habe mir das Schlußwort erbeten, nicht um sie lange aufzuhalten, sondern, um einige wenige Punkte, die vorgebracht wurden, so gut es mir möglich ist, zu berichtigen. Im Großen und Ganzen haben die Genossen constatirt, daß die Fortschritte, die wir in der letzten Zeit gemacht haben, erfreulich und befriedigend sind. Daß natürlich noch immer Vieles zu wünschen übrig bleibt, versteht sich ja von selbst. Nur in einer Richtung hat sich aus der Debatte eine Unklarheit ergeben, ich meine den kleinen Ansatz zu einer nationalen Arbeiterpartei, der sich in Prag gebildet hat. Genosse Kreici aus Wien hat mir vorgeworfen, daß ich von der czechischen Arbeiterbewegung nicht gesprochen habe.

Dazu habe ich keinen Anlaß gehabt, denn Genosse Hybes war ja der Referent für die czechische Arbeiterbewegung (Genosse Hybes! Ich habe das schon constatirt.) Ja wohl, aber ich mußte mich gegenüber jenem Anwurfe vertheidigen. Diese Angelegenheit in Prag werden hoffentlich schon die Prager Genossen abthun. Die Herren, die sich dort abseits gestellt haben, werden sich aber jedenfalls zu fragen haben, ob sie das Hainfelder Programm anerkennen oder nicht. (Lebhafte Zustimmung). Sie werden diese Frage klar und ehrlich für sich und die andern beantworten müssen, und je früher sie das thun, desto besser wird es für uns und auch für sie sein. Ich glaube, daß wir noch im Verlaufe der Discussionen zu einem ganz klaren Abschlusse kommen werden. Die Ansätze zu nationalen Gruppirungen der Arbeiterpartei fehlen in keinem Lande, aber — lassen Sie mich das offen sagen, wenn dies auch Einige unter Ihnen vielleicht unangenehm berührt — je vorgeschrittener eine Arbeiterpartei ist, umsoweniger wird der nationale Gesichtspunkt in ihr zur Entwicklung gelangen. (Lebhafter Beifall.) In Irland haben wir noch vor kurzer Zeit auch unter den Arbeitern eine erhebliche nationale Bewegung gehabt. In Italien sehen wir, daß die irredentistische Bewegung mit der Arbeiterbewegung noch vielfach Berührungspunkte hat. Hoffentlich wird unter den czechischen Arbeitern recht bald jede Spur eines Vorherrschens des nationalen Gesichtspunktes überwunden sein.

Es wurde mir von anderer Seite der Vorwurf gemacht, daß ich von der Frauenfrage gar nichts gesprochen habe. Diesfalls wollte ich bereits schon allzu oft Wiederholtes nicht neuerlich vorbringen.

Hätte ich alle Einzelheiten unserer Bewegung erwähnen wollen, dann hätte ich viel länger reden müssen, als ich es ohnehin gethan habe. Was aber die Frauen anbelangt, so sage ich: Der erste Schritt für die Frauen selbst muß der sein, daß sie nicht eine eigene Frauenbewegung haben wollen; es gibt nur eine Arbeiterbewegung.

Wenn die Frauen in diese eintreten wollen, dann sind sie uns nicht nur angenehm, sondern sie werde auch gefördert werden auf alle mögliche Weise. Ich muß die Wiener Genossen speciell in Schutz nehmen; die Vorwürfe gegen dieselben sind unberechtigt. Wir haben in den letzten Jahren viel für die Frauen gethan. Es ist der Beschluß ausgeführt worden, daß alle Vereine in der Weise eingerichtet werden, daß auch Frauen Zutritt haben; es ist ein eigener Frauenverein mit unserer Hilfe gegründet worden, es wird auf jede Weise dahin getrachtet, die Frauen herbeizuziehen, aber die Sache liegt eben ganz anders. Wir werden die Frauen in die Bewegung nur hineinbringen durch die gewerkschaftliche Organisation, dort kommen wir an sie heran, dort, wo wir auch die Männer bekommen. Wir müssen nun leider zugeben, daß eine Anzahl von Branchen, wo Frauen vorwiegend beschäftigt sind, eben eine gewerkschaftliche Organisation noch nicht haben, beispielsweise die Confectionsbranche, die Blumenbranche u. s. w. Dort haben wir die meisten Schwierigkeiten, wo wir Frauen zu organisiren haben, die ganz isolirt sind. Wo die Männer ihnen helfen können, da können Sie überzeugt sein, da geschieht es auch.

Ich verlasse dieses Thema und möchte ein Versäumniß gut machen, das ich mir habe zu Schulden kommen lassen. Ich habe nämlich nicht erwähnt, daß bei der Conferenz, welche am 15. August v. J. in Brünn stattfand und von allen Redactionen der österreichischen Blätter besucht war, daß auf dieser Berathung beschlossen wurde, daß die Czechen, die das auch selbst erklärt haben, nicht mehr abgesondert, sondern mit uns einen Parteitag abhalten wollen. In dieser Beziehung finden wir sie heute zum ersten Male voll hier vertreten, und ich möchte bei der Gelegenheit einen Appell an Sie richten: Es ist Ihnen ja bekannt, wie unangenehm den Czechen sowohl wie uns dieses fortwährende Uebersetzen, wie schleppend dies ist. Es dauert lange und ist umständlich, aber seien Sie überzeugt, daß der politische Vortheil und der Vortheil für die Organisation, den wir dadurch haben, daß die Czechen hier sind, und den die Czechen dadurch haben, daß sie bei uns sind, daß dieser Vortheil die Schwierigkeiten und die Mühsale bei weitem überwiegt und daß das wirklich ein wichtiger Wendepunkt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung ist. Lassen sie sich also durch diese kleinen und langwierigen Sachen nicht abschrecken.

Sie werden schließlich sich vielleicht wundern, daß ich gar nichts, nicht ein Wort von dem gesprochen habe, wovon Alle erwartet haben, daß hier am meisten gesprochen wird, von dem Socialistengesetz.

Ich habe es gar nicht erwähnt, denn es ist nicht der Mühe werth es zu erwähnen (Heiterkeit, Beifall), es ist nicht der Mühe werth einen oberflächlichen Einfall eines oberflächlichen Politikers unter ernsten Leuten ernst zu besprechen. Der Herr Ministerpräsident hat unlängst erklärt, vorgestern war es, er habe das Ding nur auf dem Lager haben wollen (Hört!), er wolle es nicht gleich durchbringen, er dränge nicht auf die Annahme, sondern will es nur in

4*

Vorbereitung haben. Gut, das ist sehr schön, er soll sich sein Lager nur anlegen, er hat eine hübsche Raritätensammlung schon beisammen (Ruf: Das ist die größte Rarität), er soll ganz ruhig sein, wir fürchten seine Rumpelkammer nicht. (Heiterkeit.)

Im Uebrigen constatiren wir, daß wir den Weg, den wir eingeschlagen haben, für zum Ziele führend erachten, daß wir auf dem Wege gute Fortschritte gemacht haben und daß wir den Weg auch weiter gehen werden. Wir sind uns über die socialen Reformen, von denen heute in Oesterreich so ungeheuer viel gesprochen wird, vollständig klar. Die Regierung mit ihrem großen socialen Programm hat noch nicht ein Wort gesagt, was sie eigentlich will. Hingegen das wissen wir, daß der gute Wind, der uns heute entgegenbläst, — er ist etwas lau, er ist nicht so kräftig, wie er es seit langer Zeit war — das wissen wir, und wir sind gefaßt darauf, daß dieser Wind nicht lange dauern wird, weil bei uns nie etwas Vernünftiges lange dauert. (Heiterkeit.) Aber, obwohl wir das wissen, gehen wir ruhig unseren Weg und werden, wenn wir die schlechten Zeiten zu ertragen wußten, die annehmbaren Zeiten auch recht auszunützen verstehen. Damit schließe ich. (Anhaltender Beifall.)

Präsident: Hiemit erkläre ich bei der vorgerückten Stunde die Sitzung für geschlossen.

(Schluß derselben 9 Uhr 30 Minuten.)

Zweiter Tag.

(Vormittagssitzung vom 29. Juni 1891.)

Beginn der Sitzung um 3/4 9 Uhr.

Vorsitzende: Schmidt, Dedic.

Vorsitzender: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet und ertheile dem Schriftführer zur Verlesung der Einläufe das Wort.

(Nach Verlesung derselben): Ich glaube, Sie werden damit einverstanden sein, daß das Präsidium die Glückwünsche des Bauarbeitertages erwidert. (Bravo!)

Vor Uebergang zur Tagesordnung ist mir der Antrag übergeben worden, es möge abwechselnd ein deutscher und ein slavischer Genosse das Wort erhalten. Ist die Versammlung mit diesem Antrage einverstanden? (Nach einer Pause.) Der Antrag ist angenommen.

Ich ertheile nun dem Referenten Genossen Höger das Wort zu seinem Referate über:

„Stand und Ziele der gewerkschaftlichen Organisation in Oesterreich."

Referent Genosse Höger (Wien): Verehrte Genossen! Mir ist die ehrenvolle Aufgabe zutheil geworden, Ihnen über den Stand und die Ziele der gewerkschaftlichen Organisationen in Oesterreich zu referiren. Ich werde mir alle Mühe geben, Ihnen ein klares Bild über den Stand der Bewegung zu geben und Ihnen Alles zusammenfassen, damit wir ein Bild bekommen, in welcher Weise unsere Gewerkschaften für unsere Zwecke organisirt werden sollen. Da Sie aber Alle das Gewerkschaftswesen durch und durch kennen, werden Sie mir verzeihen, wenn ich nothgedrungen manchmal etwas lückenhaft werde. Es kann leider noch nicht vollkommen ziffermäßig mitgetheilt werden, wie zahlreich unsere Vereine sind und wie groß die Zahl ihrer Mitglieder. Es ist Ihnen gestern in dem Referate des Genossen Adler mitgetheilt worden, daß sich die Zahl der Mitglieder verdreifacht, die Zahl der Vereine verdoppelt hat. Die Anzahl der Mitglieder, welche sich in den gewerkschaftlichen Vereinen und in den Fachvereinen befinden, beträgt ungefähr 60.000. Wir können annehmen, daß sich in Oesterreich circa 300 Fach- und

Gewerkschaftsvereine befinden. Es kann constatirt werden, daß seit dem Hainfelder Parteitage thatsächlich das Gewerkschaftswesen getreu der dort angenommenen Resolution einen Aufschwung genommen hat, und daß sich die Branchen zusammengethan und Gewerkschaftsvereine gegründet haben. Es sind viele erfreuliche Erfolge, welche das Gewerkschaftswesen in Oesterreich aufzuweisen hat, bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit, eine ausgedehnte Agitation der Arbeiter durch die Gewerkschaften, und wir finden, daß durch das Gewerkschaftswesen die Agitation bis in die abgelegensten Industriewinkel gebracht worden ist. Trotz des Widerstandes der Unternehmer und der Behörden ist der Gedanke der Socialdemokratie weiter und weiter fortgeschritten und dies ist zum Theil eine Nebenwirkung der gewerkschaftlichen Organisation. Die Fachpresse ist in mächtiger Weise gefördert worden; die Zahl ihrer Leser hat sich verdreifacht, ja vervierfacht; die Fachpresse ist mächtig, und sie ist gewissermaßen ein Surrogat für die politische Presse. Sie trägt unsere Ideen, welche die capitalistischen Vorurtheile untergraben, in die Köpfe der Indifferenten. Die Summen für die streikenden Arbeiter, sowohl für eigene, als für fremde Genossen haben auch zugenommen, die Summen sind sehr groß, und wir können sagen, daß, wenn vor 10 Jahren Jemand gesagt hätte, daß die Bewegung zu solcher Bedeutung kommen werde, wie sie gegenwärtig ist, so würde er wahrscheinlich nur ein ungläubiges Lächeln gefunden haben. Unter den denkbar ungünstigsten Umständen haben die Arbeiter Oesterreichs erreicht, daß sie viel weiter vorwärts gekommen sind; das ist ehrenvoll für sie, und es muß dafür gesorgt werden, daß die Gewerkschafts- sowie die Fachvereine auf der Basis organisirt werden, die wir wollen.

Es bestehen leider in Oesterreich noch immer nach Art der Gewerkschaftsvereine begründete Arbeiterverbindungen, welche die humanitären Bestrebungen viel zu sehr in den Vordergrund stellen, während die Agitation Nebensache ist. Unser mangelhaftes Vereinsgesetz, das trotz der Aufhebung des Ausnahmszustandes noch immer sehr verkümmerte Versammlungsrecht, und viele andere Umstände sind vielleicht Ursache, daß die Arbeiter der gewerkschaftlichen Bewegung nicht recht vorwärts kommen. Trotz aller dieser Widerwärtigkeiten muß jedoch constatirt werden, daß die gewerkschaftliche Bewegung sich in Oesterreich vertieft hat. Auf dem nächsten Parteitage werden wir hoffentlich in der Lage sein, eine deutliche Statistik zu geben und zu sagen: So viele Vereine gibt es, so viele Mitglieder und solche Erfolge hat die Bewegung, die auf der von uns gewünschten Basis aufgebaut, erreicht und erzielt. Unter den Angehörigen einer Branche gibt es Niemanden mehr, der die Wohlthätigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation verkennen würde. Es sei aber hier ausgesprochen, daß das, was wir hier über die Gewerkschaften sagen, durchaus kein Panegyrikus auf dieselben sein soll, es sei deutlich ausgesprochen, daß die Socialdemokratie nicht daran denkt, daß durch die gewerkschaftliche Bewegung die eigentliche politische Bewegung in irgend einer Weise verwässert

werden soll. Das würde von großem Schaden sein und Alle, welche glauben, daß wir unsere schöne politische Bewegung in das enge Bett des Gewerkschaftswesens hineinzwängen wollen, täuschen sich gründlich. (Beifall.) Wir betrachten sie lediglich als ein ausgezeichnetes Mittel zur Befreiung des Arbeiters aus der Uebermacht des Capitals; wir glauben, daß die Gewerkschaften nichts Anderes sein können, als wichtige, praktische Schulen (Beifall), in welchen die Leute, welche bisher jeder Bewegung fern gewesen sind, die sich nicht einmal Fachvereinen angeschlossen haben, zum Denken gebracht werden.

Nun hat man die Gewerkschaften früher oft als eine reactionäre Einrichtung bezeichnet und verurtheilt. Dieses Urtheil ist theilweise vollkommen gerechtfertigt, denn wie ich Ihnen bereits früher andeutete, gibt es bei uns sehr viele Gewerkschaften, in welchen das Cassenwesen ungemein in den Vordergrund tritt und die Agitation links liegen gelassen wird. Es ist dadurch in den einzelnen Gewerkschaften eine förmliche Arbeiteraristokratie herangezogen worden. Was speciell Wien anbelangt, trifft dies nicht zu, und wir haben alle Ursache anzunehmen, daß in dem Maße, als die proletarische Bewegung fortschreitet, die Arbeiter, wenn sie sich gewerkschaftlich organisiren, sich in keiner Weise dadurch werden in ihrer politischen Agitation lahmlegen lassen. Die Socialdemokraten werden naturgemäß in erster Linie in den Gewerkschaften vertreten sein, und man wird aufhören in den Gewerkschaften zu befürchten, daß dort die Socialdemokraten das Wort führen.

Die Gewerkschaften, welche wir durchaus nicht als Allheilmittel ansehen, wirken 1. als Kampforganisationen, 2. als Versicherungsanstalten.

In ersterer Form sind die Gewerkschaften den Unternehmern sehr unangenehm, und thatsächlich scheuen dieselben vor den niederträchtigsten Mitteln nicht zurück, um solche Gewerkschaften, die ihnen Ungelegenheiten bereiten, lahmzulegen, und wir haben in dieser Beziehung in letzter Zeit ein trauriges Beispiel gehabt, wo die typographischen Unternehmer Wiens in perfider, niederträchtiger Weise alle möglichen Denunciationen gegen den seit dem Jahre 1842 bestehenden Buchdrucker-Fachverein, obwohl er keine rein gewerkschaftliche Vereinigung ist, losgelassen haben, bis dieser Verein erst sistirt und dann aufgelöst wurde, und das nach einer 49jährigen Thätigkeit, nachdem der Verein an bloßen Unterstützungen 1,180.000 fl. ausgezahlt hat. In solcher Weise wird von Seite der Unternehmer gegen die gefürchteten Gewerkschaftsvereine vorgegangen.

In der zweiten Form sind aber die Gewerkschaftsvereine den Unternehmern sehr willkommen: nämlich dort, wo die Agitation beiseite gelassen wird, wo sie sich rein nur mit dem Cassenwesen beschäftigen, Krankenunterstützungen gewähren und nur nebenbei auch die Unterstützung der Arbeitslosen in ihr Programm aufgenommen haben. Diese Form der Gewerkschaften haben die Unternehmer sogar sehr gerne, weil die Arbeiter, die sich in solchen Gewerkschaften vereinigt haben, Lasten, welche eigentlich die Unter-

nehmer oder der Staat tragen sollten, auf ihre eigenen Schultern genommen haben. Hätten sie nicht in dieser Weise der sogenannten Gesellschaft unter die Arme gegriffen, so hätte schon längst etwas für die arbeitenden Classen geschehen müssen. Allein wir haben einen gewissen Ehrgeiz darein gesetzt, Vereine zu gründen, welche dem Arbeiter für alle traurigen Zufälligkeiten des Lebens unterstützend zur Seite stehen sollen, haben dadurch die Unternehmerschaft und den Staat entlastet, und waren so dumm, unser Geld, das wir zu andern Zwecken hätten verwenden können, herzugeben. (Bravo!) Und gerade diese Gattung von Gewerkschaftsvereinen ist es, die ungemein schädlich wirkt und für die Arbeiterbewegung nicht den geringsten Vortheil bietet. Es wird in denselben die Versicherung zu sehr in den Vordergrund gestellt, die besser situirten Arbeiter, die solchen Gewerkschaften angehören, fühlen sich sehr wohl und sicher, viel sicherer, als wenn sie irgend einer staatlich genehmigten Versicherungsanstalt angehören würden, von denen man nicht wissen kann, wie lange sie trotz ihres fünf Stock hohen Hauses existiren wird, während in den Gewerkschaften die Verwaltung für die Arbeiter so ehrlich gehandhabt wird, daß gar keine Gefahr besteht, daß je Einer um seine wohlerworbenen Rechte kommen könnte. Dadurch wird in diesen Gewerkschaften ein gewisser conservativer Geist großgezogen, und eine Arbeiteraristokratie geschaffen, und ich muß sagen, daß wir gerade in der Branche, der ich angehöre, sehr traurige Erfahrungen gemacht haben. In unserem schönen Gewerkschaftsverein der Buchdrucker ist viel zu viel Cassendusele i getrieben worden, und der Agitation wurde nur nebenbei ein Augenmerk zugewendet, wenn gerade Jemand an der Spitze des Vereines stand, der ein besonderes Faible für die Agitation gehabt hat, aber sonst nicht. Durch die hiedurch entstandene Arbeiteraristokratie sind wir bei unserer letzten Bewegung theilweise auf die Seite gedrängt worden, und haben nicht das erreichen können, was wir sicher erreicht hätten, wenn es unter uns keine Aristokraten gegeben hätte. (Bravo!) Hoffen wir, daß auch dieser Aristokratie unter der Arbeiterschaft bald der Garaus gemacht werden wird, denn die Geschichte lehrt uns, daß die Proletarisirung auch vor einer noch so vielzackigen Krone wirklicher Aristokraten nicht Halt macht.

Gehen wir nun zu dem Zwecke und dem Nutzen der Gewerkschaften für die Arbeiterclasse über. Vor Allem sollen die gewerkschaftlichen Organisationen unter den gegenwärtigen Verhältnissen für uns das Bollwerk bilden gegen die Uebergriffe der nichts Arbeitenden, der von unserer Arbeit lebenden Unternehmer und deren Vollzugsorganen, und da sind die Gewerkschaften in erster Reihe berufen, eine Vertheidigungslinie zu bilden gegen das agressive Vorgehen der Arbeitgeber, das sich gerade jetzt so deutlich zeigt. Gerade jetzt sind die Fabrikanten an allen Orten daran, sich sehr eifrig und energisch gegen die Arbeiterbewegung zu organisiren, und darum ist es Pflicht der Arbeiter, sich ebenfalls zu organisiren und innig zusammenzuschließen, um den Unternehmern nöthigenfalls

entschieden gegenübertreten zu können. Unsere Arbeitgeber haben es leichter als wir, die haben bald die Mittel zusammengeschossen, um Widerstandsfonds gegen uns zusammenzubringen, damit sie uns längere Zeit in Schach halten können, aber wir haben ein anderes Mittel, ein Mittel, das vielleicht mehr werth ist als alles Geld der Herren, das ist das Solidaritätsgefühl, das unter uns herrscht (lebhafte Zustimmung) und hoffentlich werden wir dadurch in Zukunft eine tüchtig organisirte Gewerkschaftsbewegung erreichen.

Die verschiedenen Congresse, welche in den letzten Jahren abgehalten worden sind, haben sich über die Nothwendigkeit einer Fachvereins-Organisation in socialdemokratischem Sinne hinlänglich deutlich ausgesprochen, und die Folge war, daß solche Fachvereine von den meisten Branchen begründet wurden oder daß die schon bestehenden verbessert wurden. Doch muß viel Versäumtes auf diesem Gebiete nachgeholt werden. Es kann hier der Vorwurf nicht erspart werden, daß wir in Oesterreich lange Zeit hindurch die Fachvereins-Bewegung vernachlässigt haben, aber nicht nur wir, sondern auch unsere Brüder im Deutschen Reiche, wo es auf dem vorjährigen Congresse in Halle ausgesprochen wurde, daß der Fachvereins-Organisation mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, daß dieselbe eine unbedingte Nothwendigkeit sei. Ich erinnere Sie, Genossen, die Sie meist gereifte Männer sind, die Sie — sozusagen — am längsten zurückdenken in unsere Arbeiterbewegung, wie die ersten Socialdemokraten, mit Ausnahme derer, welche zu uns eingewandert sind, die Licht in die Köpfe gebracht haben, aus der Fachvereins-Bewegung hervorgegangen sind, daß gerade diese das belebende Agens in der österreichischen Arbeiterbewegung war. Wenn wir nur die paar Fortbildungsvereine gehabt hätten, welche bis zum Jahre 1867 bestanden haben, — es waren ihrer sechs oder sieben, Gen. Schiller dürfte es wissen — würden wir in Oesterreich gar nicht Grund und Boden für die socialdemokratische Bewegung gefunden haben. Sie dürfen nicht vergessen, daß die Arbeiter damals ganz begeistert gewesen sind von den weltbewegenden und weltverbessernden Ideen des Herrn Schultze-Delitzsch. Es wurden aber Fachvereine gegründet, welchen wir es zum Theil zu verdanken haben, daß wir zu einer Arbeiterbewegung und in der Folge zu einer socialdemokratischen Bewegung in Oesterreich gekommen sind.

Heute ist die Aufgabe aber eine viel weitere: Die Gewerkschaften werden ein Netz über das ganze Reich spannen, es wird sich schließlich noch weiter ausdehnen und die einzelnen Branchen international verbinden, nicht nur zur Unterstützung der Genossen im Inlande, sondern auch im Auslande. Diese Organisationen müssen sich einer guten Handhabung erfreuen, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, und es ist an Ihnen, meine Herren, daß dieselben gewiß in guten Händen sein und bleiben werden, damit aus denselben Vortheile für die gesammte Arbeiterbewegung hervorgehen.

Was die einzelnen Punkte in der Gewerkschaftsorganisation anbelangt, so möchte ich hervorheben, daß durch sie Mitglieder desselben Productionszweiges zum Zwecke gegenseitiger Unterstützung

sich zusammenschließen, daß sie zum Schutze ihrer Interessen gegen die Uebergriffe der Unternehmer sich in solchen Gewerkschaften zusammenfinden, daß, je besser diese organisirt sind, ihre Mitglieder umso entschiedener und mit sichererer Aussicht auf Erfolg auftreten können. Zumal die Unternehmer in der ganzen Welt sich heftig gegen die Arbeiter organisiren, so ist es unbedingt nothwendig, daß sich die Arbeiter gegen die Unternehmer organisiren. Der einzelne Arbeitgeber hört bei uns, besonders in Oesterreich, nicht auf, mehr Macht zu üben als 100 oder 1000 seiner Arbeiter, der heutige Arbeitgeber ist, dank der Gesetze Oesterreichs, gegen seine Arbeiter, wenn ihrer auch noch so viele seien, ein Sclavenbaron gegen seine Sclaven. (So ist es!) Er findet Unterstützung auf jeder Seite, während die ausgebeuteten, um ihre Existenz betrogenen Arbeiter selten oder gar keine Unterstützung finden von jenen Factoren, welche nach den Gesetzen berufen sind, alle Staatsbürger gleichmäßig zu unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Aufgabe jeder Gewerkschaftsorganisation muß es sein, ein Lohnminimum zu bestimmen, die möglichst höchsten Löhne in der betreffenden Gewerkschaft, die Arbeitszeit, den Arbeitsbedarf und die Arbeitsform zu regeln und durchzuführen, ferner hat die Gewerkschaftsverbindung mit Unterstützungen sich zu befassen und für reichlichen Ersatz für die mangelhafte Jugendbildung, denen die Arbeiter heute ausgesetzt sind, zu sorgen, ferner das zu bieten, was die gegenwärtig herrschende Gesellschaft vielen Genossen verwehrt hat: (Sehr richtig!) Hilfe jeder Art in Zeiten von Noth und Jammer.

Die Bildungszwecke der Fachvereine können erreicht werden durch Bibliotheken, Lesezirkel, Vorträge, Discussionen 2c.

Ueberdies haben die Gewerkschaften noch die Verpflichtung — und sie thun es —, daß sie ihren Mitgliedern **Rechtsschutz** zuwenden, was um so nothwendiger ist, als der Arbeiter von dem Unternehmer in der Regel in der unverschämtesten Weise ausgebeutet wird, wobei dem Unternehmer der Rechtsschutz in allen Formen zur Verfügung steht und der Arbeiter nicht in der Lage ist, sich irgendwie Rechtsschutz zu verschaffen (Ganz richtig!), weil ihm das vor Allem hiezu nöthige Mittel, das Geld, mangelt. (Es ist nicht anders!) Die Genossen müssen also auch zu diesem Zwecke aus gemeinsamen Mitteln das bestreiten, was das Interesse des Einzelnen fordert, denn was **heute Einem** geschah, kann **morgen mir** widerfahren, und es wird Keinem sicher um die paar Kreuzer leid sein, die er zum Rechtsschutze des Anderen hergeben mußte. Dadurch wird auch die Standesehre und das Recht der Arbeit geschützt, wenn ein Eingriff auf dieselben von gewisser Seite erfolgen sollte.

Weiters haben die Gewerkschaften die Bestimmung, die Noth der Arbeitslosen durch ausreichende Unterstützungen zu lindern, und vor Allem, damit die Arbeitslosen den Arbeitenden nicht zu viel Concurrenz machen. Doch ist dabei gleich zu bedenken, daß die Höhe der Unterstützungsbeträge nicht hoch gegriffen werde, denn sonst könnten zu Viele arbeitslos werden (Heiterkeit) und in solcher Weise die Cassen der Vereine in Anspruch genommen werden, daß der Bankerott daraus das reine Facit wäre. (Sehr gut und Heiter-

kein!) Es ist dies kein Vorwurf für die betreffenden Leute, sie können nichts dafür, die gesellschaftlichen Verhältnisse sind allein dafür verantwortlich, daß es Viele in den einzelnen Branchen gibt — besonders in großen Städten, weniger am flachen Land — welche glauben, auf Kosten ihrer Collegen leben zu können.

Wir in der Hauptstadt wissen — und Sie in den großen Städten Oesterreichs werden dasselbe gefunden haben — daß, sagen wir, 200 Personen unserer Branche sich hier aufhalten, von denen man das ganze Jahr nicht weiß, daß sie überhaupt existiren. Wie aber eine Lohnbewegung im Zuge ist, so tauchen diese 200 Personen auf der Oberfläche auf und müssen unterstützt werden. Sie müssen gewissermaßen gekauft werden, damit sie uns nicht in die Buchdruckereien hineinfallen und bei unseren Leuten eine Deroute erzeugen. Und dann gibt es auch wieder sehr viele Leute, die nur Saisonarbeiter sind, die im Winter in einem Gewerbe recht gerne arbeiten, die aber im Sommer, sobald es schön wird, aufhören, Lust an der Arbeit zu haben.

Solche Sachen müssen in's Auge gefaßt werden. Es soll nicht ein engherziger Standpunkt eingenommen werden, aber es sollen die organisirten Genossen, die bereit sind, für die Allgemeinheit etwas zu thun, ihrerseits nicht ausgebeutet werden von Leuten, die sich als unsere Genossen ausgeben, die es aber durchaus nicht sind.

Eine fernere wünschenswerthe Aufgabe der Gewerkschaften ist die Unterstützung der A r b e i t s l o s e n auf der Reise. Wir müssen heute die Kategorie der Arbeitslosen in zwei Theile theilen, nämlich in Arbeitslose im Orte und in Arbeitslose auf der Reise. Denn Diejenigen, welche auf der Landstraße herumgehen und von Zeit zu Zeit vielleicht eine ganz kurze Strecke die Eisenbahn benützen, um sich Arbeit zu suchen, die sind ja nichts Anderes als Arbeitslose. Die Unterstützung dieser Arbeitslosen im Orte und auf der Reise, die wäre von den Gewerkschaften beizubehalten und es wäre besonders auch den Arbeitslosen auf der Reise eine bessere Unterstützung zuzuwenden. Und da möchte ich Ihnen vorschlagen, daß Sie sich vielleicht — je nachdem die Verhältnisse liegen — mit der Organisation der Buchdrucker in dieser Beziehung vertraut machen mögen, wenn Sie wieder nach Hause gekommen sind. Die betreffenden Behelfe werden Ihnen recht gerne zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich darum, daß man dem Arbeitslosen auf der Reise die nöthigen Subsistenzmittel in die Hand gibt, daß man ihm in der Form von Taggeldern, nachdem er soviele Kilometer täglich gemacht hat, so viel gibt, daß er von Zeit zu Zeit eine Unterstützung, einen Zehrpfennig hat. Mit diesen von Zeit zu Zeit gegebenen Subsistenzmitteln wird es ihm möglich sein, sich überall auszuweisen, daß er nicht ein ganz gemeiner Vagabund ist, und es wird nicht jeder Gendarm das Recht haben, einen armen, ehrlichen, auf Arbeitsuche reisenden Handwerksburschen in's Loch zu stecken, um auf der einen Seite eine Prämie für das Einfangen zu bekommen und auf der andern Seite den Staat gerettet zu haben. Der arme Kerl hat ja nichts gethan, er stiehlt ja nicht, und wenn die Herren ein paar

große Diebe fangen wollen, so sollen sie sich in's Centrum des Reiches verfügen, da werden sie viel mehr finden. (Lebhafte Heiterkeit.) Wir haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß unsere Genossen auf der Reise zu essen haben und, wenn sie sich tagsüber müde gelaufen haben, wissen, wo sie ihr müdes Haupt zur Ruhe legen können, damit sie nicht in Scheunen, Ställen oder verfallenen Gehöften schlafen müssen.

Jede Organisation soll ferner daran denken, Widerstandsfonds zu schaffen. Aber dabei möchte ich Ihnen empfehlen, daß Sie sich davor hüten, daß Sie diese Widerstandsfonds in den Cassen Ihrer Gewerkschaften verwalten, sondern möchte Ihnen rathen, daß Sie sie einem redlichen und ehrenwerthen Genossen, den Sie kennen, zur Aufbewahrung übergeben; diese Widerstandsfonds wären aber von den Genossen genau zu controliren. Und zwar aus dem einfachen Grunde empfehle ich Ihnen dies auch bei den Gewerkschaften, denn wenn Sie heute daran gehen einen Widerstandsfonds zu schaffen und Sie ihn in den Cassen der Gewerkschaften aufbewahren würde, so könnte es der Behörde recht leicht einfallen, so bald sie Wind bekommen hat, wie hoch der Fonds ist, und die Behörde erhält von Allem Wind, daß sie mit dem Siegel kommt, die Casse petschirt und den Fonds wegnimmt, wenn man ihn nicht früher an einen anderen Platz gelegt hat. Dieser Widerstandsfonds soll durch die Gewerkschaft eingehoben, aber besonders verwaltet werden. Denn der Widerstandsfonds hat ja wiederum einen ganz anderen Zweck, als die Arbeitslosen, die ja unter normalen Verhältnissen immer vorhanden sind, zu unterstützen. Er hat den Zweck, im Falle von Lohnbewegungen, von Strikes Unterstützungen zu gewähren. Und um in vollkommen gerechter Weise dahin zu wirken, daß für den Widerstandsfonds Jeder nach Maßgabe seiner Mittel beitrage, so würde Ihnen zu empfehlen sein, daß Sie eine progressive Einkommensteuer einführen, nicht einen einheitlichen Satz von vielleicht 10 oder 20 Kreuzern, je nachdem die Masse der Mitglieder ihn zu leisten im Stande wären, sondern eine progressive Steuer, wie wir sie vom Staate verlangen, indem Sie vom Lohngulden ein Percent oder nach Nothwendigkeit sogar mehr Percent verlangen. Auf diese Weise wird Derjenige, welcher wenig verdient, wenig zu leisten haben und umgekehrt Derjenige, der viel verdient, viel zu leisten haben. Vollkommen ungerecht ist es, wenn Jemand, der 40 und 50 Gulden verdient, ebensoviel zahlt wie Jemand, der nur die Hälfte oder den vierten Theil verdient. Es würde da Alles über einen Kamm geschoren werden und wir würden es machen, wie der gegenwärtige Racker von Staat. Nun soll der Widerstandsfonds, wie ich gesagt habe, zur Verfügung sein für den Fall von Strikes, in deren Durchführung auch ein System gebracht werden muß, damit locale Strikes in einer Branche nicht durchgeführt werden, sondern daß womöglich eine Branche im ganzen Reiche gleichzeitig losschlägt. Wir werden uns über das Wesen der Strikes heute nicht ausführlich besprechen, aber es wird vielleicht besonders in den localen Organisationen nothwendig sein, die Sache zu behandeln. Wir sind vorläufig nicht

so weit, um das thun zu können. Es ist dies meine private Meinung, aber ich bin überzeugt, daß viele von Ihnen diese Meinung theilen.

Bei jedem Strike soll jede Gewerkschaft soviel angesammelt haben, daß sie im Stande ist, einige Zeit auskommen zu können, ohne daß sie die Hilfe weiterer Kreise der Genossen gleich in der ersten Zeit in Anspruch nehmen muß. Es sind aber auch Strikes, die sehr gut organisirt waren und wo Mittel vorhanden gewesen sind, wo man wußte, daß aus dem Auslande Mittel kommen werden, verloren gegangen. Verschiedene Umstände haben das bewirkt: theilweise liegt die Schuld daran, daß die Unternehmer der Branche die Unterstützung des Staates und anderer Factoren sich erwirkten. Es sind aber auch Strikes verloren gegangen, wo Summen bis zu 120.000 fl. zur Verfügung der Strikenden vorhanden gewesen sind, wo also ein ansehnlicher Fonds vorhanden war.

Es muß ein gewisses System in das Strikewesen gebracht werden. Allerdings wird es nicht so gehen, daß man einfach commandirt, „man darf nicht striken!" Es gibt Verhältnisse, wo das nicht verhindert werden kann, wo man nicht sagen kann. „Ihr dürft nicht striken." Es wird doch gestrikt, ob es nun eine „Parteileitung" oder eine „Central-Commission" gibt oder nicht. Die Nothwendigkeit ist einmal vorhanden und solche Strikes schaden auch nicht. Wir Buchdrucker haben bei unserem Strike nicht gefragt. Wir haben den Strike scheinbar verloren, aber die Besiegten sind wir nicht. (Bravo!) Besiegt sind Andere worden, wir haben momentan keinen Erfolg: der Erfolg wird sich in sechs Monaten zeigen. (Bravo!)

Eine wesentliche Aufgabe der Gewerkschaftsvereine muß die Arbeitsvermittlung sein. Wie nothwendig eine solche ist, das werden Sie gefunden haben, wenn Sie in den einzelnen Industriestädten an den Fabriken vorbeigehen, wie entehrend ist es, wenn sich die Arbeiter hinstellen müssen, wie ein Rudel Schafe und sich anbieten müssen! Die Arbeitsvermittlung muß in irgend einer Weise geregelt werden. Dies ist auch darum sehr nothwendig, damit in den Großstädten dem elenden Herbergewesen ein Ende gemacht werde. Sehen sie auf den Salzgries, auf den Judenplatz, wo unsere berüchtigsten Herbergen sind, wie traurig ist es da bestellt! Da können Sie sehen, wie die Arbeiter von der Polizei beaufsichtigt sind, und in welcher Weise dort der Würde des Arbeiters entgegengetreten wird, das muß abgeschafft werden, und die Arbeitsvermittlung einzuführen ist Sache der Gewerkschaften.

Die vorzüglichste Aufgabe der Gewerkschaften aber ist, in schlechteren Zeiten die Löhne aufrecht zu erhalten, in guten Tagen zu trachten, daß die Löhne und die Existenzbedingungen besser werden: es ist Aufgabe der Gewerkschaften, auf die Verkürzung der Arbeitszeit und auf die Hebung des Classenbewußtseins hinzuwirken. Aber nicht nur für die bessere Stellung der Mitglieder der Gewerkschaften wird zu sorgen sein, sondern auch dafür, daß eine Verbesserung der Lage der außerhalb der Organisation

stehenden Arbeiter, der Hilfsarbeiter, der nicht qualificirten Arbeiter und der Frauen herbeigeführt wird. Wir dürfen die indifferenten Brüder und Schwestern in keinem Falle vergessen und wir müssen trachten, dieselben zu unseren Organisationen heranzuziehen. (Beifall!) Nach und nach wird der Indifferentismus, der unser größter Feind ist, aufhören.

Und dies wird von heilsamen Folgen begleitet sein, denn gerade dort, wo der Indifferentismus groß ist, triumphiren unsere Unternehmer am meisten. Ohne Unterschied der Lohnhöhe müssen sich die Arbeiter in den Gewerkschaften organisiren — nur wenn die qualificirten Arbeiter mit den zu organisirenden Hilfsarbeitern und Frauen zusammengehen, kann in den Gewerkschaften etwas Gedeihliches erreicht werden. (Bravo!) Wenn sich aber vielleicht noch ein gewisser Stolz unter einzelnen Arbeiterbranchen finden sollte, daß man mit den Hilfsarbeitern nichts zu thun haben will, weil man sie als Menschen zweiter Kategorie ansieht, so wäre dies von größtem Schaden. Ueberall, wenn Sie nach Hause kommen, sagen Sie dort den Genossen, sie mögen diesen Stolz abstreifen. Es gibt keine Abschichtung und darf keine geben. (Beifall!) Arbeiter ist Arbeiter, ob er nun ein qualificirter Arbeiter ist oder eben von der Gasse hereingeholt wurde. (Bravo!) Wenn er eintritt in unsere Reihen, ist er unser Bruder, sie unsere Schwester, und wir haben die ehrliche und ethische Verpflichtung, für sie zu sorgen. Darum wäre es von uns schlecht, wenn wir uns auf einen höheren Standpunkt stellen wollten, als diejenigen armen Teufel, die es nicht einmal zum qualificirten Arbeiter bringen können. (Zustimmung.) Nur auf diese Art sind wir im Stande, den Kampf siegreich durchzuführen. Aber auch die Frau darf nicht vergessen werden. Die Frau wird in der Socialdemokratie ein viel wichtigerer Factor sein, wenn sie nur erst organisirt wird, als wir vielleicht glauben. Ich bin vollkommen überzeugt, daß in dem Augenblicke, wo die Frau für die socialdemokratische Bewegung gewonnen sein wird, die Bewegung mit Riesenschritten ihrem Ziele zustreben wird. Jetzt ist es noch möglich, daß die Frau den Mann zurückhält, daß sie seine Gegnerin ist; wenn aber das Weib, das arbeiten muß, um die Familie zu erhalten, ebenfalls in die Bewegung hineingezogen wird, dann wird es ganz anders sein. Es muß offen gesagt werden, daß unsere socialdemokratische Bewegung so lange keine ganze und keine vollkommene sein wird, als die Frau derselben fernsteht. (Lebhafter Beifall).

Wir müssen ferner auf Folgendes hinweisen: In neuerer Zeit spukt wieder ein Schlagwort herum, das Schlagwort vom „fünften Stande". Sie finden dieses verderbliche Schlagwort heute in verschiedenen Brochüren, und der neue „privilegirte Stand" sollen die industriellen Arbeiter, die qualificirten Arbeiter und die ländlichen Arbeiter sein. Man glaubt damit die industriellen Arbeiter geradeso von der Gesammtheit abzuziehen und zu einer privilegirten Classe zu machen, wie man seinerzeit das Bürgerthum weggezogen hat von den unterstehenden Classen. Man will neue privilegirte Classen

schaffen. Wenn Ihnen ein solcher Apostel unterkommt, der Ihnen sagt, daß die industriellen und qualificirten Arbeiter mehr sind als die anderen, der ist ein Heuchler und ein Niederträchtiger (Lebhafter Beifall), den müssen Sie hinausstoßen aus Ihren Kreisen, denn er will Zwietracht stiften, er ist ein Apostel, der die Bewegung aufhalten will. (Beifall.) Das sind Leute, welche sagen, daß wir, wenn unsere Wünsche erfüllt sind, die socialdemokratische Bewegung verlassen werden, und daß es Jahre dauern wird, bis die hinter Ihnen stehenden Arbeiter eine neue Bewegung beginnen.

Auch die Statistik muß gepflegt werden und zwar sehr intensiv; eine Lohn- und Arbeitsstatistik, eine Vereins- und Wohnungsstatistik sollten gepflegt werden, damit wir darauf unsere Forderungen bauen können. Aber auch eine Statistik der Niederträchtigkeiten wäre anzulegen und sollte bei jeder Niederträchtigkeit ein Strich gemacht werden, und angemerkt werden, wo das geschehen ist, damit man nicht immer sagen könne, es sei nicht wahr, daß die Arbeiter so schmafu behandelt werden. Wir sind immer die dummen Leute, die alle Unbilden vergessen; wir sind gar nicht so fürchterlich, nach einer kurzen Zeit haben wir Alles verziehen, was uns Schlechtes geschehen ist. Aber wir sollen das nicht thun, wir sollen uns Alles merken, wie man uns behandelt und ihnen datenmäßig und ziffernmäßig nachweisen: „Seht, ihr Hunde, so habt ihr uns behandelt.“ (Bravo!)

Jeder Gewerkschaftsverband soll vor Allem trachten, so lange wir keine politischen Blätter haben, ein Fachorgan zu schaffen, welches für die Mitglieder der Gewerkschaft obligatorisch sein soll aus dem Grunde, weil sie solcher Art am besten gedeihen. Wo die Abnahme nur eine facultative ist, gehen die Blätter meistens zu Grunde.

Wenn die Gewerkschaften gut geleitet sind, sind sie auch in socialdemokratischer Beziehung von großer Bedeutung, denn sie drängen Staat und Gesellschaft dazu, bessere Gesetze zu geben, als gegenwärtig bestehen. Wir werden natürlich von allen diesen Gesetzen nicht befriedigt sein, allein vielleicht finden wir in jedem Gesetze etwas, was wir auszunützen verstehen werden. Wir haben auch das Genossenschafts- und Gewerbegesetz für unsere Zwecke ganz gut auszunützen verstanden und thatsächlich haben wir durch die genossenschaftlichen Gehilfenausschüsse, die durch die Gewerbenovelle eingeführt worden sind, unserer socialdemokratischen Propaganda einen mächtigen Vorstoß zu geben gewußt.

Durch eine allgemeine gewerkschaftliche Organisation wird nach meiner Ueberzeugung der genossenschaftlichen Production vorgearbeitet werden. Ganz sicher werden aber dadurch die Arbeiter aus der Tyrannei der Unternehmer befreit werden. Die Schwierigkeiten der Gründung von Gewerkschaften sind speciell in Oesterreich groß. Sie haben in der letzten Nummer der „Arbeiterzeitung“ gelesen, daß der Landespräsident von Schlesien die Gewerkschaftsbewegung als eine „politische“ Bewegung erklärt und daß der

gute Mann die sonderbare Auffassung hat, daß Fachvereine politische Vereine sind.

In Oesterreich sind die Gewerkschaften wo möglich auf breiter Basis zu organisiren. Unsere politischen Verhältnisse und die Verschiedenheit der Auffassung der Gefahr von Seite der einzelnen Landesbehörden lassen eine Centralisation nicht zu. Es sind daher locale, auf föderativer Grundlage aufgebaute Organisationen vorzuziehen. Ein Centralgewerkschaftsverein, so wünschenswerth er auch wäre, würde nicht bewilligt werden. Nicht einmal den Buchdruckern, welche 1872 gewiß eine sehr friedliche Organisation waren, haben die sogenannten freiheitlich gesinnten Staatsmänner, die damals über Oesterreich regirten und die nebenbei gesagt glaubten, daß es in Oesterreich keine sociale Frage gäbe, einen Centralverband gestattet. Gesetzt aber den Fall, es würde uns ein solcher Centralverein gestattet werden, glauben Sie nicht, daß im Falle seiner Auflösung unsere ganze Organisation gestört werden könnte, und daß es daher besser sei, sich auf locale Verbände zu beschränken? Zunächst müssen wir uns an den einzelnen Orten organisiren, und erst dann kann an eine Vereinigung gedacht werden. Weil aber ein Centralverein derzeit nicht möglich ist, muß zu einem Surrogate gegriffen werden, das sind die Vereinstage, denen die Beschlußfassung über die allen Gewerkschaften gemeinsamen Angelegenheiten zusteht. In weiterer Linie sollte getrachtet werden, internationale Vereinigungen zustande zu bringen. Ich würde sehr gerne ausführlicher über diesen Punkt sprechen, aber die Zeit ist zu streng bemessen, als daß ich mich dabei länger aufhalten könnte.

Es hieße den Optimismus zu weit treiben, wenn man meinte, daß mit der Gewerkschaftsbewegung alle socialen Uebel und Ungleichheiten auf einmal beseitigt werden können, daß die Löhne in die Höhe fliegen und die Arbeitszeit gleich verkürzt werden wird. Das wird schon langsam gehen, und vor Allem mache ich Sie darauf aufmerksam, daß Sie, um die Gewerkschaften gut zu organisiren und zu handhaben, bedeutende Opfer werden bringen müssen. Sie dürfen nicht glauben, daß es mit einem wöchentlichen Beitrage von zwei und drei Kreuzern für die Gewerkschaften abgethan sein wird, sondern Sie werden ganz andere Opfer, natürlich Jeder nach seinen Verhältnissen, bringen müssen.

Daß auch mit kleinen Mitteln Großes geschaffen werden kann, beweist Ihnen die Organisation der Typographen. Gestatten Sie mir einige Ziffern. Der Wiener Buchdruckerverein hat seit seinem 49jährigen Bestande an Unterstützungen über eine Million, für Arbeitslose seit 1873 132.000 fl. und für Strikes seit 1870 350.000 fl. verausgabt. Der Budapester Buchdruckerverein hat seit 1862 verausgabt an Unterstützungen 270.000 fl., für Conditionslose und Reisende 28.000 fl., für Strikes circa 60.000 fl. Der Prager Verein hat allein an Reiseunterstützungen 43.000 fl. — in Böhmen wird bekanntlich sehr viel gereist — und für Conditions-

loſe 47.000 fl. ausgegeben. Das ſind reine Pygmäen gegen den Verein, über den ich jetzt einige Daten geben werde.

Der deutſche Buchdruckerverein hat von 1867—1890 5,612.000 Mark ausgegeben, davon 1,300.000 für Unterſtützungen an Arbeitsloſe und 799.000 Mark für die Aufrechterhaltung des Lohntarifes und an Reiſeunterſtützungen ſeit 1. October 1875 1,371.000 Mark. Das ſind die Reſultate, die ſich durch inniges, claſſenbewußtes Aneinanderſchließen erreichen laſſen. In Wien haben wir eine gute Gewerkſchaftsorganiſation, die der Hutmacher, die ebenfalls Bedeutendes leiſtet und an Unterſtützungen für Arbeitsloſe jährlich 12.000 fl. ausgibt. Die Gewerkſchaftsorganiſation wird uns ſehr viel Geld koſten, aber wir werden das, was wir ausgeben, reichlich hereinbringen, und wir werden für unſere große ſocialdemokratiſche Partei Gutes erreichen. Die gewerkſchaftliche Bewegung wird für die ſocialdemokratiſche Organiſation vorbereitend ſein, und viele Perſonen, die heute der Arbeiterpartei noch ferne ſtehen, werden dieſer Partei durch die gewerkſchaftliche Bewegung zugetrieben werden, und beim nächſten Parteitage werden wir vielleicht ſchon conſtatiren können, daß nicht 40.000 oder 50.000 Mitglieder, ſondern 100.000 Mitglieder den Gewerkſchaften angehören und mit 100.000 Mann werden wir jedenfalls mehr ausrichten können, als bisher mit 40.000 oder 50.000.

Heute wird noch die ehrliche Arbeit mißachtet, Derjenige verhöhnt von der Geſellſchaft, welcher arbeitet, und dagegen Jene, welche nichts arbeiten, ſich aufblaſen (Sehr richtig! und noch die Sittenrichter über das arbeitende Volk ſpielen. (So iſt es! Allgemeiner Beifall.)

Die Gewerkſchaftsorganiſation wird die Schäden aufheben, durch welche es möglich geworden iſt, daß die Unternehmer mit uns machen konnten, was ſie wollten. Wir werden zuſammengeſchloſſen Erfolge erreichen, die wir, als wir zerſplittert waren, nicht einmal zu hoffen uns getrauten, wir werden vereinigt gegen die übermäßige Zuſammenſchließung der Unternehmer, das Evangelium zur Wahrheit machen, die drei großen Poſtulate der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. (Lebhafter Beifall und Händeklatſchen.)

Ob die Gewerkſchaften etwas Eminentes leiſten werden, wie immer es möglich ſein wird unſere Aufgabe zu erfüllen, zu jeder Zeit und auf welchem Wege immer, werden wir das ſtolzeſte Wort jenes Mannes, der auf uns herunterblickt, zu erfüllen trachten: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ (Langanhaltender Beifall und Händeklatſchen.) Das ſoll auch der Zweck der Gewerkſchaftsorganiſation ſein.

Ich empfehle Ihnen folgende Reſolution:

„Der Parteitag der öſterreichiſchen Socialdemokratie vom Jahre 1891 erklärt, daß die Gewerkſchaftsorganiſation in Rückſicht auf die gegenwärtigen Productionsverhältniſſe ſowohl wie auch in Hinſicht auf die politiſchen Verhältniſſe den Arbeitern in

Oesterreich zu empfehlen ist und empfiehlt daher den Parteigenossen allerorts, den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen sich anzuschließen, und wo solche nicht vorhanden sind, sie in's Leben zu rufen.

„Der Parteitag geht dabei von der Erwägung aus, daß die gewerkschaftliche Organisation einerseits erzieherisch und materiell bessernd zu wirken vermag, daß dieselbe, wenn sie im socialdemokratischen Sinne gehandhabt wird, auf das politische Leben vorzubereiten im Stande ist. Doch erklärt der Parteitag ausdrücklich, daß durch die Gewerkschaftsorganisation die socialdemokratische Bewegung in keiner Weise hintangesetzt werden darf.

„Die Gewerkschaften sollen sich über ganze Kronländer, wo möglich über das ganze Reich erstrecken. Wo das nicht angeht, sind locale Gewerkschaften zu gründen.

„Alle diese Gewerkschaften haben die Verpflichtung, die Bildung eines das ganze Reich umspannenden Verbandes anzustreben. Solange aber ein solcher Verband nicht gestattet wird, sollen von Zeit zu Zeit auf Delegirtentagen die allen Gewerkschaften gemeinsamen Angelegenheiten berathen werden.

„Jede Gewerkschaft muß die Unterstützung der Arbeitslosen sowohl am Orte wie auf der Reise, die Ansammlung eines Widerstandsfonds in irgend einer Form, die Arbeitsvermittlung sowie die Gewährung von Rechtsschutz in ihr Statut aufnehmen. Die einzelnen Gewerkschaften haben alle Angehörigen eines Industriezweiges, also auch die nicht qualificirten Arbeiter und die in dem betreffenden Productionszweige beschäftigten Frauenspersonen einzubeziehen. Die Genossen haben die Verpflichtung, ihr ganz besonderes Augenmerk auf die bisher indifferenten Arbeiter zu verwenden, um dieselben für die Gewerkschaftsorganisation und sohin für die Arbeiterbewegung überhaupt zu gewinnen.

„Die in den einzelnen Ländern und Reichen bestehenden Gewerkschaften gleicher Branchen haben unter sich Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen, damit den Mitgliedern die an einem Orte des In- oder Auslandes erworbenen Rechte auch an anderen Orten, wo sich eine Gewerkschaft der betreffenden Branche befindet, gewahrt bleiben.

„Vor Allem werden die Gewerkschaften die Abkürzung der Arbeitszeit anzustreben haben, denn diese ist das einzige Mittel, um die noch vorhandene physische Kraft des arbeitenden Volkes zu erhalten. Da die Gewerkschaftsvereine eine klare Einsicht in die Lage des Arbeitsmarktes haben müssen, so ist eine umfassende Lohnstatistik und eine Statistik der Arbeitslosen nothwendig.

„Eine auf vernünftige Grundlage gestellte Gewerkschaftsorganisation wird den Strike in sehr vielen Fällen von vorneherein überflüssig machen, weil die Arbeitgeber einer geschlossenen Organisation gegenüber eher zu Verhandlungen und zur Nachgiebigkeit geneigt sein werden; wo aber der Strike unvermeidlich erscheint, sollte er nie ohne vorgängiges Einvernehmen und

Zustimmung der Centralstelle der Organisation oder, so lange eine solche fehlt, der nächstliegenden localen Gewerkschaften unternommen werden. Arbeitseinstellungen, die ohne solche Zustimmung unternommen werden, ist die Unterstützung zu versagen.

„Die von den oder durch die Gewerkschaften begründeten Zeitungen sind sobald als möglich obligatorisch für die Mitglieder der betreffenden Gewerkschaften einzuführen, da die facultative Abnahme den Bestand der Blätter häufig in Frage stellt.

„Diese Grundzüge einer modernen Gewerkschaftsbewegung empfiehlt der Parteitag der österreichischländischen Socialdemokratie 1891 den Genossen bei der ferneren Durchführung des Beschlusses: Allenthalben in Oesterreich Gewerkschaftsvereine zu gründen.“ (Erneuerter lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Der Genosse Sturz stellt den Antrag, daß sich die in der stattlichen Anzahl von 30 (Lebhafte Heiterkeit) vorgemerkten Redner auf Generalredner einigen, weil wir sonst mit unserer Tagesordnung auch in 14 Tagen nicht fertig würden. Ich bitte den Herrn Schriftführer die Namen der eingetragenen Redner zu verlesen.

Schriftführer: Vorgemerkt sind die Genossen: Salomon (Wien), Komprda (Brünn), Staštny (Prag), Zeller (Prag), Zensky (Wien), Dideth (Wischau), Vilwoski (Prag), Kabielek (Prag), Bildtroschki (Kladno), Waniek (Prag), Vilowitzki (Witkowitz), Denzler (Klagenfurt), Bierkopf (Villach), Roscher (Reichenberg), Cermak (Brünn), Danilut (Lemberg), Hasler (Wien), Forst (Prag), Humitsch (Wien), Krainer (Graz), Lambach (Nymburg), Popp (Wien), Gerin (Triest), Handlic (Prag), Zadnik (Laibach), Dolensy (Wr.-Neustadt), Schramml (Wien), Köhler (Haindorf), Schäfer (Gablonz), Schiller (Reichenberg).

Vorsitzender: Ich unterbreche die Sitzung auf fünf Minuten, damit eine Einigung der vorgemerkten Redner erfolgen könne.

(Nach Wiederaufnahme der Sitzung.)

Es ist eine Einigung zu Stande gekommen: es werden von deutscher Seite zwei Redner sprechen und ebenso von tschechischer Seite zwei Redner, ferner Frau Salomon, und von polnischer Seite Genosse Danilut. Ich ertheile der Frau Salomon das Wort.

Genossin Salomon: Geehrte Parteigenossen! Vor Allem muß ich den geehrten Herren Einberufern meinen Dank dafür abstatten, daß auch die Frauen zu diesem Parteitage eingeladen wurden und daher auch uns die Gelegenheit gegeben ist, unsere Ansichten und Wünsche hier zum Ausdruck zu bringen.

Die Frauen sind ja die wirklich Ausgestoßenen der Gesellschaft, und wenn der weitaus größte Theil der Männer geknechtet ist, so sind es die Frauen doppelt und dreifach.

Umsomehr freute es uns, daß wenigstens unsere Partei so viel Einsicht in die Verhältnisse hat, um ermessen zu können, daß, soll

die arbeitende Menschheit wirklich frei werden, hiezu unbedingt die Frau mithelfen muß.

Es ist in Oesterreich hier, wie ich glaube, das erste Mal, daß es den Frauen gestattet wurde, auf einem Parteitage zu erscheinen; ich muß daher an ihre Nachsicht appelliren, wenn ich unter so gewiegten Genossen meine Stimme erhebe, obwohl ich mir bewußt bin, daß mir sowohl an theoretischer Schulung, als auch an Erfahrung noch Vieles mangelt.

Wenn ich nun trotz diesem Bewußtsein mir zu diesem Punkt der Tagesordnung das Wort erbeten habe, so erfolgte dies deshalb, weil ich den Appell an Sie richten möchte, ihr Hauptaugenmerk auf die Organisation der Arbeiterinnen zu richten. Die Verwendung der Frau in der Industrie greift immer mehr um sich, in zahlreichen Gewerben übersteigt schon die Zahl der darin beschäftigten Frauen die der Männer und es sind in solchen Gewerben Lohnkämpfe der Männer gänzlich aussichtslos, denn mit Hilfe der niederen Löhne der Frauen wird der Lohn der männlichen Arbeiter gedrückt.

Die Frau, auch die Kinder des Proletariers, müssen in dem zartesten Alter hinaus in das ausgedehnte Feld der Industrie, weil sein Lohn zum Unterhalt mehrerer Personen nicht mehr ausreicht.

Es ist fast keine Arbeiterfamilie, wo sich Frau und Kinder ausschließen dürfen, es ist zur Nothwendigkeit geworden. An eine Abschaffung der Frauenarbeit ist daher nicht zu denken, die Frauenarbeit ist bei dem gegenwärtigen Stande der Entwicklung der Industrie eine Nothwendigkeit. Daher hat sie auch genau dieselben Interessen, wie der Mann in Bezug auf Abkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Arbeiterschutz, Fabriksinspection u. s. w., und dieses läßt sich allerdings nur durch Organisation erreichen: durch Organisation wird das Classenbewußtsein der Arbeiter rege, sie wird über so manche Fragen aufgeklärt werden und Interesse am öffentlichen Leben gewinnen.

Es frägt sich nun, auf welche Art sollen die Arbeiterinnen organisirt werden; sollen sie eigene Fachorganisationen bilden oder sollen sie sich in den Gewerkvereinen mit den Männern zusammenschließen oder endlich, genügt die Organisation in Arbeiterinnen-Bildungsvereinen. Ich glaube alle drei Arten der Organisation sollten platzgreifen.

Sehr zu empfehlen wäre, wenn alle jene Fachvereine, die laut ihren Statuten nur Männer aufnehmen dürfen, die Statuten in der Weise ändern würden, daß auch weibliche Fachgenossen beitreten dürften, welche dann aber auch mit gleichen Rechten ausgestattet werden müßten, das heißt, es müßte uns nämlich das Recht zugesprochen werden, mit an der Verwaltung theilnehmen zu können, denn nur dann werden wir Lust und Liebe zum Verein bekommen, wenn wir darin activ thätig sein dürfen.

Allerdings müßten die geehrten Genossen mehr wie bisher dafür agitiren, daß die Frauen auch den Fachorganisationen beitreten.

Wir haben ja in Wien eine ganze Anzahl von Vereinen, die Arbeiterinnen aufzunehmen berechtigt sind, und es machen nur wenige Arbeiterinnen davon Gebrauch, daher sollten die männlichen Arbeiter ihre weiblichen Mitarbeiter zum Beitritt anspornen, ihnen die Vortheile der Organisation auseinandersetzen, sie zum Besuch von Versammlungen und Vorträgen anregen, überhaupt Alles unternehmen, was ihr Interesse für das öffentliche Leben und für die Gesammtheit zu steigern möglich ist.

Ebenso ist die Betheiligung der Arbeiterinnen in der genossenschaftlichen Organisation nothwendig, wir hätten es ebenso nothwendig wie der männliche Arbeiter, in der genossenschaftlichen Versammlung unsere Wünsche zum Ausdruck zu bringen und die Interessen unseres Faches erörtern zu können, auch wir hätten genau dasselbe Recht wie unsere männlichen Collegen, in dem genossenschaftlichen Schiedsgerichte vertreten zu sein; auch an der Verwaltung der genossenschaftlichen Krankenkasse hat die Arbeiterin ein Interesse; freilich findet leider die Mehrzahl dieses Interesse heute noch nicht, es muß daher unsere vornehmste Aufgabe sein, die Zurückgebliebenen dafür empfänglich zu machen.

Sehr wünschenswerth wäre auch die Gründung von eigenen Fachorganisationen für Blumenarbeiterinnen, Modistinnen, Weißnäherinnen, Miederarbeiterinnen, Fächermacherinnen u. s. w. u. s. w. Doch hier mangelt es uns noch an der nothwendigen Schulung, auch haben die genannten Arbeiterinnen die Aufgabe, sich das nöthige Wissen und die erforderliche Praxis in den Arbeiterinnen-Bildungsvereinen zu erwerben. Und damit bin ich bei der dritten Art der Organisation angelangt.

Der hiesige Arbeiterinnen-Bildungsverein ist zwar noch sehr jung und besteht genau ein Jahr, und dennoch haben schon eine Anzahl Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen sich darin zur Selbstverwaltung und auch zur öffentlichen Agitation ausgebildet. So manche Arbeiterin, welche beim Eintritt in den Verein ganz indifferent war, ist heute schon eine gute Genossin und thätige Mitstreiterin geworden.

Der Arbeiterinnen-Bildungsverein hat noch vor dem Fachverein den Vortheil, daß auch Arbeiterfrauen, die keinem bestimmten Berufe angehören, beitreten können.

Dies ist in kurzen Worten unsere Ansicht über die Organisation der Arbeiterin, den weiteren Ausbau müssen wir den in solchen Dingen vielerfahrenen männlichen Genossen überlassen.

Das Eine aber muß hier ausgesprochen werden, sollen die Organisationen der Frauen zur Hebung ihres Wohlseins und zum Ziele der gesammten Arbeiterschaft sein, so müssen sie mit der großen socialistischen Arbeiterbewegung Hand in Hand gehen, um zum Ziele zu gelangen.

Wir sind uns bewußt, daß die Frauenfrage nur ein Theil der großen socialen Frage ist und gründlich nur mit dieser gelöst werden kann. Das wir von der Frauenbewegung der Bourgeoisie gar nichts zu erwarten haben, das wissen wir Arbeiterinnen ganz genau, darum schlossen wir uns der Fahne der Socialdemokratie an, überzeugt, daß der Sieg schließlich winken und die Befreiung des Menschengeschlechtes von allen Sclavenketten endlich erfolgen wird. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender: Wünschen die Genossen die Uebersetzung? (Allgemeine Zustimmung.)

Hybes übersetzt die Rede in's Czechische.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag eingelaufen auf Schluß der Debatte, aber ich glaube, derselbe ist jetzt, nachdem eine Einigung platzgegriffen hat, nicht mehr nothwendig. Obwohl er mit den nöthigen Unterschriften versehen ist glaube ich, daß wir nicht zur Discussion über denselben schreiten sollen, da ja nur mehr vier Redner sprechen. Sind Sie damit einverstanden, daß dieser Antrag entfällt. (Allseitige Zustimmung.) Die dafür sind, daß die Redner, auf die sich geeinigt wurde, sprechen, ersuche ich die Hand zu erheben. (Angenommen).

Burian spricht slavisch.

Vorsitzender. Wird die Uebersetzung gewünscht? (Dieselbe wird gewünscht.)

Veit (übersetzt): Genosse Burian aus Brünn hält eine centrale Organisation der Gewerkschaften für sehr nothwendig, da einzelne locale Gewerkschaften selten ihrer Aufgabe ganz gewachsen sind. Redner fordert die Genossen vom Lande auf, immerwährend in freier Zeit in Gegenden, wo noch keine Local-Organisation besteht, zu arbeiten und unter allen Umständen eine solche in's Leben zu rufen. Die Schwierigkeiten, eine solche zu gründen, sind zwar groß, jedoch überwindbar. Redner führt an, daß oft die Genossen vom Lande nur durch Unwissenheit das Vorgehen ihrer Stadtgenossen schädigen, was sich ändern würde, wenn sie einem Centralverbande angehören würden. Das Zeitungswesen wird durch Centralorganisationen großartig gestärkt. Redner schließt: Wenn eine Centralorganisation geschaffen und genügend stark ist, ist keine Macht im Stande, dem arbeitenden Volke sein Recht streitig zu machen. Damit bricht die Arbeiterschaft die Meinung, daß sie allein zu arbeiten, die Anderen aber zu faullenzen haben. Auch der Arbeiterinnen zu gedenken, fordert Redner in schwungvollen Worten auf.

Vorsitzender. Genosse Roscher aus Reichenberg hat das Wort.

Roscher: Genossen und Genossinnen! Es handelt sich meiner Ansicht nach ja jetzt nicht darum, einen agitatorischen Vortrag zu halten, indem ich der festen Ueberzeugung bin, daß ja principientreue und erfahrene Genossen hier beisammen sind. Besonders freut es mich, daß in erster Richtung gerade die gewerkschaftliche Organisation auf die Tagesordnung gesetzt wird, denn sie ist für unsere Bewegung in Oesterreich, ebenso gut wie für die in

anderen Staaten, eine Lebensfrage für die Partei nach meiner festen Ueberzeugung. Es sind Wechselwirkungen vorhanden zwischen der gewerkschaftlichen Organisation und dem politischen Leben überhaupt, sowie aber auch ganz speciell in unserer Partei.

Es gibt nur ein Mittel, in die indifferente Masse, in das geknechtete Volk Eingang zu finden und das ist die gewerkschaftliche Organisation. Es ist diese eine Lebensfrage für uns deswegen, weil die Arbeiter hiefür Interesse haben, selbst wenn sie unserer Partei noch nicht angehören.

Wir haben aber ein gutes Stück Geschichte hinter uns in Oesterreich. Die erste Bewegung, wie wir aus dem vielseitigen und gründlichen Referate des Genossen Höger entnommen haben, war die gewerkschaftliche. Denn unsere Herren Fabrikanten, die damals recht gut organisirt waren und welche die stets zur Verfügung stehenden Behörden und die österreichischen Gesetze an ihrer Seite haben, haben mit allen Mitteln unsere erste Organisation zu Grunde gerichtet. (Bravo!) Und jetzt kommen wir auf ein Gebiet, welches wir untersuchen müssen. Wir wurden vielfach dazu gedrängt, Bildungs- und Lesevereine zu gründen. Aber ein Bildungs- und Leseverein, so gut er ist, kann nie unseren Zwecken vollkommen entsprechen. Dabei müssen wir noch froh sein, wenn die allgemeinen Arbeiter-Bildungsvereine nicht unter der Handhabung der österreichischen Gesetze zum Teufel gehen. Wir haben in dieser Beziehung viele Erfahrungen gemacht. Nun ist aber diese Frage gegenwärtig, wo diese Arbeiter Bildungs- und Lesevereine bestehen, folgende: Trotzdem die Genossen die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation anerkennen, halten sie mit Zähigkeit an dem längst Errungenen und im Kampfe Erprobten fest, dem allgemeinen Bildungsverein. Es ist meine Ansicht, daß die Genossen in allen Bezirken der Provinz die Stellung einzunehmen haben, daß sie die gewerkschaftliche Organisation ausgestalten, und überdies, wenn nothwendig, müssen wir auch die allgemeinen Bildungsvereine erhalten und neue gründen. Wir in Böhmen sind, trotzdem Oesterreich ein einheitlicher Staat ist — und in Oesterreich ist Alles möglich — bei der Handhabung der politischen Rechte heute nicht besser daran, als selbst unter der seinerzeitigen hochgradigen Reaction in Prag.

Wir können aber finden, daß wir trotz unserer Reaction tiefer gewirkt haben, als es in Deutschland möglich war. Die sogenannten Arbeiterschutzgesetze, welche bis jetzt vorhanden sind, die theilweise guten Resultate wären nicht möglich gewesen, wenn die österreichische Arbeiterschaft nicht eine so entschiedene und klare Taktik befolgt hätte (Beifall), wenn sie nicht in socialistischer Richtung entschieden gearbeitet hätte. Es kostete dies Opfer, und Niemand darf glauben, wenn auch jetzt scheinbar ein lauer Wind weht, daß die Reaction nicht noch hohe Wellen werfen wird. Es ist aber unsere Pflicht und auch unsere Taktik gewesen, das Bestehende, das, was wir ausnützen können, mit aller Zähigkeit und Kraft für unsere Principien auszunützen. (Bravo!) So war es und so wird es auch — das ist meine feste Ueberzeugung — in Zukunft in erhöhtem Maße

der Fall sein. Was die Frauenbewegung betrifft, so möchte ich bemerken, daß es uns sehr wohlthuend war, daß heute auch Frauen hier erschienen sind und ihre Stimme erhoben haben. Wir in Deutschböhmen sind in dieser Richtung nie nachlässig gewesen, wir haben Gelegenheit, verschiedene Versammlungen zu besuchen und da möchte ich mit ganz besonderer Befriedigung constatiren, daß wir seit zwei Jahren viele Bauernversammlungen haben (Lebhafter Beifall), und ich versichere Sie, die Bauernweiber und Bauernmädchen kommen oft zwei bis vier Stunden weit, um diese Versammlungen zu besuchen. (Lebhafter Beifall.) Der Referent hat im Großen und Ganzen die Grundzüge der gewerkschaftlichen Organisotion beleuchtet, aber wir müssen die großen Massen herausgreifen, wir müssen jene Industrien gewinnen, welche die größte Kopfzahl aufzuweisen haben. Da haben wir insbesondere zwei Industrien, die der Metallarbeiter, die an Kopfzahl sehr zahlreich sind, welche aber noch verhältnißmäßig glänzend gestellt sind gegenüber den Textilarbeitern. Es sind jederzeit die Wollbarone gewesen, welche sich bemühten, auf die Gesetzgebung den größten Einfluß auszuüben und ihre Stimme ist bedeutend in die Waagschale gefallen.

Diese Herren Industriellen bemühen sich jederzeit, gegen die politischen Bestrebungen des Proletariates und gegen unsere Bewegung Front zu machen. Man kann aber annehmen, daß die Regierung gerade gegenwärtig, was die gewerkschaftliche Organisation betrifft, in manchen Fällen eine andere Meinung haben wird, als die Herren Industriellen.

Aber wir haben auch Beweise, daß die vorjährige Petition der Herren Wollbarone recht „wohlthuend" gewirkt hat. Gehen Sie das heute vorliegende Ausnahmsgesetz durch, so finden Sie Punkt für Punkt die Wünsche jener Petition der vereinigten Industriellen vom vorigen Jahre wieder.

Wir haben die Textilindustrie betrachtet und dabei auch die Frauenfrage. Es ist leicht erklärlich, daß wir mit unseren Ideen leichter Anklang fanden, als bei anderen Branchen. Oft müssen die armen Frauen 2—3 Stunden weit zur Fabrik eilen: denn die Herren Fabrikanten bauen ja mit besonderer Vorliebe ihre Fabriken an abgelegenen Orten ohne Rücksicht auf die Verkehrsbedingungen. Genossen! Da sehen wir denn die Frauenfrage auch emportauchen. Mit rosigen, blühenden Wangen kommen die Mädchen in die Fabrik, und nach zwei, drei Jahren sieht man die Armen als bleiche, verkümmerte Wesen wieder hinausgehen. (Bewegung.) Trachten wir mit Hilfe der Gewerkschaften eine Bresche zu schießen in unser Vereins-, Versammlungs- und Preßgesetz. (Bravo!) Daran laboriren wir gerade so wie andere Parteien. Ich schließe und hoffe, daß dies bei einem spätern Programmpunkte noch eingehender besprochen werden wird. (Beifall.)

Genosse Danilut (in polnischer Sprache. Nach der Uebersetzung des Genossen Diamant):

Genosse Danilut meint, daß die Verhältnisse in Galizien vielleicht die ärgsten in der ganzen Monarchie sind. Die im Reichs-

rathe beschlossenen Gesetze kommen bei uns nie zur Ausführung. Es erschwert das jedwede Organisation, es erschwert das jeden Fortschritt unserer Partei. Als Beispiel, wie die Verhältnisse bei uns sind, citirt Genosse Danilut den Verlauf eines Strikes der Tischler in Lemberg. Die Tischler verlangten einen wöchentlichen Lohn von 7 fl., 10stündige Arbeitszeit und Wasser zum Waschen. (Hört!) Das Wasser ist nicht in der Nähe und die Fabrikherren fanden es nicht nöthig, die Arbeiter mit solchem zu versehen. Daraufhin machten die Fabrikherren und die Tischlermeister den Arbeitern den Vorwurf, daß sie die Industrie des Landes untergraben wollen, denn wenn sie nur kleine Löhne bekämen, könnte den andern Fabri n erfolgreiche Concurrenz gemacht werden und die Industrie im Lande würde sich heben. Die Hebung der Industrie im Lande kann also nur auf Kosten der Arbeiter geschehen. (Heiterkeit.) Darauf antworteten die Arbeiter: Wenn die Fabriken in Galizien uns die verlangten Löhne nicht gewähren können, so gehen wir nach Böhmen, dort werden wir diese Löhne bekommen.

Einen weitern Fall der Unterdrückung der Arbeiterorganisation durch die Behörden erzählt Genosse Danilut vom Vereine „Ognivo“. Es ist dies ein Bauarbeiterverein. (Rufe: Genossenschaft!) Es ist keine Genossenschaft, es ist eine Gewerkschaft. Dieselbe hielt eine Versammlung ab, die Behörde entsendete keinen Delegirten, es wurden Beschlüsse gefaßt und Wahlen vorgenommen. Die Wahlen sowie die andern Beschlüsse wurden annullirt, weil ein Vertreter der Behörde nicht anwesend gewesen sei. (Gelächter.) Es wurde eine zweite Versammlung einberufen, bei der ein Vertreter der Behörde wieder nicht erschienen war. Um zu einem Ende zu kommen, gingen die Arbeiter zur Behörde und sagten: „Wir warten in der Versammlung, es möge ein Regierungsvertreter hinkommen.“ (Gelächter.) Es wurde ihnen nun bedeutet, sie mögen ein Bischen noch warten, es werde bald ein Regierungsvertreter in der Versammlung erscheinen. Ein solcher ist aber nicht gekommen und die Versammlung hätte noch bis heute auf ihn warten können.

So wird der Gewerkschaft die Möglichkeit verschlossen, Beschlüsse zu fassen, und ihre auf legalem Boden stehende Thätigkeit wird auch eine allen Gesetzen hohnsprechende Weise hintangehalten. Es wurden Recurse an die höhern Behörden gerichtet, aber dieselben wurden bisher gar nicht erledigt.

Weiters sagt Genosse Danilut, daß der Vorstand der Gewerbebehörde oder wie er ihn nach der Art seines Vorgehens nennt, der Commandant derselben, die Arbeitsgeber in jeder nur möglichen Weise gegenüber den Arbeitern unterstützt. (Ruf: Auch bei uns in Steiermark ist es so!) Den Arbeitern wurde erklärt, ein Wochenlohn von 3, 4 fl. wäre vollkommen hinreichend. (Gelächter.) Die Tischler, die um Wasser baten, die Bäckergehilfen, die eine Verkürzung der 18stündigen Arbeitszeit verlangten, wurden einfach eingesperrt. Ein Rath, dessen Intelligenz Genosse Danilut in der Weise abschätzt, daß er von ihm sagt, er würde in Wien nicht als Hausknecht unterkommen können (Heiterkeit!), hat es auf sich ge-

nommen, in dieser Weise die Verhältnisse zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern zu „ordnen".

Unsere „patriotische" Bourgeoisie macht uns immer den Vorwurf: Wir verletzen alle nationalen Interessen, wir verbinden uns mit den Feinden der Polen, wir gehen Hand in Hand mit den Deutschen und anderen Nationen. Wenn sie uns braucht, dann geht es noch an, wenn sie uns aber nicht mehr braucht, um ihr die verschiedenen Hausknechtdienste zu leisten, da werden wir einfach hinausgeworfen. (Rufe: Wie überall!)

Genosse Daniluk bespricht weiters die Ernährungsverhältnisse der galizischen Arbeiter. Sauere Milch und Brot ist ihre Hauptnahrung, einmal in 14 Tagen vielleicht Fleischreste. (Rufe: Schmachvoll!) Die Nahrungsmittel sind sehr theuer, ein Laib Brot kostet 28—30 kr. Das Fleisch wird unerschwinglich theuer. Von einer Lohnerhöhung ist keine Rede. Der galizische Arbeiter ist nicht im Stande, sich mit Brot satt zu essen. Unsere patriotische Bourgeoisie will uns in die Kirche schicken, dort sollen wir Trost finden, das sei der Platz, wo alle Menschen gleiche Rechte haben. (Heiterkeit und Rufe: Aber nichts zu essen!)

Vertreter im Reichsrathe haben wir nicht. Unsere Abgeordneten in Wien wissen sehr gut, dort ihre Geschäftchen zu machen, aber die Interessen der arbeitenden Bevölkerung werden von ihnen nie in Erwägung gezogen.

Noch ein Beispiel citirt Daniluk bezüglich der Behandlung der Arbeiter Ein Bauprincipal verlangt von seinen Arbeitern, daß sie Maurerarbeiten verrichten und den Dünger aus dem Stalle wegschaffen, bei einem Lohne von 30, 40 kr. täglich.

Noch ärger sind womöglich die Verhältnisse in der Bukowina. Dort sei die Welt mit Brettern verschlagen. (Genosse Höger: Asien!) Genosse Daniluk zweifelt, ob die Bukowina überhaupt zu Oesterreich gehöre. So schlecht stehe es dort um die Arbeiter.

Genosse Daniluk appellirt an die Arbeiter aller Länder, daß sie, wenn sie nach Galizien kommen, sich unserer Organisation anschließen. In der Frauenfrage haben wir seit dem Anfange unserer Bewegung volle Gleichberechtigung walten lassen. Die Genossen werden einen Begriff von der Lage unserer Frauen haben, wenn sie hören, daß eine Frau bei 13—14stündiger Arbeitszeit **10 Kreuzer täglich** verdient. In Sachen der Organisation haben wir in neuester Zeit mehr gethan als sonst geschehen ist. So erklärt Genosse Daniluk, daß in Lemberg die Vereine „Ognivo" und „Sila", in Stanislau „Prácà" gegründet wurden mit Zulaß der Frauen, die auch in den Comités und den Ausschüssen sitzen. In Stanislau ist ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen, es gehören dortselbst Landarbeiter dem Arbeitervereine an. Genosse Daniluk war bei der Eröffnung des Vereines und die Landarbeiter haben bedeutenden Antheil an der Discussion genommen. Wir haben aus Przemysl, Tarnopol und Stanislau Zuschriften erhalten mit dem Ersuchen, sie beim Congresse zu vertreten und die Grüße den Congreßmitgliedern zu überbringen. (Bravo!) Genosse Daniluk schließt mit den Worten,

daß nur mit vereinten Kräften, mit Unterstützung der Genossen anderer Länder, bedeutende Fortschritte in Galizien zu erzielen seien. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Popp**: Ich möchte Ihnen vor Unterbrechung der Sitzung bekannt geben, da ja viele der Anwesenden darnach ihre Familien werden verständigen wollen, daß die Wiener Genossen, die begreiflicherweise mit den Genossen aus den Provinzen näher in Verkehr treten und sie näher kennen lernen wollen, heute Abends ein Fest arrangiren werden, zu welchem die Delegirten herzlich eingeladen sind. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Ich unterbreche die Sitzung auf eine Stunde.

Vormittagssitzung wird unterbrochen.

Nachmittagssitzung vom 29. Juni 1891.

Wiederaufnahme der Verhandlung 2 Uhr 30 Minuten.

Vorsitzender Schmidt: Gehen wir in die Verhandlung ein. Ich bitte den Herrn Schriftführer den **Einlauf** zu verlesen.

Schriftführer Häfner verliest Begrüßungen.

Vorsitzender: Es sind noch zwei Redner zum ersten Punkte eingetragen. Genosse **Zensky** hat das Wort.

Genosse **Zensky** (Wien): Die Genossen, die vorgemerkt waren, beauftragten mich, in ihrem Namen Verschiedenes vorzubringen. Ich will mich nicht über die Ziele der gewerkschaftlichen Organisation aussprechen, aber über den Stand derselben Einiges, das Sie vielleicht interessiren wird, berichten. Wir hatten, als der Parteitag in Hainfeld tagte, in meiner Branche zwei Vereine, den Brünner Verein der Metallarbeiter und den in Eger, der bereits gestorben ist (Heiterkeit! Rufe: Innsbruck!), der gibt kein Lebenszeichen von sich. Seit dieser Zeit constituirten sich 15 Fachvereine. Am Schlusse vergangenen Jahres wurde auch ein Fachcongreß der Metallarbeiter einberufen, auf welchem dieselben Ziele, den der Genosse Referent erörterte, in's Auge gefaßt wurden. Nur in dem gehe ich mit ihm auseinander — welchem er aber in seiner Resolution selbst zustimmt — daß nur auf Grund einer Centralisation die Gewerkschaftsorganisation von Nutzen sein kann. Er will die Centralisation vermieden wissen, weil, wenn ein Schlag geführt würde, die ganze Organisation leiden könnte. Ich weiß, daß in kleinen Ortschaften sich nicht einmal Leute getrauen als Proponenten aufzutreten. Wir glauben also, daß durch die Centralisation mehr geleistet werden wird. Wir sollen die Centralisation nicht aufgeben, weil sie an sich eher einen Erfolg verbürgt, und wenn man uns maßregeln will, wird man es thun, ob wir centralisirt sind oder nicht. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Wir sind schon an die verschiedenen Chikanirungen gewöhnt. In Marburg werden die Gesetze beispielsweise anders ausgelegt als anderswo. So wurde bei einer öffentlichen Versammlung die Mitgliederliste auf Grund des § 27 des Vereinsgesetzes verlangt. Wir besitzen nicht viel Gesetzeskenntniß, aber wir constatirten hernach,

daß das Gesetz nur 20 Paragraphe habe. (Lebhafte Heiterkeit.) Das sind die Gesetze von Marburg (Erneuerte Heiterkeit), dann kommen die Gesetze von Steyr an die Reihe. (Heiterkeit.) Wir wissen gut, daß nichtpolitische Vereine keine Verpflichtung haben, Mitgliederverzeichnisse vorzulegen. Ganz anders bewandert ist die Stadtbehörde, die im innigsten Zusammenhange mit der Direction der Waffenfabrik die Executive besorgt. (Heiterkeit.) Sie wissen, daß die Verzeichnißvorlegung das Todesurtheil jedes Vereines ist. Der Verein sistirte selbst infolge vieler Maßregelungen seine Thätigkeit. Nachdem der Verein pausirt — so argumentirte die Behörde — kann er seinen statutarischen Verpflichtungen nicht nachkommen — und der Verein wurde aufgelöst. (Heiterkeit.) Noch ein Stückchen aus dem Königreiche Rothschild-Gutmann: Um eine Krankenkasse zu errichten, erfolgte, weil eine öffentliche Versammlung nicht gestattet war, die Einberufung auf Grund des § 2 des Vereinsrechtes. Der dortige Bezirkshauptmann controlirte, nahm die Liste ab und fuhr mit derselben direct in die Direction. Vierzehn Tage darauf war der Einberufer hinausgeworfen. Der Bezirkshauptmann wurde im Directionsgebäude mit offenen Armen empfangen und verkehrt dort überhaupt recht kameradschaftlich.

Im Namen der Genossen von Klagenfurt, erkläre ich, daß der dortige Bildungsverein sich nach Branchen wird organisiren können.

Die Drechsler erklären durch mich, daß die Frauen der Drechsler bereits organisirt sind, daß von 300 Drechsler-Arbeiterinnen 254 in der Organisation stehen. Sie kommen auch sogar besser ihren Verpflichtungen nach als die Drechslerarbeiter.

Ein Genosse wünscht, der Parteitag soll sich auch damit befassen, die Organisation der weiblichen Dienstbotensclaven in die Hand zu nehmen.

Ein Genosse von Kärnten bittet, der Parteitag möge den Bleibergarbeitern unter die Arme greifen.

Schuhmacher Hafner aus Graz erklärte mir, daß in Graz die Organisation viel zu wünschen übrig läßt, wenn auch die Mitgliederzahl aller Grazer Arbeitervereine 5040 beträgt. Ich will zur Sache zurückkommen und bemerke, daß wir mit socialen Reformen von allen Seiten umarmt und beinahe erstickt werden. Unsere Aufgabe bleibt es, uns der durch diese Reformen geschaffenen Institutionen zu bemächtigen, wir haben auf das Gewerbegericht Einfluß erlangt, und bei Allem was geplant ist, bei den Arbeiterausschüssen, bei den Einigungsämtern, müssen Leute unserer Partei Einfluß erlangen, damit diese neuen Einrichtungen nicht als Waffen gegen uns benützt werden können, damit wir sie controliren und uns dienstbar machen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Genosse Gerin (italienisch), Genosse Dr. Adler (übersetzend): Der italienische Genosse hat zunächst ersucht, die Versammlung möge entschuldigen, wenn er in seiner Muttersprache spreche, wenn auch die Wenigsten ihn verstehen, nachdem er eine andere nicht gut kann. Er hat damit begonnen, zu erklären, daß die ganze Geschichte unserer Arbeiterbewegung nur beweise, wie wahr das Wort ist, daß

die Emancipation der Arbeiterclasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, wie alle die Reformen, die von einer anderen Seite gemacht werden, nur gezwungenerweise geschehen, wie diese Reformen unzulänglich und lückenhaft sind, daß die Leute nicht wissen, was geschehen soll, welchen Uebeln abgeholfen werden soll. Was bisher geschehen ist, ist das Werk der Arbeiterclasse, auch dann, wenn es auch nicht von ihr direct ausgeführt wird. Er hat hingewiesen, wie unsere Bewegung den Maßregelungen der Capitalisten unterworfen ist, daß die Organisation ihm unzulänglich erscheint. Der Capitalismus ist noch eine riesige Macht, gegen welche die Arbeiterorganisation sich noch zu schwach erweist. Man hat versucht, dem Capitalismus corporative Anstalten, etwa die Productivassociationen entgegenzusetzen, doch sind solche entweder zu Grunde gegangen oder capitalistische Anstalten geworden. Er folgert, daß auf diese Weise eine Abhilfe nicht erzielbar ist, aber er meint, daß für unsere Leute, die für unsere Sache immer thätig sind, um sie vor Maßregelungen in Schutz zu nehmen, Fabriken oder Werkstätten, Officinen — wie er sie nennt — Unternehmungen, die von uns selbst geleitet werden, gegründet werden. Er hat einen diesbezüglichen Antrag gestellt, den ich Ihnen vielleicht gleich übersetzen kann. Er lautet: „In Anbetracht, daß die heutige Organisationsform unserer Bewegung, obwohl sie ja weit vorgeschritten ist, nicht den Arbeiter aus wirthschaftlicher Abhängigkeit heraushebt, in Anbetracht, daß die Form von Arbeiterwerkstätten auf Actien eigentlich nur eine andere Form des Capitalismus ist, werden die Genossen eingeladen, dafür zu agitiren, daß „sociale Officinen" („Officine Sociali") — ein entsprechender deutscher Ausdruck fällt mir eben nicht ein — „eingerichtet werden, auf welche alle Genossen ein Anrecht haben", offenbar das Eigenthumsrecht, „und in welchen alle Genossen, die diesem oder jenem Gewerbe angehören, im Falle ihrer Maßregelung aufgenommen werden könnten." Er ladet insbesondere die Genossen Buchdrucker ein, solche Einrichtungen zu treffen, und von dort aus würde unsere Presse eine neue Hilfe erfahren, ohne besorgen zu müssen, an die Bourgeoisie appelliren zu müssen, mit welcher wir nichts zu thun haben.

Ich habe nicht das Recht, eine Kritik zu üben und will noch den Schlußpassus der Rede des Genossen aus Triest wiedergeben, welcher ein mächtiger Appell an die Solidarität war, und der Wunsch, daß wenn auch die eine Form nicht zur Ausführung kommt, alle anderen Formen der Agitation nicht vernachlässigt werden sollen (Beifall)

Vorsitzender: Bevor ich dem Referenten das Schlußwort ertheile, hat noch Franz Zinburg zur Berichtigung das Wort.

Zinburg. Werthe Freunde! Es ist zwar eine unangenehme Aufgabe, einen Redner berichtigen zu müssen, nichtsdestoweniger muß ich einige, in den Ausführungen des Genossen Sensky vorgekommene Unrichtigkeiten mit Rücksicht auf das stenographische Protokoll berichtigen. Genosse Sensky hat hervorgehoben, daß wir in Oesterreich nur zwei Metallarbeiterassociationen vor dem Metallarbeitercongresse hatten. Es waren ihrer drei. Genosse Sensky kam

zum Schlusse darauf zu sprechen, daß der Innsbrucker Fachverein kein Lebenszeichen von sich gegeben hatte. Es ist dies aber nicht der Innsbrucker, sondern der Fachverein von Eger, der kein Lebenszeichen von sich gibt, und der mit der Absicht umgeht, sich in einen Bildungsverein umzubilden (Zwischenruf: Ist schon gestern geschehen!), also er hat sich bereits in einen Arbeiterbildungsverein umgewandelt. Weiter unrichtig ist, daß bei der vertraulichen Sitzung bezüglich Gründung einer Central-Kranken- und Invalidencassa der Eisen- und Metallarbeiter Mährens in Zwittau, der Bezirkshauptmann das Verzeichniß der Theilnehmer mitgenommen hätte. Es ist zwar eine Revision vorgenommen worden, aber die Beamten und drei Gendarmen haben das Local verlassen, weil nichts Ungesetzliches vorkam. Richtig ist, daß Genosse Bielowicki auf das Pflaster geworfen wurde, aber nicht bei dieser Gelegenheit, sondern bei einer anderen.

Schaller spricht czechisch.

Veit (übersetzt): Genosse Schaller ersucht das Präsidium, daß nachdem schon die Debatte über diesen Punkt beinahe zu Ende ist, auch den Tischlern und Schuhmachern Böhmens, welche eine Zahl von beinahe 10.000 repräsentiren, hier das Wort gegeben werden möge. (Zwischenruf: Aber wir sind ja auf einem socialdemokratischen Parteitage.)

Dr. Adler: Es wäre für uns gewiß außerordentlich interessant, das auch zu hören, aber wohin würden wir so kommen. (Zwischenruf: Richtig!) Es ist dies ganz unmöglich. Es soll ja nicht ein Congreß von Gewerkvereinen hier abgehalten werden, das ist ein Parteicongreß, das ist doch etwas ganz Anderes. Ich möchte Ihnen den Vorschlag machen, daß Sie die Berichte — nicht nur den einen, sondern alle — einfach schriftlich niederlegen und wir werden sie im Protokolle abdrucken lassen. Jetzt hört Ihnen ja ohnedies Niemand mehr zu, weil die Leute müde sind. Wenn Sie den Bericht drucken lassen, ist es gewiß gescheiter.

Handlíř (czechisch) wünscht, daß alle Berichte angehört werden, bevor die Resolution abgestimmt wird.

Hybes (czechisch) erklärt, daß das hier ganz unmöglich sei.

Vorsitzender: Aber ich bitte nur die Herren zu bedenken, daß eine ganze Masse von Delegirten im Interesse der Verhandlungen auf das Wort verzichtet haben. Ich vertrete Jägerndorf und andere Städte, worunter auch Troppau, Freudenthal u. s. w. und die Wiener haben auch eine ganze Masse Gewerkschaften. (Zuruf: Schluß der Debatte!) Der Antrag auf Schluß der Debatte ist bereits angenommen und ich erlaube mir dem Referenten das Schlußwort zu ertheilen.

Höger: Sehr geehrte Genossen! Werthe Freunde! Es ist mir verhältnißmäßig leicht gemacht worden, in dieser Sache das Schlußwort zu übernehmen, nachdem von keiner Seite irgend eine Einwendung gegen die Ausführungen in meinem Berichte, sowie auch gegen die Resolution, die ich Ihnen namens des Parteitages vorzulegen mir erlaubt habe, gemacht worden ist. Auf einzelne Punkte

einzugehen, gestatten Sie mir; ich werde Sie nicht lange aufhalten. Vor Allem möchte ich auf die Ausführungen der Frau Salomon das Eine erwidern, daß es uns darum zu thun sein wird, jetzt und in Zukunft die Frauen in kräftiger Weise an uns zu letten und sie zu organisiren, wie dies ja von jeher geschehen ist und wie wir bewußte Genossen es schon längst durchzuführen bestrebt gewesen sind, aber in Folge der Passivität der Frauen nicht in der Lage waren, es durchführen zu können. Nun aber, wo von Seite der Frauen uns das Versprechen gegeben wird, daß sie sich inniger anschließen wollen an unsere Bewegung, wird es leichter sein, das durchzuführen, und wir werden zu der Organisation gelangen, die wir uns schon lange als Ideal vorgestellt haben. Es soll natürlich nicht ausgeschlossen sein, daß die weiblichen Arbeiter solcher Branchen, in denen ausschließlich nur Frauen arbeiten, wie dies von Frau Salomon bezüglich der Miedernäherinnen, Weißnäherinnen u. s. w. gesagt worden ist, es soll natürlich nichts im Wege stehen, wenn diese besondere Gewertschaften für sich bilden. Es soll auch nichts im Wege stehen, daß die bestehenden Arbeiterinnen-Bildungsvereine ꝛc., soweit sie auf socialdemokratischer Basis errichtet worden sind, weiter fortbestehen bleiben; wir wollen durch die Gewertschaftsbewegung, die wir angeregt haben, durchaus nicht die schon bestehenden Frauenvereine in irgend einer Weise alteriren.

Was Genosse Burian uns gesagt hat, ist vollkommen richtig. Aber er sagte auch, daß die localen Organisationen den Aufgaben nicht gewachsen sind, welche an sie gestellt werden sollten. Das ist richtig, aber warum sollen denn wir nicht hergehen und die Leute in den kleinen Städten dazu bringen, daß sie sich ebenfalls gemeinschaftlich zusammenthun und sich local organisiren, damit nicht der Vorwurf kommt, daß in der Centrale Alles gemacht wird und die kleineren Städte nicht berücksichtigt werden, wenn sie in den Kampf müssen. Bei uns Wienern hat es auch Hunderte und Tausende von Gemaßregelten gegeben, auch wir sind hinausgeworfen, von der Polizei chicanirt und verfolgt worden. Warum soll, wie Genosse Burian meint, nichts in den kleinen Städten geschehen können? Dort ist es sogar leichter. Wenn Einer verfolgt wird, geht er fort und in eine große Stadt: aber die Organisation wird bestehen bleiben, es wird licht in den Köpfen bleiben und die Leute werden sich nicht mir nichts, dir nichts hinausbringen lassen aus dem, was sie als die vollkommenste Idee erkannt haben. Ich anerkenne, daß die Centralorganisationen etwas voraus haben vor den Localorganisationen, aber sie dürfen nicht vergessen, daß gerade die Verfolgungen, denen die Centralorganisationen ausgesetzt sind, uns auf die Idee gebracht haben, es mit Localorganisationen zu versuchen. Wir müssen mit österreichischen Verhältnissen rechnen, wir müssen immer mit den Localorganisationen rechnen. Es ist ganz richtig, was von Koscher gesagt worden ist, in Oesterreich haben wir mit vielfachen Gesetzesauslegungen zu thun. Noch mehr, wir haben in Oesterreich ja gar kein Gesetz, oder vielmehr wir haben in Oesterreich soviel Gesetze, als es Polizeicommissäre und Sicherheitswachmänner und Detectives gibt. (Stürmi-

scher Beifall.) Wenn Genosse Burian gesagt hat, daß die Agitation auch auf das Land hinausgetragen werden soll, so bin ich damit vollkommen einverstanden. Denn jetzt sind wir noch immer zu schwach, wir müssen auch die ländlichen Arbeiter an uns heranziehen können und wir dürfen keinen Unterschied kennen zwischen städtischen und ländlichen Arbeitern. Die Einbeziehung der Arbeiter am Lande kann nur durch die Gewerkschaftsvereine geschehen und dies wird gewiß geschehen, wenn durch eine locale Organisation vorgearbeitet werden kann. Ich bin vollkommen mit einer Centralorganisation einverstanden, aber wo immer es möglich ist, vergessen Sie die localen Organisationen nicht; denn die werden für uns von mehr Werth sein als die Centralisation.

Aber Eines müssen wir uns vor Augen halten und das ist, daß den betreffenden Genossen auf dem Lande die Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, damit sie sich organisiren können, und da wird es eine Hauptaufgabe derjenigen organisirten Genossen sein, welche sich in günstigeren Verhältnissen befinden, daß dieselben einen Fonds vor Allem ansammeln, um den ärmeren Genossen die Gründung von Gewerkschaften zu ermöglichen, wir dürfen daher unseres Agitationsfonds nicht vergessen, er muß stark gekräftigt werden, damit die ersten Mittel, die zur Gründung einer Gewerkschaft auf unserer Basis nöthig sind, aufgebracht werden, damit hinreichend Agitationsreisen unternommen werden können. Wir werden eine ganz besondere Aufmerksamkeit auf Polen zu lenken haben, da sich in Polen die Industrie gegenwärtig immer mehr ausbreitet, weil unsere Herren Ausbeuter, die schon alle möglichen österreichischen Kronländer abgesucht und abgegrast haben, nunmehr finden, daß die Arbeitskräfte überall zu theuer sind, daß aber in Galizien und der Bukowina die Arbeitskräfte noch am allerbilligsten sind. Auf diese beiden Kronländer müssen wir daher unser hauptsächlichstes Augenmerk lenken. Und da die Polen Männer sind, die jederzeit bewiesen haben, daß sie sich gegen Diejenigen, die sie unterdrücken, entgegenzustemmen wissen, so werden wir von ihnen erwarten, daß sie unsere Bewegung mächtig fördern werden. Noch ist Polen nicht verloren. (Stürmischer längerer Beifall.)

Wir dürfen aber auch ferner nicht vergessen, Genossen, daß wir nicht nur allein unter den Arbeitern, welche einer Organisation noch nicht angehören, für den Anschluß an eine solche agitiren müssen, sondern daß wir dahin trachten müssen, die sogenannte „dienende Classe" in den Kreis unserer Berechnungen zu ziehen; gerade dort haben wir noch sehr viel zu thun. Diese Frage ist verquickt mit der ländlichen Arbeiterfrage und sie wird uns noch sehr viel zu thun machen. Es ist heute nicht die Zeit dazu, daß wir das thun, wir würden da die Discussion in zu viele Einzelheiten zersplittern, aber es steht uns nichts im Wege, daß wir einen Gewerkschaftstag einberufen und daß auf demselben nur die Gewerkschaftsangelegenheiten besprochen werden. Es wird sehr viel darüber zu reden sein und wir werden nicht nur die Gewerkschaftsorganisation verstärken, sondern auch den Parteitag dadurch entlasten.

Ich würde am liebsten diesen Punkt von der Tagesordnung abgesetzt gesehen haben, weil ich geahnt habe, daß diese Frage, die von so großer Bedeutung ist, nicht innerhalb der Zeit von drei oder vier Stunden besprochen werden kann. Vielleicht werden wir daran gehen, uns in der nächsten Zeit mit dieser Frage zu befassen und auch mit der Frage der sogenannten Dienstboten. Wir dürfen aber hier nicht vergessen, daß die Dienstboten unter einem Ausnahmsgesetze stehen, sie stehen ganz direct unter Polizeiaufsicht: jeder Wachmann auf der Straße erlaubt sich mit einem solchen armen Mädel herumzuwerfen. (Zwischenruf: Sehr richtig!)

Gerin hat uns einen Vorschlag gebracht, daß es gut sein würde, wenn wir Officinen — ich zweifle nicht, daß ihm die genossenschaftlichen Buchdruckereien dabei vorschweben — errichten sollen, in welche wir unsere gemaßregelten Genossen einstellen können, damit wir sie vor Noth und Elend schützen, und daß die Gewerkschaften dazu beitragen sollen, diese Officinen zu errichten. Dieser Gedanke ist recht schön, aber wir kommen dabei auf das Jahr 1867 zurück und auf die Ideen des Schultze-Delitzsch, die schon längst abgethan sind. Für mich gibt es keine Productiv-Associationen. Ich habe die Erfahrung dafür anzuführen, daß diese Productiv-Associationen, von Arbeitern gegründet, schlechter geworden sind als die allermiserabelsten Arbeiterhöhlen der Capitalisten. (Beifall.) Diese Frage soll für uns abgethan sein. Ganz wo anders liegt das Hauptziel unserer Bewegung — die Befreiung der Arbeit, das ist die Hauptsache. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir uns selbst helfen, wird es anders gehen, als mit den elenden, laxen Mitteln einer Productivassociation; dafür werden wir als ganze Männer einstehen müssen. Die gewerkschaftliche Bewegung hat aber, wie heute schon erwähnt worden ist, eine andere Aufgabe, nämlich die, daß die Leute aufgeklärt werden sollen über unsere Verhältnisse, über unsere Bewegung, daß sie Etwas vorbereiten helfen, was ebenfalls einen Punkt unserer Tagesordnung bildet, daß den Leuten der Kopf klar und warm gemacht werde für die endliche Erringung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechtes. (Beifall.) Das wird möglich sein in den gewerkschaftlichen Organisationen, trotzdem sie keine Politik treiben dürfen; denn, wenn wir die Leute beisammen haben, können wir sie auch in einer anderen Weise zusammenbringen, um ihnen zu sagen, das und das ist nothwendig. Durch das, was der Genosse Daniluk über die Verhältnisse in Galizien mitgetheilt hat, werden wir daran erinnert, daß die Grenze von Asien nicht weit hinten anfängt, dort hinter dem Schwarzen Meere (Heiterkeit), sondern, daß sie thatsächlich, wie der alte Metternich gesagt hat, schon bei der St. Marxer Linie anfängt. (Heiterkeit und Zustimmung.) Aber wir wollen hoffen, daß die Schilderung dieser Verhältnisse nicht ungehört verhallen werden. Nachdem ein sehr geehrter Mann als Zuhörer hier ist, der Abgeordnete Pernerstorfer (stürmischer Beifall), so hoffen wir, daß er Derjenige sein wird, der diese Verhältnisse im Parlamente zur Sprache bringen wird (Beifall), damit endlich dieser elenden Starosten- und Satrapenherrschaft ein Ende gemacht werde. (Lebhafter

Beifall). Es ist eine Schmach und eine Schande für das sogenannte civilisirte Oesterreich, daß solche Verhältnisse möglich sind, daß ein paar lumpige, lausige Aristokraten (stürmischer Beifall) so mit dem Volke umspringen dürfen (anhaltender Beifall), da wird es sich vor Allem empfehlen, daß die Gewerkschaften, die in Galizien und der Bukowina gegründet werden, einen Punkt in ihr Programm aufnehmen und diesem Punkte ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden werden und das ist der Rechtsschutz. (Beifall.) Unter den jungen Polen gibt es ja junge Leute, die ein Interesse und eine Freude daran haben, Jus zu studiren. Möchten sie doch ein Herz haben für das Volk, dem sie angehören, sie, die so häufig declamiren von der polnischen Freiheit! Der Rechtsschutz muß in Galizien und der Bukowina ganz besonders gepflegt werden. (Ruf: Auch in Steiermark!) Den Genossen aus Polen empfehle ich dies zur besonderen Aufmerksamkeit.

Genossen! Gegen meine Resolution ist von keiner Seite eine Einwendung erhoben worden; ich glaube daher, daß sie angenommen wird. Den capitalistischen, egoistischen Geldassociationen müssen wir eben mächtige, kräftige, rastlos aufwärtsstrebende Organisationen der ehrlichen Arbeit entgegensetzen (Beifall), Organisationen, die getragen sind vom reinsten und edelsten Altruismus: den Associationen, welche nur auf den eigenen Nutzen basirt sind, Associationen entgegensetzen, wo nur die reine und echte Menschenliebe zu sprechen hat und darum empfehle ich Ihnen noch einmal: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Die vom Referenten beantragte Resolution wird hierauf angenommen.

Vorsitzender: Es ist ein Zusatzantrag eingebracht worden, des Inhalts, daß auch die Zwangsgenossenschaften nach Möglichkeit für die Organisation ausgenützt werden sollen.

Genosse Grosse: Das wäre ja eine Anerkennung.

Genosse Rosche r: Es ist nicht angezeigt, die Zwangsgenossenschaften in die Resolution hineinzunehmen, da wir ja Gegner der Zwangsgenossenschaften sind. Wir könnten logisch höchstens sagen: „Wir wollen sie ausnützen, um sie zugrunde zu richten". (Beifall.)

Der Zusatzantrag wird hierauf abgelehnt.

Vorsitzender: Es ist mir ein Antrag des Genossen Hahn (Elbogen) überreicht worden, dahingehend, den Punkt 7 der Tagesordnung als Punkt 3 anzusetzen. Zur Begründung dieses Antrages hat der Antragsteller das Wort.

Genosse Hahn: Werthe Genossen! Einer der Hauptpunkte „der Parteiorganisation und Parteipresse" ist als letzter Punkt auf die Tagesordnung gestellt. Da doch die meisten Genossen bald wieder fortreisen wollen, bin ich der Meinung, daß dieser Punkt als nächster Programmpunkt daran kommen soll, da die Parteipresse die Hauptwaffe unserer Partei ist und wir derselben große Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Genosse **Pokorny**: Aus ganz denselben Gründen, aus denen sich einige Genossen das erstemal gegen diesen Antrag ausgesprochen haben, bin ich auch jetzt gegen die Annahme dieses Antrages; ich erlaube mir aber, im Einvernehmen mit einer großen Zahl von Delegirten, einen anderen Antrag einzubringen, nämlich, daß zur Vorberathung des Punktes 7 der Tagesordnung ein **Ausschuß von vierundzwanzig Mitgliedern** eingesetzt werde. Dieser Ausschuß hätte alles vorliegende Material, wie alle bereits eingebrachten Anträge, Wünsche und Beschwerden zu berücksichtigen und in Verhandlung zu ziehen und nach Erledigung seiner Arbeiten darüber Bericht zu erstatten. Dadurch wird zunächst erreicht, daß der Behandlung dieses so wichtigen Punktes jene Aufmerksamkeit zugewendet werde, die er nöthig hat. Wir würden hier im Plenum ungemein viel Zeit verlieren und die Sache würde nicht so gründlich berathen werden, wie wenn bereits fertige Vorschläge vorliegen. Wir gehen von der Anschauung aus, daß wir uns hier versammelt haben, nicht um viel zu reden, sondern um zu handeln. Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses festzustellen bleibt Ihnen anheimgestellt; ich beantrage vierundzwanzig, damit wir die wichtigsten Kreise berücksichtigen können. Ich erlaube mir, im Einvernehmen mit vielen Delegirten, Ihnen eine Liste vorzuschlagen. (Verliest die Namen.)

Wir haben berücksichtigt, zunächst die Redactionen der Parteiblätter, wir haben darauf gesehen, daß sämmtliche Orte, in denen eine bedeutende Bewegung herrscht, vertreten sind. Durch diesen Antrag werden wir viel Zeit ersparen, und das, was zustande kommt, wird vielleicht besser sein, als wenn wir lange darüber sprechen und doch nur Unfertiges zustande bringen. (Beifall.)

Genosse **Cerny**: Ich würde für einen 24gliederigen Ausschuß stimmen, aber ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß die Mitglieder desselben bereits im Antrage enthalten sind. Uebrigens ist es ein Mißverhältniß, daß die drei Wiener Zeitungen neun Delegirte bekommen sollen, während auf die elf Prager Zeitungen nur drei entfallen sollen.

Genosse **Hanich**: Es wäre unrichtig, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß jede Redaction im Ausschusse einen Vertreter haben soll. Die Namen spielen keine Rolle. Die Prager brauchen sich nicht zu beklagen, denn im Ausschusse wird Alles, was erforderlich ist, zur Sprache gebracht werden können.

Präsident: Ich ersuche jene Genossen, welche dafür sind, daß ein 24gliederiger Ausschuß gewählt wird, die Karten zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Wahl eines 24gliederigen Ausschusses **beschlossen**. Genosse Bauer hat einen **Zusatzantrag** eingebracht, dahin, daß in den Ausschuß noch Frau **Mosler** (Fünfhaus), **Ellenbogen** (Wien) und **Morčinek** (Neulerchenfeld) gewählt werden.

Genosse **Bauer** (Wien): Daß ich die letzteren zwei Genossen für den Ausschuß vorgeschlagen habe, hat seine guten Gründe, denn dieselben dürften im Ausschusse Dinge vorzubringen in der Lage sein, die im Plenum zu weit führen würden. Ich möchte also bitten, diese

zwei Genossen noch hineinzuwählen, auf die Gefahr hin, daß der Ausschuß statt aus 24 aus 26 Mitgliedern besteht.

Genosse Hanich: Es wäre der reine Personencultus, zu sagen, auf die zwei Personen komme es gerade an.

Genosse Dr. Adler: Es ist nicht nothwendig, daß wir uns über diese Frage echauffiren. Wir haben einen 24gliedrigen Ausschuß beschlossen, und dabei wird es selbstverständlich bleiben. Aber es steht natürlich Jedem frei, statt des Einen, der zur Wahl vorgeschlagen ist, einen Anderen zu wählen.

Bei der hierauf vorgenommenen Wahl werden die Genossen Hanich (Brünn), Rieger (Reichenberg), Resel (Graz), Saska (Innsbruck), Knoth (Ternitz), Roscher (Reichenberg), Weiguny (Linz), Hybeš (Brünn), Schmidt (Jägerndorf), Ueckar (Triest), Burian (Brünn), Sturz, Steiner, Cerny (Prag), Ostradal (Proßnitz), Diamant (Lemberg), Pokorny, Adler, Heimann, Popp, Schuhmaier, Neumann, Krejcy und Frau Kofler (Wien) in den 24gliedrigen Ausschuß zur Vorberathung des Punktes „Parteiorganisation und Parteipresse" gewählt.

Präsident: Wir gelangen zum nächsten Punkte der Tagesordnung, das ist **die Maibewegung**. Referent Rieger aus Reichenberg hat das Wort.

Referent Rieger (Reichenberg): Wenn der Pariser internationale Socialisten-Congreß nichts Anderes beschlossen hätte, als daß das internationale Proletariat an einem bestimmten Tage eine größere Demonstration zu Gunsten der Forderungen der Arbeiterschaft veranstalte, also gewissermaßen eine Kraftprobe ablegen solle, so hat dieser Congreß schon damit mehr gethan als alle früheren Arbeiter-Congresse, mögen sie von wem immer einberufen worden sein. Der Pariser Congreß war sich vollständig dessen bewußt, daß der Arbeiterclasse in Folge der schrankenlosen Ausbeutung durch den Capitalisten eine nicht unwesentliche Gefahr drohe, und daß die Arbeiterclasse weder physisch noch geistig so weit entnervt und degenerirt werden dürfe, daß sie schließlich nicht in der Lage sein könnte, ihren Emancipationskampf, der allein das Wohl der Arbeiterschaft sein kann, selbst durchzuführen.

Es liegt in der Natur des Capitals, sich so rasch als nur möglich zu vermehren, es macht dabei vor der Gesundheit des Arbeiters durchaus keinen Halt. Die Regierungen haben bis jetzt auch noch nichts Werthvolles zum Schutze der Arbeiter unternommen. Wir haben allerdings in Oesterreich eine sogenannte „Arbeiterschutzgesetzgebung", aber die Bestimmungen derselben genügen uns noch lange nicht, sie sind nicht das, was sie sein müssen, wenn sie diesen Namen verdienen. Wir Socialdemokraten sind schon so unbescheiden, uns mit unserer österreichischen Arbeiterschutzgesetzgebung nicht einverstanden erklären zu können, weil sie den Arbeiter vor den Uebergriffen des Capitals nicht wesentlich schützt. Wir haben auch gar nicht gehofft, daß der gegenwärtige Staat viel für die Arbeiterclasse thun werde. Denn der heutige Staat ist weiter nichts als der Ausdruck der herrschenden

Classe, er besorgt die Geschäfte der Bourgeoisie. Er muß sich hüten, den Arbeitern zuviel zu geben: erst dann, wenn er gezwungen ist, wenn die Frage des Arbeiterschutzes für ihn zur Lebensfrage geworden ist, kann er sich zu etwas verstehen, doch hütet er sich, zu viel zu spenden.

Der Pariser Congreß hat sich nicht nur principiell geeinigt, daß die Arbeiterclasse eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung haben muß, er machte auch sehr praktische Vorschläge, unter diesen die Forderung nach dem achtstündigen Normalarbeitstag. Die Presse der Bourgeoisie war damit freilich nicht einverstanden, und wir haben noch nichts gehört, daß eine der europäischen Regierungen in dieser Frage Entgegenkommen geäußert hätte. Die Presse der Bourgeoisie machte Spektakel, sie meinte, daß durch die Realisirung solcher Forderungen die Industrie zugrunde gehen müsse, daß die Arbeiter selbst den größten Schaden erleiden würden.

Ich glaube Ihnen gegenüber vollständig absehen zu können von alledem, was die Bourgeoispresse geschwätzt hat: Sie kennen das zur Genüge. Ich will Sie auch mit weiteren Ausführungen über den achtstündigen Arbeitstag nicht aufhalten, weil ich weiß, daß ich zur Elite der österreichischen Socialdemokratie spreche, die in Versammlungen und in der Presse weit gründlicher, als ich es vermöchte, den theoretischen Beweis der Durchführbarkeit des Achtstundentages erbracht hat.

Wir konnten in Versammlungen nur so weit, als sie bewilligt worden, was speciell bei uns in Böhmen, insoweit Volksversammlungen angekündigt waren, zu der größten Seltenheit gehörte und in den Versammlungen wieder nur so weit, als der amtirende Regierungsvertreter es zuließ, und mit der Presse nur so weit den Beweis erbringen, als der Staatsanwalt es für gut befand, worauf seine Intelligenz oder ob er gut oder schlecht geschlafen, von Einfluß war. (Heiterkeit.) Ich sehe davon ab, Sie mit diesen Ausführungen zu behelligen, wir sind uns vollständig klar darüber, daß der Achtstundentag die Industrie nicht zugrunde richten, ja nicht einmal die Production vermindern würde, nur Diejenigen, die blos auf ihre Geldsäcke bedacht sind, könnten Schaden leiden (Nicht einmal die!) und die Unternehmer und die Industrie sind nicht zu identificiren, sie sind zwei ganz verschiedene Dinge, aber auch die Unternehmer würden bei dem Achtstundentage nicht um den Hals kommen.

In Bezug auf den Achtstundentag ist es von principieller Wichtigkeit, zu betonen, daß die Socialdemokraten auch im Achtstundentag nicht das Heil der Welt erblicken. Wir sind zu gut und zu genau unterrichtet in dem ökonomischen Entwicklungsproceß der gegenwärtigen Gesellschaft, welche sich aufbaut auf die großcapitalistische Productionsweise, als daß wir uns in einen solchen Irrthum verrennen sollten. Wir können mit Sicherheit erwarten, daß unserer Maschinerie noch bedeutende Umwälzungen bevorstehen, daß wir die Vortheile des Achtstundentages wieder illusorisch zu machen, in der Lage sein werden. Wir werden auch wissen, was wir dann zu thun haben; wir meinen,

daß der Achtstundentag nicht das Minimum für ewige Zeiten ist, das wollen wir einander schon heute anvertrauen. (Sehr gut!)

Es läßt sich nicht verkennen, daß der Arbeiter, wenn er täglich nur acht Stunden arbeitet, geistig und physisch mehr geschont wird, daß der Degeneration der Arbeiterclasse kräftiger Widerstand geleistet werden kann. Der Arbeiter wird dadurch mehr Zeit gewinnen, über seine Lage, seine Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft nachzudenken, das Unwürdige derselben begreifen zu lernen und zu dem Schlusse zu kommen, daß die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft beseitigt werden muß, daß der Gesellschaft nach jeder Seite Gerechtigkeit widerfahren solle. (Es wäre schon höchste Zeit!)

Die Socialdemokraten haben sich politisch zu organisiren, dazu bedürfen sie Zeit, und die glauben sie mit dem Achtstundentag zu erreichen.

Nun wurde bekanntlich in Paris der Beschluß gefaßt, daß am 1. Mai die Arbeiter aller Länder zu Gunsten des Achtstundentages eine Demonstration in Scene setzen sollen. Wie diese Demonstrationen aussehen sollen, darüber hat sich der Pariser Congreß nicht ausgesprochen, er überließ es den Arbeitern, jedenfalls in der Hoffnung, daß sie schon das Richtige treffen werden. Es spielen dabei die politischen Sonderverhältnisse der einzelnen Staaten eine Rolle, es handelt sich hauptsächlich darum, daß die classenbewußten Arbeiter selbst durch Demonstrationen am 1. Mai kundgeben, daß sie den Achtstundentag verlangen, es handelt sich darum, daß die Arbeiter beider Hemisphären klar documentiren, daß sie gerüstet dastehen gegenüber dem internationalen Arbeitgeberthum, dem es begreiflich gemacht werden muß, daß es den Arbeitern mit ihren Forderungen hoher Ernst ist.

Die Forderung des Achtstundentages fand bei den großen Arbeitermassen freudigste Aufnahme und lebhafteste Zustimmung.

Darin liegt der große Werth der Maibewegung, daß die freudige Begeisterung der classenbewußten Arbeiter sich auch den Massen mittheilte und sie in Bewegung setzte. Die Welt hat ein solches Schauspiel früher nicht gesehen. Die Unterdrückten und Ausgebeuteten haben immer gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter Stellung genommen, ihre Forderungen gestellt, theilweise durchgesetzt, aber nie geschah dies in solcher Größe, nie in solch geklärter Form bezüglich der Forderungen. Von Paris erging der Ruf und die ganze Arbeiterwelt folgte. Die Socialdemokratie kann mit diesem Erfolge zufrieden sein. Wir in Oesterreich haben den größten Erfolg nur dadurch erreicht, indem wir die Arbeit am 1. Mai vollständig ruhen ließen (Sehr richtig! und Beifall), und wir haben bis jetzt keine Ursache, es zu bereuen. (Gewiß nicht!) Der Gedanke fand auch im Auslande freudige Aufnahme und so kam es, daß, trotzdem der Pariser Congreß es nicht ausgesprochen, der 1. Mai als internationaler Arbeiterfeiertag proclamirt wurde. Speciell die österreichischen Verhältnisse zwangen uns zu dieser Art Demonstration. Ueber die Erfolge brauche ich nicht zu berichten, wie insbesondere die Arbeiterschaft Oesterreichs im Jahre 1890 gezeigt hat, was sie leisten kann;

es mußte auch dem verbohrtesten Bourgeois einleuchten, daß Oesterreichs Socialdemokratie eine führende Rolle innerhalb des Proletariats in Händen habe. In den großen Industriecentren ruhte die Arbeit am 1. Mai 1890 vollständig und auch in Bezirken, die weniger industriereich sind, wurde eine Unzahl von Versammlungen abgehalten, Resolutionen gefaßt, in welchen die Forderung nach dem Achtstundentag klar und deutlich zum Ausdruck kam. Dabei ist nicht zu vergessen, daß Oesterreich politisch und ökonomisch zu den Staaten gehört, daß Vieles, was in anderen Staaten vermöge der verschiedenartigen politischen Verfassung und anderer Verhältnisse leichter durchgeführt werden kann, bei uns auf fast immer unüberwindliche Hindernisse stößt. (Sehr wahr!) Mit all den heimischen Schwierigkeiten haben wir den Kampf aufgenommen und wir können mit Genugthuung auf unsere Leistungen zurückblicken, wir können ohne Ueberhebung sagen, daß in keinem Staate der Welt so glänzend und umfassend und so ganz im Sinne des Pariser Congresses der Maifeiertag begangen wurde, wie bei uns in Oesterreich. (Gewiß! und Beifall.) Ich will nicht breit auseinandersetzen, welche Berge von Dummheit die Bourgeoispresse in ihren Prophezeiungen bezüglich der Maifeier angehäuft hatte. (Lebhafter Beifall.) Die Bourgeoisie selbst war in Todesangst versetzt und es kann nicht wundernehmen, wenn die Presse der Bourgeoisie den Teufel an die Wand malte. (Ganz richtig!)

Unsere Regierung stand im Anfange der Maibewegung neutral gegenüber. Sie sprang schließlich der zu Tode erschreckten Bourgeoisie zu Hilfe. (Heiterkeit.) Nun komme ich zum 1. Mai 1891. An diesem Tage sollte nicht allein demonstrirt werden zu Gunsten des Achtstundentages, sondern es sollte auch demonstrirt werden zu Gunsten der Erreichung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechtes. Das ist wieder specifisch österreichisch, denn was die Völker anderer Länder längst haben, um das muß das österreichische Volk hartnäckig ringen. (So ist es! Lebhafter Beifall.)

Es sollte am 1. Mai ebenfalls das Verlangen nach den politischen Rechten und Freiheiten zum Ausdrucke gelangen. Wir haben ja in Oesterreich gar kein Wahlrecht, wir haben ein reactionäres Vereins- und Versammlungsrecht, wir haben ein reactionäres Coalitionsrecht, unsere Presse selbst steht unter der Vormundschaft der Censur, kurz und gut, wir sind politisch rechtlos. Unsere Versammlungen, die werden zum größten Theile verboten, und wenn hin und wieder doch einmal ein Bezirkshauptmann den günstigen Gedanken hat, uns eine Versammlung zu bewilligen, so kommt es häufig vor, daß der amtirende Ortsvorstand in den Dörfern zum Beispiel und in den Provinzen auf Grund seiner Unkenntniß die Situation als kritisch bei der Versammlung betrachtet und die Versammlung aufgelöst wird. Bei der Gründung von Arbeitervereinen — davon haben die Böhmen ein Lied zu singen — wird den Genossen das Leben durch die Landesbehörde so sauer wie möglich gemacht; die Genossen müssen oft monatelang hoffen und harren, ehe sie einen unschuldigen Arbeiter-Bildungsverein bewilligt erhalten. Bestehende Vereine werden sehr häufig aufgelöst, blos eines Verdachtes willen. Wie schon gesagt

wurde, auch die Presse steht unter der Vormundschaft der Censur. Es ist uns zum Beispiel in Nordböhmen nicht einmal mehr gestattet, in aller Sachlichkeit unser socialdemokratisches Programm entwickeln zu dürfen; das Wahlrecht ist Monopol der besitzenden Classen, kurz und gut: der österreichische Arbeiter ist politisch rechtlos und zu dieser politischen Rechtlosigkeit da will uns die österreichische Regierung auch noch ein Socialistengesetz an den Hals werfen. Wir sind nach Ansicht der Herren vom grünen Tische in politischer Beziehung noch nicht genug geknebelt, wir sollen noch mehr gefesselt werden. Wir haben dem gegenüber unsere Forderung nach politischen Rechten zu stellen, weil wir als politische Partei auch politische Rechte haben müssen, um uns als Partei entwickeln und entfalten zu können. Wir verlangen in dieser Beziehung nicht mehr wie zum Beispiel die Arbeiter der Schweiz, Frankreichs, Englands u. s. w. schon längst besitzen, wir verlangen ja nicht mehr, als daß wir mit den übrigen Staatsbürgern vollständig gleichberechtigt dastehen.

Nun sollten diese Forderungen durch die Mai-Demonstration 1891 zum Ausdrucke gelangen.

Allein es war zu erwarten, daß bei diesem Vorhaben schon das Capital das Unternehmerthum den Arbeitern gegenüber gerüstet auf den Plan treten werde. Im Jahre 1890 da waren die Herren Unternehmer so erschrocken, daß sie thatsächlich vor Kopflosigkeit nicht wußten, was sie den Arbeitern gegenüber für eine Stellung einzunehmen haben. Allein heuer wußten sie, daß sie am 1. Mai nicht aufgeknüpft werden und da kriegten die Herren Courage. Wir sahen daher wie in einzelnen Theilen des Reiches Fabrikanten-Coalitionen entstanden, wie diese Fabrikantenverbindungen Alles versuchten, um die Maifeier des Jahres 1891 unmöglich zu machen. Wir sahen zu gleicher Zeit aber auch, daß den Herren Unternehmern dies nur zum kleinsten Theile gelungen ist, denn in den größeren Städten, nehmen wir zum Beispiel Wien, Brünn an, wie auch in den größeren Industriecentren, da wurde am 1. Mai derartig gefeiert, daß thatsächlich, wenn wir alles das in Betracht ziehen, was die Unternehmer gegen uns in's Feld stellten, daß thatsächlich alles dies sie sehr wenig genützt hat. Wir sahen auch, wie der Staat gerade in dieser Frage, in der Maifeier, den Arbeitern gegenüber härter aufgetreten ist als mancher private Unternehmer, das muß ich hier constatiren. Der Regierung, im Bunde mit den Unternehmern, ist es aber, trotzdem sie die Hungerpeitsche auf uns niedersausen ließen, nicht gelungen, vollständig die Maifeier zu verderben und illusorisch zu machen.

Wir hatten aber im Jahre 1891 mit gar vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, und zwar andern. Unter andern war es auch die Haltung der Parteigenossen in Deutschland. Ich will die Solialdemokratie Deutschlands durchaus nicht angreifen, wir leben hier in Oesterreich und nicht in Deutschland, wir werden uns auch nicht einlassen über Verhältnisse den Richter zu spielen und zu urtheilen, die wir nicht kennen. Allein ich meine, daß es geradezu hier meine Pflicht ist, auszusprechen, daß durch das Vorgehen unserer Parteigenossen in Deutschland in Bezug auf die Maifeier thatsächlich in Oesterreich bei

den Arbeitern eine große Erbitterung Platz gegriffen hat. Die Herren Unternehmer, die sonst bei jeder Gelegenheit unsere Parteigenossen in Deutschland mit Schmutz bewerfen, sagten: „Seht wie einsichtsvoll, wie brav die Socialdemokraten in Deutschland sind." Wir wissen ja, was wir da von der Bourgeoispresse zu halten haben, aber wir wissen auch, daß thatsächlich viele Arbeiter auf diese Presse hörten und das bewirkte bei den österreichischen Genossen eine große Erbitterung.

Es wird also in Zukunft ein Mittel geschaffen werden müssen, — und das, meine ich, ist Sache des Brüsseler Congresses — daß die Maifeier einheitlicher vor sich gehe: auf die alte Art und Weise geht es nicht mehr. Es geht absolut nicht, wenn der Pariser Congreß beschließt, am 1. Mai haben die Arbeiter alle Jahre eine Demonstration zu veranstalten, daß die Arbeiter in Deutschland, die Genossen in England, ihre Demonstrationen am ersten Sonntag im Mai veranstalten. Das wurde in Paris nicht beschlossen. Es wurde nicht beschlossen, wie die Demonstration aussehen soll, es wurde aber auch nicht beschlossen, daß sie am ersten Sonntag im Mai stattfinden kann. Wenn die Demonstration Erfolg haben soll, wenn sie international sein soll, dann muß sie in allen Ländern an demselben Tage stattfinden. Zu diesem Schlusse sind wir gekommen.

Ich werde mich natürlich heute sehr kurz fassen, aus dem Grunde, weil ich weiß, daß es unter ihnen viele gibt, welche in Bezug auf die Maifeier sehr viel am Herzen haben. Wenn wir uns die Frage vorlegen, ob wir den ersten Mai durch vollständiges Ruhenlassen der Arbeit feiern wollen, so müssen wir die Frage unbedingt mit Ja beantworten, denn wir haben bis jetzt noch keinen Grund abzublasen. 1890 wie 1891 haben die österreichischen Arbeiter einen sehr glänzenden Sieg errungen. Sie dürfen nicht vergessen, daß der heurige erste Mai auf einen besonders ungünstigen Tag in der Woche fiel, Sie dürfen nicht vergessen, daß viele Arbeiter getäuscht waren darin, weil sie meinten, daß nach der Feier des 1. Mai sofort der Achtstundentag ins Leben treten würde. Während dieser Zeit aber ist immer mehr und mehr Aufklärung in die Massen gekommen und die Arbeiter werden endlich soweit aufgeklärt werden, daß sie wissen und sich darüber klar werden, was die Maifeier eigentlich zu bedeuten hat. Sie können sich also aussprechen, wie der 1. Mai in Zukunft noch gefeiert werden soll.

Es gibt aber auch viele Bedenken. Im Jahre 1890 und 1891 haben beide Tage einen ganz guten Verlauf gehabt. Im Jahre 1890 ließ uns die Polizei in Ruhe, das war jedenfalls das Vernünftigste, was sie thun konnte, und darum gab es auch keine Störung. Im Mai 1891, also heuer, kam es in Warnsdorf zu unliebsamen Conflicten, aber dafür sind nicht die Arbeiter Warnsdorfs verantwortlich zu machen, sondern die Polizei. Wäre damals die Polizei nicht im Bunde mit den Arbeitsgebern so eingeschritten, so wäre auch in Warnsdorf der erste Mai ganz ruhig verlaufen.

Nun hat aber die heurige Maifeier ganz besondere Opfer gekostet. Hunderte, ja tausende von Genossen wurden gemaßregelt, die Organisationen der österreichischen Arbeiter sind aber zum

größten Theile noch sehr mangelhaft, so daß die Unterstützung der gemaßregelten Genossen ebenfalls eine mangelhafte war; kurz und gut, der heurige Mai hat uns sehr viele Opfer gekostet, und es fragt sich nur, ob Sie die Ueberzeugung besitzen, die ich habe, daß nämlich der Erfolg, den dieser Tag für uns gebracht hat, alle Opfer wieder reichlich aufgewogen hat. Darüber müssen wir uns klar werden; denn es ist durchaus nicht in Abrede zu stellen, daß der Kampf um den ersten Mai in Zukunft immer heftiger entbrennen wird. Wir wollen rüsten und der Rüstung des Capitals muß die Rüstung der Arbeiterclasse entgegengestellt werden. Die Unternehmer haben aber auch in politischer Beziehung bedeutend mehr Rechte und Freiheiten wie wir, kurz und gut, wir stehen den Unternehmern mit ungleichen Waffen im Kampfe gegenüber; unsere Gegner sind bedeutend mächtiger, bedeutend stärker. Zur Macht gelangen wir erst dann, wenn wir eine vollständige Einigkeit unter den Arbeitern zustande bringen können. Dann mögen die Herren Unternehmer sich noch so gut und noch so trefflich organisiren, sie werden der vereinigten Arbeiterclasse gegenüber nichts unternehmen können, die Arbeiter nie besiegen können. Nur durch die volle Einigkeit wird der Sieg auf die Seite der Arbeiter sich wenden.

Ich ersuche Sie also, daß Sie sich in Bezug auf die Maifeier, wie sie in Zukunft aussehen soll, klar und deutlich aussprechen, damit wir wissen, wie wir in Zukunft vorzugehen haben. Ihre Parteigenossen in der Heimat blicken mit Spannung auf diesen Punkt, sie werden begierig sein, zu hören, was der Parteitag, der heute hier tagt, in dieser Frage beschließen wird und darum ersuche ich Sie, daß Sie sich klar und deutlich aussprechen. (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender: Genosse Dr. Adler hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Dr. Adler: Genossen! Ich möchte einen Antrag stellen. Da schon wieder eine Menge Redner vorgemerkt sind zu diesem Punkte, so möchte ich nicht, daß wir wieder eine Abschlachtung vornehmen müßten, da dies sehr unangenehm wäre, und weil es uns interessant ist, zu hören, wie an den verschiedenen Orten die Sache ausgesehen hat. Ich beantrage nun, daß hier bei diesem Punkte: Der erste Mai, jeder anstatt 10 Minuten nur 5 Minuten sprechen kann. Ich glaube, es ist nicht nothwendig, über die Bedeutung des ersten Mai und über die Abkürzung der Arbeitszeit u. s. w. hier zu sprechen. Das wissen wir ja Alle. Das Einzige, was uns interessirt, ist, zu hören, wie es in den einzelnen Orten des Reiches ausgesehen hat, und welche Schlüsse daraus zu ziehen sind, und das läßt sich in 5 Minuten sagen.

Debic: Werthe Genossen! Ich muß Sie aufmerksam machen, daß die slavischen Genossen sich geeinigt haben, einen Referenten zu wählen; die anderen Redner, die sich in der Mehrzahl angemeldet haben, entfallen; ich muß bemerken, daß wenn jeder Redner fünf Minuten sprechen würde, es noch einige Stunden dauern würde. (Rufe: Hört!)

Dr. Adler: Dann ziehe ich meinen Antrag zurück.

Gans: Genossen! Ich glaube, daß wir es Alle wissen — wir in Steiermark sind wenigstens davon überzeugt — daß wir an der Feier des 1. Mai in Oesterreich nichts zu ändern haben. Ich glaube auch, wir hier werden nichts daran ändern. Wir in Steiermark, Kärnten u. s. w. haben wenigstens beschlossen, der 1. Mai gilt für uns als Feiertag und wir haben darüber nichts zu reden. (Stürmischer Beifall. Wir werden erst dann vielleicht darüber reden, bis wir das allgemeine Wahlrecht haben.

Czermak (czechisch).

Hybes übersetzt: Czermak sagt wie Gans, daß wir an der Feier des 1. Mai festhalten sollen, und daß wir gewissermaßen aussprechen sollen, daß es Pflicht sei aller Genossen in der ganzen Welt, es so zu machen, weil in Paris beschlossen worden ist, den 1. Mai zu feiern. Wohl nicht die Form, aber der Tag wurde fest gesetzt.

Knoth Ternitz: Ich will blos den Antrag des Genossen Dr. Adler unterstützen (Zwischenruf: Der ist ja zurückgezogen!), denn gerade dieser Punkt wäre derjenige, der hier in sehr gewissenhafte Behandlung gezogen werden sollte. Denn es ist richtig, wir wissen ganz genau, warum der 1. Mai gefeiert wird und warum der 1. Mai gefeiert werden soll. Aber es sind sehr viele Gegenden, die mit anderen Kampfmitteln kämpfen müssen, um die Bedeutung des Tages zu verbreiten, als wir: dem Einen ist es leichter, dem Andern ist es schwerer. Damit wir hier ein Einverständniß erzielen, damit die Feier eine internationale werde, so ist es die Aufgabe des heutigen Parteicongresses darüber zu beschließen.

Vorsitzender: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung. Ich habe gehört, daß die czechischen Genossen sich auf einen Generalredner geeinigt haben. Ich werde diesem das Wort ertheilen.

Picko (Villach): Ich wende mich an die geehrten Genossen, welche sich zu diesem Punkte zum Worte gemeldet haben. Ich habe aufs Wort verzichtet, weil ich weiß, daß sehr viele reden werden. Wir haben ebenfalls beschlossen, den 1. Mai so lange zu feiern, bis unsere Forderungen erreicht sind. Ich möchte die Genossen ersuchen, auch aus ihrer Mitte einen Referenten zu wählen, damit wir vorwärts kommen.

Vorsitzender: Ich werde Ihnen einen Vorschlag machen. Es gibt Redner, die für die Maifeier sind, wie sie gegenwärtig gefeiert wird und wieder solche, die es anders wollen. Es gibt viele, die sich mit den Deutschen verständigen wollen, viele wollen die Angelegenheit auf dem internationalen Congreß zur Sprache bringen. Es gibt mehrere Ansichten. Es sind auch schon drei Anträge eingelaufen, die auf die Feier des 1. Mai Bezug haben. Es soll jede Ansicht zum Wort kommen.

Diamant: Ich erlaube mir den Antrag des Genossen Dr. Adler wieder aufzunehmen. Es ist für uns von großer Wichtigkeit, daß wir erfahren, wie es in jeder Gegend mit der Feier des 1. Mai steht. Wir werden dazu keine Gelegenheit haben, wenn wir

Generalredner wählen und jeder eine Viertel- oder halbe Stunde spricht. Ich hoffe aber, daß die Redner sich kurz fassen und sich keine Wiederholungen erlauben werden, und daß, wenn eine Gegend absolvirt ist, ein anderer Redner nicht mehr den Bericht über dieselbe wiederholt. In dieser Weise, glaube ich, wird es etwas kürzer dauern und wir kommen dazu, daß wir die Bewegung und Aufnahme der Feier des 1. Mai im ganzen Reiche kennen lernen. (Beifall.)

Dedic: Genossen! Ich glaube, die Arbeiterblätter haben alle über die Maifeier berichtet. Wenn alle, welche vorgemerkt sind, nur zwei Minuten sprechen, so erledigen wir diesen Punkt nicht und wir haben noch etwas Anderes auf der Tagesordnung. Wenn wir im Parlamente wären und dort ein ganzes Jahr sitzen würden, dann wäre es möglich, aber bei einem Arbeitercongresse, wo wir nur drei Tage Zeit haben, ist es nicht möglich. Ich bin dafür, daß von der czechischen Seite zwei Redner und von deutscher Seite noch ein Redner spricht und diese Redner bitte ich nur das, was von der künftigen Maifeier handelt, zu sagen; das was vorüber ist, brauchen wir nicht mehr zu hören. Es handelt sich nur darum, die Solidarität der Arbeiterschaft aller Länder hervorzuheben und hauptsächlich darauf hinzuweisen und den Vorwurf den Genossen in Deutschland zu machen, daß sie die Solidarität zwischen den österreichischen und den deutschen Genossen gebrochen haben.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag eingebracht worden auf Schluß dieser Geschäftsordnungsdebatte. Ich bringe denselben zur Abstimmung.

Der Antrag wird angenommen.

Dolejschi (Wr.-Neustadt): Genossen! Ich glaube, wir sind hiehergekommen, um uns über die Hauptsache der Maibewegung zu besprechen und darum haben wir den Punkt Maibewegung, dem Punkte, der minder wichtig ist, vorgesetzt, um uns klar zu werden über die Maibewegung. Ich stimme deshalb überein mit dem Antrage des Genossen Diamant, daß Jeder, der das Wort hat, fünf Minuten Redezeit haben soll. In unserer Geschäftsordnung steht nichts davon, daß wir Generalredner wählen sollen, es können daher auch keine Generalredner gewählt werden. Wenn wir hier sind, um uns die Redemöglichkeit einschränken zu lassen, so sind wir umsonst hiehergekommen.

Vorsitzender: Wünscht Jemand gegen den Antrag das Wort.

Stourc (Prag) czechisch.

Hybes (übersetzt): Genosse Stourc hat befürwortet, daß aus jedem Kronlande Einer sprechen soll. Er soll die Geschichte ein bischen ausführlich machen. Es wird so eher beendigt werden und besser auseinandergesetzt werden, als wenn Jeder nur fünf Minuten sprechen sollte.

Vorsitzender: Ich werde den Antrag Diamant zur Abstimmung bringen.

Der Antrag Diamant ist angenommen.

Genosse Hanser: Parteigenossen! Ich erlaube mir die Resolution des Genossen Rieger zu unterstützen, indem ich folgenden Antrag einbringe: „Der 1. Mai ist dauernd ein Feiertag der Arbeiter." Wenn wir alle Umstände ins Auge fassen, so müssen wir sagen, daß die Feier des 1. Mai in Oesterreich eine consequente geblieben ist gegenüber allen Ländern, wo sie am 3. Mai gefeiert wurde. (Bravo!) Die österreichische Arbeiterschaft hat durch ihr mannhaftes Auftreten gezeigt, daß sie da ist, und wenn Opfer daraus entsprungen sind, so ist dies nur allzu begreiflich. Aber, meine werthen Freunde, ich glaube, es ist nur eine geringe Anzahl von Genossen, welche die Maifeier zu Gunsten einer anderen Partei fallen lassen wollen. Das gibt's nicht! Wenn sie in Deutschland die Maifeier auf den 3. und 5. verlegt haben, so sollen sie es gemacht haben. Ich unterstütze den Antrag des Referenten Rieger. (Beifall.)

Genosse Hanich (Brünn): Werthe Genossen! Principiell stehe ich vollkommen auf dem Standpunkte meines Vorredners; principiell erkenne ich es an, daß die österreichischen Arbeiter stolz darauf sein können, daß die Feier des 1. Mai so ausgefallen ist, wie sie ausgefallen ist: sie war ein Beweis, daß wir eine gehörige Portion Muth haben. Aber wir haben die Sache immer so dargestellt, als ob der 1. Mai ein Weltfeiertag wäre; das hört aber in dem Augenblicke auf, wo dieser Feiertag nur in gewissen Ländern gefeiert wird, dann wird die Feier zu einer partiellen. Der Brüsseler Congreß steht vor der Thür: dort möge man dahin wirken, daß die Feier überall am ersten Mai gefeiert werde. In Paris hatten die Deutschen die Majorität — sie hätten sich aber erst überzeugen sollen, ob der Antrag durchführbar ist oder nicht. (Beifall.)

Die deutschen Genossen haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sich so viel als möglich dafür einzusetzen, daß die Feier am 1. Mai gefeiert wird. Wenn irgendwo der Boden heiß war, so war es in Böhmen und Mähren der Fall, und dennoch ist die Feier imposant ausgefallen; da hat man gesehen, daß die Leute wirklich Muth haben. Kommt jedoch ein Beschluß nicht zustande, so wäre es klug, sich nicht die Hände zu binden, sondern sich dem zu Brüssel gefaßten Beschlusse zu accomodiren. (Beifall.)

Genosse Saska (Innsbruck): Werthe Genossen! Ich kann nur sagen, daß die Genossen von Tirol jederzeit festhalten werden an der Feier des 1. Mai. (Bravo!) Wir haben in Tirol unter schwierigen Verhältnissen gerade im vergangenen Jahre zu kämpfen gehabt, trotzdem hat die Maifeier glänzende Erfolge aufzuweisen gehabt für die Agitation. Wir haben gerade daran auch gesehen, daß die Feier des 1. Mai ein Mittel zur Agitation in unserem Lande ist, weil wir die indifferente Arbeiterschaft zu den Versammlungen gebracht haben, und es war auch keine Seltenheit, daß an unseren Versammlungen Frauen theilgenommen haben, was gerade bei der Maibewegung im großartigsten Maße der Fall war.

Noch auf Eines gestatten Sie mir hinzuweisen, wir in Tirol, Deutsche und Italiener — zwischen uns gibt es keinen nationalen

Hader; wo es sich um die Sache der Socialdemokratie handelt, da stehen wir fest und treu beisammen und halten unerschütterlich fest an der gemeinsamen Sache. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Dr. Adler: Genossen! Es sind hier einzelne harte Worte gefallen über die Genossen im Auslande, speciell über die in Deutschland. Ich muß Sie daran erinnern, daß der Beschluß in Paris nicht so gelautet hat, wie er hier angeführt worden ist. Es hat ausdrücklich geheißen: Es soll eine Maifeier gemacht werden: wie sie aussehen soll, das soll abhängen von den Verhältnissen eines jeden Landes. Nun ich bin, wie Sie es ja wissen, unbedingt dafür, daß in Oesterreich die Feier eben durch das Nichtarbeiten ausgedrückt werde, und zwar deshalb, weil wir in Oesterreich andere Mittel nicht haben. Wenn ganz Europa andere Mittel hat, wenn die ausländischen Genossen finden, daß es ihren Verhältnissen entspricht, daß man durch Versammlungen und durch Feste feiere, so muß aus Oesterreich erst ein europäischer Staat gemacht werden, dann werden wir uns auch so benehmen, wie das übrige Europa. Das ist meine Ansicht. In Deutschland, in England haben die Genossen andere Verhältnisse und, das Wichtigste, was dort anders ist als bei uns, ist dasjenige, was bei uns erst im Werden begriffen ist, das ist die Organisation der Unternehmer.

Ich schließe mich der Ansicht an, daß wir uns die Hände nicht binden sollen, daß wir jedoch auf dem Congresse zu Brüssel unseren Genossen im Auslande vorhalten sollen, daß sie die Verantwortung nicht nur für sich, sondern auch für alle anderen Länder haben, daß wir uns aber dem in Brüssel gefaßten Beschlusse fügen sollen. Uebrigens wird im nächsten Jahre diese Frage nicht an uns herantreten, denn der nächste 1. Mai ist ein Sonntag. Nach zwei Jahren wird auch wahrscheinlich wieder ein internationaler Congreß sein und dann wird man viel einheitlicher und klarer Beschluß fassen können. Wir wollen aber nicht in exponirter Stellung bleiben. Daher ist meine Ansicht, daß wir die zum Brüsseler Congresse zu entsendenden Delegirten in diesem Sinne beauftragen sollen. (Beifall.)

Genosse Sadnik (Laibach): Werthe Genossen: Ich will nur eine kurze Uebersicht geben, wie die Dinge in den slovenischen Ländern liegen. Am 1. Mai 1890 fand eine Arbeiterversammlung in Laibach statt, der 500 Personen beiwohnten. Das ist für Laibach eine sehr große Zahl, denn wir haben kein Mittel der Aufklärung, wir haben keine Presse. Der von den Tischlern inscenirte Strike ist schlecht verlaufen. Der Enthusiasmus für die Maibewegung hat sich überhaupt bei uns verflacht. Viele waren in dem Irrthume befangen, daß nach dem 1. Mai sofort die achtstündige Arbeitszeit zur Durchführung gelangen werde. Heuer ist in Laibach überhaupt keine Spur von einer Maifeier gewesen. Auch in Triest wurde heuer die Maifeier nicht in der Weise von Seite der Arbeiterschaft begangen wie im Vorjahre. Die Arbeiter wurden vielfach eingeschüchtert; die Behörden erlaubten nicht, in den Versammlungen über den 1. Mai zu sprechen. Mir, als Einberufer einer Versammlung, erklärte der Commissär, es dürfe weder über die Maifeier noch über

den achtstündigen Arbeitstag ein Wort gesprochen werden. Als ich mich erkundigte, ob eine Versammlung am 1. Mai selbst überhaupt gestattet werde, verwies mich der Polizeicommissär auf die deutschen Genossen und sagte: „Sehen Sie sich Liebknecht und Bebel an, in Deutschland feiern die gemäßigten Socialdemokraten am 1. Mai, der 1. Mai ist nur von anarchistischen Elementen aufgestellt." (Heiterkeit.) Unter solchen Umständen ist es erhebend, daß in Triest 1000 bis 3000 Fabriksarbeiter sich an der Maifeier betheiligten, trotzdem man ihnen für diesen Fall mit der Entlassung drohte.

Im Uebrigen will ich darauf hinweisen, daß die slovenischen Arbeiter sich erst dann mehr für die Bewegung interessiren werden, wenn sie eine Literatur und eine Presse haben werden, die aufklärend wirkt. Dies gilt nicht nur von Laibach und Triest, sondern von ganz Krain, Kärnten, Steiermark, Görz und Istrien. Unrichtig ist es, daß in Triest zumeist italienische Arbeiter sind. Mit der Zeit wird dort auch unter der slovenischen Arbeiterschaft die Bewegung zur Geltung kommen.

Damit bin ich zu Ende und erkläre nur noch, daß wir für die Maifeier entschieden eintreten werden, und daß wir der Ansicht sind, daß, wenn sie nicht am 1. Mai begangen wird, lieber ganz unterbleiben möge. (Bravo! Bravo!)

Genosse Zedníček (Proßnitz, czechisch) constatirt, daß in Mähren die Maibewegung sehr günstig gewirkt hat, ja, daß erst seit derselben sich die Arbeiter in vielen Bezirken Mährens zu rühren anfangen. Ich verlasse diesen Parteitag in der sicheren Erwartung, daß an der Maifeier festgehalten werden wird. (Beifall.)

Genosse Nujobsky (Wien). Wir befinden uns in einer eigenthümlichen Situation. Es ist bedauerlich, daß heute, wo die deutschen Genossen theilweise scharf angegriffen wurden, kein Genosse aus Deutschland anwesend ist. Es ist dies jedoch nicht Schuld der deutschen Parteileitung. Genosse Auer wurde herdelegirt, und es ist nicht anders zu denken, als daß er durch irgend ein Elementarereigniß aufgehalten wurde, hier zu erscheinen.

Ich wünsche, daß an der Feier des 1. Mai in Oesterreich festgehalten werde. (Bravo!) Wenn auch die Opfer größere sein werden, wird doch dadurch den Arbeitern anderer Länder Gelegenheit geboten sein, ihr internationales Solidaritätsgefühl dadurch zu bekunden, daß sie uns nach Kräften unterstützen. Wir werden den 1. Mai feiern, bis wir unsere Forderungen verwirklicht haben, und dann erst recht. (Beifall).

Genosse Lambauer (Nymburg, czechisch) bringt die socialistischen Grüße von 1300 Genossen in Pećek und Umgebung. (Nazdar.) Die dortige Arbeiterschaft hatte beschlossen den 1. Mai unbedingt zu feiern; die Behörden schickten Gendarmerie, überall wurde die Zeitschrift „Der Achtstundentag" weggenommen: trotzdem wurde in Pećek gefeiert. Hingegen wurde in Nymburg nicht gefeiert: als ich im Sonntagsrock über die Straße ging, wurde ich von dem Stadtpolizisten angehalten. Die üblichen Bergfeuer am letzten April wurden von den Behörden verboten. In allen Dörfern war

Militär und Gendarmerie aufgeboten. Trotz aller Hindernisse werden wir in Pecek auch künftig an der Maifeier festhalten. (Beifall.)

(Genosse Bilowitzky: Werthe Genossen! Ich bin aus Witkowitz, vertrete 30.000 Arbeiter von Ostrau und Umgegend und überbringe Ihnen ihre herzlichsten Grüße und Wünsche zum heutigen Parteitag. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Werthe Genossen! Mit Bedauern muß ich mich daran erinnern, daß am 1. Mai v. J. Bleikugeln verwendet wurden. (Entrüstungsrufe.) Nichtsdestoweniger wurde heuer der 1. Mai von den Arbeitern herzlich begrüßt, wenn auch durch den Despotismus des Königreiches Rothschild und Gutmann die Feier am 1. Mai verhindert wurde. Unser Bezirkshauptmann als kaiserlicher Beamter scheint auch die Geschäfte des genannten Königreiches zu besorgen (Heiterkeit), denn bei jeder Versammlung war seine Erlaubniß von der Einwilligung des Herrn Generaldirectors abhängig. Heuer am 3. Mai, am Florianifeste, da wir die Feier des 1. Mai nachtrugen, nahm unser Bezirkshauptmann die Einladungskarten ab und fuhr mit ihnen direct in die Generaldirection. (Hört! Hört! Unerhört!) Dasselbe geschah am 14. in einer von uns einberufenen Volksversammlung. Bei uns haben die Bergleute den 1. Mai gefeiert, welche Nachtschichten hatten. Siebzehn Mann wurden blos deshalb gemaßregelt, weil sie, die ohnehin freie Zeit hatten, in Sonntagskleidern herumgegangen sind. (Leben wir im Mittelalter! — So arg ging es damals nicht zu!) Die Genossen aus Witkowitz haben beschlossen, gemäß dem Beschlusse des Parteitages den 1. Mai zu feiern. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Dolejschi (Wiener-Neustadt): Ich will die Genossen darauf aufmerksam machen, welche Opfer in einer Provinzstadt, wie Wiener-Neustadt, die Maifeier gekostet hat, was nicht möglich wäre, wenn bei uns die Arbeiterschaft mehr aufgeklärt wäre. Die Genossen aus Wiener-Neustadt haben mich beauftragt, dem Parteitag zu empfehlen, bezüglich der Maifeier keinen definitiven Entschluß zu fassen, schon um dem Brüsseler Congreß nicht vorzugreifen, aber dort sich für eine einheitliche Feier für den ganzen Erdball einzusetzen. Besonders die deutschen Genossen hätten kraft ihrer Organisation uns nicht im Stiche lassen sollen, umsomehr als die Feier am 3. Mai keine solche Wirkung ausüben konnte wie die des 1. Mai. (Sehr gut und Beifall.)

Genosse Mankowsky (Lemberg): Wir in Lemberg, wie die Arbeiter in vielen anderen Städten, wie in Neusandec, Stanislau, Krakau u. s. w., haben den 1. Mai in beiden Jahren durch Arbeitsruhe und Demonstrationen für die beiden vorzüglichen Postulate des Achtstundentages und des politischen Wahlrechtes feierlich begangen. Bei uns haben die Eisenbahnen die größten Werkstätten, und in diesen wurde die Maifeier nicht nur verboten, die Werkstätten wurden auch mit Compagnien Militär besetzt. (Zwischenruf: Das nennt man staatsgrundgesetzlich!) Obwohl die materielle Lage dieser Arbeiter unerträglich ist, greift man ihnen noch in das politische Gewissen, verbietet Parteizeitungen zu abonniren, ja selbst

zu lesen. Dennoch ist die Maifeier nach unseren Verhältnissen gut ausgefallen, denn zum Beispiel haben in Lemberg heuer 5000 Arbeiter an den Versammlungen am 1. Mai theilgenommen. In der Provinz sind die Kundgebungen schwächer gewesen, was uns bei dem Kraftaufwand, den die Gegner machten, nicht Wunder nehmen darf. Unsere Feinde wollen ja aus unseren Schulen Bethäuser machen. (Sehr richtig und Heiterkeit.) Sonn- und Feiertage hindurch die Gasthäuser absperren, damit die Arbeiter viel Zeit zum Beten haben. (Heiterkeit.) Der Tarnopoler Bischof hat sich geäußert, er betrachte als schlechte Leute Alle, die die Landleute aufklären.

Er sagte zu den Landleuten: „Wozu befaßt ihr euch mit Politik, ihr kennt ja die deutsche Sprache nicht (Heiterkeit), wozu braucht ihr alles das, ihr habt ja den Himmel sicher." (Lebhafte Heiterkeit).

Wir müssen auch Waffen sammeln, und die sind: mehr Licht und mehr Geld, damit wir Wahrheit und Gerechtigkeit verbreiten und die jesuitischen und heuchlerischen Schaaren niederhauen können.

Der 1. Mai ist uns ebenfalls ein mächtiges Mittel, um der ganzen Welt zu zeigen, daß wir ohne Unterschied der Nation und Confession auf der ganzen Erde uns die Hände reichen und gemeinsam unserem Ziele zustreben. (Bravo! Bravo!)

Genosse Käfer (Graz). Werthe Versammlung! Es ist hier ausgeführt worden, daß wir uns den Beschlüssen des Brüsseler Congresses unterordnen sollen. Ich glaube, wenn der Brüsseler Congreß auch für uns ungünstig über den Tag der Maifeier entscheiden sollte, daß wir dennoch in Oesterreich am 1. Mai festhalten sollen, bis wir das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht erlangt haben. Wenn den besitzenden Classen die 1. Maifeier unangenehm ist, so sollen sie uns das verlangte Wahlrecht geben.

Bei uns hat auch die Maifeier zu vielen Maßregelungen Anlaß gegeben. Ein Handelskammerrath hat beantragt, daß man uns am 1. Mai gewähren lassen soll, und er ist mit seinem Antrag in der Handelskammer allein geblieben. Meine Ansicht ist, daß wir deshalb noch mehr Ursache haben, auf der Feier des 1. Mai zu bestehen, solange man unseren wichtigsten Forderungen kein Entgegenkommen zeigt. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Dědic (czechisch) bringt die Grüße der Arbeiter in Kladno, berichtet, daß am 1. Mai sowohl Feiern als Volksversammlung verboten wurde. Die Arbeitsruhe und das Fest wurde erzwungen. Die Bezirkshauptmannschaft bat schließlich nur die Ruhe aufrechtzuerhalten, was auch geschah. Das beweist, daß mit Einigkeit sich doch Manches durchsetzen läßt. Als ein Unternehmer 30 Abeiter maßregelte, zwangen ihn die übrigen Arbeiter durch Niederlegen der Arbeit dazu, die Entlassung zurückzunehmen. Die einheitliche Feier in der ganzen Welt ist nothwendig, damit es endlich besser werde. (Beifall.)

Schiller: Wie Dr. Falb seine kritischen Tage bestimmt mit großen Ueberschwemmungen und allerhand Zeug, so wird auch der 1. Mai ein kritischer Tag bleiben. Was die in Deutschland oder

in Frankreich oder sonst irgendwo beschlossen haben, kümmert uns Oesterreicher eigentlich gar nichts. Wir österreichischen Socialdemokraten, wir haben das nicht gelernt in der Schule, daß eins und drei eins und dasselbe ist; das verstehen vielleicht andere Leute, aber wir verstehen das nicht in Oesterreich. Bei uns ist eins eins, und wenn bei uns der erste Mai ist, so ist der erste Mai; aber der erste Mai ist nicht der erste Sonntag im Mai. Wir haben heuer den ersten Mai am Freitag gehabt; Freitag ist ein trauriger Tag, Freitag hat kein Mensch Geld gehabt. Aber der erste Mai ist gefeiert worden und glänzend gefeiert worden. Wir sagen nicht eins und drei ist eins, auch bis heute nicht. Wir nordböhmischen Genossen sind beauftragt worden, dies auszusprechen. Wir haben uns verwundert über die wunderbar großen Versammlungen. In Berlin, Hamburg, in ganz Deutschland wurde in denselben beschlossen: Der erste Mai wird gefeiert. Ich dachte mir als Herausgeber des „Freigeist": Jetzt mußt du eine Pauke loslassen, daß die Leute verständigt werden, der erste Mai wird gefeiert. Auf einmal wurde eingeleiert. Wie der ganze Strom in Bewegung war, die Discussion in Fluß war, auf einmal hieß es: Einleiern, das geht nicht. Ich bin der Meinung, meine Herren und Freunde, daß das bei uns in Oesterreich überhaupt nicht gehen wird; ich bin der Meinung, daß es bei dem Brüsseler Congresse heißen muß: International vorgehen, in allen Ländern und Staaten muß der 1. Mai gefeiert werden. Und wenn dort gesagt wird: Ihr Oesterreicher, wie könnt ihr euch getrauen, uns voranzuspringen, ihr müßt euch uns anschließen, ihr müßt die Maifeier für Sonntag beschließen, da werden unsere Leute aus Nordböhmen, die wir hinschicken werden — wir werden welche hinschicken, Sie können sich darauf verlassen — die Courage haben zu sagen, sie werden den Auftrag haben zu sagen: Nein, nein, der erste Mai ist der erste Mai und nicht Sonntag. Den Auftrag haben wir.

Wir in Oesterreich sind, was die Maifeier betrifft, so vorgegangen, wie wir gar nicht schöner vorgehen konnten, und hoffen, daß wir noch weiter solche Erfolge haben werden. Meine Herren! Ich empfehle Ihnen nur, daß Sie dafür einstehen. Wir werden den 1. Mai nicht als 3. oder 4. anempfehlen, sondern es bleibt der 1. Mai. (Beifall.)

Stonre berichtet, daß in Raudnitz die Maifeier sehr gut verlief. Er war Festredner, wurde am Bahnhof von Polizei und Gendarmerie erwartet, der er aber ausweichen konnte. Dafür holten sie ihn von der Versammlung, welche sehr imposant war, ab und begleiteten ihn zur Bahn. Auch auf die Bauernschaft hat die Maifeier sehr gut gewirkt; wir sind verpflichtet an der Maifeier festzuhalten, bis unsere Forderungen erfüllt sind. In Deutschland hat man diesmal die Solidarität gebrochen, es sollen dort „andere Verhältnisse" sein. Wir können das aber nicht zugeben.

Weiser (Troppau): Werthe Genossen! Ich will Ihnen einen kurzen Bericht über die Maifeier in Schlesien bringen, und Ihnen dadurch den Beweis liefern, wie nothwendig es ist, daß die deutschen

Genossen mit uns solidarisch vorgehen. Tausende Arbeiter aus Preußen kommen nach Oesterreichisch-Schlesien in die Arbeit. Dort ist es vorgekommen, daß deutsche Genossen nach Oesterreichisch-Schlesien am 1. Mai zur Arbeit kamen und sich entschuldigten: „Wir sind deutsche Reichsanghörige, unsere Partei feiert nicht und daher arbeiten wir". Damit halten sie sich für entschuldigt. Es ist unsere Sache, daß wir den deutschen Genossen am Brüsseller Congresse das sagen: Sie sollen der Sache zu Liebe und den Oesterreichern zu Liebe beschließen, daß der 1. Mai international gefeiert wird. Und die Möglichkeit dazu wird vorhanden sein. Die deutschen Genossen sind gut organisirt; sie haben sich das erstemal damit entschuldigt, daß sie die Wahlen gehabt haben. Die ganze Welt hat es ihnen geglaubt; der 20. Februar war Wahltag, sie haben ungeheure Opfer gebracht. Im zweiten Jahre war aber keine Entschuldigung. Ich glaube, im nächsten Jahre wird der erste Mai auf einen Sonntag fallen und im Jahre darauf wird die Parteileitung in Deutschland hoffentlich schon beschlossen haben, am 1. Mai zu feiern, und ich glaube, daß dieser Beschluß geboten ist. In keinem Lande Oesterreichs waren die Maßregelungen so großartig wie in Schlesien. In Bielitz und Umgebung wurden 15.000 Arbeiter von den Arbeitgebern ausgesperrt. Man will die Partei in Schlesien zerschmettern. Die schlesische Bewegung ist eine sehr vorgeschrittene. Selbst in Dörfern und kleinen Orten beginnt die Bewegung und verbreitet sich über das ganze Land. Die Bourgeoisie sieht, daß ihr die größte Gefahr droht, man will daher die Partei zertrümmern in der Weise, daß Diejenigen, welche das bewirkt haben, hinausgedrängt werden; das wird aber nicht gelingen, trotzdem viele unserer besten Parteigenossen aus Schlesien haben scheiden müssen. (Lebhafter Beifall).

Schaller (Prag): Wir haben, wie Ihr gesehen habt, in Kladno und Prag bewiesen, daß die Bewegung stark ist, und wir uns nicht einschüchtern lassen. Keine einzige Versammlung vor dem 1. Mai wurde erlaubt; trotzdem kamen 35.000 Menschen in Prag zusammen, die Arbeit ruhte fast überall, die Fabriken waren geschlossen. 1890 wurde noch das Aufhissen der rothen Fahne auf der Schützeninsel gestattet, 1891 wurde es verboten. In Kladno wollte die Bourgeoisie durch ein „Attentat" auf's Pfarrhaus die Feier hintertreiben, indem man es den Socialisten in die Schuhe schieben wollte. Das gelang aber nicht. Mögen die Genossen in Deutschland thun, was sie wollen, in Böhmen wird der 1. Mai gefeiert werden. (Beifall.)

Zimmermann (Odrau). Genossen! Keine andere Agitation hätte eine solche Begeisterung unter die Arbeitermassen geworfen als die Feier des 1. Mai.

Aber nicht allein die Arbeiter haben sofort die Vortheile erkannt, welche die Feier des 1. Mai ihnen bietet, weil sie auf eine leichte Art dadurch ihre Agitation in die Massen werfen können, sondern auch die Fabrikanten haben sofort ihren Vortheil zu erkennen gewußt und sie coalirten sich, um die Arbeiter zu unterdrücken. Sie wollen keinen aufgeklärten, geeinigten Arbeiterstand haben, und da ist ihnen

kein Mittel zu schlecht, um ihr Ziel zu erreichen. Voriges Jahr haben die Arbeitgeber gesagt, daß sie unter dem Eindrucke der Excesse, die in unserer unmittelbaren Nähe stattgefunden haben, überrumpelt wurden, wie sie sich ausdrückten; davon kann jedoch keine Rede sein. Wir wissen, daß sie Angst gehabt haben, man glaubte, das Proletariat werde die rothe Republik ausrufen. Soweit ist es noch nicht. Wir haben noch eine Masse indifferenter Arbeiter, und wenn denen gesagt wurde, du mußt den 1. Mai feiern als Kundgebung für den achtstündigen Arbeitstag, so glaubten sie, am 2. Mai ist schon der achtstündige Arbeitstag da. Die Indifferenten haben in der Hitze zu Excessen gegriffen, sind auch theilweise provocirt worden. Heuer machte man das Gegentheil, heuer wollte man die Arbeiter vom gesetzlichen Boden abdrängen, hat sie auf alle mögliche Weise provocirt, damit man eine Handhabe habe, zu sagen, was die Arbeiter für Lumpen seien, denn die Bourgoisie hat immer eine Ausrede, wenn sie unsere Bestrebungen unmöglich machen will; von ihr haben wir nichts zu hoffen. Ist es nicht ein Scandal, daß, wie es vorkam, nicht ein Arbeiter für alle um die Freigabe ersuchen könne, sondern jeder selbst betteln gehen mußte? Es wurde nun eine förmliche Wallfahrt gemacht, der Fabrikant machte jedem eine Predigt: „Ihre Familie braucht es, thun Sie das nicht.“ Diese Agitation sollte zu unserem Schaden sein.

Meine Meinung ist so: Der erste Mai hat heuer sehr viele Opfer gekostet, Opfer, die sich Niemand vorgestellt hat. Sie haben ja schon gehört, daß in Bielitz-Biala 7000 Arbeiter eine Woche hindurch ausgesperrt worden sind und Hunderte sind heute noch nicht in Arbeit. Weil das Geschäft schlecht geht, erlaubt man sich Alles. Man will die Leute auf die schiefe Ebene treiben. In Bielitz ist ein Manufacturarbeiter-Verein, der 2500 Mitglieder zählt und die Leute wurden derart bedrückt, daß heute am Parteitage nicht einmal ein Delegirter aus Bielitz anwesend ist. In der Folge werden solche Maßregeln nicht zu ertragen sein. Wir müssen den praktischen Standpunkt einnehmen. Ich bin principiell für die Maifeier, weiß aber nicht, ob sie durchführbar ist. Wir werden sehen, daß wir einer Masse Indifferenter gegenüberstehen, die sich durch alle Mittel ködern lassen. Sind nicht die Opfer größer als die Erfolge? Wir haben Städte gesehen, wo voriges Jahr Tausende feierten; heuer nur ein paar Unabhängige, die Anderen sind so zu Paaren getrieben worden, daß sie sich nichts getrauten. Bei uns in Odrau ist der 1. Mai mit Rücksicht auf die Kürze der Bewegung sehr gut ausgefallen; die große Masse hat gefeiert, sie hat ein strammes Zusammenhalten gezeigt, so daß die Fabrikanten nachgeben mußten. Ich bin mit meinem Berichte fertig.

Rösler (Wernstadt). Meine Freunde! Ich will mich ganz kurz fassen. Ich habe Ihnen im Namen der Genossen des Mittelgebirges und des Polzenthales die herzlichsten und brüderlichsten Grüße zu überbringen. Wir im Polzenthale und im Mittelgebirge werden mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften an der Feier des 1. Mai festhalten. Ich bin jedoch auch beauftragt, dahin zu wirken,

daß diejenigen Genossen, welche den Brüsseler Congreß besuchen, mit Kraft und Energie dahin wirken, daß auch Deutschland und England den 1. Mai als internationalen Arbeiterfeiertag feiern — denn wir wollen, daß er ein internationaler Weltfeiertag sein und bleiben soll. (Beifall.)

Czermak (Brünn): Wenn die Maibewegung auch viele Opfer gekostet hat, so war sie doch sehr nützlich. Was die Deutschen und Engländer anbelangt, verurtheile er sie ebenso wie die Vorredner. Sie werden eben das Gemeininteresse berücksichtigen müssen: wir müssen auf dem bisherigen Standpunkte bleiben.

Genosse Dědek (Wischau, czechisch) erklärt, daß der Pariser Beschluß, den 1. Mai zu feiern, ein ausgezeichneter war. Das Proletariat, das gebeugten Nackens Alles über sich ergehen ließ, wacht auf und wird sich erheben. Achtstundentag und Wahlrecht, das sind zwei Lebensbedingungen für jeden Fortschritt. Hoch der 1. Mai! (Beifall.)

Denzler (Klagenfurt): Der 1. Mai 1891 wurde auch in Klagenfurt durchgeführt. Die Betheiligung war im Verhältniß zu der unbedeutenden Agitation eine immerhin schöne. Es sind auch einige Strikes ausgebrochen, eine Masse von Genossen wurde gemaßregelt. Dadurch haben wir viele Agitationskräfte verloren und das hat sich bei der Maifeier in so schwerer Weise fühlbar gemacht, daß eine Fortsetzung der Feier am 1. Mai, wenn nicht andere Verhältnisse eintreten, nicht opportun erscheint. Nichtsdestoweniger stehen wir principiell fest ein für den 1. Mai und sollte heute der Parteitag beschließen, die Feier müsse am 1. Mai stattfinden, so würden wir nicht zurücktreten und gewiß Alles versuchen — aber die Erfolge würden gering sein. Vielleicht wird sich dies mit der Zeit ändern. Was die Organisationen betrifft, so ist die Entwicklung derselben bei uns noch sehr zurückgeblieben. Ich bin mit dem Auftrage hiehergesandt worden, dahin zu wirken, daß es nicht als eine Abweichung vom Principe betrachtet wird, wenn an den Orten, wo eine directe Feier nicht möglich ist, wenigstens noch so viel vom 1. Mai gerettet wird, daß noch am Abend gefeiert wird. Ich unterstütze den Antrag Adler, welcher eine abwartende Haltung einnimmt.

Knoth (Ternitz): Werthe Genossen! Auch ich bin aus einem industriellen Bezirke, in dem schon vor den Segnungen des Ausnahmsgesetzes eine socialistische Bewegung existirt hat. Dieser hat die Bewegung getödtet. Denn die Arbeiterschaft besteht meistens aus ansässigen Leuten, welche eine Freizügigkeit nicht kennen: der Ausnahmszustand hat mehrere Genossen veranlaßt, die Gegend zu verlassen. Wir, soweit wir von dem Ausnahmszustande verschont blieben, haben den Beschluß des Pariser Congresses, daß der 1. Mai als internationaler Arbeiterfeiertag gefeiert werde, an welchem alle Wünsche der Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht werden sollen, mit Freude begrüßt und zum Anlasse genommen, wieder in die Bewegung zu treten. Wir haben unseren Zweck erreicht, wir waren imstande, die indifferenten Massen aufmerksam

zu machen. Wir waren imstande, die Maifeier imposant zu gestalten; aber wir haben einen furchtbaren Rückschlag erlitten, durch das Zurücktreten der Deutschen. Dieses Verhalten der Deutschen wird uns von Arbeitgebern immer vorgehalten. Sie sagen: Eure deutschen Brüder sind gescheiter als ihr, sie verlegen die Feier auf den Sonntag. Ich glaube, die Deutschen haben da — ich spreche von meinem persönlichen Standpunkte — kein reines Gewissen. Trotz rechtzeitiger Einladung ist heute keiner da. Gerade unsere Gegenden haben einen kolossalen Rückschlag erlitten durch die Absentirung der deutschen Genossen. Schon in Paris hätten die Oesterreicher Gelegenheit gehabt, auf eine einheitliche Feier hinzuwirken. (Zustimmung.)

Ostadal (Proßnitz, czechisch): Die Maifeier habe sich als ein ausgezeichnetes Mittel der Agitation und Propaganda erwiesen. Sie koste Opfer, das ist wahr: aber diese Opfer verbürgen den Sieg. Mögen wir bald das Ende der Knechtschaft erleben, wie wir diese großartige Maifeier erlebt haben. (Nazdar.)

Referent Genosse Rieger (zum Schlußwort): Ich kann mich sehr kurz fassen. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß wir darüber klar sind: Wir wollen den 1. Mai. Alle Redner haben sich in dem Sinne ausgesprochen und haben den deutschen Genossen lebhafte Vorwürfe gemacht. Ich möchte nur noch betonen: Die Wiener Arbeiterinnen haben auch am 1. Mai ehrlich und treu zu uns gehalten und dies gereicht ihnen zu hoher Ehre. (Zustimmung.)

Ich beantrage folgende Resolution:

Der Parteitag beschließt: „Der erste Mai wird auch in Zukunft durch vollständiges Ruhenlassen der Arbeit gefeiert. Die österreichischen Delegirten haben am internationalen Congresse in Brüssel dahin zu wirken, daß dies auch in allen anderen Staaten so geschieht. Eine Abänderung des ersten Theiles dieses Antrages steht nur dem nächsten Parteitage der österreichischen Socialdemokratie zu." (Beifall.)

Genosse Dr. Adler: Ich ziehe meinen Antrag zugunsten des Antrages des Genossen Rieger zurück.

Genosse Häfner: Es sind diesbezüglich Anträge eingelaufen von Beer, Hanser, Doleschal, Zinnburg.

Genosse Senski: Da durch die Resolution des Referenten die anderen gegenstandslos erscheinen, beantrage ich die Annahme derselben.

Vorsitzender: Ich schreite zur Abstimmung über die Resolution des Referenten Rieger. (Nach einer Pause.) Die Resolution ist einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung um 7 Uhr 25 Minuten Abends.

Dritter Tag.

(Vormittagssitzung vom 30. Juni 1891.)

Beginn 8 Uhr Morgens.

Vorsitzender Schmidt: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet. (Nach Verlesung der eingelangten Telegramme.) In der Tagesordnung folgt nunmehr die Bewegung zur Erlangung des gleichen und directen Wahlrechtes. Genosse Referent Hanich hat zu diesem Gegenstande das Wort.

Referent Hannich (Brünn): Genosse Höger hat gestern als Referent einen Ausspruch gethan, der mir einigermaßen aufgefallen ist. Er hat erklärt, in Oesterreich gebe es eigentlich gar keine Gesetze. Ich meine, das ist nicht ganz richtig. In Oesterreich mangelt es durchaus nicht an Gesetzen, im Gegentheile, wir haben zu viele Gesetze, allein was uns fehlt, das ist der Einfluß auf sie, ist das allgemeine Wahlrecht. Sie wissen, daß es in Oesterreich eine Periode gab, wo die herrschenden Parteien von einer Zuerkennung des Wahlrechtes an die Arbeiterschaft absolut nichts wissen wollten. Dies ist nunmehr ein überwundener Standpunkt. Seit Hainfeld haben wir uns für die Erlangung des Wahlrechtes lebhaft eingesetzt, heute geht die österreichische Arbeiterschaft in dieser Frage einig und geschlossen vor, und wenn es hiefür noch eines Beweises bedürfte, so hat denselben die letzte Wahlbewegung in Oesterreich geliefert. Wir stehen heute Alle auf dem Standpunkte, daß das allgemeine Wahlrecht, wenn es auch nicht alle unsere Wunden zu heilen vermag, doch ein wichtiges politisches Machtmittel ist, das uns viel nützen könnte, wenn wir es nur hätten, und gerade der Umstand, daß es bis heute uns noch nicht zugestanden wurde, und daß die herrschenden Classen sich dagegen sträuben, beweist, wie wichtig dieses Kampfmittel für uns wäre; denn um das, was etwa in Volksversammlungen von uns gesprochen wird, kümmert sich die Regierung gar nicht oder nur sehr wenig, und es ist begreiflich, daß wenn wir noch nicht dahin gelangt sind, an der Gesetzgebung mitzuwirken, dieselbe sich gegen unsere Interessen gestalten muß.

Was wenden unsere Gegner gegen die Zuerkennung des allgemeinen directen Wahlrechtes an die Arbeiterschaft ein? Vor Allem sagen sie, der Arbeiter zahle keine Steuern und hat darum kein Recht, an der Gestaltung der Staatswirthschaft theilzunehmen.

Unsere Gegner wollen hiebei die Thatsache ignoriren, daß zwei Drittel der Staatseinnahmen bekanntlich durch indirecte Steuern aufgebracht werden, und diese belasten bekanntlich die arbeitende Bevölkerung am meisten. Auf Kaffee, Zucker, Bier, Branntwein, Petroleum u. s. w. wurden drückende indirecte Abgaben gelegt, und so ist es den Finanzministern gelungen, von Leuten eine Steuer herauszubringen, von denen keine Steuerbehörde der Welt directe Abgaben und Steuern leicht erzielen könnte. Wie könnte von dem armen schlesischen oder mährischen Weber, der bei einer 16- bis 18stündigen Arbeitszeit Wochenlöhne von 1 fl. 75 kr. bis höchstens 3 fl. 30 kr. per Woche bezieht, eine directe Steuer eingehoben werden! Das ist ganz unmöglich, und so besteuert man ihm die Consumartikel, die er unbedingt für seinen Lebensunterhalt braucht, und bringt die Steuer indirect herein. Von dem letzten, herabgekommensten Proletarier, der in der Schnapsboutique ein Glas Branntwein trinkt, wird indirect die Steuer hereingebracht. Die arbeitenden Classen leisten also auf diese Art Steuern, ja weit mehr Steuern als die besitzenden Classen, und wenn man daher die politischen Rechte nach der Steuerleistung abmessen würde und abmessen wollte, so müßten sie größere politische Rechte haben als die Besitzenden. (Bravo!)

Ein weiteres Argument, um der Arbeiterschaft das Wahlrecht vorzuenthalten, soll darin bestehen, daß die Arbeiter noch nicht genug politisch reif seien, um dieses Recht entsprechend auszunützen. Darüber brauche ich wohl weiter kein Wort zu sagen. Unsere Gegner, die auf die Neuschule so stolz sind, sollten sich schämen, ein solches Argument ins Feld zu führen, wir haben viel gelernt auch in der Neuschule und lassen unsere politische Reife nicht anzweifeln. Uebrigens gibt es viele sehr gebildete Elemente mit wissenschaftlicher Vorbildung, denen mangels directer Steuerleistung das Wahlrecht heute noch nicht zuerkannt ist, diese sind also auch nicht politisch „reif“. Wenn sie aber dazu gelangen, ein paar Gulden directe Steuer zu leisten, werden sie auf einmal gescheit und sind vollwichtige Staatsbürger. (Sehr richtig!)

Nehmen sie folgendes Beispiel: Ein Fiaker hat Roß und Wagen. Das Roß crepirt ihm, das kann ja vorkommen, ein neues kann er sich nicht mehr kaufen. Er muß infolgedessen den Gewerbeschein zurücklegen, und verliert damit das Wahlrecht, das er bisher besaß. Ich frage: Wer hat denn eigentlich das Wahlrecht, er oder sein Roß? (Beifall und Heiterkeit.)

Zu solchen Consequenzen führen die heutigen Wahlgesetze, die nur die Herrschaft gewisser Classen aufrechterhalten wollen. Man muß sich wundern, daß diese ungerechten Gesetze so lange bestehen, und wenn die großen Massen sich um ihre politischen Rechte mehr bekümmern würden, dann würden in Oesterreich die Wahlgesetze schon längst aufgehoben sein. Der Kleinbürger hätte gerade so gut das Recht und die Pflicht gegen die heutigen Wahlgesetze Stellung zu nehmen wie der Bauer und der Arbeiter. (Bravo!) Doch haben leider gerade die Kleinbürger, die heute auf dem hohen Rosse sitzen,

und gegen das allgemeine Wahlrecht Stellung nehmen, vielfach bewiesen, daß es mit ihrer politischen Reife verdammt windig aussieht. (Rufe: Hernals!) Und wen haben sie denn zu ihrem Vertreter im Parlamente dort erkoren? Vielleicht einen der ihrigen? Beileibe nicht! Den Fürsten Liechtenstein, dessen Familien mehr Schlösser im Lande hat, als sie Knöpfe an Rock, Hose und Weste, gegen dessen Wahl sie sich mit allen Kräften hätten wehren sollen, durch dessen Mandatannahme sie sich jedoch noch außerordentlich geehrt gefühlt haben. Wenn wir das Wahlrecht hätten, wir würden nicht solche Böcke schießen. (Bravo! Bravo!) Noch ein Gesichtspunkt sollte die Kleingewerbetreibenden zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechtes umstimmen, ihre eigene wirthschaftliche Existenz. Sie leben ja buchstäblich nur von heute auf morgen, und wo haben sie die Gewähr, daß ihre wirthschaftliche Selbstständigkeit bis an ihr Lebensende dauern wird. Im Gegentheile, die Gefahr ihres Unterganges wird von Tag zu Tag größer, und wenn sie dann keine directen Steuern mehr leisten können, hört auch ihr bisheriges Wahlrecht auf, sie hören auf, vollwichtige Staatsbürger zu sein, sie werden Proletarier, wie wir es sind, und haben dann ebenfalls keine Rechte.

Auch die Bauern, von denen heute nur ein sehr geringer Theil wahlberechtigt ist, hätten allen Grund, für die Erweiterung der politischen Rechte und insbesondere für das allgemeine Wahlrecht einzutreten; wenn sie nur an ihre eigenen Kinder denken würden, die so häufig in die Stadt ziehen müssen, weg vom häuslichen Herde, und hier dem Proletariat verfallen.

Mit dem Tage, wo in Oesterreich die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde, hätte man auch das allgemeine directe Wahlrecht einführen müssen, denn derjenige, der dazu gut genug ist, um für das Vaterland sein Blut zu verspritzen, sollte auch gut genug sein, um im öffentlichen Leben ein Wort dreinreden zu können. (Bravo!)

Ich möchte noch einige Worte über die letzte Wahlbewegung sprechen. Wir sind bei den jüngsten Reichsrathswahlen auch in die Wahlaction eingetreten. Damit haben wir bekundet, daß wir die gegenwärtigen Wahlgesetze auszunützen bemüht sind, nicht in dem Sinne, um einen Candidaten durchzubringen, sondern nur um zur Bevölkerung sprechen zu können, und das hat sich als sehr vortheilhaft erwiesen. Durch unser Eingreifen in die letzte Wahlbewegung haben wir viel gewonnen, wir haben Gelegenheit gehabt, zu Leuten zu sprechen, die kaum je in unsere Versammlungen gekommen wären, und die von den Zielen der Socialdemokratie vielfach keine blasse Ahnung hatten. Ueberraschend sind unsere Erfolge in gewissen Wahlbezirken. Wenn wir bei unsern heutigen verzwickten Wahlgesetzen es in einzelnen Bezirken auf 500 Stimmen gebracht haben, so ist das umso überraschender, als wir auf die Wahlbewegung gar nicht vorbereitet waren. Wenn wir ein halbes Jahr Zeit gehabt hätten, wären die Resultate noch ganz andere gewesen. Was folgt daraus? Wir werden nicht nur an dem allgemeinen directen Wahlrechte festhalten und die herrschenden Classen an diese

unsere Forderung stets erinnern, sondern auch, wo sich nur Gelegenheit bietet, nach Kräften selbst in die Wahlagitation eingreifen.

Das allgemeine Wahlrecht soll für uns ein politisches Machtmittel sein, das uns ein weiteres Fortschreiten ermöglicht. Wenn wir so stark werden wollen, wie unsere deutschen Parteigenossen, dann müssen wir so wie sie, das allgemeine Wahlrecht erzielen. Wenn wir dieses haben, dann werden — des bin ich überzeugt — unsere Erfolge nicht nur überraschen, sondern theilweise unsere Gegner auch erschrecken.

Ich bin am Schlusse. Ich halte es nicht für nöthig, eine Resolution zu beantragen. Der Parteitag sollte nur aussprechen, daß er an den früheren Beschlüssen, die in Versammlungen in Bezug auf das allgemeine Wahlrecht schon gefaßt worden sind, festhält. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Genosse Steiner (Generalredner der Czechen czechisch — nach der Uebersetzung des Genossen Veith).

Redner hält es nicht für nothwendig viel und lange zu diesem Punkte zu sprechen. Die Arbeiterschaft Oesterreichs hat dem Staate gegenüber dieselben Pflichten als die Arbeiter der anderen europäischen Staaten und dennoch vielfach nicht dieselben Rechte. Redner stimmt den Ausführungen des Referenten vollkommen bei und verspricht sich von der in Aussicht stehenden Erweiterung des directen Wahlrechtes für das flache Land sehr viel. Redner meint, daß wenn die Genossen die Agitation auf das flache Land verpflanzen, insbesondere in Bezirken, wo die Abgeordneten, die heute gewählt sind, gar nie erscheinen, um mit den Wählern in Contact zu treten, sie überraschende Resultate erzielen müssen. (Bravo!) Redner führt auch an, daß die slavische Partei in Böhmen ein eigenes, für Kleinbürger und Bauern bestimmtes Blatt gegründet hat, das sie aus eigenen Mitteln erhält, und daß sie insbesondere Anhänger der Kleingewerbepartei in ihr Lager hinüberzieht. (Beifall.)

Genosse Roscher (Generalredner der Deutschen): Es freut mich, constatiren zu können, daß in der Arbeiterschaft Oesterreichs in Bezug auf die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes gar keine Differenzen in den Anschauungen bestehen. Leider hat sich die constitutionelle österreichische Monarchie trotz der Herren Liberalen noch nicht so weit aufraffen können, um der Arbeiterschaft dieses Wahlrecht freiwillig zuzugestehen. Die Regierungen waren nur auf eine Erweiterung des Wahlrechtes der sogenannten mittleren Classen bedacht, weil sie erkannten, daß dieselben jederzeit eine Schanze gegen das Proletariat bilden. In der letzten Wahlbewegung haben wir speciell in Deutschböhmen viel Gewicht darauf gelegt, unser Programm auch in den Kreisen des Kleinbürgerthums zu verbreiten, und es zum Mindesten für freiheitliche Grundsätze zu gewinnen. Mehr werden wir kaum erreichen. Bei der Erörterung des allgemeinen directen Wahlrechtes wird immer die Steuerfrage aufgeworfen. Mir fällt es nun auf, daß in dem Hainfelder Programm von einer Forderung, die schon oft gestellt wurde: Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung einer

directen Einkommensteuer nichts enthalten ist. Meines Erachtens sollten wir das in unserem Programme aussprechen. Leider besteht heute die Kunst unserer Finanzminister nur darin, immer höhere indirecte Steuern einzuführen, um ihr Portefeuille nur zu behaupten.

Vorsitzender: Genosse Hauser hat einen Antrag des Inhaltes eingebracht:

„Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen überall da, wo Erfolge in Aussicht stehen, in die Wahlagitation einzugreifen, sei es für den Reichsrath oder die Landtage."

Dieser Antrag wird unterstützt.

Genosse Tedic: Unsere Pflicht ist es, überall in die Wahlbewegung einzugreifen, wenn auch nicht Erfolge in Aussicht stehen, nicht nur für die Reichsraths- und die Landtagswahlen, sondern auch bei den Gemeinderathswahlen sollen wir eintreten. Ich beantrage, daß der Antrag Hauser in diesem Sinne abgeändert werde.

Genosse Schiller: Ich kann das, was der czechische Genosse vorgeschlagen hat, nur unterstützen. Insbesondere bei uns in Nordböhmen spielen gerade die Gemeinderathswahlen eine große Rolle, und wir haben in den Gemeindevertretungen sogar schon einige Anhänger sitzen.

Genosse Hauser: Parteigenossen! Was mich bestimmt hat, meinen Antrag einzubringen, das waren die großartigen Erfolge, welche wir in agitatorischer Richtung während der letzten Reichsrathswahlen erzielt haben. Wir sind hier in Kreise eingetreten, wo man bisher die Socialdemokratie als den leibhaftigen Gottseibeiuns betrachtet hat. Wir haben vielfach das Kleinbürgerthum, die sogenannte verspießerte Bevölkerung für unsere Principien gewonnen. Der Zusatz betreffend die Gemeinderathswahlen ist nur aus Versehen weggeblieben, und er kommt im nämlichen Antrage auf dem deutschen Parteitage vor. Wir speciell in Wien legen jedoch auf die Gemeinderathswahlen kein besonderes Gewicht.

Die Worte in meinem Antrage: „wo gute Erfolge in Aussicht stehen", sollen selbstverständlich nur andeuten, daß dort, wo wir in minimaler Zahl sind, die Agitation zu unterbleiben habe, dort also, wo ein Erfolg gar nicht vorauszusehen ist. Wo jedoch nur irgendwie Gelegenheit ist, soll eifrig agitirt werden.

Genosse Dr. Adler: Sie wissen, daß wir Wiener ja selbst diejenigen waren, die zuerst und mit aller Entschiedenheit in den Wahlkampf eingetreten sind. Wir sind auch unbedingt dafür, daß das wieder geschieht. Aber obwohl das der Fall ist, bin ich mit dem Antrage Hauser in der vorliegenden Form nicht einverstanden. Der Zusatz in seinem Antrage: „wo gute Erfolge in Aussicht stehen", führt uns zu Zweideutigkeiten und in Gefahren. Ueberlegen Sie wohl, daß wir in Oesterreich noch lange nicht so weit sind als in Deutschland, daß wir in den einzelnen Provinzen überall Parteigenossen haben, die sehr kluge Leute, aber noch nicht so geübt

sind, um den Ränken, Verführungsversuchen und Anbiederungen anderer Parteien auch Widerstand entgegenzusetzen, und wenn wir das aussprechen, so ist ungemein leicht möglich, daß wir es auch einmal erleben, daß eine Menge von Leuten unter socialdemokratischer Flagge gewählt oder candidirt werden, die aber durchaus keine Socialdemokraten, sondern wohlwollende Spießer sind. Wir sollen klar ausdrücken, was wir unter Erfolgen verstehen. Wir haben gewußt, daß wir nicht den Erfolg erzielen werden, daß wir gewählt werden. Unser Erfolg liegt in der principiellen Agitation. Wo es möglich ist, auf dem Boden unseres Programms aufzutreten, ohne irgend ein Compromiß mit irgend Jemandem einzugehen, dort sollen wir eintreten. (Bravo!) Das ist der Erfolg, den wir suchen, und da mache ich darauf aufmerksam, daß die Gemeinderathswahlen das vielfach nicht erlauben. Die Gemeinderathswahlen werden wie an den meisten Orten auch in Wien nicht nach principiellen, sondern nach rein persönlichen Gesichtspunkten abgemacht. Es sind Kaffeehausmachenschaften und Wirthshausclubs, die in den Wahlkampf eintreten, aber einen principiellen Kampf gibt es nicht. Vorige Woche hat ein hiesiger Gemeinderath und Reichsrathsabgeordneter im Parlamente gesagt, daß wir „k. k. privilegirte Socialdemokraten" geworden sind Dr. Lueger hat die Infamie gehabt, das zu sagen. Dieselben Leute von derselben Partei, die für Ausnahmsgesetze immer eingetreten ist, wie die Feudalen, in deren Schwanz sie sich befinden, wissen, wenn sie uns infolge unserer Klugheit, durch Einsperren nicht beikommen können, nichts Anderes, als uns zu beschimpfen und zu verleumden. (Bravo!) Wir brauchen jedoch diesen Menschen weiter keiner Antwort zu würdigen, aber ich wollte ein Beispiel dafür geben, wie schwer unsere Lage ist, wie ungeheuer ängstlich wir auf den Nachtrab sehen müssen, den wir haben. Wir sind uns klar, wir lassen uns nicht foppen, aber in unserem Gefolge haben wir eine Menge Leute, die noch nicht so klar sehen, und wenn der Parteitag sich nicht klar ausspricht, könnten wir dann Dinge erleben, die uns nicht gefallen würden. Ich beantrage, daß anstatt der Worte: „wo günstige Erfolge in Aussicht stehen", die Worte gesetzt werden: „wo ein Wahlkampf ohne Compromiß möglich ist". Wir haben im Wahlkampfe überall offen unser Programm dargelegt und trotzdem haben wir Erfolge erzielt. Ein nordböhmischer Genosse, der nicht zum Worte gelangen konnte, hat mich ersucht, mitzutheilen, daß ihn die nordböhmischen Bauern in der Gegend von Friedland direct beauftragt haben, hier zu erklären, daß sie auf unserem Standpunkte stehen. (Bravo! Bravo!) Wir haben Erfolge erzielt, aber nicht durch Verschweigen, und dadurch, daß wir den Leuten Dinge sagen, die sie gerne hören, sondern dadurch, daß wir ihnen unbekümmert, ob es ihnen gefällt oder nicht, die Wahrheit schroff ins Gesicht gesagt haben. Wenn sie heute nicht einverstanden sind, werden sie es einmal sein, wenn sie etwas gelernt haben.

Uns handelt es sich nicht darum, Stimmen zu erhalten, sondern die Massen aufzuklären. Ich wollte, daß das hier ausgesprochen

werde. Ich mache noch auf einen Punkt aufmerksam. Wir sind diesmal in den Wahlkampf eingetreten, weil wir die große Volkserregung, welche die Wahlen mit sich bringen, ausnützen wollten. Diese Volkserregung ist aber die Bedingung für unser Eingreifen, und wo dieselbe nicht platzgreift, dort sollen wir nicht eintreten. Wir sollen uns mit Kleinigkeiten nicht abgeben, wir zersplittern dadurch unsere Kräfte. Nur dort, wo ein agitatorisches Eintreten möglich ist und Erfolg verspricht, soll dies geschehen. (Beifall.)

Stourc (Prag): Die czechischen Genossen können nicht dem beipflichten, daß die socialdemokratische Partei Compromisse schließe, da sie dadurch Schaden leiden würde. Ich bin gegen jedes Compromiß auch dort, wo wir hoffen könnten, etwas zu erreichen, vertrete jedoch die Meinung, daß wir immer und überall an der Wahlbewegung theilnehmen müssen, und zwar auch dort, wo wir im Vorhinein sehen, daß wir nur einen agitatorischen Erfolg erzielen. (Beifall.)

(Zu diesem Gegenstande waren noch als Redner vorgemerkt die Genossen: Köfler (Haindorf), Hahn (Elbogen), Bierkopf (Villach), Horacek, Flöckinger (Bludenz), Egger (Salzburg), Zadnik (Triest), Gans (Graz), Pospischil (Kladno) und Ucekar (Triest).

Vorsitzender: Ich ertheile dem Referenten das Schlußwort.

Referent Genosse Hannich: Keiner der Vorredner hat sich in einen principiellen Gegensatz zu dem von mir entwickelten Referate gestellt, und es erübrigt mir nur noch Einiges, was vorgebracht wurde, klarzustellen. Genosse Roscher hat darauf hingewiesen, daß durch Ausmerzung der Forderung nach der progressiven Einkommensteuer aus dem Hainfelder Programme die Wahlagitation einen Hemmschuh erhalten habe, und er wünscht in diesem Sinne eine Ergänzung des Programmes. Das bedarf wohl einer kleinen Richtigstellung. Man könnte so zu der Meinung kommen, der Parteitag in Hainfeld habe jenen Programmpunkt ausgeschieden, um der besitzenden Classe ein Compliment zu machen. Wir haben damals die Sache ziemlich ausführlich erwogen und wir sind nach eingehenden Berathungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß mit der Forderung der progressiven Einkommensteuer solange, als die hiezu nothwendigen Machtmittel fehlen, innegehalten werden solle. Wir sind damals zu der festen Erkenntniß gelangt, daß — obgleich man einer Ergänzung im Sinne des Antrages Roscher's principiell nicht entgegen sein kann — wenn wir die Macht besäßen, die Personaleinkommensteuer einzuführen, wir dann muthmaßlich noch mehrere Forderungen, die im Programme nicht verzeichnet sind, durchzusetzen im Stande wären. Wir müssen uns in dieser Frage ebenso den herrschend gewordenen Verhältnissen anpassen, deren Tendenz seit 10 und 20 Jahren dahinläuft, die Steuern immer mehr auf indirecte Weise einzuheben, wie beispielsweise in der Frage der Frauenarbeit. Trotz der moralischen Verderbniß, die die Kindererziehung dadurch trifft, daß die Mütter in die Fabriken gehen und dadurch

alle häuslichen Pflichten zu vernachlässigen gezwungen sind, trotz der Bedachtnahme auf die durch Heranziehung der Frauen gedrückten Lohnverhältnisse können wir uns einer allgemeinen Entwicklung nicht in den Weg stellen. Statt der erwünschten Beschränkung ist eine Vermehrung der Frauenarbeit eingetreten, und die Forderung nach Beseitigung der Frauenarbeit wäre heute ebenso sinn- wie nutzlos. Erwägungen dieser Art waren das Leitende, als wir in Hainfeld uns entschlossen, die Forderung der einzig gerechten Besteuerung vorläufig in das Programm nicht aufzunehmen.

Es wurden zu dem in Behandlung stehenden Gegenstande mehrere Anträge gestellt, gegen welche ich mich dahin aussprechen muß, daß dieselben, sofern sie bezwecken wollen, unter allen Umständen in die Wahlaction für den Reichsrath, die Landtage und den Gemeinderath einzugreifen, die Bedeutung, die ein Wahlkampf für unsere Partei haben muß, ganz außeracht lassen. Wenn, wie bei manchen Landtagswahlen, zu welchen in vielen Kronländern nicht einmal die Fünfgulden-Männer berechtigt sind, der Kräfteverbrauch zu dem erzielten Erfolge in keinem Verhältniß stehen würde, oder wenn gar, wie es zumeist bei Gemeinderathswahlen der Fall ist, nicht ein Princip, sondern eine gewisse Person die Wahlparole ausgibt, dann wäre eine Wahlbetheiligung unseren großen Zwecken nicht dienlich und ihrer nicht würdig. (Sehr richtig!) Am meisten eignen sich noch die Reichsrathswahlen für die Verbreitung unserer Sache, wie die letzte Reichsrathswahl, bei welcher die österreichische Socialdemokratie die Volkserregung erfolgreich ausnützte, es glänzend bewiesen hat. (Sehr richtig! Allgemeiner Beifall.)

Unter den Anträgen, die zu dem besprochenen Punkte vorliegen, würde ich für meinen Theil für den — in der von Genossen Dr. Adler beantragten Verbesserung — von Genossen Hauser eingebrachten Antrag stimmen, und kann ich denselben umsomehr empfehlen, als die anderen Anträge uns die Hände für immer binden und uns leicht auf eine schiefe Ebene führen würden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Ich schreite nunmehr zur Abstimmung. Wer für den Antrag Hauser-Adler in nachstehender Formulirung stimmt:

> Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen überall, wo ein Wahlkampf ohne Compromiß möglich ist, in die Wahlagitation einzugreifen, sei es für den Reichsrath, den Landtag oder den Gemeinderath,

möge die Karte erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist in dieser Fassung angenommen.

Vorsitzender: Wir kommen zum fünften Punkte der Tagesordnung, d. i. „Ueber den Fortgang der sogenannten Socialreform in Oesterreich." Ich ertheile dem Referenten Genossen Neumann das Wort.

Referent Genosse Neumann: Werthe Genossen und Genossinnen! Sie werden begreiflich finden, daß mit Rücksicht darauf, daß wir den Parteitag heute schließen müssen, ich ein so großes, gewaltiges Thema nur flüchtig streifen kann.

Was die socialen Reformen anbelangt, so haben dieselben, wie Sie Alle wissen, in Oesterreich mit dem Entwurfe der Gewerbenovelle im Jahre 1883 ihren Anfang genommen. Dieselbe wurde zuerst im Jahre 1885 und neuerlich im Jahre 1888 ergänzt. Was speciell die den Arbeitern durch die Gewerbenovellen gebotenen Vortheile anbelangt, so haben wir zu Anfang jene Vortheile perhorrescirt. Sie wissen, daß die hervorragenderen Punkte in der Gewerbenovelle an und für sich über die Errichtung von Zwangsgenossenschaften sprechen, und daß eine solche Gewerbeordnung daher von den Arbeitern mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden mußte. Dies ist anders geworden, als der Ausnahmezustand jede Vereinigung der Arbeiter erschwerte und als die Ausnahmsbestimmungen dazu drängten, daß jedes Stück Boden, welches im Sinne der Parteitaktik, der Agitation ausgenützt werden konnte, ausgenützt werden mußte. Als dieses Moment eingetreten war, hat die Arbeiterpartei den Boden, welcher ihr, durch die Gewerbenovelle vom Jahre 1883 geboten war, ausgenützt, und aus der genossenschaftlichen Organisation den Lückenbüßer für die gegenwärtigen Gewerkschaftsorganisationen gemacht. (Sehr richtig! und Beifall.) Der Erfolg war auch entsprechend.

Nun, Sie wissen, daß wenn die Behörde sieht, daß irgend etwas von uns intensiv ausgenützt wird, sie bald durch verschiedene Ausführungsbestimmungen die Ausführung solcher Gesetze verhindert. (Heiterkeit!) So geschah es auch rücksichtlich der Gehilfenversammlungen. Nachdem man gesehen hat, daß die Arbeiter die Gehilfenversammlungen für die Organisation der Arbeiterschaft ausnützen, hat man nicht ermangelt, Erlässe zu produciren, um das Versammlungsrecht zu beschränken. Ganz besondere Erfahrungen haben wir gemacht, als in den Genossenschaften zu Gunsten der Maibewegung in hervorragender Weise eingegriffen wurde. Schon im Jahre 1890 erschien bereits vor dem 1. Mai ein Erlaß, dahingehend, daß alle Gehilfenversammlungen von der Genehmigung des Genossenschaftsvorstehers abhängig seien und nicht nur von der Genehmigung, sondern auch von der Aufforderung desselben, obwohl im Gewerbegesetze und in dem Gehilfenstatut das Recht eingeräumt wird, Gehilfenversammlungen über Verlangen einer bestimmten Anzahl Angehöriger oder über Beschluß des Gehilfenausschusses einzuberufen. Die davon betroffene Genossenschaft hat an den Verwaltungsgerichtshof die Beschwerde gerichtet, und der Verwaltungsgerichtshof hat am 6. Juni zu Recht erkannt, daß durch diese Interpretation der Gewerbeordnung seitens der Behörden das Gesetz verletzt wurde, und daß die volle Berechtigung der Angehörigen und des Gehilfenausschusses zur Einberufung von Versammlungen bestehe. Die unrichtige Interpretation der Gewerbeordnung selbst ist sehr bezeichnend dafür, wie von Seite der aus-

übenden Behörden manche Gesetze unrichtig interpretirt werden. (Sehr wahr!) Es ist ein gewisser Zustand der Unsicherheit in Betreff der thatsächlichen Ausübung des Rechtes, welches durch die Gesetze selbst geboten wird. Unsere Gesetze sind dadurch ausgezeichnet, daß sie lückenhaft sind und einer unrichtigen Interpretation leicht Spielraum geben. (So ist es!)

Ein weiteres Geschenk, das wir durch die Socialreform in Oesterreich erhalten haben, ist die Einführung der Gewerbeinspection. Schon in Hainfeld wurde darauf verwiesen, daß die Gewerbeinspection sehr mangelhaft und lückenhaft sei; die Behörde hat sich nicht der Einsicht verschlossen, daß diese Institution Vieles zu wünschen übrig lasse. Sie hat die Zahl der Inspectoren durch Anstellung von Assistenten vermehrt.

Wenn Sie aber nun glauben würden, daß diese Vermehrung genügt, so konnten Sie aus den Berichten der Gewerbeinspectoren, die seit dem Beginne ihrer Wirksamkeit herausgegeben werden, klar und deutlich ersehen, daß diese Vermehrung nicht genügt. Sie werden es begreiflich finden, daß die Gewerbeinspectoren, welchen riesige Lasten durch Schreibearbeiten aufgehalst werden, nicht in der Lage sind, die Gewerbeinspection so vorzunehmen, wie es im Interesse der Arbeiter wünschenswerth ist Der Hainfelder Parteitag hat es ausgesprochen, daß eine Vermehrung der Gewerbeinspectoren nur dann von Erfolg sein wird, wenn Localinspectoren gewählt werden, und zwar von Seiten der Arbeiter selbst, Männer, die verstehen, was sie inspiciren müssen.

Die gegenwärtigen Inspectoren sind größtentheils nur theoretisch gebildete Männer, die eigentlich keinen Begriff davon haben, wie sie von den Arbeitgebern hintergangen werden, welch letztere durch alle möglichen Kniffe ihnen die Inspection erschweren, indem sie in der Lage sind, alle Uebelstände, welche abzustellen wären, sorgfältig zu verbergen. Ein anderer Uebelstand ist der, daß die Gewerbeinspectoren nicht mit executiver Gewalt ausgestattet sind. Die Gewerbeinspectoren haben nur das Recht, Vorstellungen zu machen, es möge doch Dieses oder Jenes abgestellt werden, und sie können nicht die Anzeige an die Gewerbebehörden machen, welche Uebelstände sie vorgefunden haben. Nun wissen sie ja, daß die Gewerbebehörden und Bezirkshauptmannschaften sehr schnell arbeiten, daß wenn in diesem Jahre eine Anzeige erstattet wird, sicher erst im nächsten Jahre Erhebungen gepflogen werden. (Heiterkeit.) Der Gewerbeinspector ist nicht in der Lage, sich auch zu überzeugen, ob den Anordnungen, die er getroffen hat, Folge geleistet wurde. Eine Reihe von Beispielen beweist dies. Es sind Streiks ausgebrochen, wo die Arbeiter mit vollkommen gerechten Forderungen auftraten. Der Gewerbeinspector besichtigte das Etablissement, nachdem Eingaben der Arbeiter eingereicht worden waren, hat gefunden, daß deren Angaben auf Richtigkeit beruhen, und hat angeordnet, daß gewisse Uebelstände abzustellen seien. Was ist geschehen? Die Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen in der Meinung, daß irgend etwas zur Abänderung der schlimmen

Zustände geschehen werde. Der Gewerbeinspector war dann in einem anderen Bezirke, und es hat nicht lange gedauert, schon einige Tage nachher, waren die alten Mängel wieder da. Ueberschreitungen des Normalarbeitstages, der Sonntagsruhe, Ueberschreitungen der Bestimmungen über Frauen- und Kinderarbeit sind an der Tagesordnung und können, so lange die gegenwärtige Eintheilung im Gewerbeinspectorate existirt, kaum ausgerottet werden. Ein weiterer Punkt, auf den ich Sie aufmerksam mache, ist, daß die Gewerbeinspectoren nicht dazu getrieben werden, ihre Arbeit zu beschleunigen und öfter verschiedene Orte zu besuchen. Auch ist die Honorirung der Inspectoren eine sehr schlechte. Sie bestreiten ihre Reisekosten aus einem Reisepauschale, und das ist für die Arbeiter nachtheilig; wenn der Gewerbeinspector für jede einzelne Reise bezahlt würde, so würde er häufiger Inspectionsreisen machen. Ein weiterer Uebelstand liegt darin, daß das Centralgewerbeinspectorat einem Manne anvertraut ist, der nicht die nöthige Energie hat, gegen die Unternehmer aufzutreten. — Es ist ein Fall vorgekommen, daß ein Gewerbeinspector deshalb, weil er den Fabriksbesitzern energisch nahelegte, gewisse Uebelstände abzuschaffen, versetzt wurde. (Hört! Hört!) Das Centralgewerbeinspectorat hatte behauptet, daß er zu energisch sei, während die Arbeiter in einer Zuschrift mehr Energie wünschenswerth fanden. Sie sehen also, daß das Gewerbeinspectorat in der gegenwärtigen Form dem socialreformatorischen Gedanken, wie er uns vorschwebt, nicht entspricht.

Im Jahre 1888 ist das K r a n k e n v e r s i c h e r u n g s g e s e t z zur Annahme gekommen, ein Gesetz ebenfalls voll Lücken und Mängeln. Wir Arbeiter haben auch dort, wo es möglich war, uns der Krankencassen bemächtigt, von der Erwägung ausgehend, daß wir uns aller dieser Institutionen bemächtigen müssen, damit zielbewußte Genossen die Leitung in den Händen haben, weil dadurch besser die Mängel der gesetzlichen Bestimmungen aufgedeckt und die Rechte der Arbeiter gewahrt werden. Als die Behörde an die Durchführung des Krankenversicherungsgesetzes ging, zeigte es sich, daß sie dasselbe ganz eigenthümlich auszulegen verstand. Das Erste, was die Gewerbebehörden und das Handelsministerium thaten, war, daß plötzlich für die industriellen Betriebe ein Erlaß publicirt wurde, in welchen sie den Arbeitern kund und zu wissen gaben, daß der § 46 des Gesetzes den Arbeitern verbiete, außer bei den Betriebskrankencassen auch bei einer anderen im Sinne des Gesetzes vom März 1888 eingerichteten Krankencasse Mitglied zu sein; das Gesetz verbiete die D o p p e l v e r s i c h e r u n g. Der § 46 des Krankenversicherungsgesetzes sagt freilich etwas ganz Anderes. In dem Erlasse des Handelsministeriums aber wurde den Arbeitern befohlen, nur den Betriebskrankencassen beizutreten und aus der Allgemeinen Arbeiterkrankencasse auszutreten. In dem Gesetzentwurf und speciell in dem § 46 heißt es, daß ein Arbeiter, welcher bei einer im Sinne des Gesetzes vom März 1888 errichteten Krankencasse Mitglied ist, nicht g e z w u n g e n werden könne, der Betriebskrankencasse beizutreten. Nur der Energie der Arbeiter, welche sofort

eine Protestversammlung veranstalteten, ist es zu danken, daß über den Erlaß des Ministeriums, betreffend das Verbot der Doppelversicherung hinweggegangen und das Recht der Arbeiter gewahrt wurde.

Im Jahre 1889 ist ein Gesetzentwurf behufs Regelung der Verhältnisse der Bruderladen eingebracht worden. Bis heute haben die Knappen zu zahlen, nehmen aber keinen Einfluß auf die Verwaltung ihrer Krankencasse. Der Bergwerksbesitzer verwaltete dieselbe ganz unbeschränkt. Das Gesetz vom 28. Juli 1890 hat dies geregelt, und zwar ähnlich wie es das Krankenversicherungsgesetz vorschreibt. Wie wird das Gesetz ausgeübt? In dem Bruderladengesetz heißt es ausdrücklich: „Die Krankencasse der Bruderlade ist verpflichtet, Krankenunterstützungen und Begräbnißgelder in dem Maße zu gewähren, als solche nach dem Krankenversicherungsgesetze der Arbeiter bestimmt sind. Dieses Gesetz bestimmt, daß die Krankenunterstützungen durch mindestens 20 Wochen gewährt werden und wenigstens 60 Percent des ortsüblichen Taglohnes betragen müsse. Am Bergarbeitercongreß wurde klar und deutlich constatirt, welches Bewandtniß es eigentlich damit hat. Die Krankenunterstützungen wurden so gewährt, daß sie nur 50 Percent betrugen, also weit unter die gesetzlichen Bestimmungen herabgehen, und das nur aus dem Grunde, weil man gefürchtet hat, daß die Bergwerksbesitzer zu sehr belastet und vielleicht in die Lage kommen würden, den Bruderladenbetrag aus eigener Tasche zuzuschießen, wenn die Cassen nicht im Stande wären, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Man hat also das Krankenversicherungsgesetz verletzt und Beträge ausgezahlt, die dem gesetzlichen Ausmaß der Krankenunterstützungen nicht entsprechen. Sie sehen, wie verschiedenartig Gesetze durchgeführt werden.

In dem Bruderladengesetz vom 28. Juli 1890 figurirt auch bezüglich der Verwendung der Gelder eine Bestimmung, nach welcher unter den allgemeinen Verwaltungsauslagen der Krankencasse die Kosten kirchlicher Feierlichkeiten und der Bergmusik, sowie Unterstützungen für die Schule und andere außerordentliche Zwecke verrechnet werden sollen, so daß dieses Bruderladengesetz auch dafür Sorge trägt, daß Gelder für kirchliche Zwecke verwendet werden, trotzdem die Krankenunterstützungen so niedrige sind. Da die Gelder auch für solche Erfordernisse verausgabt werden sollten, werden auch die Invaliden- und Witwenunterstützungen auf ganz minimale Beträge reducirt. Die Bergarbeiter haben ein eigenes Musterstatut auszuarbeiten unternommen, um die Ausgestaltung der Krankencasse selbst vorzunehmen. Sie wollen, daß ihnen die Freizügigkeit gewahrt bleibe, da durch die Bruderladen, wie sie gegenwärtig bestehen, dieselbe genommen wird. Wenn ein Arbeiter seiner Agitation wegen aus einem Bergwerke entlassen wird, so wird ihm erklärt, daß er sein Mitgliedsrecht verloren habe, weil er nicht mehr Arbeiter des betreffenden Bergwerks ist. Es ist die Pflicht aller Bergarbeiter, sich mit Energie gegen die Revierskrankencassen zu wenden, weil durch dieselben die Freiheit

der Arbeiter in ganz empfindlicher Weise eingeschränkt wird. (Sehr richtig! und Beifall.)

Die Unfallversicherung bildet auch einen Theil der sogenannten Socialreform in Oesterreich; man hat sie als eine große Reformthat gepriesen. Sofort als dieselbe ins Leben getreten, haben wir getrachtet, daß wir mehrere unserer Genossen in den Vorstand der Versicherungsinstitutionen bringen, daß wir überwachen können, wie die Geschäfte daselbst geführt werden. Während dieser kurzen Zeit haben wir manche Erfahrungen gemacht. Man klagt, daß die Arbeitsgeber sehr beschwert werden, denn bekanntlich hat der Arbeitsgeber 90 Percent und der Arbeiter nur 10 Percent zu leisten. Durch diese hohe Leistung wird aber der Arbeitsgeber dazu gedrängt, alle Sicherheitsvorrichtungen zu treffen, die zur Unfallsverhütung nothwendig sind. Dann ist es ihm ja möglich, in eine niederere Gefahrenpercentclasse versetzt zu werden, wenn er durch seine Vorsorge eine Verminderung der Unfälle herbeiführt. Es müssen aber auch von den Arbeitern womöglich alle vorkommenden Unfälle der Gewerbebehörde zur Anzeige gebracht werden, nur dadurch werden sie herbeiführen, daß alle nothwendigen Schutzvorrichtungen eingeführt werden. Was die Renten anbelangt, die den von Unfällen Betroffenen ausbezahlt werden sollen, so läßt sich die gegenwärtige Unfallversicherung angelegen sein, so wenig als möglich auszubezahlen. In einer Reihe von Fällen wurden Unfallbetroffene, die berechtigt wären, eine Rente in Anspruch zu nehmen, weil sie durch den Unfall einen Theil ihrer Arbeitskraft verloren haben, des Anspruches verlustig erklärt, und zwar dadurch, daß die Aerzte der Anstalt erklärten, daß der Versicherte noch ganz gut weiter arbeiten könne. Wir müssen zu unserem Bedauern gestehen, daß die Arbeiter nicht die Energie haben, die nothwendig wäre, für ihre Interessen einzutreten, wie es unbedingt zu wünschen wäre; die Arbeiter nehmen die Hilfe der Schiedsgerichte nicht in Anspruch, sie machen keinen Lärm darüber, wenn sie in solch ungerechter Weise behandelt werden. Durch Lärm gelingt es aber, Manches, was faul ist, zu beseitigen.

Es wurde weiters ein Gesetzentwurf eingebracht, der auch als ein Stück Socialreform betrachtet wird es ist dies der Gesetzentwurf über die registrirten Hilfscassen. Er wurde im Abgeordnetenhause angenommen, es bleibt noch zu erwarten, daß im Herrenhause eine gewisse Abänderung eintreten wird, welche die registrirten Hilfscassen für uns ganz werthlos machen würde.

In dem Gesetzentwurfe ist blos ein Absatz, der einigen Werth hat, derjenige, wo es heißt: „daß die registrirte Hilfscasse befugt ist, auch an Erwerbslose Unterstützungen zu gewähren". Wenn derselbe erhalten bleibt, werden wir jedenfalls das Experiment mit einer solchen Hilfscasse machen. In der Praxis werden die Durchführungsgesetze zu diesem Gesetze die registrirten Hilfscassen ganz werthlos machen, ist dies nicht der Fall, so werden wir es gewiß nicht unterlassen, dadurch eine Ergänzung in unserer Organisation herbeizuführen, aber keinesfalls kann auch dieser Gesetzentwurf mit irgend

welcher Berechtigung ein socialreformatorischer genannt werden, ebenso wenig wie der Gesetzentwurf über die Arbeiterkammern. Sie wissen, daß betreffs des letztgenannten Gesetzentwurfes bereits unsere Genossen Stellung genommen haben. Sie wissen, daß die Arbeiterkammern in der Fassung vom Februar 1889 keinen Werth für die Arbeiter hätten. Dieser Entwurf ist gegenwärtig in einigen unwesentlichen Bestimmungen abgeändert und verbessert. Aus diesem Gesetzentwurf können Sie auch entnehmen, wie verschieden man bei uns die Staatsbürger behandelt, während die Arbeiterkammern neun Abgeordnete für den Reichsrath wählen sollen, wählen die Handels- und Gewerbekammern 21 Abgeordnete. Sie sehen daraus klar und deutlich, daß vor dem Gesetze nicht alle Staatsbürger gleich sind, daß die Arbeiter blos Staatsbürger zweiter Kategorie sind und von diesem Gesichtspunkte aus behandelt werden. (So ist es!)

Ich komme nun auf einen weiteren Entwurf zu sprechen, der erst in allerjüngster Zeit eingebracht wurde. Ich muß hier bemerken, daß es in letzter Zeit Socialreformen factisch geregnet hat. Man hat sich in unserer sogenannten Volksvertretung förmlich darum gezankt, wer die richtigen Socialreformgesetze einbringe und auch die Regierung hat einen „socialreformatorischen" Entwurf eingebracht, der unsere Beachtung verdient. Es ist dies ein Entwurf über die Arbeiterausschüsse, die Genossenschaftsorganisation der fabriksmäßigen Betriebe und über die Einigungsämter, ein unzertrennbares Trio. Arbeiterausschüsse sollen gewählt werden, darauf baut sich die genossenschaftliche Organisation auf und auf diese endlich das Einigungsamt. Die Arbeiterausschüsse haben die Bestimmung, „das friedliche Einvernehmen zwischen Arbeitsgeber und Arbeitsnehmer herzustellen."

Wir wissen ganz gut, daß die Arbeiterbewegung ein unangenehmes Ding für die Arbeitsgeber geworden ist. Fortwährend wird in Bourgeoisblättern gepredigt, wie verderblich für die Arbeiter die Strikes sind, daß die Arbeiter davon ablassen sollen. Und um sie zu vermeiden, sollen die Arbeiterausschüsse eingerichtet werden. Wenn durch die Arbeiterausschüsse eine gesetzliche Vertretung der Arbeiter möglich sein wird, so wird sich daran eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über den Contractbruch anschließen. Ein Fall, in welchem ein Arbeiter an und für sich eine harte Strafe erlitten hat, wurde dazu benützt, die Bezirkshauptmannschaft und Gewerbebehörde aufmerksam zu machen, ob nicht im bürgerlichen Gesetzbuche vom Contractbruche die Rede ist. Es wurde gesucht, den Arbeitsvertrag von diesem Gesichtspunkte zu betrachten. Wir können sicher sein, daß ein specieller Gesetzentwurf über Contractbruch zu Tage gefördert werden wird, nachdem ja so viele socialreformatorische Vorschläge zur Bannung der drohenden Gefahren aufgetaucht sind.

Die Arbeiterausschüsse werden so eigenthümlich zusammengestellt, daß man daraus sofort ersehen kann, was man eigentlich mit dem ganzen Entwurfe will. Der § 5 gibt nur Denjenigen das passive Wahlrecht, die drei Jahre in dem Betriebe beschäftigt sind. Was wird daraus folgen, daß man zu einem Arbeiterausschuß-

mitgliede nur einen sehr „guten" und „braven" Arbeiter zu wählen in der Lage sein wird und auch die Wähler werden solche sein, die nicht zu rührig und zu laut für unsere Organisation thätig sind, weil solche in der Regel in kürzerer Zeit hinausgemaßregelt werden. Die Mandatsdauer soll nicht kürzer als ein Jahr und nicht länger als drei Jahre betragen und die Zahl der Mitglieder des Ausschusses soll nicht geringer als drei und nicht größer als zwanzig sein. Wenn nur Arbeiter, die bereits drei Jahre in der Fabrik beschäftigt waren, im Ausschusse wirken sollen, so können Sie überzeugt sein, daß sie den Herrn Unternehmern ganz zu Gesichte stehen werden, und daß sie in der Weise wirken werden, daß sie noch längere Jahre in dieser Fabrik beschäftigt sein können. Denn wenn sie intensiv für die Interessen der Arbeiter eintreten, dann werden sie entlassen, und das wird dazu führen, daß wir es mit Arbeiterausschüssen zu thun haben werden, die nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die der Unternehmer vertreten.

§ 7 bestimmt, daß den Wahltag der Gewerbeunternehmer zu bestimmen habe, und daß die Einladung zur Wahl spätestens einen Tag vor der Wahl erfolgen solle. Bei einer so wichtigen Angelegenheit, wie es die Wahl der Ausschüsse ja sein soll, werden die Arbeiter vom Fabriksbesitzer erst einen Tag vorher verständigt, daß eine Wahl stattfinde, so daß sie nicht einmal in die Lage versetzt sind, sich zu besprechen, welche Genossen gewählt werden sollen. Die Wahl findet auch unter der Leitung des Gewerbeunternehmers statt, die geheime Abstimmung ist beinahe gänzlich ausgeschlossen, es ist also auch die Form des Wahlganges eine verwerfliche. Schon von diesem Gesichtspunkte aus sind diese Arbeiterausschüsse ohne von ihrem sonstigen Werthe zu reden, keineswegs Institutionen, die als Socialreformen betrachtet werden können, die im Interesse der Arbeiter errichtet werden, sondern es sind einfach Institutionen im Interesse der Arbeitsgeber.

§ 10 sagt, der Arbeiterausschuß kann von der Gewerbebehörde aufgelöst werden, wenn er seinen gesetzlichen oder statutenmäßigen Wirkungskreis überschreitet oder überhaupt den Bedingungen eines rechtlichen Bestandes nicht mehr entspricht.

Wenn also der Arbeiterausschuß eine aggressive Stellung gegen den Unternehmer einnimmt, kann er von der Behörde aufgelöst werden, denn der Entwurf sagt ja ganz ausdrücklich, daß die Arbeiterausschüsse dazu gebildet werden, um zum „guten Einvernehmen" zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beizutragen. Wenn aber ein Ausschuß gegen die Arbeitgeber vorgeht, dann ist der Gewerbebehörde eine Handhabe geboten, zu sagen, „er entspreche nicht seinen statutarischen Bestimmungen".

Aehnlich wie mit den Arbeiterausschüssen verhält es sich mit der genossenschaftlichen Organisation der fabriksmäßig betriebenen Gewerbe. Ihre Versammlungen setzen sich aus Delegirten zusammen, nicht aus allen Angehörigen der Genossenschaft. Diese Delegirten werden von den Arbeiterausschüssen gewählt. Die Zahl der Delegirten für jeden Erwerbszweig und für jedes Unternehmen

wird im Verhältniß zur Zahl der beschäftigten Hilfsarbeiter nach einem gleichen Maßstabe festgesetzt, der von den Fabriksbesitzern gegeben wird. Auch hier werden die Delegirten nur „brave“ und „tüchtige“ Arbeiter sein. Wählbar als Delegirter ist derjenige, welcher das 21. Lebensjahr zurückgelegt hat und ein Jahr in der Fabrik beschäftigt ist. Zur Wählbarkeit als Vorsteher, Stellvertreter oder Ausschußmitglied gehört das 24. Lebensjahr; derjenige, der in den Genossenschaftsausschuß wählbar sein soll, muß seit drei Jahren in der betreffenden Fabrik beschäftigt sein. Die Genossenschaft ist in der Weise eingerichtet, daß eine besondere Genossenschaft für die Arbeitgeber und eine besondere für die Arbeitnehmer existirt. Beide Genossenschaftsausschüsse bilden den Gesammtausschuß und dieser tritt zusammen, um zu berathen. Auf der einen Seite haben wir die Arbeitgeber, welche auch das Präsidium zu wählen haben, auf der anderen die Arbeitnehmer, „gute“, „brave“ Arbeiter die wenigstens drei Jahre in einer Fabrik beschäftigt sind, die das 24. Jahr zurückgelegt haben, und ganz gefügige Werkzeuge der Arbeitgeber geworden sind. Wir müssen sagen, daß auch diese Organisationen im Zeichen der Halbheit stehen, und es zeigt sich klar und deutlich, wie mit diesen Socialreformen den Arbeitern Sand in die Augen gestreut werden soll. Ebenso ist es mit den Einigungsämtern bestellt, wo zur Wählbarkeit das zurückgelegte 30. Jahr nothwendig ist. Auch sie haben die Verpflichtung, das „gute Einvernehmen“ zwischen Fabriksbesitzern und Arbeitern herzustellen. Ebenso wie in den Arbeiterausschüssen, wird derjenige, welcher die Rechte der Arbeiter vollkommen vertritt, nicht lange in der Fabrik bleiben, und man wird bald überhaupt nicht mehr in die Lage kommen, energische Arbeiter in den Ausschuß oder in das Einigungsamt zu wählen. Es ist offenbar, daß diese drei Entwürfe, dieses Trio, für uns Arbeiter nicht nützlich sind, sondern nur unsere eigene Organisation hindern. Die genossenschaftliche Organisation der Fabriksarbeiter sind einem ganz eigenthümlichen Gedankengange entsprungen. Zu den genossenschaftlichen Organisationen sollen die Arbeiter mit Zwang herbeigezogen werden, sie müssen auch zwangsweise ihre Beiträge zahlen. Daß man dadurch die freien Arbeiterorganisationen gefährden will, liegt klar zutage. Doch ebenso wie es sich gezeigt hat, daß die Zwangsgenossenschaften im Kleingewerbe nicht im Stande sind, die freien Arbeiterorganisationen auf die Dauer zu hemmen, sondern daß sie dazu benützt worden sind, die freien Organisationen auszubauen, ebenso werden jedenfalls, wenn überhaupt dieser Gesetzentwurf Rechtskraft erlangt, die genossenschaftlichen Organisationen benützt werden, um desto intensiver für die freien Arbeitervereinigungen zu agitiren. Wir wünschen, daß dieser Gesetzentwurf fleißig studirt werde, denn die Arbeiter würden dann bald erkennen, wie man zu jeder Zeit bemüht ist, den Schein zu erwecken, als ob man für sie etwas Gutes thäte, und für wie unvernünftig man sie hält, wenn man glaubt, sie würden sich mit wahrer Herzenslust und Heißhunger auf diese Art der Organisation stürzen.

Wie die Fabriksbetriebe genossenschaftlich organisirt werden sollen, so sollen auch beim Bergbau die Bergarbeiter zu einer genossenschaftlichen Organisation gedrängt werden, mit Arbeiterausschüssen und Einigungsämtern unter denselben Wahlmodalitäten — und auch das heißt „Socialreform". Für alle Arten der Arbeiter sucht man etwas zu thun, — etwas, was einzig und allein im Interesse der Arbeitgeber liegt. Wenn man mit der Ausdehnung der Genossenschaften auf die Bergarbeiter zeigen will, daß man nicht an die Arbeiter vergesse, so möchte ich fragen, warum wird das Gewerbeinspectorat nicht auf die kleingewerblichen Betriebe ausgedehnt, warum sucht man denn nicht den ländlichen Arbeitern Vortheile zu schaffen, warum wird kein Gesetzentwurf zu Gunsten jener Hausindustriellen vorgelegt, die heute noch ganz schrankenlos ausgebeutet werden? Alle bisherigen „socialreformatorischen" Bestimmungen sind lückenhaft und lassen ruhig zu, daß der Arbeiter ausgebeutet wird. Der Normalarbeitstag existirt nur für Fabriken, während für die Arbeiter im Kleingewerbe keine Schutzbestimmungen Geltung haben, ebenso fehlen für das Kleingewerbe Bestimmungen über die Frauen- und Kinderarbeit. Alle bisherigen gesetzlichen Bestimmungen athmen den Geist der Lückenhaftigkeit, und nicht einen einzigen Gesetzentwurf haben wir, der über die Halbheit hinausgeht. Die Arbeiter haben durch ihre Organisation bereits so Manches herbeigeführt und es so weit gebracht, daß die Gewerbebehörden und Bezirkshauptmannschaften sich heute endlich damit beschäftigen, die Gesetze verstehen zu lernen, nachdem sie sich bereits zu häufig blamirt haben, was selbst Leuten, die ein Buch über die Durchführung der Gewerbeordnung geschrieben haben, das als Wegweiser dienen soll, passirt ist. Daß diese Leute das Gewerbegesetz nicht verstehen und nicht im Stande sind, es richtig auszulegen, beweisen die Erlässe, welche jetzt wieder zurückgezogen werden müssen.

Die Arbeiter sollten, wenn irgendwelche gesetzliche Bestimmungen für sie getroffen werden, diese Bestimmungen besprechen, auf ihren Gehalt prüfen und, soweit dies irgend möglich ist, sie auszunützen trachten. Wir müssen diese Bestimmungen kritisiren, wir müssen Volksversammlungen einberufen und die Leute darauf aufmerksam machen, was man ihnen anzubieten wage. (Bravo!) Darin liegt eine wichtige Handhabe für unsere Gesammtorganisation. Diese Erkenntniß muß auf viele Arbeiter einwirken, sich unserer Organisation anzuschließen. Von diesem Gesichtspunkte aus beantragt der Referent eine Resolution, welche sammt den Zusätzen weiter rückwärts abgedruckt ist.

Ich muß darauf aufmerksam machen, daß gerade das Coalitionsrecht eines unserer wichtigsten Rechte ist. Sie wissen, wie der § 3 des Coalitionsrechtes gehandhabt wird. Sie haben bemerkt, wie beim Bäckerstrike die Arbeiter, welche in den Verpflegsstationen waren, nach Wien transportirt worden sind, um ihren Collegen Concurrenz zu machen. Durch die Gewalt der Behörde sollte der Erfolg verloren gehen. Das Coalitionsrecht wurde vollkommen weg-

escamotirt. (Sehr wahr!) Wehe dem Arbeiter, der die Wichtigkeit einer Arbeitseinstellung begreift und diese seinen Collegen auseinandersetzt, es wird ihm sofort erklärt, daß er durch „Mittel der Einschüchterung Arbeiter davon abgehalten, die Arbeit aufzunehmen" und er wird im Sinne des Coalitionsrechtes § 3 verurtheilt. (So ist es!!) Wenn wir daher fordern, daß wirklicher Arbeiterschutz uns durch volle Coalitionsfreiheit gewährt werde, so sind wir im vollen Rechte, und wir müssen diese stets fordern, und daher bitte ich, die von mir beantragte Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Ich ertheile dem Dolmetsch Genossen Veit zur Uebersetzung des Referates das Wort.

Genosse Veit (übersetzt das Referat in das Czechische).

Vorsitzender: Genosse Englisch hat sich zum Worte gemeldet, ich ertheile ihm hiermit dasselbe.

Genosse Englisch (polnisch).

Genosse Diamant (übersetzt): Genosse Englisch führt aus, daß die Genossen in Krakau noch unter ärgerem Drucke leiden als die Genossen in Lemberg. Es bestünden in Krakau wenig selbstständige Krankencassen, die meisten Arbeiter seien in der allgemeinen Krankencasse versichert. In den Ausschüssen säßen die Arbeitgeber und ihre Factore, was eine ungeheure Protectionswirthschaft zur Folge habe. Im Vorzimmer der Krankencasse stehe ein Schrank mit Medicamenten und allen Patienten würden dieselben Mittel verabreicht ohne Rücksicht auf ihr Leiden. (Bewegung. Rufe: Höchste Humanität!) Die Aerzte haben strikte Aufträge nur die billigsten Mittel ohne Rücksicht auf den Erfolg zu gebrauchen. Die Behandlung sei eine jeder Menschlichkeit hohnsprechende. Weiters beklagt er sich über die Gewerbeinspection. Für Bukowina und Galizien sei ein einziger Gewerbeinspector bestellt, so daß derselbe große Reisen unternehmen müsse, um auch nur eine einzige Fabrik besuchen zu können. Der Inspector beklagt sich auch in allen Berichten, daß die ihm zur Verfügung stehende Zeit in keinem Verhältnisse zu der ihm obliegenden Arbeit stehe. Es gebe ganze Gegenden, die der Inspector noch nicht aufgesucht habe, und über welche die Regierung keine Aufklärungen erhalte. Man sollte die Inspection wenigstens in eine für Ost- und in eine zweite für Westgalizien theilen.

In Krakau komme in die Partei regeres Leben und ein Gewerkschaftsverein sei eben in Bildung begriffen.

Bezüglich der Bergarbeiter wolle Redner hier noch vorbringen, daß sich die Bergwerksbesitzer in Lemberg versammelt hätten, um das Bruderladengesetz zu bekämpfen. In vielen Gegenden, wie in Borislav, haben Bruderladen sich überhaupt noch nicht organisirt, bis nun seien die Bergarbeiter Galiziens in keiner Krankencasse versichert und auch sei bis nun von keiner Bewegung unter den Bergarbeitern zu melden.

Die Bergwerksbesitzer haben Recurse gemacht, und wenn die neuen Bruderladengesetze in Kraft treten, werden sie die Ver-

schleppungsgeschichte von vorne anfangen, bis vielleicht eine neue Novelle eingebracht wird (Heiterkeit) und dann kann die Methode mit den Recursen von vorne beginnen. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Die Bergwerksbesitzer haben den für von Unfall betroffenen Arbeiter auf jährlich 100 fl. bestimmten Anspruch, mit der Motivirung, daß jeder Arbeiter sich für 100 fl. gerne zum Krüppel mache, auf 40 fl. zu reduciren verstanden. Sie machen auch den Staat darauf aufmerksam, daß durch die leicht möglichen Selbstverstümmelungen (Heiterkeit) das Recrutencontingent Einbuße erleiden würde. (Lebhafte Heiterkeit.)

In Borislav seien 3500 Arbeiter anwesend, während nur 1500 Arbeiter beschäftigt seien, und zwar geschehe dies in der Art, daß eine neue Schichtordnung eingeführt wurde, daß in einer Woche ein Arbeiter nur zwei Tage arbeite, um hiedurch die Löhne zu drücken. Nach zwei Tagen sind die Arbeiter einfach arbeitsunfähig und sie können vier Tage ausruhen, um wieder an die übermäßige Arbeit zu schreiten. (Entsetzlich! Niederträchtig!)

In den Naphtha- und Erdwachsgruben seien Unfälle an der Tagesordnung. Wenn ein Arbeiter verunglückt, so trage man ihn außerhalb des Bereiches der Gruben, und wenn er aufgefunden wird, weiß Niemand wie er heißt, woher er gekommen und wo er bestattet wird, und dies Alles geschieht, damit nur die Arbeitsgeber allen Entschädigungsansprüchen entgehen. (Entrüstungsrufe.) Wenn wenigstens Arbeiterlisten bestünden, würden solche grauenhafte Vorfälle doch nicht so leicht möglich sein. Englisch verweist auf die „Praca“, in deren letzter Nummer Thatsachen verzeichnet sind, von denen in anderen Provinzen sich Niemand träumen lasse. Man könne den Gewerbeinspector gewiß nicht beschuldigen, daß er zu viel für die Arbeiter thue, aber was sagt er über die Grubenbesitzer in Galizien? Er sagt, sie leisten einen geschlossenen Widerstand gegen ihn, sie trachten Alles in's schiefste Licht zu stellen was er thue, trotzdem er die minimalsten Ansprüche stelle. Von einem Processe, meint Genosse Englisch, gegen die Bergwerksbesitzer wegen Geheimbündelei haben wir nichts gehört, trotz der officiellen Anzeige im Berichte des Gewerbeinspectors.

In den Bergwerken seien die Arbeiter leider noch weniger classenbewußt als in anderen Gewerben. Jetzt sei es unsere Aufgabe, etwas in Galizien in dieser Hinsicht zu thun. (Bravo! Bravo!)

Cerny (Prag, spricht czechisch): Man hatte hervorgehoben, daß in Oesterreich eigentlich der beste Fortschritt gemacht wurde. Aber das es nicht so ist, das wissen wir Alle. Ich verweise z. B. auf die Invaliditäts- und Altersversicherung, die schon anderswo durchgeführt ist, bei uns aber fortwährend schläft. Was die berührte Institution der Gewerbeinspectoren betrifft, so haben die Behörden selbst anerkannt, daß sie nicht ausreiche und haben aus diesem Grunde Assistenten beigestellt. Was für einen Werth diese Assistenten haben, das erhellt daraus, daß sie zu Diurnisten- und Conceptarbeiten verwendet werden, aber nicht zu Inspectionsreisen. Was die

Krankenversicherung anbelangt, weise ich auf die einzelnen Uebel und insbesonders auf den Fehler hin, welcher in der Bestimmung liegt, daß ein Arbeiter nur 20 Wochen lang unterstützt wird. Was soll aber einer thun, der über 20 Wochen krank ist? (Zuruf: Der soll grasen geh'n!) Ferner treten die Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes nur dann in Kraft und wird die Rente nur dann ausbezahlt, wenn der Arbeiter beim Betriebe verunglückt. Wenn ihm aber etwas außerhalb des Betriebes widerfährt, er z. B. ausrutscht und ein Bein bricht, erhält er nichts. Weiters bestimmt das Unfallversicherungsgesetz ein Maximum, bis zu welchem sich der Arbeiter versichern lassen kann, aber von einem Minimum ist keine Erwähnung. Es bestimmt ferner für Lehrlinge und Volontäre und noch nicht vollends ausgebildete Personen ein Minimum und auch ein Maximum von 300 fl. Wie aber sind jene Arbeiter daran, welche als vollentlohnte Arbeiter behandelt werden bei einem Taglohn von 20 bis 25 kr. wie die ländlichen Arbeiter, wenn sie davon 60 Percent als Rente beziehen und dabei verheiratet und sogar Familienväter sind? Darum kümmert sich das Gesetz nicht. Wir müssen also bei jeder Gelegenheit fordern und darnach streben, daß Gesetze, welche bereits bestehen, auch ausgenützt werden, daß in der Leitung der Anstalten Genossen sitzen, welche die Sache richtiger zu beurtheilen wissen. Wir in Böhmen sind in dieser Beziehung etwas besser gestellt, weil wir diese Stellen früher occupirt haben. Wir erhalten 60 Percent, während an anderen Anstalten blos 40 Percent gezahlt werden. Da meine Zeit um ist, will ich in einigen Worten meine Meinung über die Socialreform zusammenfassen. Die Socialreformen sind gut, so lange etwas Anderes nicht besteht. Wir müssen sie ausnützen und für unsere Zwecke verwenden; wir müssen diese Reformen, wenn schon mit Pflaster gearbeitet wird, ordentlich aufpflastern lassen, damit auch für unsere Zwecke etwas daran kleben bleibt. (Beifall.)

Genosse Chwala (Wien): Genossen! Niemand von uns wundert sich, daß es im Kleingewerbe keine bestimmte Arbeitszeit gibt, daß lustig Tag und Nacht von Frauen und Kindern gearbeitet wird: es ist ja in der großen Industrie nicht anders. Sie werden sich gewiß nicht einbilden, daß die Arbeiterschutzbestimmungen und die Gewerbeordnung ernst gemeint sind, so daß sie gehalten werden sollen. Diese Schutzbestimmungen hören sofort auf, wenn eine Lohnbewegung ausbricht. Dann wird in jenen Betrieben, wo gearbeitet wird, kein Gesetz geachtet und Tag und Nacht werden die Arbeiter mißbraucht. Wir haben das beim Buchdruckerstreik gesehen, wo wir oft Anzeigen gemacht haben. Aber nichts ist erfolgt. Man hat uns geantwortet, ja wenn wir da einschreiten, wird man uns sagen, wir nehmen Partei für die Streikenden; also um den Unternehmern nicht nahe zu treten, läßt man sie in der schrankenlosesten Ausbeutung gewähren. Das ist in Kriegszeiten der Fall. In Friedenszeiten ist es auch nicht anders. Der Unternehmer wird, wenn man erfährt, daß Bestimmungen übertreten werden, zum erstenmale nicht bestraft, sondern aufmerksam gemacht, daß er bestraft werde, wenn

dies noch einmal vorkomme. Es kommt auch darauf an, ob der Gewerbeinspector überhaupt von Uebertretungen benachrichtigt wird, ob er Zeit hat hinzugehen, und ob er, wenn er schon dort ist, etwas erfährt. Denn sobald er beim Hausthor hinein kommt, spielt der Signalapparat, die Leute werden in einem Raume aufbewahrt, bis der Inspector verschwunden ist; so wird vorgegangen. Das Gewerbeinspectorat wäre eine gute Einrichtung, nur ist es mit dem Uebelstand behaftet, daß es von Leuten besorgt wird, die nur theoretische Bildung, aber keine praktischen Kenntnisse besitzen. Wir müssen deshalb die Forderung erheben, daß Leute aus unserer Mitte, welche das Arbeiterleben und die Kniffe der Unternehmer durch und durch kennen, zum Inspectorat beigezogen werden. Die Gewerbeinspection muß aus Staatsmitteln erhalten werden. Nun wurden im Jahre 1889 acht Assistenten beigegeben, welche von den Mitteln der Arbeiterschaft, nämlich indirect, aus den Mitteln der sieben bestehenden Unfallversicherungsanstalten erhalten werden. Die Folge davon ist, daß die Krüppel und die Hinterbliebenen weniger bekommen.

Die Krankenversicherung haben wir so wenig wie die Unfallversicherung gewünscht. Sie dient zum Vortheile der Unternehmer, nicht der Arbeiter. Mit der Unterstützung, welche die Arbeiter beziehen, können sie nicht existiren. Die Unternehmer haben bei verschiedenen Gelegenheiten Anlaß genommen, die bestehenden Krankencassen, die genossenschaftlichen und die Bezirkskrankencassen, dadurch zu beschwindeln, daß sie Beiträge, die sie den Arbeitern abziehen, nicht einliefern. Viele Unternehmer werden nicht bestraft, denn es gibt solche, bei denen das Geld uneinbringlich ist, weil sie selbst nichts haben. Es wird seitens der Arbeitsgeber fremdes Gut angeeignet, aber dagegen können wir nichts machen. Es ist bekannt, daß im Kleingewerbe die Lehrlinge bei ihrem Lehrherrn meistens in häuslicher Verpflegung stehen. Wenn der Lehrling erkrankt, so erhält das Krankengeld, auf welches er Anspruch hat, der Lehrherr, und dieser profitirt daran, ohne daß man es hindern kann. Es gibt eine Menge von Geschäften, die überhaupt nicht versichert haben. Trotzdem wird der Versicherungsbetrag abgezogen. Hauptsächlich bei dem Baugewerbe, wo die Leute, der deutschen Sprache nicht mächtig, sehr oft nicht wissen, welche Rechtsansprüche sie haben, bleibt das Geld in den Taschen der Unternehmer oder der Poliere.

Wir finden also, daß die Kranken- und Unfallversicherung für die Arbeiter wenig Nutzen hat, daß diese aber ausschließlich für die Beiträge aufkommen müssen. Wenn ein Unternehmer zu viel abzieht, so gibt es dafür keine Strafe. Oft lassen sich das die Leute gefallen und schweigen, wenn aber doch eine Anzeige gemacht wird, so kann der Unternehmer verhalten werden zurückzuzahlen, was er über den Beitrag hinaus abgezogen hat, bestraft wird er aber nicht. Was die österreichische Unfallversicherung betrifft, welche der deutschen nachgeahmt ist, so finden wir, daß alle Bestimmungen, welche im deutschen Gesetz für die Arbeiter günstig sind, im österreichischen zu Ungunsten der Arbeiter ungeändert

wurden. Die Carenz ist unberechtigt. Denn wenn der Arbeiter im Dienste des Capitals ein Krüppel geworden ist, so braucht er vom Tag der Verletzung an ebensoviel, wie in der fünften Woche. Aber erst nach vier Wochen erhält er etwas. Wir müssen fordern, daß die Unterstützungen vom ersten Tage an gezahlt werden. Es kommt auch vor, daß die politische Behörde, die nach jedem Unfall Erhebungen pflegen muß, dieselben erst nach wiederholter Urgenz gepflogen hat, so daß der Krüppel und seine Familie wochen- und monatelang ohne Unterstützungsrente geblieben sind. Es gibt Fälle, wo Leute fünf Monate bis ein Jahr lang vergebens gewartet haben, bis sie etwas bekommen haben. In dieser Richtung soll unsere agitatorische Thätigkeit aufklärend wirken und soll einen Druck auf die politischen Behörden ausüben, wenn sie ihre Pflicht versäumen. Bei einer Versammlung sind sie sofort da und lösen dieselbe auf. Beim Schwender wurde ein Redner unterbrochen, weil er gesagt hatte, daß die Kinder der Fürsten, wenn sie zur Welt kommen, ebenso ausschauen wie die Kinder der Proletarier. Und bei derselben Bezirkshauptmannschaft hat es sich ereignet, daß ein Arbeiter mit vier Kindern durch sieben Monate warten mußte, weil die Behörde es erst im vierten Monate der Mühe werth gefunden hat, Erhebungen pflegen zu lassen, während sie doch verpflichtet war, dies innerhalb vier Wochen zu thun.

Die Einhaltung der Bestimmungen der Gewerbeordnung ist im Großbetriebe ebensowenig vorhanden wie im Kleinbetriebe. Wenn sich die privaten Betriebe herausnehmen, die Bestimmungen nicht zu halten, so gehen die staatlichen Anstalten mit gutem Beispiele voran. In den Parlamentsberichten lesen Sie wiederholt Interpellationen betreffend die Staatsdruckerei, welche ein Musterinstitut sein sollte, anstatt dessen aber das Gesetz notorisch übertritt, wo Tag und Nacht von Kindern und Frauen gearbeitet wird, was von der Regierung, die in Socialreform zu machen vorgibt, nicht abgeschafft wird. Der Inspector hat nicht den nöthigen Einfluß und wenn er kommt, wird er hinters Licht geführt und alle Uebelstände werden einfach geleugnet. Wir glauben, daß von dieser sogenannten Socialreform nichts zu halten ist, da sie nichts ist als eitel Plunder, der uns aufgetischt wird, und deshalb nichts sein kann, weil wir nicht in der Lage sind, einen politischen Einfluß auf die Gesetzgebung zu nehmen, damit wir gute Gesetze erhalten und nicht so lückenhafte, die sich als unbrauchbar erweisen. Die Arbeiterschaft, auf welche sich diese Gesetze beziehen sollen, wird nicht gefragt, sondern es wird lustig fortgewurstelt. (Beifall.)

Genosse Putz: Werthe Genossen! Liebe Brüder! Ich habe Sie auch mit dem Namen Brüder angesprochen, weil ein Merkzeichen dieser Eigenschaft die gleiche Art, die Bruderart ist. Mancher wird heute sich noch fragen, warum man in unseren Tagen eine Socialdemokratie habe. In der heutigen Form findet man sie nicht in der Weltgeschichte, ist sie vielleicht gar ein Naturwunder? Ein Naturwunder möchte ich sie nennen, wie wir großartige Naturereignisse zu nennen pflegen, denn die Socialdemokratie wurzelt

ganz in natürlichen Verhältnissen. Der Geist leitet die Socialdemokratie und Geist ist Kraft. Die Socialdemokratie ist für die heutige Gesellschaft so nothwendig, als die atmosphärische Luft für das Leben. Sie hat die Bestimmung, die gesammte Menschheit zu umfassen und heute dürfen Sie vor Allem aus diesem Grunde die Frauenfrage und in zweiter Linie die ländliche Bevölkerung nicht vernachlässigen. (Bravo! und lebhafte Zustimmung.)

In Bezug auf den Bauernstand finde ich es hoch an der Zeit, die Genossen möchten dahin wirken, daß die socialdemokratische Idee auf das flache Land hinausgetragen werde, denn die ländliche Bevölkerung leidet in allen Lebensbedingungen. Der Steuerdruck ist ein ungeheuer großer. Die Grundeinschätzungen sind keine gerechten und die Bürgermeister sind ihrer Aufgabe bei Einschätzungen nicht gewachsen, denn die gesammte Landbevölkerung hat nichts mehr gelernt, als was unter den Pfarrern ihnen geboten wurde. (Lebhafte Zustimmung.) Der Herr Baron versteht es ganz anders auf seine Grundstücke die möglichst geringste Steuer legen zu lassen, während die kleinbäuerlichen Grundstücke in möglichst hohe Qualitätsclassen geschraubt werden. Dann haben wir die Geldwirthschaft; der Geldzins scheint mir ganz unberechtigt, weil das Geld keinen Arbeitswerth darstellt; das Geld an und für sich kann meines Erachtens nichts verdienen, nur der Arbeiter kann es, wenn er nicht zugrunde gerichtet ist. Der Geldzins, wie der Zwischenhandel, die in der Gewalt der Capitalisten sind, saugen die ländliche Bevölkerung aus. Der Bauer muß billig verkaufen, weil er der erste Verkäufer ist, was er aber kauft ist durch den Zwischenhandel unzähligemal vertheuert. (Sehr richtig!) Das Capital bewaffnet mit dem Dampf, droht die gesammte arbeitende Menschheit, ohne Unterschied, ob die städtische wie die ländliche, zu vernichten und davor wird die Menschheit von der Socialdemokratie beschützt werden. (Lebhafter Beifall.) Die Naturproducte werden durch Kunstproducte immermehr im Preise gedrückt. Der Großcapitalist hat in der Stadt eine Fabrik angelegt, die den Wein, der bei uns wächst und von Agenten, besonders wenn er sauer ist, billig zusammengekauft wird, erst recht trinkbar macht. (So ist es! und lebhafte Heiterkeit.) Die Säure wird mit 10 oder 15 Eimer Wasser ausgeglichen, Geschmack und Geruch wird allerbestens hergestellt und wer den Wein zum Trinken bekommt, der wird davon nur krank. In einer Wiener Weingroßhandlung habe ich zwei Fässer bewundert, jedes faßte 200 Eimer und als ich eine Kostprobe des darin eingelagerten Weines machen wollte, was fand ich da? — Es waren in den Fässern 400 Eimer Spiritus vorräthig. (Das glauben wir!) Das ist traurig, werthe Genossen, die allgemeine Lebensmittelvergiftung ist in Oesterreich gestattet (Lebhafter Beifall), aber wenn einige Staatsbürger sich zusammenfinden, so wird ihnen das strenge verboten. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Ich ersuche Sie, werthe Genossen, mich in meinem Wunsche zu unterstützen, nicht vergessen zu wollen, die Frauen und die ländliche Bevölkerung in die Bewegung einzubeziehen. Der Social-

demokratie ist es ja bestimmt, die Führerin der gesammten Menschheit in der Zukunft zu sein. Daher will ich liebe Genossen und Brüder ein Hoch ausrufen auf die internationale Socialdemokratie! (Lebhafte Hoch-Rufe und anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Ich erlaube mir den Vierundzwanziger-Ausschuß für eine Sitzung während der Mittagspause einzuladen und vertage die Berathung auf 3 Uhr Nachmittags.

(Die Sitzung wird um 1 Uhr unterbrochen.)

(Nachmittagssitzung vom 30. Juni 1891.)

Beginn der Sitzung um 3 Uhr.

Vorsitzender Genosse Schmidt: Es liegt ein Antrag vor auf Schluß der Debatte. Wird der Antrag unterstützt? (Nach einer Pause.) Er ist unterstützt. Ich ersuche sohin jene Genossen, welche für Schluß der Debatte sind, die Karten zu erheben. (Geschieht.)

Als Redner sind noch eingezeichnet die Genossen: Hauser (Wien), Schiller (Reichenberg), Adler (Wien), Cingr, Prähauser (Hallein), Pospischil (Kladno), Bierkopf (Villach), Zinburg (Brünn), Bilowitzki (Witkowitz), Resel (Graz), Basch (Wien), Schäfer (Gablonz), Hajek (Graz), Zadnik (Triest), Zimmermann (Odrau), Mankowski (Lemberg), Beer (Wien), Stark (Falkenau) und Katzl.

Genosse Dr. Adler (Wien) zur Geschäftsordnung: Es ist wieder einer Reihe von Genossen das Wort abgeschnitten worden. Das ist nicht anders möglich, weil wir nicht so lange Zeit haben, Jeden zum Worte kommen zu lassen. Ich glaube aber, es würde sich im Interesse des Parteitages und der Verhandlung empfehlen, daß man einzelnen Genossen, welche überhaupt noch nicht für große Interessenkreise gesprochen haben, das Wort ertheile. Ich beantrage, daß einer solchen Riesenbranche, den Bergarbeitern, welche überhaupt noch nicht gesprochen haben, das Wort ertheilt werde.

Genosse Resel (Graz) zur Geschäftsordnung: Ich habe zu bemerken, daß der Genosse Burian das Wort erhalten hat, obwohl er zur richtigen Zeit nicht da war. Ich hätte es ebenfalls erhalten sollen.

Vorsitzender: Es wurde ja Schluß der Debatte beantragt und angenommen. Aber es wurde auch der Antrag gestellt, ausnahmsweise einem Bergarbeiter das Wort zu ertheilen.

Genosse Walter (Wien) zur Geschäftsordnung: Ich constatire, daß das kein geschäftsmäßiger Vorgang ist. Wenn Schluß der Debatte angenommen ist, kann kein anderer Antrag angenommen werden.

Vorsitzender: Ich bringe den Antrag Adler zur Abstimmung und ersuche jene Genossen, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Genosse Pospischil (Kladno) spricht czechisch. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Genosse Stark (Falkenau): Werthe Genossen! Der Referent hat in gebührender Weise die Verhältnisse der Bergarbeiter betreffs der Bruderladen auseinandergesetzt. Ich will nur noch etwas hinzufügen. Was die Bruderladen anbelangt, so wissen die Bergarbeiter, daß mit dieser Gesetzgebung, die für uns geschaffen worden sein soll, eigentlich nichts los ist! Gegenwärtig sind wir sogar gesetzlos. Wenn einer in die Lage kommt, sich auf das Alte zu berufen, so wird er auf die Zukunft vertröstet. Wir wollen aber nicht auf die Zukunft warten, sondern gleich, wenn es die Noth erfordert, etwas haben. Ferner ist es bemerkenswerth, daß das Haupthinderniß für die Bergarbeiter, in die Partei einzutreten, im Wohnungszwang liegt. Man hat es wohl verstanden, Wohnungen einzuführen, die eigentlich Kotter, Gefängnisse sind, man glaubt, daß die Bergarbeiter, weil sie bei Tag unter der Erde sind, auch Nachts unter der Erde sein müssen. Durch den Wohnungszwang sind sie gehindert, sich zu rühren, denn wenn einer seine Anschauungen geklärt hat und nach Besserung der Verhältnisse strebt, wird ihm mit Kündigung gedroht. Die Unternehmer sind so mächtig organisirt, daß er, wenn er von dem ersten Werk verjagt wird, auf keinem zweiten mehr Arbeit findet. Das ist aber so viel wie vollständiger Ruin, denn etwas Anderes hat er nicht gelernt.

Im Falkenauer Revier haben die Gewerke versucht, eine sogenannte „freiwillige“, aber wirklich gezwungene Feuerwehr zu errichten. Wenn sich der Bergarbeiter die ganze Woche abgerackert hat, so muß er am Sonntag dem Gewerke eine glänzende Parade bereiten, damit er nicht über seine traurige Lage nachdenke. Die Unternehmer sind bestrebt, überall solche Feuerwehren einzuführen, aber glücklicherweise neigt sich ein großer Theil der Arbeiter schon davon ab. Es ist auch von Bedeutung, daß man in den socialreformatorischen Gesetzen wohl bemüht ist, Zwangsgenossenschaften einzuführen, aber nichts thut, um die Lebensgefahr der Bergarbeiter zu vermindern. Oder achtet man deshalb nicht darauf, weil sie unter der Erde arbeiten, und nicht so öffentlich wie Fabriksarbeiter, Maurer u. dgl.? In den Gruben wird nicht nachgeschaut, es kommt in zwei Jahren einmal vor, daß die Behörde die Zustände untersucht. Es wurde dies schon am Bergarbeitercongreß gesagt, aber es schadet nichts, wenn man es hier nochmals erwähnt. Wenn sich nun ein Unglück ereignet — so wie es bei uns vorgekommen ist, daß in einer Woche sechs Unglücksfälle zu verzeichnen waren, infolge von Mangel an Bauholz — dann fällt es der Behörde doch einmal ein, sich zu erkundigen, und sie fährt in die Grube ein; dann aber werden die Arbeiter von jenen Stellen entfernt, wo ein Unglück geschehen könnte, entweder weil kein Holz dort ist oder solches von schlechter Art, und die Arbeiter dürfen davon nichts sagen, weil sie eine zahlreiche Familie haben. Die Behörde untersucht nun jene Stellen, wo gearbeitet wird, und findet nichts, weil sie an den schlechten vorbeigeführt wird. Wenn sie

wieder hinauskommt, sagt sie aus, daß das Unglück „zufällig“ geschehen sei. Anders verhält es sich mit den Abräumarbeiten. Das Berggesetz sagt: Die Abräumarbeiten dürfen nicht höher als zwei Meter gemacht werden. Es ist aber vorgekommen, daß sechs Meter hohe Wände gearbeitet wurden. Dabei ist ein Mann todt auf der Stelle geblieben. Das war an einem Freitag. Erst Montag kam der Bergcommissär, Samstag und Sonntag wurde fortgearbeitet, als wenn nichts geschehen wäre; es wurde auch gesagt, daß nichts geschehen sei, und daß der Frost die Ursache gewesen sei, und man hatte von der Stelle alle Spuren weggeräumt. Als die Commission gekommen war, fand sie ebenfalls nichts und erklärte, daß nichts geschehen sei. In Bezug auf die Lebenssicherstellung ist in der „socialreformatorischen“ Gesetzgebung für die Bergarbeiter nichts enthalten. Die Bergarbeiter sind daher genöthigt, aus eigener Kraft sich auf die Füße zu stellen, weil sie so niedergedrückt sind. Sie sind auch gesonnen, Fachvereine zu errichten, wo Bildung und Kenntniß von Arbeiterschutzgesetzen gepflegt werden kann. Die Bergarbeiter rühren sich. Seit dem Bergarbeitertag haben wir in unserem Revier schon sechsmal versucht, eine gewerkschaftliche Organisation herzustellen, und haben Statuten eingereicht, welche von sachverständigen Genossen nach dem Muster schon bewilligter Vereine ausgearbeitet wurden. Aber sie wurden immer zurückgewiesen mit der Motivirung, daß sie „staatsgefährlich“ seien. Weil die Bergarbeiter unter der Erde wühlen, glauben die Herren offenbar, daß sie auch oberhalb derselben wühlen könnten. Die Bergarbeiterfachvereine sind furchterregend und deshalb werden sie nicht gestattet. Jedoch wir werden nicht nachlassen und so lange arbeiten, bis es uns gelingen wird, die Gewerkschaft für die Bergarbeiter zu erringen; bis die oberen Classen geistig reif genug sind, uns Fachvereine zu bewilligen, versuchen wir einstweilen den Arbeiterbildungsvereinen beizutreten, um daselbst unsere Bildung und Gesetzkenntniß zu erweitern. Vorläufig haben wir keine andere Lösung, wir haben keine andere Wahl mehr, wir müssen zur Organisation greifen, um das Recht, das wir verlangen, auch zu erhalten. Was die anderen Verhältnisse im Falkenauer Bezirke betrifft, so haben wir eine einzige Fachgenossenschaft, die der Buch- und Steindrucker, die aber in Schlaf verfallen ist und sich um nichts kümmert.

Erlauben Sie mir noch einige Worte über die Maifeier in unserem Bezirke nachzutragen, da ich nicht Gelegenheit hatte, bei diesem Punkte das Wort zu erhalten. Die Bewegung war in unserem Revier eine sehr starke. Es feierten im Elbogener Revier sämmtliche Bergarbeiter aus Neusattl, Granesau, Littnitz, Altsattl, Lanz, Schäferei; sie feierten im Bewußtsein der internationalen Solidarität, sie feierten im Bewußtsein, daß es eine Demonstration sei für die Verkürzung der Arbeitszeit und für die Erlangung politischer Rechte, und insbesondere des Wahlrechtes. Eine Ausnahme machten nur die Arbeiter der Elbogener Porzellanfabrik und der Kohlenwerke in Reichenau und Zunditz. Jedoch ist der Geist

der Arbeiter ein guter und wird sich immer mehr bei uns entfalten, es drängt sich immer mehr die Ueberzeugung auf, daß auch die Bergarbeiter sich der internationalen Arbeiterbewegung anschließen müssen. (Beifall.)

Genosse Katzl: Geehrte Parteigenossen! Ich wurde gleichzeitig sowohl zu diesem Parteitage delegirt, als auch zu seiner Excellenz, dem Minister Grafen Falkenhayn entsendet, bei welchem der Abgeordnete Baernreither uns eine Audienz durchgesetzt hatte. Wir legten dem Ackerbauminister die ganze traurige Lage der Bergarbeiter, sowie das Verfahren der politischen Behörden dar. Seine Excellenz wollte das nicht glauben und es scheint ihm überhaupt unglaublich, daß so etwas die Behörden thun könnten, daß sie im Einverständnisse mit den Kohlenbaronen uns beeinflussen und ausnützen. Wir legten ihm die Reform der Bruderladen auf dem Principe der Selbstverwaltung unter staatlicher Aufsicht dar. Darauf hat er uns geantwortet, daß dies unmöglich sei und daß, solange er Ackerbauminister sein werde, dies nicht geschehe. (Bewegung.) Wenn wir nach Hause kommen, und wir dies mittheilen werden, wird sich der Ackerbauminister eine Ehre bei den armen Arbeitern einlegen. (Lebhafte Bewegung.)

Vorsitzender: Es liegen Anträge vor: Vom Referenten, von Hauser und Genossen, von Resel und Genossen und ein Zusatzantrag von Chwala und Genossen, um deren Verlesung ich bitte.

Schriftführer verliest die weiter rückwärts abgedruckten Anträge.

Vorsitzender: Ich ertheile Genossen Chwala das Wort zu seinem Zusatzantrage.

Genosse Chwala: Ich und die Genossen, die meinen Zusatzantrag unterstützt haben, wünschen, daß in der Resolution Hauptgewicht auf die Bestimmungen des Vereinsgesetzes gelegt werde, welche die Bildung freier, selbstverwalteter Arbeitervereine gewährleisteten und nunmehr aufgehoben sind. Ueber keine Vereinigung von Arbeitern wurden solche Klagen gehört, als es jetzt über die Genossenschaften der Fall ist. Die freien Vereine können besser und billiger verwaltet werden, trotzdem die Versicherungstechniker uns heute erzählen wollen, wie viele 100.000 fl. wir aufbringen müßten. Wir haben bei der Influenza-Epidemie gesehen, was wir von den Zwangsgenossenschaften zu halten haben. Wir müssen das Recht reclamiren, das uns vereinsgesetzlich gewährleistet ist. Wenn schon die Regierung uns solche Zwangsanstalten aufdrängt, so ist sie auch verpflichtet, dafür zu sorgen, daß kranke und sieche Arbeiter wirklich unterstützt werden, und zwar von Staatswegen. Der Staat aber hat kein Geld für diesen Zweck. Wenn der Staat Geld hat, Hunderte, Tausende und Millionen Gulden hat, um Kanonen anzuschaffen, dann muß er auch Geld haben, die Millionen von Ausgebeuteten zu unterstützen. (Sehr richtig!) Ich bitte daher unseren Zusatzantrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Genosse Schiller: Ich beantrage, daß die verschiedenen Resolutionsanträge von den Antragstellern in eine Resolution zusammengefaßt werden. (Zustimmung.)

Genosse Popper: Ich beantrage sogleich zu dem nächsten Punkt der Tagesordnung überzugehen und erst nach Fertigstellung der einheitlichen Resolution durch den Referenten und die Antragsteller über die Resolution zur Abstimmung zu schreiten. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender: Wer für diese Art der Behandlung ist, wolle die Karte erheben. (Geschieht.) Der Antrag der Genossen Schiller und Popper ist einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: „Internationaler Socialistencongreß 1891, nationaler und internationaler Arbeiterschutz." Der Referent Genosse Dr. Adler hat das Wort.

Genosse Dr. Adler: Werthe Genossen! Ich bin in der angenehmen Lage, mir und Ihnen das Referat über diesen Punkt wesentlich abzukürzen. Wir haben nämlich über das Wichtigste, was beim Brüsseler Congreß vorgehen soll, bereits gestern in ausführlicher Weise gelegentlich der Verhandlung über die Maibewegung zu sprechen Gelegenheit gehabt. Ursprünglich war die Maibewegung nicht auf der Tagesordnung des Brüsseler Congresses, und es wird unsere Aufgabe sein, sie hinaufzusetzen. Die Dinge, die von vornherein auf der Tagesordnung sind, geben naturgemäß Anlaß, auch von der Maifeier zu sprechen. Es sind nämlich folgende Punkte:

Erstens über die nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung und Besprechung jener Mittel, um dieselbe wirksam zu machen; hernach über die Sicherung des Coalitionsrechtes, über die gewerkschaftliche Bewegung, über die Arbeitseinstellung vom internationalen Gesichtspunkte, schließlich über die Pflichten und die Stellung, welche die Arbeiterclasse dem Militarismus gegenüber überhaupt einnimmt. Die beiden ersten Punkte, die ich angeführt, fallen vielfach mit den Referaten zusammen, die wir jetzt schon gehört haben. Wir haben sowohl über Arbeiterschutz als auch über das Coalitionsrecht gesprochen, doch halte ich es für nothwendig, einen wesentlichen Punkt hervorzuheben. Es wurde noch nicht in dieser Discussion ausgesprochen, wie wir uns principiell dem nationalen, wie internationalen Arbeiterschutz gegenüber verhalten. Wir wünschen, daß dies auch am Brüsseler Congreß, ebenso wie es in Paris und in Hainfeld geschehen, wiederholt zum Ausdruck gelange. In allen diesen Socialreformen, und was dafür ausgegeben wird, sind wir nicht in der Lage, eine wirkliche Lösung der sogenannten socialen Frage zu sehen (Beifall), wir sind nicht in der Lage, darin ein Mittel zu sehen, um den Grundübeln unserer heutigen Gesellschaftsordnung abzuhelfen (Lebhafter Beifall), wir sehen vielmehr darin nur Mittel, um die künftige Lösung anzubahnen und vorzubereiten, und zwar eine Lösung durch die Arbeiterclasse selbst. (Sehr richtig!) Ich glaube am präcisesten von allen Punkten in unserem Hainfelder Programm ist unsere Hauptaufgabe bezeichnet: „Die eigentliche Auf-

gabe, das eigentliche Programm unserer Partei ist es, die Arbeiterschaft physisch und geistig vorzubereiten, sie kampffähig zu machen für den Kampf um ihre Emancipation" (Lebhafter Beifall), und ein solches Mittel der Vorbereitung ist auch der Arbeiterschutz. Ich muß das hier aussprechen, — obwohl es für uns selbstverständlich ist. Wir sind nicht allein auf der Welt; wenn das, was hier gearbeitet wird, besprochen und beschrieben werden wird, so kann, wie es bezüglich der gestrigen Versammlung geschehen ist, gelogen werden, daß wir unsere alten Gesichtspunkte aufgegeben haben. Ich sage das, weil ich gesehen habe, daß ein hiesiges Antisemitenblatt lügt, daß die czechischen Arbeiter die nationale Frage aufgeworfen haben, und es werden weiters einige andere Lügen gesagt, die weniger von Interesse sind. Es könnte geschehen, daß der Eindruck hervorgebracht werde, daß die Verhandlung sich nur mit Einzelnheiten beschäftigt und die principiellen Gesichtspunkte von Hainfeld aufgegeben habe. Das dies nicht der Fall ist, versteht sich von selbst. (Gewiß!) Es fragt sich: in welcher Weise wünschen wir, daß die internationalen Schutzgesetzgebungen ausgebaut werden und wie sollen sie gesichert werden, nämlich wie wollen wir, daß die Regierungen vorgehen und wie wollen wir, daß wir selber vorgehen? Was verlangen wir und was wollen wir machen? Wir haben nicht ohne Grund gerade zu dem Punkte „Brüsseler Congreß" auch den nationalen und internationalen Arbeiterschutz hineingenommen, weil es sehr wesentlich ist, daß wir in Brüssel klar aussprechen, wie wir uns den internationalen Arbeiterschutz vorstellen. Seitdem wir in Paris beisammen waren, ist ein wichtiges Ereigniß geschehen; Kaiser Wilhelm II. hat dem Pariser Socialistencongreß die außerordentliche Ehre erwiesen, ihn zu citiren in den Erläßen, die im Sommer vorigen Jahres hinausgegeben wurden, in jenen berühmten Erläßen, welche hernach zur internationalen Conferenz in Berlin geführt haben. In den Erläßen ist direct gesagt: „Nachdem die Arbeiter aller Länder sich über gemeinsame Ziele besprechen", also in Paris, „müssen die Regierungen auch etwas machen". Nun was geschieht aber? Wie jede Forderung, die das Proletariat noch aufgestellt hat, in dem Momente, wo sie die herrschenden Classen in den Mund nehmen, sie im Munde umgefälscht wird (Sehr richtig! und Bravorufe), gerade ist es mit der Forderung nach dem Arbeiterschutz ergangen. Wenn wir in Oesterreich nach Organisation rufen, dann gibt man uns Arbeiterkammern nach Plener'schem Muster oder Zwangsgenossenschaften nach feudalem Muster. (So ist es! und lebhafte Zustimmung). Ebenso wenn wir nach einem internationalen Arbeiterschutz rufen, setzt sich die Berliner Conferenz zusammen und stellt das Wenigste, was in allen Ländern als Arbeiterschutz vorhanden ist, als Regel auf. (Bravo!) Dadurch ist es möglich, daß die österreichische Regierung über Arbeiterschutz gar nicht spricht. Sie wissen, Genossen, daß wir früher in Pino einen Minister gehabt haben, der von Arbeiterschutz absolut nichts verstanden hat. Von Bacquehem, der angeblich von Eisenbahnen etwas versteht, haben wir nicht gehört, daß er sich über den Arbeiterschutz ausgesprochen hätte. Der Ministerpräsident spricht überhaupt

über so unangenehme Dinge nicht gerne (Heiterkeit), aber andere Leute, die so gut wie Minister sind, z. B. Herr Bilinski, die Liberalen, besonders Plener, haben in der allerletzten Zeit behauptet, daß die Arbeiterschutzconferenz gezeigt habe, wie weit Oesterreich voraus sei (Zuruf: Im veralteten Morast) und daß „wir" ungeheuer zufrieden sein können, mit einem Worte, „wir brauchen gar nichts zu thun". Der internationale Arbeiterschutz wird benützt, um den nationalen Arbeiterschutz umzubringen. (Sehr richtig!) So haben wir den Arbeiterschutz nicht verstanden, wir haben nicht gemeint, daß die Länder, welche fortgeschritten sind, die anderen zu zwingen hätten, weiterzugehen. Wenn man Kriege führen kann — wir sind gewiß nicht für den Krieg — wenn man Kriege führen wird, nicht um die Taschen einiger Leute zu füllen und um das Recht zu haben, die Gerichtsbarkeit in einer eroberten Provinz auszuüben und auch in dieser Provinz die Leute einzusperren (Bravo! Bravo!), sondern um dessentwillen, daß die Leute in jenem Lande auch eine menschliche Existenz haben, dann werden wir für den Krieg sein, schon weil es dazu nicht käme, weil Leute in einem anderen Lande nicht mit ihrem Blute das Recht vertheidigen würden, unbeschränkte Zeit zu arbeiten, das Recht sich unbeschränkt ausbeuten zu lassen, (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit) das Recht der Frauen- und Kinderarbeit. (Bravo!) Wir haben auch nicht nur gemeint, daß die fortgeschritteneren Länder nicht blos einen Druck ausüben sollen auf die anderen, sondern daß sie berufen seien, das Wichtigste nicht allein für sich im eigenen Lande, sondern auch für die anderen Länder zu machen, und daß sie den Fortschritt fördern. Gerade die österreichische Regierung hat aber dazu beigetragen, daß auch in anderen Ländern viel weniger geschieht, als sonst geschehen wäre. Auch ist es nicht wahr — um bei den österreichischen Verhältnissen zu bleiben — daß wir im Arbeiterschutz anderen so ungeheuer überlegen sind; man muß klar unterscheiden zwischen europäischen und asiatischen Ländern (Stürmischer Beifall), zwischen Ländern, wo die Gesetze ausgeführt werden und wo die Gesetze nicht ausgeführt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind wahrheitsliebend genug, wir haben den Herren von der Regierung und den herrschenden Classen so viel vorzuwerfen, daß es uns nicht darauf ankommt, anzuerkennen, wo sie einmal etwas Vernünftiges gethan haben — wir sind aufrichtig genug, einzugestehen, daß unsere Arbeiterschutzgesetzgebung besser als die französische, besser als die in Deutschland ist; aber das, was in Deutschland, England und Frankreich geschieht, das wird ausgeführt, während bei uns jeder Bezirkshauptmann sich darüber hinwegsetzt (Beifall), ebenso wie über alle anderen Gesetze. (So ist es!) Wenn man in Oesterreich gesagt hat: „Ja, die deutsche Regierung soll erst den Maximalarbeitstag nachtragen," wenn man sagt, daß in der letzten Novelle zwar wenigstens etwas geschehen ist, daß die Frauenarbeit der Zeit nach eingeschränkt wurde, daß aber damit nicht viel gewonnen sei, so sagen wir, es wäre schon etwas, weil dadurch auch die männliche Arbeit einge-

schränkt wurde. (Richtig.) Aber man verschweigt, daß speciell in Preußen ein großer Schritt nach vorwärts angebahnt wurde, ohne daß man in Oesterreich auch nur Miene gemacht hätte, da nachzukommen. Die preußische Regierung hat ein Gesetz eingebracht, welches bei uns Gewerbeinspectorengesetz heißen würde; es bezweckt eine Reorganisation, welche wohl unseren Wünschen nicht voll entspricht, aber es ist im Vergleiche zu dem, was man in Oesterreich Gewerbeinspection heißt, geradezu ausgezeichnet. Wir würden wünschen, daß sie bei uns nachgeahmt würde. Was geschieht aber? Die Regierung sagt nicht beim internationalen Arbeiterschutz: Draußen ist man fortgeschritten, wir müssen weitergehen:" sie sagte mit dem Arbeiterschutz in anderen Ländern sei es schlecht bestellt, also bleiben wir unthätig stehen. Das nennen sie internationalen Arbeiterschutz. Das ist nicht internationaler Arbeiterschutz, das ist internationaler Ausbeuterschutz. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wir wollen nicht, daß jene Idee, die ja nicht erst seit heute, sondern schon seit langer Zeit in unserer Partei propagirt wird, einfach mißbraucht werde, um die Reactionsbedürfnisse unserer Großindustriellen zu befriedigen. Sie können es ja hören, überall in jedem Wisch, der im Parlament als Petition eingereicht wird — kommen sie nun aus Nordböhmen oder von den Metallindustriellen oder von den Bergwerksbaronen — überall berufen sich diese Herren darauf, daß wir so furchtbar strenge Arbeiterschutzgesetze haben und andere Länder nicht. Sie fordern dann die österreichische Regierung auf, dafür zu agitiren, daß in anderen Ländern etwas geschehe. Wir meinen aber, die Aufgabe zu haben, die Behörden möglichst zu zwingen, daß erst im eigenen Lande etwas geschehe. Wir müssen wünschen, daß dieser Gedankengang auf dem Brüsseler Congreß zum klaren Ausdruck gebracht werde. Es versteht sich von selbst, daß von allen Bestimmungen des Arbeiterschutzes die Frage der Abkürzung der Arbeitszeit in erster Linie steht. Ich glaube, daß ich es nicht nothwendig habe, die Genossen mit der Darstellung der Nützlichkeit dieser Forderungen zu ermüden, das wissen wir schon lange. Die zweite Frage ist das Coalitionsrecht. Bei dieser Frage ist wieder zweierlei zu berücksichtigen. Es ist wahr — und das haben die Engländer und Belgier, welche den Brüsseler Congreß vorbereitet haben, in erster Linie gemeint — daß es ein Gesetz geben müsse, welches für alle Länder gleich ist und welches international das Coalitionsrecht sichert. Das wünschen wir auch. Sie meinen aber, und mit Recht, daß, bevor solche Gesetze existiren, wir bereits anfangen müßten, die internationale Verbindung zwischen den Arbeitern herzustellen. Nun haben die Engländer und Belgier und theilweise auch die Franzosen es sehr leicht. Sie leben in Europa.

Es ist ihnen ohneweiters möglich, sich mit den Ausländern zu verbinden und uns einzuladen, in ihre Union, in große internationale Verbände, einzutreten. Aber wir müssen sagen, daß wir in unserer eigenen Organisation noch nirgends so weit sind, um mit Erfolg ein-

treten zu können; zweitens aber ist die Gesetzgebung unseres Landes — und das ist in Deutschland gerade so — so reactionär und so zurückgeblieben, daß es hieße, die Organisationen, soweit eben solche vorhanden sind, einfach wegzufegen und zur Auflösung zu bringen, wenn wir da in eine formelle Verbindung mit fremden treten. Es wird nichts Anderes übrig bleiben — und ich bin überzeugt, daß die Genossen in Deutschland, mit denen ich darüber noch nicht gesprochen habe, auch sagen werden, es bleibe ihnen nichts Anderes übrig — als zu erklären, daß ein fester internationaler Verband mit äußeren Formen heute noch eine Unmöglichkeit ist. Aber möglich ist es und nothwendig ist es, daß von Fall zu Fall, von Gewerkschaft zu Gewerkschaft eine Verbindung hergestellt werde. Solche Fälle sind erstens die Pflege internationaler Zusammenkünfte fachlicher Natur, wie der Bergarbeitercongreß zu Paris, wie der Holzarbeitercongreß, der am 15. und 16. August in Brüssel tagen wird, und noch andere Congresse, welche geplant sind. Auf diese Weise läßt sich ein Zusammenhang herstellen, aber nicht durch einen Verband. Zweitens läßt sich noch ein Weiteres thun. Es ist möglich, die Idee des internationalen Zusammenhanges, die Idee der internationalen Solidarität in weite Schichten der Arbeiterschaft hineinzutragen. Das Mittel zur Begründung dieser Solidarität ist die Maifeier. Und hier wollen wir einsetzen, bei diesem Punkte die Maifeier zur Sprache bringen und sagen: „Wenn Ihr wollt, daß der internationale Verband wirklich geistiges Eigenthum des Proletariats werde, so müsset Ihr auch darnach handeln, dann müsset Ihr auch jene Schritte machen, die dazu nothwendig sind, und vor Allem die Maifeier regeln." Nun kommt bei diesem Punkte noch Eines zur Sprache, unser Verhalten bei Strikes und Boycots internationaler Natur. Da müssen wir sagen, daß wir bisher nicht in der Lage sind, internationale Arbeitseinstellungen durchzusetzen. Mein Referat wird vielleicht einigen von Ihnen recht „gemäßigt" — ein Ausdruck, den ich sonst nicht gern gebrauche — oder recht wehmüthig oder feige erscheinen. Ich halte mich aber für verpflichtet, meine Meinung und die meiner Gesinnungsgenossen zu sagen, ohne daß wir etwas als schöner hinstellen wollen, als es in der That ist. Wir wollen uns klar sein, wie weit unsere Kräfte reichen, um nicht verschwenderisch damit umzugehen, wo wir nichts auszurichten in der Lage sind, und um sie intensiver in Anwendung zu bringen, wo Erfolg in Aussicht steht. Ich meine also, daß diese Weltstrikes, die internationalen Arbeitseinstellungen von ganzen Branchen, wie die der Bergarbeiter oder Metallarbeiter, noch auf einige Zeit undurchführbar sein werden, denn die Bedingungen in den verschiedenen Ländern sind zu verschieden, als daß wir uns heute schon in Reih und Glied hinstellen könnten wie eine Armee Soldaten. Aber etwas Anderes ist möglich. Wenn in einem Lande eine Lohnbewegung existirt, welche wichtig ist wegen der Consequenzen, von welcher viel abhängt, an welcher viele Lohnarbeiter ein Interesse haben, dann ist es nothwendig und durchführbar, daß die Arbeiterschaft auch anderer Länder mithilft, damit sie dort siegen. Denn

das wissen wir sehr gut, daß der Sieg, der an einem Punkte erfochten wird, für die Arbeiter aller Länder gleich wichtig ist. Diese Hilfe verlangen wir nicht nur für uns, sondern sagen wir auch den Anderen zu. Ich möchte bei dieser Gelegenheit zwei Ereignisse anführen, die sich in allerletzter Zeit zugetragen haben und die auf die internationale Solidarität einiges Licht werfen und wirklich zeigen, daß etwas dergleichen vorhanden ist. Ich erinnere, daß bei dem Buchdruckerstrike in Wien aus dem Auslande erhebliche Summen Geldes hereingekommen sind, und zwar in allen Münzarten, in Mark, Francs, Pfund, Lires und Dollars, welche beweisen, daß sich die Genossen draußen ihrer Internationalität außerordentlich bewußt sind. Wir Oesterreicher sind arme Leute, wir haben heute nicht genug, um für die Bedürfnisse der eigenen Partei und Organisation aufzukommen, wir sollten viel mehr leisten als wir können. Wir machen mehr Auslagen als wir hereinbringen. Deshalb wird man von außen nicht leicht an uns Ansprüche stellen können. Aber trotzdem haben wir es für unsere Pflicht gehalten, als vor einigen Wochen die Union der Gasarbeiter in England, welche hierher an den Parteitag geschrieben hat, uns um Unterstützung einer bedeutenden Arbeitseinstellung ansuchte, einen Betrag hinzuschicken, der allerdings nicht groß war, aber von den Engländern klar aufgefaßt wurde, als das, was er ist und sein sollte, als Beweis unserer Solidarität, als das Symbol dafür, daß wir ihre Sache in England auch für unsere ansehen. Wir sind überzeugt, daß gerade in England, welches bisher noch ein wenig abgeschlossen und der internationalen Idee weniger zugänglich war, gerade dieser kleine Betrag, wie ich es auch aus den Blättern entnommen habe, für unsere Agitation, für unsere Propaganda Außerordentliches geleistet hat. Ich glaube, daß der Parteitag nichts dagegen haben wird, daß wir das gethan haben. (Nein, nein! Im Gegentheil! Bravo!)

In diesem Sinne wollen wir in Brüssel sprechen, in diesem Sinne wünschen wir, daß die Delegirten beauftragt werden.

Nun kommt ein wichtiger Punkt, betreffend die Stellung der Arbeiterclassen gegenüber dem Militarismus; dieser Punkt ist der gefährlichste des ganzen Programmes aus dem Grunde, weil bei ihm eine Menge gesprochen werden kann, was höchstens sich schön anhört, was Niemanden zu irgend etwas verpflichtet, was Jeder unterschreibt und woraus, wenn wir nach Hause kommen, doch nichts wird. Wir Alle verurtheilen den Militarismus unbedingt, aber das thun nicht nur wir, das thut auch die Bourgeoisie in dem Momente, wo sie zahlen soll, wo sie aus den Profiten, die sie nicht erarbeitet hat, etwas hergeben soll. Wenn man Jemandem etwas weggenommen hat, betrachtet man es als Eigenthum, und wenn man von dem Weggenommenen hergeben soll, so ist das unangenehm. (Bravo!) Die liberalen Aufklärer verurtheilen auch den Militarismus, und da würden wir uns zwar in großer, aber nicht in gewählter Gesellschaft befinden. Wir werden in Brüssel den Militarismus in anderer Weise behandeln, als die Liberalen und die Aufklärer in den besitzenden Classen es thun.

Wir werden klarzulegen suchen, daß es vor Allem nothwendig ist, den Militarismus zu begreifen, und wenn man ihn begriffen hat, erkennt man, daß der Militarismus eng mit der capitalistischen Productionsweise verknüpft ist, daß er ein wesentliches Inventurstück des Capitalismus ist. Der Capitalismus braucht den Militarismus unbedingt, weil er mittelst des Militarismus die Ausbeutung sichern kann. Aber noch in einer anderen Richtung bestätigt sich diese Wahrheit. Wenn der Militarismus plötzlich heute beseitigt würde, ohne daß der Capitalismus beseitigt würde — wenn das überhaupt denkbar wäre — so wäre die nächste Folge, daß in Oesterreich eine Viertelmillion Arbeiter auf den Arbeitsmarkt geworfen werden würde; die Anzahl, die ständig unter Waffen steht, würde mit den Anderen mitconcurriren. Die nächste Folge wäre, daß diese Viertelmillion Arbeiter aufhören würde zu essen zu haben. Heute erhalten sie schlechtes Essen, das geben wir zu; ich rufe aber die Arbeiter in Galizien, Mähren, Schlesien, in der Bukowina, in Krain, in Istrien zu Zeugen an, wie viel Arbeiter, wenn sie den Militärrock anziehen, sich den Magen verderben, weil sie zum erstenmal Fleisch regelmäßig essen. Der Capitalismus bringt es mit sich, daß die Soldaten nur elende Verpflegung genießen. So elend sie aber ist — wir verurtheilen sie — lange nicht so elend ist sie, wie die Lebensweise der freien Arbeiter. Nun begreifen Sie, warum die Bourgeoisie so gegen den Militarismus ist. Sie möchte nämlich die Dinge automatisch haben, Kanonen, die losgehen, ohne daß man die Arbeiter zu bezahlen braucht, welche sie bedienen; sie möchte nicht, daß der Arbeitermarkt noch weiter diese Viertelmillion Arbeitskräfte entbehre, welche die Löhne noch weiter herabsetzen würde, und sie möchte die Erhaltung dieser Viertelmillion Arbeiter nicht bezahlen müssen: weder die Dienste, die das Proletariat leistet, indem es sich ausbeuten läßt, bezahlen, noch die Dienste jener Proletarier, welche die angehäuften Schätze gegen die Ausgebeuteten schützen. Die Ausbeutung will sie umsonst und die Sicherung der Ausbeutung obendrein auch umsonst. Das ist der Grund, warum diese Leute gegen den Militarismus sind. Das muß klar und deutlich in Brüssel ausgesprochen werden, um jede Verwechslung anderer Leute mit uns abzulehnen. Es wäre ungerecht von uns, wenn wir nicht noch der dritten Sorte von Gegnern des Militarismus erwähnten; das sind die Friedensmenschen, Friedensapostel, die in der Schweiz, Italien, London, wo ihnen nichts geschieht, zusammen kommen und feierlich erklären, daß sie nicht wünschen, daß Krieg geführt würde; das sind edle Naturen, ganz ausgezeichnete Leute, aber dem Kriege haben sie noch nicht weh gethan. (Lebhafte Heiterkeit.) Es sind Ideologen, die glauben, daß mit ein paar Resolutionen, die gescheite Leute fassen, etwas ausgerichtet werde. Wir wünschen, daß unsere österreichischen Delegirten in Brüssel erklären: „Wir verurtheilen den Militarismus, wir verurtheilen ihn als culturfeindlich, aber wir halten dafür, daß er mit der capitalistischen Productionsweise verknüpft ist, daß er unausrottbar ist, so lange diese besteht. Er ist culturfeindlich wie der

Capitalismus selbst, und wir müssen gegen Capitalismus und Militarismus gemeinsam vorgehen." Das ist das Einzige, glaube ich, was wir zu diesem Punkte aussprechen können, ohne Beschlüsse in die Luft zu fassen. Wir arbeiten heute am allerbesten gegen den Militarismus, wenn wir gute Socialdemokraten sind und vom Militarismus nicht viel reden: das geschieht schon jetzt in den Parlamenten und dort hat es auf das Budget noch nicht sehr viel eingewirkt. (Zustimmung und Heiterkeit.) Ich bitte zu überlegen, wie die Kriegsbudgets neuerer Zeit bewilligt werden. Die Bourgeois sind klüger geworden: früher haben sie mit langen Reden dagegen angekämpft. Auch in Oesterreich wurden sehr schöne Reden gehalten. (Lebhafte Heiterkeit.) Heute halten sie es nicht der Mühe werth: sie bedauern nur, weil sie ja Menschen sind, weil sie ja Herz für das Volk haben, daß es leidet (Heiterkeit), daß es belastet wird, aber ohne lange Debatte beschließt man mit „patriotischem Opfermuth", was der Kriegsminister verlangt. Das geschieht in allen Parlamenten, nicht aber weil die Leute feige und servil geworden sind, sondern weil die Leute gescheiter geworden sind; s i e b e w i l l i g e n s i c h i h r e e i g e n e n S o l d a t e n, nicht nur ihre eigenen Soldaten, sondern auch i h r e e i g e n e n G e s c h ä f t e. Meine Herren, vergessen Sie nicht, wenn für Zwecke des Militarismus Waaren der Metall-, Kohlen-, Leder- und anderer Industrien bewilligt werden, so bewilligen sich damit die Actionäre dieser Industrien ihre eigene Dividende. Und der Capitalismus ist gezwungen, unproductive Anlagen zu machen, immer wieder eine neue Armada auszurüsten und die allergewaltigsten Mordinstrumente anzuschaffen, selbst ohne sie zu verwenden. Wenn alle militärischen Rüstungen überflüssig wären, so würden trotzdem neue bewilligt werden. Denn die Producte, die für den Consum der Massen dienen, können ja von diesen ausgebeuteten Massen nicht gekauft werden. Die unproductiven Auslagen für den Militarismus sind eines der Sicherheitsventile des Capitalismus. Darum ist die Bourgeoisie zweigetheilt in ihren Ansichten, „sie besteht aus einerseits und andererseits", sie declamirt auf einer Seite gegen den Militarismus, handelt auf der andern Seite durchaus für den Militarismus. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir sollen uns, glaube ich, auf weitere Einzelnheiten nicht einlassen, und ich empfehle Ihnen zu beschließen, wie wir es bezüglich der Maifeier gethan haben, den internationalen Socialistencongreß zu beschicken; es genügt das vollständig, es ist nicht nothwendig heute sich schon die Hände zu binden; die Zahl und Namen der Vertreter hängt noch von materiellen Umständen ab. Je mehr nach Brüssel kommen, desto besser. Wenn aber auch nur Wenige hinkommen sollten, werden sie das Richtige sagen können. Wir wollen, daß der Brüsseler internationale Congreß weiter festigt, was in Paris angefangen und was am 1. Mai 1890 und 1891 weiter geführt wurde, die Förderung der i n t e r n a t i o n a l e n S o l i d a r i t ä t d e r A r b e i t e r c l a s s e. (Anhaltender stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Es ist ein Antrag eingebracht worden, von 5 bis 7 Uhr eine Pause zu machen. Da aber nicht mehr so viel Redner eingetragen sind, glaube ich, daß wir warten sollen, bis wir wenigstens mit diesem Punkt fertig sind. Das Wort hat Genosse Resel aus Graz.

Genosse Resel (Graz). Wir sind eine große Anzahl von Delegirten aus Steiermark und sind trotzdem bis jetzt noch nicht zum Worte gekommen. Ist es Zufall oder ist es Absicht, daß immer Schluß der Debatte beantragt und angenommen wird, bevor die Reihe zu reden an uns kommt? — Doch zum Gegenstande. Bezüglich des Arbeiterschutzes können wir das Eine bestimmt aussprechen, daß in Oesterreich alles Mögliche vorhanden ist, nur kein Arbeiterschutz. Es ist Thatsache, daß dort, wo wir dafür sorgen wollen, daß die Arbeiterschutzbestimmungen auch durchgeführt werden, Diejenigen, welche sich bemühen, daß die Arbeiter zu ihrem Rechte kommen, abgeschoben und ausgewiesen werden. Sie haben unseren Antrag gehört und sich vielleicht darüber verwundert, daß wir eine Altersversorgung verlangen. Wir verlangen dieselbe, obwohl wir von der Altersversorgung, wie sie in Deutschland besteht, entschieden sagen können, daß sie zu nichts taugt und noch Niemand damit geholfen wurde; aber wir haben in Oesterreich verschiedene Altersversorgungscassen, speciell bei uns in Steiermark, privater Natur, wie bei den Bruderladen. Diese Cassen, dahin müssen wir uns aussprechen, tragen nur zur Knechtung und zur Fesselung der Arbeiter bei. Denn wenn Einer zwei Jahre in einem Werk ist, traut er sich nicht ein Wort zu reden, weil er fürchtet, fortgejagt zu werden und den Anspruch auf Altersversorgung zu verlieren. Wenn wir der Bewegung forthelfen wollen, müssen wir diese Privatcassen beseitigen. Die Leute wollen, wenn sie alt werden, versorgt sein. Davon will ich Ihnen ein drastisches Beispiel liefern. Es kam Jemand zu uns, weil unter den Bergarbeitern die Meinung verbreitet ist, der Kaiser könne erlauben, daß Jemand niedergeschossen werde, wir sollten ihm ein Gesuch an das Ministerium schreiben, in dem er verlangte, daß er entweder versorgt werde, oder, wenn dies nicht möglich, daß der Direction die Erlaubniß ertheilt werden sollte, ihn niederzuschießen. (Bewegung.) Es steht fest, daß die Bruderladen bei den Bergarbeitern Knechtungsmittel sind. In Steiermark gehört Alles der Alpinen Montangesellschaft und sie herrscht unbeschränkt, und wenn Jemand unter den Bergarbeitern sich rührt, so wird er entlassen, bekommt in ganz Steiermark keine Arbeit mehr und verliert seine Altersversorgung durch die Bruderlade. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag eingebracht, man solle in puncto der Altersversorgung den Wünschen der Bergarbeitern Steiermarks Rechnung tragen und auf eine Verstaatlichung derselben dringen. Weiters müssen wir verlangen, daß der Arbeiterschutz auf die ländliche Bevölkerung ausgedehnt werde und daß auch für die Bergarbeiter dieselben Arbeiterschutzbestimmungen gelten sollen, denn so lange die Bergarbeiter separat behandelt werden, werden sie kein Recht erlangen. Wie im Königreich Rothschild und Guttmann ist es auch in

Steiermark. Was die Inspection anbelangt, so sieht es mit der Durchführung dieser Institution bei den Bergarbeitern greulich aus. Es macht den Eindruck, als ob sich die Behörden mit den Unternehmern ins Einvernehmen gesetzt hätten. Denn wenn wir durch Agitation und Organisation eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen bestrebt sind, kommt die Polizei und sagt, daß unser Verein, welcher den Arbeitern zu ihrem Rechte verhelfen will, ein Schwindelverein sei, und daß der oder jener ein „gefährlicher Mensch" sei. Und wenn Einer den Verhältnissen Rechnung tragend sich auch ganz an die gesetzlichen Bestimmungen hält, so wird er trotzdem zusammengepackt und ausgewiesen. So stehen die Verhältnisse bei uns. Stimmen Sie dafür, daß alle Arbeiter unter gleiches Recht kommen und daß in Bezug auf internationalen Arbeiterschutz darauf Rücksicht genommen werde. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender. Es ist nicht absichtlich geschehen, daß die Grazer Genossen nicht das Wort erhalten haben, so oft sie sprechen wollten. Es läßt sich bei der großen Anzahl der vorgemerkten Redner nichts Anderes thun, als Schluß der Debatte zu beantragen, wenn wir alle Punkte der Tagesordnung zur Erledigung bringen wollen.

Genosse Prehauser (Hallein). Der Referent hat mit Recht bemerkt, daß die Herren am grünen Tisch von Arbeiterschutzgesetzgebung nichts verstehen. Ich bin vollkommen seiner Ansicht. Ich komme nämlich aus einem Bezirk, in welchem sich mehrere größere Betriebe befinden, die unter staatlicher Leitung stehen, eine Saline, eine Tabakfabrik und eine Forstverwaltung, welche ebenfalls eine bedeutende Anzahl von Arbeitern beschäftigt. Ich bin nun der Ansicht, daß, wenn es der Regierung mit den Socialreformen ernst wäre, sie in erster Linie darnach trachten müßte, daß gerade in jenen Betrieben, welche vom Staate geleitet werden, die Principien der Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie das Parlament angenommen hat, zur Durchführung kommen. Aber gerade das Gegentheil geschieht. In diesen staatlichen Betrieben werden die heute bestehenden Arbeiterschutzgesetze, so mangelhaft sie auch sind, gänzlich ignorirt. Speciell von den Salzburger Genossen habe ich einen Auftrag erhalten, hier vorzubringen, daß in den Staatsbahnwerkstätten in Salzburg die Sonntagsruhe ganz und gar nicht eingehalten wird. Die Leute werden aufgefordert, Sonntag zu arbeiten, und wenn sie nicht wollen, werden sie aufs Pflaster geworfen. Das kommt in einem staatlichen Betriebe vor, und ich erachte es für eine Nothwendigkeit, daß sich dies ändere. Was die Salinen betrifft, möchte ich Einiges über die Löhne dort sagen. Gegenüber den Privatunternehmungen zahlt hier der Staat viel schlechtere Löhne, nämlich 70—90 kr., letzteres für die Professionisten, Zimmerer, Schlosser u. dgl., während bei den Privatunternehmungen der Taglohn 1 fl. 20 kr. bis 1 fl. 40 kr. beträgt, was natürlich auch viel zu wenig ist. Um die Arbeiter noch schlauer auszubeuten, sagt man, daß sie im Gedinge arbeiten müssen, so den Kohlentransportarbeitern, den Holzhackern, den Salzsiedern und Dörrern. Es haben sich in letzter Zeit Klagen über Lohnrückgang erhoben und gewaltig vermehrt. Um dieser Sache auf den Grund

zu kommen, habe ich mir Lohnbücher verschafft und gefunden, daß im Jahre 1889 der Durchschnittsverdienst der Kohlenhacker vom März bis December 38 fl. im Monat betrug, in den ersten fünf Monaten dieses Jahres aber auf 24 fl. zurückgegangen ist. Ebenso verdienten die Dörrer 1889 durchschnittlich 31 fl., heute ist ihr Lohn auf 23 fl. gesunken. Hier will ich bemerken, daß 24 fl. monatlich noch nicht die allerniedrigsten Löhne sind. Diese Leute liegen Sonntag und Feiertag an der Kette, und ich kann versichern, daß eine vollständige Sonntagsruhe bei ihnen etwas sehr Seltenes ist, höchstens an den großen Feiertagen, Weihnachten, Ostern, Pfingsten. Gegenüber den Privatunternehmungen, die ja auch sehr viel zu wünschen übrig lassen, stehen die staatlichen Unternehmungen noch erheblich zurück.

Ein weiterer Witz der Regierungsorgane in den Staatsbetrieben ist die Arbeitseintheilung, nach welcher der Arbeiter durch einen halben Tag beschäftigt wird und für den andern halben Tag sich Privatverdienst verschaffen muß (Sehr schön!) und hernach muß er wieder eine halbe Nacht im staatlichen Betriebe arbeiten. So arbeitet der größte Theil der Arbeiter Jahr für Jahr 18 Stunden, was nothwendig ist, da die Privatarbeiter, besonders im Winter, wenn die Bauarbeiter heimkehren, den Lohn äußerst herabdrücken. Im Winter ist der Arbeiter froh, wenn er zwei bis drei Tage in der Woche Arbeit findet, da hat die Saline ihre Kundschaft und der Andere kann das Maul aufspreitzen. In der Cigarrenfabrik wie auch in Salinen, werden den Arbeitern, wenn sie einen halben Tag versäumt haben, Strafabzüge im Betrage von 3 fl. gemacht und dazu wird noch der feine Witz gemacht, den Strafabzug nicht einzutragen; es wird dem Arbeiter der ganze Lohn eingetragen, aber er bekommt ihn nicht. (Eine saubere Wirthschaft!) Ich möchte den anwesenden Herrn Abgeordneten Pernerstorfer bitten, den Finanzminister gelegentlich zu befragen, ob die Verwaltung berechtigt ist, solche Abzüge vorzunehmen, und wenn sie berechtigt ist, ob sie nicht dieselben in die Bücher einzutragen habe, ob überhaupt der Finanzminister weiß, wo das Geld hingethan wird. Für die Bruderladen wird bei uns zwei Kreuzer vom Lohngulden gezahlt, aber die sie zahlen, haben keinen Anspruch auf die Bruderladen, auch dürfen sie in die Bruderladenwirthschaft keine Einsicht nehmen. Es liegt an dem Wohlwollen des Herrn Salinendoctors, ob man etwas bekommt; und das geschieht nur dann, wenn er einen gut leiden kann. (Unerhört!) Bei uns hat ein Arbeiter, nachdem an seinem Auge der Doctor recht lange herumgewurstelt hat, das Auge im Spitale verloren. Bei einem Baumeister würde er eine Rente beziehen, aber aus einem staatlichen Betriebe bekommt er nichts. Es heißt, er ist nicht stabil, er wird mit 15 fl. abgefertigt, er kann aber nicht stabil werden, weil er zu alt ist. (Das ist ja schandvoll! Schauderhaft!) In der Cigarrenfabrik hat man einen Arbeiter, der beim Holztragen in die Kanzlei stürzte und sich das Knie verrenkte, nach vier Wochen gezwungen, mit zwei Krücken zur Arbeit zu gehen. Nach drei Tagen

trug man ihn wieder nachhause, er bezahlt den Primarius in Salzburg selbst, denn man glaubt, die Sache nicht bei der Unfallversicherung anzeigen zu müssen; ich selbst mußte die Sache verschweigen, denn ich wäre sonst sofort arbeitslos geworden. Wenn Privatarbeiter Vorstellungen erheben, verweist man sie auf das Vorgehen in den staatlichen Betrieben, wo jährlich am Tabakmonopol allein über fünfzig Millionen verdient werden. Gegenwärtig wird bei uns eine Zuckerfabrik gebaut; aus allen Himmelsstrichen wurden Arbeiter herbeigezogen, und während 14 Tagen kann man höchstens drei Tage arbeiten. In den schlechtesten Löchern sind die Arbeiter zusammengepfercht. Ein italienischer Arbeiter mußte in seinem elenden Quartiere darniederliegen, weil man ihn im Spitale nicht aufnehmen wollte, trotz der bestehenden Baukrankencasse. Er schleppte sich zum Brunnen, um sich selbst Wasser zu holen und mit dem Kruge in der Hand stürzte er um und starb. Dann kommt noch ein schäbiger Krämer zum Baumeister um 2 fl. 50 kr., die der Verstorbene ihm schuldete und erwirkte sich beim Bürgermeister die Erlaubniß, von der Leiche die Stiefel herunterzureißen. (Rufe: Hat der Bürgermeister noch keinen Orden gekriegt? Einen Strick verdient er! Hallein liegt ja im Land der Glaubenseinheit!) Vielleicht wird es den Arbeitern erst besser gehen, wenn einmal im Abgeordnetenhaus der Antrag durchgeht, die Gewerbeinspection unter Aufsicht des Thierschutzvereines zu stellen (Lebhafter Beifall und Heiterkeit) — vielleicht wird es ihnen besser gehen, wenn man sie den Thieren gleichstellt. (Beifall.)

Stourz (Prag): Ich stelle den Antrag, nach Brüssel nur einen Delegirten zu entsenden, weil die finanziellen Verhältnisse unter den Genossen schlechte sind.

Genosse Anton Hahn (Elbogen): Werthe Genossen! Ich habe das Wort ergriffen, um auf einige Punkte, die uns arme Teufel im Erzgebirge angehen, Ihre Aufmerksamkeit zu lenken. Unsere Verhältnisse zwingen den Arbeitenden wie Arbeitslosen zum Schmugglerhandwerk zu greifen und durch unsere heilige Gesellschaftsordnung zum Verbrecher zu werden. Das Vorgehen gegen uns ist so brutal und brutaler vielleicht bei uns als anderswo. Ueber die Arbeitszeit ließe sich viel sagen und eigentlich existirt bei uns gar keine Regelung derselben; trotzdem 11 Stunden vorgeschrieben sind, wird bei uns durch 36 Stunden fortgearbeitet. Die Noth will bei uns kein Ende nehmen, und ich will daher den Congreß ersuchen, dahin zu wirken, daß auch bei uns die Existenz des Arbeiters endlich einen Schutz erhalte. (Zustimmung.)

Genosse Carl Hermann (Kratzau): Freunde! Wenn ich das Wort ergreife, so geschieht es, um zu constatiren, daß wenn am 1. Mai nicht auch die Frauen an unserer Bewegung theilgenommen hätten, der 1. Mai nicht so ausgefallen wäre, wie es geschehen ist. (Bravo!) Trachten wir also das weibliche Geschlecht so viel als möglich in unsere Bewegung einzubeziehen. Ich würde wünschen, daß der Brüsseler Congreß eingehend die Frauenfrage behandle.

Vorsitzender: Nachdem die Rednerliste erschöpft ist, werde ich den Antrag des Genossen Dr. Adler zur Verlesung bringen. Derselbe lautet:

„Der Parteitag der österreichischen Socialdemokratie beschließt, den internationalen Arbeitercongreß in Brüssel zu beschicken, und dort durch Delegirte die hier gefaßten Beschlüsse zu vertreten, insbesondere denjenigen wegen einheitlicher Regelung der Maifeier."

Genosse Dr. Adler: Ich will auf das Schlußwort verzichten. Ich habe ohnehin mich in der Sache ausgesprochen. Nur gegen den Antrag eines Genossen möchte ich mich wenden, daß nämlich nur ein Delegirter zum Congresse delegirt werde. Wir sollen uns in dieser Richtung nicht die Hände binden. Wir werden auf dem Brüsseler Congreß vertreten sein, je nachdem es nach unseren Mitteln möglich sein wird. (Der Antrag des Gen. Dr. Adler wird unterstützt.)

Vorsitzender: Genosse Wawra hat gleichfalls einen Antrag eingebracht, über den wir jedoch hier nicht entscheiden können. Derselbe gehört vor den Brüsseler Congreß. Wir können diesem nicht vorschreiben, was er für Beschlüsse zu fassen hat. Der Antrag lautet nämlich:

„Die unterzeichneten Theilnehmer des Parteitages der österreichischen socialdemokratischen Partei schlagen mit Bezug auf den internationalen Congreß, der in Brüssel stattfinden wird, folgende Resolution vor:

„Da die socialdemokratische Partei die Idee der absoluten Freiheit und des gleichen Rechtes jeder Nation anerkennt, fordern wir, daß auf dem internationalen Congresse zu Brüssel einem jedem Theilnehmer das Recht gewahrt werde, sich in seiner Muttersprache auszudrücken, und nicht nur, wie es beschlossen wurde, in der französischen, deutschen und englischen Sprache."

Ich ersuche jene Herren, die den Antrag des Genossen Dr. Adler annehmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Es ist ein Telegramm des Genossen Bebel aus Berlin eingelaufen, um dessen Verlesung ich bitte.

Schriftführer Rieger (liest): „Auer's Wegbleiben unerklärlich. Wir hatten ihm zweimal telegraphirt. Bedauern sehr den Vorfall. Gruß und Glückwunsch an den Parteitag."

Genosse Dr. Adler: Es wird dem Parteitage vielleicht aufgefallen sein, daß kein deutscher Genosse hier ist. Genosse Auer war bereits angemeldet, und ich habe einen Brief für ihn herbekommen. Es muß also etwas dazwischen gekommen sein. Wir haben an Bebel um Aufklärung telegraphirt und er antwortet nun, daß er selbst die Ursache des Fernbleibens Auer's nicht wisse.

Vorsitzender: Es folgt nun die Verhandlung über den siebenten Punkt der Tagesordnung: **Parteiorganisation und Presse.**

Referent Pokorny (Wien): Werthe Genossen! Im Auftrage des Vierundzwanziger-Ausschusses erlaube ich mir, Ihnen einen

Vorschlag zu unterbreiten, der von demselben nach eingehender Berathung zustande gebracht wurde. Seit dem Hainfelder Parteitage hat die Parteibewegung so kolossale Fortschritte gemacht, daß unbedingt von uns eine Basis geschaffen werden muß, auf die wir uns bei unserer weiteren Arbeit und Agitation stützen können. Diese Basis kann und wird allerdings mit Rücksicht auf specielle österreichische Verhältnisse keine besonders feste sein. Ist ja doch, wie wir Alle wissen, der Rechtsboden in Oesterreich selbst ein sehr schwankender. Seitdem die Genossen in den größeren Städten und die Provinzgenossen einander näher getreten sind, und das ist insbesondere der Fall seit dem Hainfelder Parteitag, hat sich ein Verkehr nach gewissen Regeln herausgebildet, die bis nun sich größtentheils bewährt haben, und dem Vierundzwanziger Ausschuß oblag einfach, diese Gepflogenheiten zu fixiren. Es wurden weiters Normen geschaffen, welche geeignet sind, die Geschäftsführung der Partei zu regeln. Ich habe gesagt, daß wir nicht imstande sind, uns eine solche feste Organisation zu geben, wie die Genossen anderer Länder. Ein geflügeltes Wort sagt: In Oesterreich kocht man politisch mit Wasser, und das ist nur zu wahr. Der Mangel beinahe jeder politischen Freiheit macht es, daß wir nur mit der größten Mühe unsere Agitation im Interesse der Partei fortsetzen können. Wir können uns eine formelle Organisation deshalb nicht geben, weil die Bestimmungen des Vereinsgesetzes uns einengen. Wir haben auch nicht die Absicht, uns als Verschwörerbande einzulassen. Aus den Kinderschuhen sind wir schon hinaus, Geheimbündeleien haben in unseren Augen keinen Werth. Was sich nun thun läßt, ist in den zehn Punkten niedergelegt, welche das Comité Ihrer Annahme empfiehlt.

Bei uns in Oesterreich hat sich eine Organisation ganz eigenthümlicher Art ausgebildet. Seit jeher und auch seit dem Parteitag zu Hainfeld in größerem Umfange, hat sich ergeben, daß die Genossen bestimmter Ländertheile sich um bestimmte Redactionen, um bestimmte Blätter gruppirten, und das ist auch das einzige Mittel, das geeignet ist, als Grundstock zu unserer Organisation zu dienen. Die Genossen in den einzelnen Ländertheilen haben zu irgend einem einzelnen Parteiblatt Beziehungen hergestellt, Verbindungen angeknüpft, die ausgenützt werden müssen. Und so wird denn auch diese Gepflogenheit, die nicht künstlich gemacht, sondern natürlich entstanden ist, das Entstehen derartiger Agitationsdistricte, für uns auch weiterhin Geltung haben müssen. Ein sehr wichtiger Gegenstand, mit dem sich der Vierundzwanziger-Ausschuß sehr eingehend beschäftigt hat, ist die leidige Geldfrage. Wir haben bekanntlich Agitationsfonds, sowie jede Partei, das wäre nun erfreulich; nicht erfreulich ist aber, daß diese Agitationsfonds immerwährend so schlecht bestellt sind, daß keineswegs den Wünschen und Absichten der Genossen, welche die Fonds verwalten, Rechnung getragen werden kann. Noch viel weniger kann den Wünschen, Forderungen, Ansprüchen der Provinzgenossen voll entsprochen werden, und da heißt es nun einmal eine radicale Aenderung vor-

nehmen, indem die Opferwilligkeit der Parteigenossen in Oesterreich, die schon sehr groß ist, noch mehr angespannt wird, daß von den Genossen jeder Einzelne mit aller Kraft und Energie, und ginge es noch so schwer und koste es noch so viel Zeit und Mühe, dafür sorgt, daß unsere Agitationsfonds in Hinkunft besser dotirt werden. Es ist ja gewiß, so wie Oesterreich politisch sehr rückständig ist, ist es das auch wirthschaftlich. Unsere Genossen, die Arbeiterschaft, welche die Steuernden sind, haben zumeist ein Einkommen, das nicht ausreicht, um halbwegs menschlich zu leben, das ist gewiß: aber immerhin sollte man glauben, daß die Interessen und Principien von ihnen so hoch gestellt werden, daß, wenn sie sich bisher Entbehrungen auferlegt haben, um ihren Theil an Geld, dessen die Partei bedarf, beizusteuern, sie sich daran gewöhnen werden, noch mehr zu entbehren, noch größere Opfer zu bringen. Ein altes Sprichwort sagt: Wo Geld, da Musik, und so verhält es sich bei uns mit der Agitation und mit dem Agitationsfonds. Wenn die Agitationsfonds über wenig Mittel verfügen, kann nicht viel Agitation entwickelt werden, und was darunter leidet, das ist die Bewegung und unsere Partei. Es kann keineswegs mit jenem Eifer und jener Energie und Ausdauer für unsere Principien gearbeitet, agitirt, gekämpft werden, als dies geschehen würde, wenn reichliche Mittel zur Verfügung stehen, und deshalb appellire ich an euch, verzeihet, wenn ich das thue, eure Kräfte noch ein bischen mehr anzustrengen als bisher, wenn ihr wollt, daß die Partei Fortschritte macht, daß immer neue Kämpfer unseren Reihen zugeführt werden, daß wir sobald als möglich zum Ziele, zum Siege gelangen. Es ist erste und heiligste Pflicht, nicht nur für die Aufklärung der Arbeiter zu sorgen, sondern auch die Parteiorganisation in den Stand zu setzen, die in Oesterreich so dringend nothwendige Agitation entwickeln zu können. Ich habe erklärt, daß die Vorschläge, welche wir Ihnen machen, beschlossen wurden nach einer sehr eingehenden Berathung, und ich halte es nicht für gut, wenn hier im Plenum allzuviel Zeit mit der Berathung dieser Vorschläge zugebracht werden würde. Werden die Vorschläge angenommen, dann glaube ich, wird damit die Möglichkeit geboten, erheblich Besseres und Entsprechenderes zu schaffen als bisher. Ich bringe diese Vorschläge zur Verlesung.

Sie lauten (liest):

Der Parteitag erklärt:

1. Zur Partei gehörig ist jede Person, welche sich zu den Grundsätzen des Hainfelder Programms bekennt.

2. Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der socialdemokratischen Principien wirken und durch Discussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

3. Der Parteitag beauftragt mit der Einberufung des nächsten Parteitages wieder sämmtliche Redactionen der Parteiblätter, mit den Vorarbeiten zu diesem aber die Redaction der „Arbeiter-Zeitung" in Wien.

4. Die Redactionen der Parteiblätter sollen bei der Wahl ihrer Berichterstatter nur solche Personen berücksichtigen, welche ihnen von den Genossen am Orte als besonders vertrauenswürdig bezeichnet wurden.

5. Die Parteigenossen eines Ortes haben sich in allen Parteiangelegenheiten, wie Förderung und Unterstützung der Agitation u. s. w. an die Redaction jenes Parteiblattes zu wenden, in deren Verbreitungsgebiet der betreffende Ort liegt, und zwar: Wien und Niederösterreich u. s. w. an die „Arbeiter-Zeitung", Wien; deutsches Mähren und Schlesien u. s. w. „Volksfreund", Brünn; slavisches Mähren u. s. w. „Rovnost", Brünn; Deutsch-Böhmen „Freigeist", Reichenberg; slavisches Böhmen „Sozialni demokrat", Prag; Alpenländer „Arbeiterwille", Graz; italienische Genossen „Avanti", Triest; polnische Genossen „Praca", Lemberg; slavische Genossen in Wien „Delnicke Listy".

6. Die Genossen werden aufgefordert, eifrigst zu wirken für womöglich wöchentliche Einzahlungen an den Agitationsfonds des Blattes, in dessen Bezirk sie sich befinden, und ist von den eingelaufenen Beträgen für die allgemeinen Parteiauslagen die Hälfte an den Agitationsfonds der „Arbeiter-Zeitung", respective der „Rovnost" in Brünn abzuführen. Im Falle eine der Redactionen außerstande ist, diesem nachzukommen, soll sie dies durch Rechnungslegung über die Verwendung der Agitationsgelder nachweisen.

7. Die Genossen an dem Orte des Erscheinens eines Blattes haben das Recht, die Controle über die Verwendung der Agitationsgelder auszuüben und ebenso obliegt ihnen die principielle Haltung und finanzielle Gebahrung desselben zu überwachen.

8. Um zu ermöglichen, daß dem nächsten Parteitage ein ausführlicher Bericht über den Stand der socialdemokratischen Bewegung erstattet werden könne, haben die Redactionen vierteljährig Berichte hierüber an die „Arbeiter-Zeitung" in Wien einzusenden.

9. Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Classenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht-parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspeculation werde.

10. Gründungen von Parteiblätter sollen nur dann erfolgen, wenn ein nachweisbares Bedürfniß hiefür vorhanden ist und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die gegründet werden ohne Zustimmung des Parteitages

oder einer Landesversammlung haben solange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von einem Parteitage oder einer Landesversammlung anerkannt werden.

Genossen! Sie entnehmen den Vorschlägen, auf welche Weise sich die Parteiorganisation gestalten soll, wie die Agitationsgelder hereingebracht und auf welche Weise sie Verwendung finden sollten. Die Beiträge sollen womöglich wöchentlich gezahlt werden; binden können und dürfen wir Niemanden. Aber wir sprechen den Wunsch und die Hoffnung aus, daß die Genossen wöchentliche Beiträge an den Agitationsfonds der Blätter abliefern, in deren Verbreitungsbezirk sie sich befinden. Sie haben ferner gehört, daß von den auf diese Art aufgebrachten Agitationsgeldern ein bestimmter Theil entweder an die „Arbeiter-Zeitung" in Wien oder an den Agitationsfonds der „Rovnost" in Brünn abgeliefert werde. Ich will das begründen. Bekanntlich hat die Partei Auslagen, welche gemeinsamer Natur sind, und dazu soll ein Fonds angesammelt werden durch das Abtreten eines gewissen Percentsatzes der bei den verschiedenen genannten Redactionen bestehenden Agitationsfonds, um die gemeinsamen Auslagen decken zu können. Es wurde weiters gesagt, daß die Redactionen der Parteiblätter alle Vierteljahre über den Stand der Bewegung an die Redaction der „Arbeiter-Zeitung" in Wien Bericht zu erstatten haben. Ich begründe dies damit, daß durch die Lage Wiens, durch seine Einrichtung, durch den Umstand, daß es die Hauptstadt ist, Sitz der obersten Behörde, die Wiener Genossen eher in der Lage sind, einen Ueberblick über die gesammten Fortschritte der Bewegung im ganzen Reiche zu erhalten und auch leichter herausbekommen können, nach welcher Richtung, an welchem Orte und in welcher Weise Nachhilfe nothwendig ist oder ob den Genossen in irgend einem Orte Rathschläge zu ertheilen sind. Wir können auch mit Rücksicht auf unser Vereinsgesetz keine öffentliche Parteileitung einsetzen; wir sind unter allen socialdemokratischen Parteien in Bezug auf Organisation am schlimmsten bestellt und werden es noch lange Zeit sein. Aber immerhin, wie dem auch sei, wenn wir uns einen festen formellen Boden für unsere Organisation nicht geben können, wenn auch noch so viele Hindernisse entgegenstehen und noch so viel Schwierigkeiten gemacht werden, das Eine steht fest und ist sicher — und Sie Alle sind von dieser Anschauung durchdrungen — alle diese Dinge können uns nicht hindern, energisch vorwärts zu schreiten, und alle diese Dinge können nicht bewirken, daß wir aus der Welt verschwinden. Wir haben bisher unter den elenden politischen Verhältnissen Oesterreichs ganz Erkleckliches geleistet und haben mit der so mangelhaften, lückenhaften und unausgebildeten Organisation, soweit sie in Oesterreich möglich ist, ganz ersprießlich im Interesse der socialdemokratischen Idee gewirkt und werden auch weiterhin wirken, und ich bin überzeugt, daß wir auch Ihrer Mithilfe und Ihrer Unterstützung nach jeder Richtung hin sicher sind. Bezüglich der Blätter haben wir uns erlaubt, einige Vorschläge zu machen. Es ereignet sich in gewissen Perioden,

daß sich der Genossen so eine Art von Gründungsfieber bemächtigt: es werden Blätter gegründet, nur deshalb, weil der eine oder der andere Genosse das Bedürfniß hat, als Redacteur auf einem Blatte zu figuriren; es werden Blätter gegründet, damit der eine oder andere Genosse, der sonst ein ganz braver und tüchtiger Parteigenosse sein kann, eine Ableitung für seine Schreibewuth finde. Und nicht immer ist das, was in dieser Schreibewuth geleistet wird, das beste. Wir haben die Erfahrung gemacht vor längerer und vor kürzerer Zeit und machen sie jetzt noch, daß viele Blätter gegründet wurden, ohne daß die nöthigen Vorbedingungen vorhanden waren, welche deren Existenzfähigkeit und Bestand sichern konnten. Wir wissen es Alle zu beurtheilen, wie schädlich für die Entwicklung der Parteipresse das ist. Daher sagen wir, es soll von nun an nicht mehr im Belieben einer einzigen Person oder weniger Genossen liegen, ein Blatt herauszugeben, sondern die Partei soll darüber entscheiden. Es finden bekanntlich von Zeit zu Zeit in den verschiedenen Provinzen Landesversammlungen statt, es wird von nun an regelmäßig, vielleicht alljährlich, ein Parteitag abgehalten werden. Wenn dann irgendwo das Bedürfniß nach einem Blatte sich fühlbar macht, so haben sich die Genossen, welche die Idee der Blattgründung propagiren, an die Landesversammlung oder an den Parteitag zu wenden. Und erst wenn die Landesversammlung oder der Parteitag ihre Zustimmung zur Gründung geben, erst dann soll die Zeitung gegründet werden. Diese Maßregel schaut vielleicht drakonisch aus, aber gerade im Interesse des Aufblühens, der Entwicklung unserer Parteipresse, im Interesse der möglichst größten Wirksamkeit derselben liegt es, daß wir jene Beschränkung auferlegen. Genossen! Ich bitte Sie, zu berücksichtigen, daß wir in Oesterreich leben, und daß wir ein an politischen Rechten sehr armes Volk sind.

Wir können uns keineswegs verblenden lassen durch die Einrichtungen der Genossen in anderen Ländern, und ich bitte, die von uns gemachten Vorschläge anzunehmen und dann dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, sondern verwirklicht werden. Wenn dieselben mit aller den Socialdemokraten zukommenden Energie durchgeführt werden, so wird auf einem nächsten Parteitag der Bericht über den Fortschritt der Parteithätigkeit noch glänzender sein als auf diesem. Die Anträge des Genossen Beer sind in den vom Vierundzwanziger-Comité gestellten Vorschlägen enthalten; der Antrag des Genossen Czernovsky betreffs möglichster Vermeidung von Fremdwörtern in unserer Presse bedarf wohl keiner Abstimmung, indem er von den zahlreich anwesenden Redacteuren zur Kenntniß genommen wird; ebenso leicht erledigt dürfte der Antrag des Genossen Tolejši betreffend Abhaltung von Volksversammlungen zum Zwecke der Berichterstattung über den Parteitag erscheinen, nachdem dies eine selbstverständlich uns obliegende Pflicht beinhaltet; es wird wohl auch die Abstimmung nicht nothwendig sein über den Antrag, den „Avanti“ nach Kräften zu unterstützen, weil es eine Ehrenpflicht der Partei ist, die Genossen an

10*

einem so exponirten Posten zu unterstützen, und hoffentlich werden die italienischen Genossen mit unserer Unterstützung nicht allein über finanzielle Schwierigkeiten hinwegkommen, sondern wird auch den Behörden in Triest, welche in so barbarisch willkürlicher Weise vorgehen, noch Vernunft beizubringen sein. Kein Brei wird so heiß gegessen, als gekocht, und auch den Triester Behörden wird unsere Arbeiterbewegung ein wenig mehr Rücksichtnahme abnöthigen.

Schließlich enthält ein weiterer Antrag, welcher die Einbeziehung des kleinen Bürgerstandes in unsere Bewegung fordert, insbesondere für jeden in der Agitation thätigen Parteigenossen, etwas Selbstverständliches. Die Socialdemokratie ist keine ausschließliche Arbeiterpartei, sie ist eine politische Partei, es können ihr alle jene Mitglieder der Gesellschaft beitreten, welche imstande sind, die hehren Principien der Socialdemokratie zu begreifen und zu verstehen, und welche bemüht sind, an der Befreiung des Volkes vom heutigen Joche mitzuarbeiten. (Anhaltender Beifall.)

Ein weiterer Antrag, welcher die Abschaffung aller indirecten Steuern und die Einführung einer einzigen directen progressiven verlangt, kann wegen der gründlichen und umfassenden Berathung, die einer Abstimmung über denselben unbedingt vorangehen müßte, wohl unmöglich kurzwegs Gegenstand eines Beschlusses werden.

Ich bitte Sie nochmals, Genossen, wenn die Vorschläge nicht entsprechen sollten, wenn die Erwartungen, die sie hegten, nicht erfüllt wurden, schreiben Sie die Schuld nicht uns, sondern den geradezu unnatürlich elenden politischen Verhältnissen in Oesterreich zu. (Bravo! Bravo!)

Weiters wurde ein Antrag gestellt, daß die Genossen es sich angelegen sein lassen sollen, wenn sie mit Rücksicht auf ihre Lebensstellung dazu geeignet sind, das Wahlrecht zu erlangen, damit wir mit einer größeren Zahl von Kämpfern in die Wahlbewegung eintreten können. Dieser Antrag wurde in Wien und in vielen anderen Orten Oesterreichs anläßlich der letzten Reichsrathswahl bereits durchgeführt; es wurde das Möglichste in dieser Hinsicht gethan, und es hat ganz ersprießliche Dienste geleistet. Doch kann der Parteitag Niemand mit der Erlangung des Wahlrechtes beauftragen. Wir können das nicht beschließen, sondern nur den Wunsch aussprechen, daß es geschehe. Ueber die Frauenzeitung, deren Gründung propagirt wird, werden wir noch später sprechen.

Genosse Hybeš übersetzt in's Czechische:

Antrag Beer und Genossen.

In Anbetracht, daß die Presse das beste und wirksamste Agitationsmittel ist, in weiterer Erwägung, daß unsere Parteipresse dieser ihrer Aufgabe nur dann entsprechen kann, wenn ihre Existenz genügend gesichert ist, und jeder maßgebende, nicht — parteigenössische Einfluß von ihr ferngehalten wird, beschließt der Parteitag:

Es ist darauf zu achten, daß unsere Parteipresse nicht Gegenstand von Privatspeculationen werde, die mit dem Parteizwecke nichts gemein haben, daß die Parteipresse die oberste Pflicht habe, die

indifferenten Arbeiter zu classenbewußten Parteigenossen zu erziehen; und ferner muß bei Gründung neuer Blätter berücksichtigt werden, daß dieselben nur im Einvernehmen mit einer größeren Anzahl von Parteigenossen geschehen könne, wo diese Bedingungen bei neu zu gründenden Blättern nicht eingehalten werden, erklärt der Parteitag, den Genossen sei anzuempfehlen, derartigen Blättern die moralische, wie materielle Unterstützung nicht zu gewähren.

Antrag Beer und Genossen.

Es wäre von dem zur Vorberathung der Parteiorganisation eingesetzten vierundzwanziggliedrigen Comité in Erwägung zu ziehen, ob es unter den österreichischen, wenn auch so tristen Verhältnissen, nicht möglich wäre, eine Parteisteuer, die derart eingerichtet sein müßte, daß sie ein Hinderniß zum Beitritte der socialdemokratischen Partei nicht wäre, einzuführen.

Antrag Häfner und Genossen.

Die großen, die Menschheit verjüngenden Ideen finden gegenwärtig fast nur im Proletariate ihren Vollstrecker. Diese Aufgabe ist jedoch so gewaltig, sie bedarf so vieler Kräfte, daß kein Mitarbeiter entbehrt werden kann.

Bisher konnte nur das industrielle Proletariat organisirt werden. Dieses stellt aber nur einen kleinen Bruchtheil der gesammten enterbten Menschheit dar. Der größere, noch abseits stehende Theil enthält so viele werthvolle Kräfte, daß ihre Heranziehung unbedingt geboten erscheint.

Der Ausdruck der organisirten Proletarier — die Socialdemokratie — bedeutet nicht nur einen Wegweiser für die materielle Wohlfahrt der Menschheit, nein, sie bedeutet auch eine neue Weltanschauung. Darum kann es ihr nicht gleichgiltig sein, ob ihre Ideen in dem übergroßen Theile der Bevölkerung recht- oder mißverstanden werden, ob ihre Bestrebungen auf größeren oder geringeren Widerstand beim nicht organisirten Proletariate stoßen.

Wie nichts in der Natur abgegrenzt ist, so stellt auch das industrielle Proletariat nicht eine scharf differenzirte Volksschichte dar, sondern steht durch tausend Faden mit anderen Gesellschaftskreisen in Berührung. Es ist daher ein Gebot der Nothwendigkeit, die socialdemokratischen Anschauungen — nicht allein die wirthschaftlichen — in immer weitere Kreise zu tragen, um so das Volksbewußtsein mit diesen Gedankenweisen zu erfüllen.

In Beziehung auf all dies beantragen die Gefertigten: „Der zweite Parteitag der österreichischen Socialdemokratie erkennt es als dringend nothwendig an, die Agitation auf alle Kreise der Bevölkerung, insbesondere auf die Bauern, Kleingewerbler, Beamten und Anderen unter dem Drucke des wirthschaftlichen Uebergewichtes der Besitzenden Schmachtende auszudehnen und Alles vorzukehren, um die erlösenden Ideen der Socialdemokratie in ihrer vollen Reinheit und ganzen Bedeutung zum vollen Bewußtsein

des gesammten Volkes zu bringen, damit die Partei nicht allein eine Arbeiter-, sondern eine wahrhafte, große, weltumspannende Volkspartei werde. Mit dem Vollzuge dieses Beschlusses werden eigene Landes-Comités betraut, die auf dem nächsten Parteitage Berichte über ihre Thätigkeit zu erstatten haben."

Antrag. Genosse Anton Czernovsky (Neunkirchen) und Genossen.

Indem die Parteiblätter als Mittel zum Zwecke der Aufklärung dienen sollen und dienen müssen, es aber Thatsache ist, daß in den arbeitenden Classen vorherrschend ist, daß vermöge der mangelhaften Schulbildung, die nicht uns vorgeworfen werden kann, der größte Theil im Lesen und Verstehen des Gelesenen ungeübt sind, in den uns zur Aufklärung dienenden Fach- und Parteiblättern aber sehr viele zum Theile überflüssige Fremdwörter in der Stylistik vorkommen, so sind diese Blätter für die Meisten unverständlich. Da wir nicht in der Lage sind, uns für den Privatgebrauch Fremdwörter-Lexikas anzuschaffen, wir aber um Aufklärung einiger Wörter immer in einem, einem Vereine zur Verfügung stehenden Fremdwörterbuche Nachschau halten müssen, ist uns das Lesen und Verstehen des Gelesenen erschwert. Ich stelle daher den Antrag, der Parteitag möge dahinwirken, daß beschlossen werde, die Redactionen mögen ihre schriftstellerisch thätigen Organe beauftragen, den überschwenglichen Gebrauch der Fremdwörter in der Stylistik der Blätter nach Möglichkeit fernzuhalten, oder neben gebrauchten Fremdwörtern eine eingeschaltete Uebersetzung beizufügen, indem auf solche Weise das Lesen und Verstehen des Gelesenen Jedermann wesentlich erleichtert wird.

Antrag Roscher und 58 Genossen.

Es soll zu unserer Principienerklärung vom Hainfelder Congreß folgender alte Programmpunkt mitaufgenommen werden:

Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer.

Antrag Gans und Genossen.

Wir beantragen, daß die Genossen allerorts dafür Sorge tragen zu haben, daß überall, wo es wünschenswerth ist, tüchtige und fähige Genossen wahlberechtigt werden, um, wenn es nothwendig wird, gerüstet in die Wahlagitation eingreifen zu können.

Antrag Heinz und Genossen.

Die Gefertigten erachten die Herausgabe einer volksthümlich verfaßten Flugschrift, welche die ungerechte Vertheilung der Steuern (directe wie indirecte) eingehend darlegt, als ein vorzügliches Agitationsmittel und stellen den Antrag, daß eine derartige Schrift von der Parteileitung herausgegeben werde.

Antrag Bizo und Genossen.

Der Parteitag möge beschließen: Es wird allen Provinzgenossen dringend anempfohlen, mit den landwirthschaftlichen Ar-

beitern sowie mit den Kleinbauern, welche ebenfalls unter den Folgen der privatcapitalistischen Productionsweise schwer zu leiden haben, in nähere Verbindung zu treten, ihnen den Zusammenhang ihrer gedrückten Lage mit dem herrschenden Wirthschaftssystem klar zu machen und sie in die socialdemokratische Organisation einzubeziehen. Zu diesem Zwecke sind nach Möglichkeit auch in rein landwirthschaftlichen Bezirken Versammlungen mit entsprechenden Tagesordnungen einzuberufen, zu denen Männer und Frauen Zutritt haben sollen; ferner sollen die Parteiblätter leichtverständlich geschriebene Artikel über die Lage der Landarbeiter und der Kleinbauern bringen und soll für eine ausgiebige Verbreitung solcher Blätter in den Kreisen dieser Kategorie von Classengenossen gesorgt werden.

Antrag Stark und Genossen.

Die westböhmischen Delegirten übergeben dem Vierundzwanziger-Comité den Antrag: Die „Morgenröthe" sei als Parteiorgan anzuerkennen.

Antrag Lapper und Genossen.

In Erwägung, daß die Bewegung auch unter der italienischen Bevölkerung Oesterreichs platzgreift, dieselbe aber eine noch junge zu nennen ist, und ihr weder geistige noch materielle Mittel zur Verfügung stehen, wird der Parteitag ersucht, das italienische Parteiblatt „Avanti" nicht nur geistig, sondern auch materiell zu unterstützen. Ferner wird der Parteitag ersucht, dahin zu wirken, eine nützliche agitatorische Bibliothek auf Kosten der Partei zu schaffen.

Antrag Knoth, J. Dolezi und Genossen zum letzten Punkt der Tagesordnung.

Der Parteitag möge beschließen, daß an einem bestimmten Datum in ganz Oesterreich Volksversammlungen einberufen werden, um die gefaßten Beschlüsse, sowie das Parteiprogramm ausführlich zu behandeln. Die Tagesordnung möge durch den Vierundzwanziger-Ausschuß bestimmt werden.

Genosse Sasta: Wir müssen abreisen und wollen, bevor wir abreisen, noch beifügen, daß wir vollständig einverstanden sind mit den Ausführungen über den letzten Punkt, die Genosse Pokorny vorgebracht hat. Wir aus den Alpenländern, soweit wir aus Tirol und Vorarlberg sind, werden es als unsere Pflicht betrachten, die gefaßten Beschlüsse zu verbreiten und dafür einzutreten, daß sie auch ausgeführt werden.

Genosse Dvorák (czechisch) bringt einen Bericht über die Organisation seiner engeren Collegen und weist darauf hin, daß die Arbeiter sich deshalb so schwer organisiren, weil sie mit Arbeit überbürdet sind und somit keine Zeit haben, ihre eigenen Leiden zu übersehen. Redner ruft aus: „Das Aergste haben wir aber schon überstanden und in der Hoffnung auf einen glänzenden Sieg schreiten wir weiter."

Vorsitzender: Zur Verabschiedung hat Genosse Bierkopf aus Villach das Wort.

Genosse Bierkopf: Werthe Genossen und Genossinnen! Ich komme leider erst heute dazu, Ihnen die herzlichsten Grüße von den Genossen und Genossinnen Ober-Kärntens zum Schlusse zu überbringen. Es ist leider die Zeit zu kurz, daß es mir gestattet sein könnte, unsere Uebelstände, welche manche derartig haarsträubend sind, wie sie in ganz Oesterreich unter dem größten und heftigsten Ausnahmszustande nicht derartig herrschten wie in Villach, zu schildern. Was in Rußland nahezu unmöglich ist, ist in Villach Alles möglich. Ich kann Ihnen nur in Kurzem noch ans Herz legen, alle diese Worte, die Sie bei dem gegenwärtigen Parteitage gehört haben, Ihren Genossen zu überbringen und die Beschlüsse energisch zur Durchführung zu bringen. Ich sage Ihnen nun ein herzliches Lebewohl. (Lebewohl.)

Vorsitzender: Es liegt ein Antrag vor auf Schluß der Rednerliste. Wer unterstützt den Antrag? (Der Antrag wird unterstützt.) Ich bitte Diejenigen, die für Schluß der Rednerliste sind, die Karte zu erheben. Vorgemerkt sind die Genossen Wawra, Schiller, Jan Wurstial, Schäffer, Stark, Ehrlich, Dolejšy, Nabrilek, Wedlich (Kittlitz), Sadnik, Prochaska, Weigunny, Mankowski, Höger und Beer. (Schluß der Rednerliste wird angenommen.)

Schiller: Genossen und Genossinnen! Dieser Punkt ist wohl einer der wichtigsten auf der Tagesordnung, und ich muß wirklich gestehen, daß ich gedacht habe, daß er viel ausführlicher behandelt werden könnte. Es ist so, wie ein Redner zu Anfang des Parteitages sagte: Es wird gepeitscht werden und es wird auch gepeitscht. Wir werden auch nicht ganz klar nach Hause gehen.

Auf was basirt eigentlich die ganze Organisation jeder Partei, jeder socialdemokratischen Partei. Die Grundlage der Organisation ist und bleibt die Agitation und die haben wir bei uns in Oesterreich verhältnißmäßig noch gar nicht geregelt, besonders in der Provinz. Wir finden sehr oft, daß sehr viele Fehler geschehen sind, weil die Agitation nicht geregelt ist. Wir brauchen in Böhmen böhmische Redner, in Wien deutsche Redner, in italienischen Bezirken deutsche Redner, in deutschen Bezirken italienische Redner und umgekehrt. In Galizien brauchen sie deutsche Redner und wir brauchen in manchen Gegenden polnische Redner. Das ist aber noch gar nie in Betracht gezogen worden. Ich agitire schon ziemlich lange Zeit und ich habe da die Bemerkung gemacht, daß wenn wir die Redner planmäßig, systematisch mischen könnten, und zwar mischen, daß nicht ein Agitator in einem Provinzorte 20 Jahre mit seinem alten Werkel herumleiert, im Gegentheil der vielleicht mit seiner Walze in andere Provinz geht, daß wieder dorthin ein Fremder kommt, wir bedeutend größere Erfolge erzielen würden, da wenn die Leute, wenn sie Einen hören können, der noch nicht dort gewesen ist, eher hinkommen, um sich ihn anzuhören. Ich wünschte, daß wir hierauf Rücksicht nehmen könnten und ich versichere Ihnen, daß wenn die Agitation so eingerichtet sein wird, auch die Mittelfrage sich leichter

regeln läßt. Durch diese Art der Agitation — in der Weise haben hauptsächlich die Pfaffen agitirt und organisirt — wird das Interesse der Bevölkerung geweckt, da kommen auch die Mittel eher herein, die Leute sind nicht so karg und selbst ein Bettler ist imstande etwas dafür zu leisten. Bis heute aber — das muß ich gestehen, wir sind ja da, uns die Wahrheit zu sagen — können wir sagen, daß es einzelne Orte und Städte in Oesterreich gibt, wo die Redner und Agitatoren ziemlich bequem sind. Wo sie nicht leicht hinkommen können, da gehen sie nicht hin, und das soll nicht sein, denn wer sich für unsere Idee opfert, der muß auch als Agitator hingehen, mag es sein, wo es will. Wir in Nordböhmen haben das immer durchgeführt, wir laufen ins Gebirge, dorthin wo es keine Eisenbahn und keine Tramway gibt, wir gehen eben. Also sehen Sie, das ist das Wichtigste.

Was die Mittel zur Agitation betrifft, hat der Referent erklärt, daß diese möglichst centralisirt werden sollen, daß der Agitationsfonds an einem bestimmten Punkte zusammenfließen soll. Das halte ich nicht für richtig. Meine Freunde! Ich habe die feste Ueberzeugung und Erfahrung, daß man soviel wie möglich kleine Kreise interessiren soll, verstehen Sie, was die Geldmittelfrage betrifft. Wie man aber die Geldmittelfrage über den ganzen Staat organisiren will, verliert sich das Interesse dafür. Es ist gerade so, wie wenn Sie einen Stein ins Wasser werfen; wo er hineinplumpt, macht er ein Loch; aber je weiter die Wellen gehen, desto kleiner werden sie, bis sie schließlich ganz verschwinden. Es mag ganz richtig sein mit der Darlegung von dem, was geschehen soll und was zu geschehen hat. Aber ich glaube, daß, wie wir es bis jetzt gemacht haben, mit dieser freiwilligen Beisteuer, daß jeder Ort, jeder Bezirk, jedes Land für die Agitation, für die Mittel, welche aufgebracht werden müssen, daß die dortselbst aufgebracht werden müssen, es besser ist, als wenn wir sagen, es soll das, was gebraucht wird bei der Partei an einem Platze zusammenkommen, das ist meine Meinung, weil man überhaupt mehr Interesse daran hat, wo man direct berührt wird.

Was die Presse betrifft, so constatire ich, daß die Verhältnisse in Oesterreich sehr schwierige sind. Laut unserer Preßgesetzgebung nämlich ist ein socialdemokratischer Schriftsteller oder Autor, der im Interesse unserer Partei etwas herausgibt, schlechter daran in Oesterreich als ein Falschmünzer. Das constatire ich nach dem, was mir passirt ist. Ein Falschmünzer kann tausend falsche Silbergulden prägen und er kann sie an fünfzig Stellen ausgeben, er wird einmal bestraft wegen Falschmünzerei. Ich bin aber als Herausgeber des „Freigeist“ und Herausgeber von verschiedenen Schriften öfters bestraft worden. Weil ich als Herausgeber Abonnenten für den „Freigeist“ sammle und Geld übernehme.

Weil ich meine Gedichte und Broschüren auf 20 oder 30 Stellen verkauft habe, werde ich zwanzigmal, wenn's sein kann, bestraft, wegen eines und desselben Dinges. Ich darf weder meinem Bruder, noch meiner Schwester oder irgend wem, wenn ich zu ihm auf

Besuch komme, das Ding schenken. Ich darf auch nicht sagen, das habe ich gemacht, ich freue mich darüber, daß ich es gemacht habe, ich möchte es ihm gerne geben, ich hätte es gerne mitgebracht, aber ich darf es nicht. In dieser Beziehung sollten wir einmal Sturm laufen und den Leuten es klar machen, was da geschieht, und wir werden uns die Sympathien der ganzen Welt erwerben, wenn wir zeigen, daß wir in Bezug auf die Presse in Oesterreich schlechter behandelt werden als die Falschmünzer.

Was den letzten Punkt betrifft, betreffs der Frauen, so unterstütze ich es vollkommen, daß die Frauen in preßlicher Beziehung in irgend einer Weise unterstützt werden. Ich bin fertig. (Beifall).

Genosse Schäfer: Es ist vom Genossen Schiller erwähnt worden, daß die Agitation heute noch nicht so geregelt ist, daß so große Erfolge erzielt werden könnten, wie wir sie von Herzen wünschen. Und er hat Recht: Als Genosse Adler bei der vergangenen Wahlbewegung in unserem Bezirke agitirte, so haben wir damals gesehen, wie nutzbringend und nothwendig es ist, wenn fremde Redner und fremde Genossen oft zu uns kommen, da, wie ich constatiren muß, den fremden Rednern oft mehr Sympathien entgegengebracht wird als bekannten und gerade dies ist bei der Landbewegung der Fall. Es ist damals in großen Kreisen Licht geworden über die Bestrebungen der Socialdemokraten, weil wir eben mit einem fremden Redner agitirt haben und Dr. Adler in der Reichenberger und Friedländer Gegend agitatorisch aufgetreten ist.

Darum ist es nöthig, die Agitation planmäßig zu leiten, daß die Redner aufs Land gehen und nicht immer dieselben, sondern, daß eine gewisse Abwechslung stattfinde, indem dadurch mehr erzielt werden wird als gegenwärtig. Ich gebe Ihnen noch die Versicherung, daß wir jederzeit eintreten werden dafür, was der Parteitag beschlossen hat und schließe mit den Worten, daß, wenn wir alle unsere Kräfte anstrengen werden, wir auch unser Ziel erreichen werden.

Stark Simon (Falkenau): Genossen! Ich kann mich nicht auf Erfahrungen und vielleicht auch nicht auf so weitgehende Kenntnisse stützen wie die werthen Vorredner. Was meine Rede betrifft, so bezieht sie sich auf das Organ, das die westböhmischen Genossen herausgeben.

Ich stelle nämlich an den Parteitag die Anfrage, ob die „Morgenröthe" als Parteiorgan der westböhmischen Arbeiter anerkannt wird. Wir wollen keine Unterstützung von der Partei, wir wollen nur, daß das Blatt als Parteiorgan anerkannt werde; denn wenn sich der Parteitag dagegen ausspricht, so wissen wir die Wirkung zu ermessen: es müßte das Blatt eingehen. Wenn der Parteitag beschließen sollte, daß es nicht erscheinen soll, so müssen wir fragen, was mit dem Gründer des Blattes geschehen soll, weil er infolge langjähriger Agitation und Gründung von Vereinen keine Stellung mehr findet. Es scheint gegen Genosse Lill ein Vorurtheil gefaßt zu sein. Wir würden es als ein Ausnahmsgesetz gegen uns empfinden, wenn das Organ in der Socialdemokratie nicht anerkannt werden sollte. Man hat einige Exemplare an die Redaction der „Arbeiter-

Zeitung" geschickt, aber es wurde keine Erwähnung gethan und die Exemplare wurden auch nicht zurückgeschickt. Man hat ferner gesagt, daß das Blatt zu wenig agitatorisch wirke. Darauf kann ich nur erwidern, daß die ersten Nummern des Blattes zurückhaltend geschrieben sein mußten, damit es nicht durch Confiscation ruinirt werde und daß es in Oesterreich noch immer an wissenschaftlicher Behandlung unserer Principien fehlt. Ich bin beauftragt worden, an den Parteitag das Ansuchen zu stellen, die „Morgenröthe" als Parteiorgan anzuerkennen.

Genosse Hybes: Ich glaube, daß der Vierundzwanziger-Ausschuß den Beschluß gefaßt hat, daß alle bis jetzt erschienenen Blätter als Parteiblätter anerkannt sind, und nur diejenigen, welche von nun ab gegründet werden, sind von der Bewilligung der Landesversammlung oder des Parteicongresses abhängig gemacht. Ich glaube, daß somit dieser Antrag erledigt ist und die „Morgenröthe" als Parteiorgan anerkannt ist. (Bravo!)

Vorsitzender Genosse Neumann: Ich glaube, daß die Genossen hiemit einverstanden sind und wir nicht erst abzustimmen brauchen. Der Antragsteller wird sich wohl mit der Erklärung des Herrn Hybes zufrieden stellen.

Genosse Ehrlich (Graz): Ich will Sie nicht lange aufhalten, ich will auch nicht gegen den Referenten sprechen, sondern ich sage im vorhinein, daß ich mit dem Antrage des Referenten vollinhaltlich einverstanden bin, und ich erkläre, indem ich so spreche, nicht nur meine Meinung, sondern auch die Meinung der Gesinnungsgenossen, welche als Vertreter der Alpenländer hier erschienen sind. Aber wir dürfen Eines nicht vergessen, daß gerade wir in Steiermark, die wir unser Blatt, den „Arbeiterwille", unter sehr schwierigen Verhältnissen ins Leben gerufen und bis heute noch unter sehr schwierigen Verhältnissen zu kämpfen haben, daß gerade wir vielleicht in irgend einer Weise uns zurückgesetzt fühlen könnten und daher einen Grund hätten, zu opponiren. Wir wollen das nicht, aber wir verlangen, daß, wenn dieser Antrag des Referenten vom Parteitage zum Beschlusse erhoben wird, er auch von sämmtlichen Redactionen und Parteigenossen durchgeführt wird; das ist das Einzige, was wir wünschen. Diese Anträge stammen gerade nicht von heute, sie sind schon formulirt worden auf Grund einer Vereinbarung, auf Grund einer Conferenz, die seinerzeit in Brünn stattgefunden hat und von sämmtlichen Redactionen beschickt war. Damals ist die Ansicht ausgesprochen worden, daß für die Alpenländer ein Blatt nothwendig sei, um auch in diesen Ländern vorwärts zu kommen. Wir sind demnach bei der Gründung des „Arbeiterwille" nicht von dem Standpunkte ausgegangen, ein Blatt ins Leben zu rufen ohne Zustimmung der anderen Genossen in der Provinz und der anderen Redactionen. Und es hat sich bisher auch thatsächlich der „Arbeiterwille" als unbedingt nothwendig erwiesen, weil er dort seine meisten Abonnenten zu verzeichnen hat, wo bis jetzt kein Arbeiterblatt Eingang gefunden hatte. Nun ist seinerzeit in Brünn davon gesprochen und im Ausschuß und selbst vom Vorsitzenden be-

antragt worden, daß das Blatt unter allen Umständen von der Partei aufrecht erhalten werden solle, weil seine Existenz nothwendig sei, um eine Centralisation für die Alpenländer zu schaffen, um einen Mittelpunkt zu haben, von dem aus die Agitation in die Massen getragen werden kann. Das ist, was uns anbelangt, in jeder Hinsicht geschehen, wir scheuten keine Mühe bei Tag und Nacht und kein Opfer, um es weiter zu bringen, aber traurig ist es, daß der oben erwähnte Beschluß, uns mit allen Mitteln zu unterstützen, bis heute nicht durchgeführt wurde. Geistige Unterstützung, eventuell auch materielle, wurde uns versprochen, aber nichts davon ist geschehen. Der Referent hat erklärt, daß der Agitationsfonds meist für die Provinzen verwendet wurde, wir aber wissen nichts davon zu erzählen, daß für uns etwas gethan worden sei. Ohne Geld, ohne eigentliche Bewegung haben wir angefangen zu arbeiten, und haben doch Resultate zu verzeichnen, welche nicht unbedeutend sind. Ich muß also nochmals erklären, daß ich für den Antrag des Referenten stimmen werde, muß aber zugleich an alle Parteigenossen und an die Redactionen das Ansuchen stellen, den Antrag nicht nur zum Beschlusse zu erheben, sondern auch dafür Sorge zu tragen, daß er durchgeführt werde, denn nur dann wird etwas Einheitliches in Oesterreich geschehen. Wenn aber immer Beschlüsse gefaßt werden, und morgen vielleicht der Eine oder der Andere sich nicht daran kehrt, dann wird ein Einvernehmen nicht zustande kommen. Die Redactionen, welche über die Verhältnisse am besten unterrichtet sind, sollen entweder mündlich oder schriftlich all das, was die Gesammtheit betrifft, austauschen. Wenn das nicht geschieht, sind alle Beschlüsse im vorhinein illusorisch. Nochmals appellire ich an Sie, den Antrag anzunehmen, und stelle zugleich an sämmtliche Blätter, welche auf dem Standpunkte der Partei stehen und als Parteiblätter anerkannt werden, die Aufforderung, für die Durchführung der Beschlüsse zu sorgen. (Beifall.)

Genosse Wedlich (Kittlitz): Ich bin durch Verhältnisse gezwungen, den Parteitag vorzeitig zu verlassen. Ich fahre mit großer Befriedigung nach Hause, ich habe hier mehr gefunden, als ich erwartete. Nehmen Sie die Versicherung hin, daß wir an der äußersten Grenze unseres Reiches, die wir mit den deutschen Brüdern so nahe verbunden sind, Alles aufbieten werden, um den Samen, der hier ausgestreut wurde, zum Blühen und zum Gedeihen zu bringen. Wir werden alle unsere Kräfte dafür einsetzen, um unsere Idee in die Bevölkerung zu tragen. Unsere Bevölkerung ist eigenartig, und ich kann die Versicherung geben, wenn es je gelingen kann, unter diesem reactionären Wahlsysteme einen Wahlkreis der Partei zuzuführen, wird der Tetschen-Bodenbacher der erste sein. Außerdem bin ich von den Delegirten aus Rumburg und Warnsdorf ermächtigt, die Zustimmung zu der beantragten Resolution zu ertheilen, und erkläre auch die meinige dazu. (Bravo!)

Genosse Zladnik: Werthe Genossen! In Gemäßheit der Hainfelder Beschlüsse habe ich als Vertreter von Laibach es für meine Pflicht erachtet, auch für die slovenischen Arbeiter eine Presse

zu ermöglichen, zumal in St. Veit beschlossen wurde, für die Alpenländer unbedingt ein slovenisches Blatt zu schaffen. Man wollte dem Grazer Blatte eine slovenische Beilage geben, doch erwies sich dieses Vorhaben als undurchführbar; wir sind deshalb nach Laibach und dann nach Triest gegangen. Wir haben nicht geruht, weil es Pflicht jedes classenbewußten Arbeiters ist, etwas Licht über die herrschenden Verhältnisse zu verbreiten, besonders wenn sie sich für den Arbeiterstand so traurig gestalten, wie bei uns, wo sich die Regierung sogar hat bewogen gefühlt, 35.000 Menschen in Unter-Krain mit Kukuruz zu füttern. Wir sind für ein slovenisches Blatt eingetreten, weil man nicht unterlassen darf, in eine Bevölkerung von 2½ Millionen unsere Ideen hinauszutragen. Werthe Genossen! Treten Sie mit uns ein für die Existenz eines slovenischen Arbeiterblattes, denn es ist geradezu unmöglich, durch andere Mittel bei uns zu agitiren. Man soll eine solche Arbeitermasse, wie die unserige nicht vergessen, und ich stelle den Zusatzantrag, man möge die slovenische Presse als ein wichtiges und gewiß dankbares Agitationsmittel so viel als möglich unterstützen und bin des Weiteren mit dem Antrage des Referenten einverstanden. (Beifall.)

Genosse Weiguny (Linz): Im Namen der oberösterreichischen Genossen habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir mit sämmtlichen Ausführungen des Genossen Pokorny einverstanden sind. Wir hoffen dagegen von den Genossen, die immer sehr opferwillig sind, Unterstützung zu finden, da es bei uns in Oberösterreich an rednerischen Talenten mangelt.

Was der Parteitag beschließt, das geloben wir, auch auszuführen und damit verabschieden wir uns, da wir soeben abzureisen uns anschicken, von den Genossen, mit dem Wunsche, der diesjährige Parteitag wolle zum Segen gereichen der österreichischen und internationalen Socialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.)

Genosse Mankowski (Lemberg): Wir stimmen mit dem Antrage des geehrten Referenten überein, obwohl uns einige Punkte rücksichtlich der Verhältnisse in Galizien schwer fallen, und es kann nicht das gleiche Maß an alle Kronländer gelegt werden, doch werden wir bestrebt sein, allen Punkten nachzukommen.

Bezüglich des Arbeiterschutzes möchte ich mir erlauben, zu bemerken, daß desselben am meisten die landwirthschaftlichen Arbeiter noch entbehren. Vor Jahren hat der galizische Landtag das Dienstverhältniß der landwirthschaftlichen Arbeit noch durch die Vorschrift der Prügelstrafe geregelt.

Zum Schlusse muß ich sagen, daß wir mit Freude von der ganzen Discussion erfüllt sind, und ich erlaube mir zum Abschiede den Genossen zu wünschen, daß es Ihnen recht gut ferner gehe, auf daß unsere Arbeit fortschreite. Auf baldiges Wiedersehen. (Lebhafte Zurufe.)

Genosse Höger: Sehr geehrte Genossen! Beim letzten Punkte der Tagesordnung wurde es ausgesprochen, daß das Möglichste gethan werde für das arbeitende Volk, das Möglichste aufgewendet werde, um die Agitation zu fördern. Ich glaube, daß der Appell an die

österreichische Socialdemokratie nicht ungehört verhallen wird. Von diesem Parteitag wird eine neue Aera datiren, wo die Spenden zur Unterstützung der Genossen, die in Noth und Elend sich befinden, reichlicher fließen werden. Alle Genossen und Genossinnen geben auf Flitter und Dummheiten manche Kreuzer aus, welche besser angelegt wären, wenn sie für die armen Genossen hergegeben würden. Sparen und sammeln wir für die, die noch ärmer sind als wir; das ist näher der christlichen Nächstenliebe, als die, welche uns von allen Seiten gepredigt wird; wir kommen der ethischen Aufgabe, dem Evangelium der Liebe auf diese Weise näher, als die Prediger, die Steine statt Brot geben. Die Einhebung der geringen Parteisteuer — die ich so nennen möchte — die allwöchentlichen 2 oder 3 kr. würden bei der großen Zahl unserer Genossen eine solche riesige Summe ergeben, daß wir neben der Unterstützung, noch viele unserer Zwecke leichter erreichen könnten. Wir haben selbst Noth und Elend kennen gelernt, und wir wissen am besten daher gutherzig zu sein. Und auch jene Leute, die von einem sehr geehrten Genossen, Socialdemokraten in partibus in fidelium genannt wurden, welche sich am Wirthshaustische bei Wein und Braten als Socialdemokraten geberden, sollten nicht nur mit dem Maule Socialdemokraten sein, sondern mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, Diejenigen, in deren Kreis sie eindringen wollen, nach Möglichkeit unterstützen. Was das bezüglich der Presse Vorgebrachte anlangt, bin ich mit der ihr gezollten Anerkennung einverstanden, nur bedauere ich, daß die socialdemokratische Monatsschrift, in welcher Vieles untergebracht wurde, was anderswo keinen Platz findet, nicht mehr existirt, und wenn sich halbwegs die Gelegenheit dazu bietet, sollte man sie auferstehen lassen. Die Presse soll, das müssen wir von ihr verlangen, eine Statistik über unsere Bewegung geben.

Entsprechend der Frauenbewegung muß eine angemessene Presse ins Leben gerufen werden, doch ob, wenn die erste Nummer vielleicht schon aus Neugierde genügend Abnehmer findet, auch die anderen Nummern sich behaupten, hängt von der Erwägung aller Factoren ab, die für die Existenz eines Blattes maßgebend sind und die heute noch nicht überblickt werden können. Auf Eines möchte ich Sie aufmerksam machen, daß es wichtiger ist, bestehende Blätter zu halten, als neue zu gründen. Schon die bestehenden laboriren an Deficiten, es rentirt sich im Grunde nicht ein einziges Arbeiterblatt. Es muß Sorge getragen werden, daß die Arbeiter leicht sich Zeitungen kaufen können, daß wir endlich ein großes politisches Tagblatt gründen, daß wir von verschiedenen capitalistischen Zeitungen uns emancipiren können, daß wir, was wirklich wahr ist, in dieser Zeitung lesen können. Das wäre nothwendig nicht nur für die Deutschen, sondern auch für die czechischen Genossen. Doch darüber ausführlich zu sprechen erlaubt nicht unsere Tagesordnung und ich habe mir erlaubt, privatim mich darüber näher zu äußern, daß, weil die Leute, die herkommen, das Herz voll haben und wegen längerer und wichtigerer Berathungen Landparteitage und dann erst den Reichsparteitag abzu-

halten, zweckmäßig wäre. Es könnte dann den Wünschen der Genossen in den Provinzen leichter Rechnung getragen werden.

Vom Genossen Pokorny wird beantragt, daß jeder Socialdemokrat, wenn er ein solcher ist, sich auch dazu bekennen soll; wir sind als junge Bursche aufgetreten und auf den Ruf: „Wir sind Socialdemokraten!" vom Wachmanne gepackt und eingesperrt worden. Wer einer politischen Partei angehört, muß den Muth haben, sich zu ihr zu bekennen. Heute braucht man sich weder zu schämen noch zu fürchten, ein Socialdemokrat zu sein. Die Socialdemokratie hat eine tausendjährige Vergangenheit, indem schon Tausende für unsere Ideen im Kerker gebüßt haben. (Beifall.) Ich werde für die Anträge des Referenten stimmen.

Genosse **Beer**: Es wurde vom Referenten Genossen **Pokorny** betont, daß im Vierundzwanziger-Comité der Beschluß gefaßt wurde, die bestehenden Blätter anzuerkennen, und ich glaube, es wäre besser, wenn dies officiell geschehen und wenn dies auch in die Resolution aufgenommen werden würde. Genosse **Schiller** hat sich ausgebreitet über die Agitation, und zwar über die Einheitlichkeit derselben. Ich selbst bin auch der Ansicht, daß es viel vernünftiger wäre, wenn das Wechseln der Redner durchgeführt werden könnte. Es setzt dies jedoch voraus, daß hiezu eine nicht geringe Summe Geldes vorhanden sein muß und deshalb habe ich ja, weil ich mit der Anschauung Schiller's sympathisire, auch beantragt, ob es nicht möglich wäre, irgend eine Parteisteuer hereinzubekommen. Ich glaube nun, es wird nicht gut möglich sein, daß die Agitation eine einheitliche ist, im ganzen Reiche in dem Sinne einheitlich, daß die Redner wechseln, daß der eine hier spricht, der andere dort. Es wird die berufenste Pflicht, um dies zu ermöglichen, unsererseits sein, daß unsere Organisation, wie sie hier beschlossen wurde, energisch in die Hand genommen werde, und das zu thun, haben wir gelobt. Ich glaube, was uns während dieser Zeit bis jetzt nicht möglich war, daß wir eine Parteisteuer einheben konnten, wird jetzt möglich sein, wenn wir in Betracht ziehen, daß die Partei als solche trotz aller Kurzsichtigkeit gewisser Ministerpräsidenten, trotz aller Beschränktheit gewisser Polizeipräsidenten, unter dem Ausnahmszustande nicht erlegen ist. Wir sind berechtigt, am Schlusse unserer Verhandlungen auszusprechen, daß wir beträchtliche Erfolge erzielt haben, und ich spreche auch die Erwartung aus, daß dieser Parteitag die besten Früchte tragen werde.

Vorsitzender: Der Referent hat das **Schlußwort**.

Referent **Pokorny**: Genossen! Einwendungen gegen die gemachten Vorschläge sind nicht erfolgt. Es wurden Wünsche geäußert, denen ganz gewiß seitens der verschiedenen Redactionen Rechnung getragen werden wird, wenn man dieselben nur erst in den Stand dazu setzen wird, diesen Wünschen auch, wenn man ihnen die Mittel dazu zu Gebote stellt. Wir haben es als ganz selbstverständlich angesehen, daß die derzeit bestehenden Parteiblätter von diesem Parteitage anerkannt werden sollen. Es geht nicht an,

daß der Parteitag ohne ganz bestimmte Gründe decretirt, dieses oder jenes Blatt habe vom Schauplatze zu verschwinden.

Es wurde der Wunsch geäußert in Bezug auf die Agitation, sie möge mehr geregelter vor sich gehen, man solle die Agitatoren verpflichten, von einem Orte zum andern zu gehen. Dies ist bereits geschehen, soweit es die Mittel erlaubten und wird ganz gewiß in Hinkunft noch intensiver geschehen. Von den Vortheilen dieser Maßregel sind wir überzeugt.

Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, zu berühren, ob auch die Gründung und der Bestand der Fachblätter betroffen sind von jenen Vorschlägen, die sich auf die Presse beziehen. Ich glaube der Zustimmung des Vierundzwanziger-Ausschusses sicher zu sein, wenn ich sage, daß diese Bedingungen, die da gestellt wurden, bezüglich der Gründung von Blättern nur Geltung haben bezüglich politischer Blätter. Fachblätter, das ergibt sich aus der Natur der Sache, sind untergeordnet den betreffenden Fachorganisationen. Die einzige Beziehung, die sie haben und mit der Partei haben müssen, ist die, daß sie im Sinne der sozialdemokratischen Partei handeln, agitiren und wirken.

Es wurde darauf hingewiesen, und zwar vom Genossen Schiller, daß er nicht sehr einverstanden wäre mit jenem Passus, welcher davon spricht, daß ein gewisser Percentsatz, der durch die wöchentlichen Sammlungen, welche durchgeführt werden sollen, sich ergebenden Gelder abgeführt werden sollen an eine, respective zwei Centralstellen, an eine Centralstelle von deutscher und an eine Centralstelle von slavischer Seite. Er hat die Befürchtung gehabt, daß dies schwer möglich sein wird. Gewiß dem stimmen wir Alle zu, es wird schwer möglich sein, aber unmöglich ist es nicht, und ich meine es ist nicht nothwendig, daß wir uns heute darüber streiten; es wird sich das in der Folge von selbst ergeben. Wenn etwa aufgefallen sein sollte die Constatirung der Thatsache, daß die Wiener Genossen sehr viel zu den Agitationskosten der Gesammtpartei beigetragen, so möchte ich entgegenhalten, daß, wenn das hier erwähnt wurde, einfach eine Thatsache constatirt wurde. Die Wiener Genossen, die so erhebliche Opfer geleistet haben im Interesse der Partei für die Agitation, die haben, dessen versichere ich die Provinzgenossen, dies mit freudigem Herzen gethan und sie verlangen keinen Dank dafür, weil sie sich dessen bewußt sind, nur ihre Pflicht zu thun. (Beifall.) Genossen! Ich bitte Sie, nachdem Einwendungen gegen die vom Vierundzwanziger-Ausschuß gestellten Anträge nicht gemacht wurden über die Sache möglichst schnell zum Schlusse zu kommen. Wenn wir bis heute nicht geringe Erfolge erzielt haben, wenn wir trotz der bisher mangelhaften, trotz der lückenhaften und fehlerhaften Organisation, bedeutende Fortschritte aufzuweisen haben, so können wir sicher sein und können überzeugt sein, daß diese Fortschritte größere sein werden, daß sie bedeutendere sein werden, wenn Sie diese Vorschläge, die gemacht wurden, auch zur Durchführung bringen.

Wenn wir jener Classe, die bis heute es als ihre Hauptpflicht betrachtet hat, diese göttliche Ordnung des Rechtes auf Ausbeutung zu schützen und zu wehren, wenn wir dieser Classe bis heute unangenehm geworden sind, so versprechen wir ihr, daß wir das in Zukunft noch mehr sein werden. Es kommt nur darauf an, daß die Genossen jene Dinge, die sie beschlossen haben, auch durchführen, daß sie für die Partei wirken mit jener Rücksichtslosigkeit, mit jenem Ernste und mit jener Ausdauer, die unsere Interessen erfordern.

Es wurde noch ein Antrag eingebracht, den ich vorhin nicht vorbringen konnte, nachdem er zur Uebersetzung momentan vorgelegen ist, daß ein Flugblatt herausgegeben werden möge, welches in volksthümlicher Sprache die ungerechte Vertheilung der Steuern, der directen wie der indirecten Steuern eingehend darlegen solle. Im Namen des Vierundzwanziger-Comités beantrage ich hier: Der Parteitag möge beschließen, daß dieser Antrag zur baldigsten Durchführung zugewiesen werde, der Herausgeberschaft der „Politischen Volksbibliothek". Hiemit bin ich zu Ende. (Beifall.)

Vorsitzender: Sie haben die Anträge und Berichte des Ausschusses gehört. Zu diesen Anträgen wünscht Genosse Leißner das Wort.

Leißner: Ich wünsche nur zu Abstimmung das Wort, daß punktweise abgestimmt werde, weil ich selbst nicht in der Lage wäre, alle zehn Punkte zu acceptiren, sondern ich müßte, wenn en bloc abgestimmt wird, dagegen stimmen.

Genosse Grosse: Diese zehn Punkte sind doch schon eingehend erörtert worden, so daß wir es nicht für nothwendig halten, sie noch einmal vorzunehmen. Ich stelle daher den Antrag, daß sie en bloc angenommen werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Leißner abgelehnt, der Antrag auf en bloc-Abstimmung angenommen.

Ueber Wunsch des Parteitages werden die zehn Punkte nochmals in deutscher und czechischer Sprache verlesen.

Vorsitzender. Nunmehr gelangen diese zehn Punkte des Ausschusses zur Abstimmung. Ich bitte jene Genossen, die allen zehn Punkten zustimmen und auch den Bericht des Ausschusses genehmigend zur Kenntniß nehmen zu wollen, die Karte zu erheben. (Geschieht).

Die zehn Punkte sowie der Bericht sind mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Vorsitzender: Es ist noch ein Telegramm aus Braunschweig eingelangt.

Schriftführer verliest dasselbe.

Dedič verliest czechische Zuschriften.

Genosse Hybes: Genossen! Es ist Euch jedenfalls bekannt, daß einige sogenannte nationale Sozialisten einen Antrag an den Congreß gestellt haben.

Der Bericht der Vierundzwanziger-Commission über den Antrag der „nationalen Socialisten" aus Böhmen lautet:

Wir gefertigten Vertreter der böhmisch-nationalen Socialdemokratie auf dem Congresse der österreichischen socialdemokratischen Arbeiterpartei zu Wien, den 28. und 29. Juni, ersuchen in Erwägung, daß die Prager Genossen der socialdemokratischen Arbeiterpartei unserer Ansicht nach den Absatz 1 der Hainfelder Principien-Erklärung bezüglich der Nationalität unrichtig auslegen, daß der heutige Congreß nachfolgenden Zusatz und Ergänzung zu der Frage beschließt:

Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist wirthschaftlich international: sie verurtheilt die Nationalprivilegien gerade so, wie die des Eigenthums, der Geburt, der Abstammung, **ebenso jedwede Unterdrückung einer Nationalität** und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß, wie die Ausbeutung selbst.

Zugleich verlangen wir, daß die Organisation der socialdemokratischen Partei nach den Volksstämmen platzgreifen soll.

Diesen Antrag Ihnen unterbreitend, ersuchen wir um dessen genaue Erwägung. J. Wawra, Fr. Křížek, Math. Benák, Joh. Wurstial, Scholz.

Die Vierundzwanziger-Commission beantragt, hierüber folgende Resolution zu fassen:

„In Erwägung, daß unsere Prager Parteigenossen in keiner Weise gegen die Internationalität der Partei sich vergangen haben, daß hingegen die Antragsteller, insbesondere die Redaction der „Naše Obrana“, sich an den nationalen Streitigkeiten betheiligt hat und dem Hainfelder Programm entgegengehandelt hat;

in weiterer Erwägung, daß das Hainfelder Programm ohnehin in klarer Weise jede Unterdrückung einer Nationalität verurtheilt,

beschließt der Parteitag: Erstens: Es liegt kein Anlaß vor, unser Programm zu ändern, da es den wahrhaft internationalen Standpunkt vertritt. Zweitens: Die Zeitung „Naše Obrana“, welche sich national nennt, wird ebenso wie jedes andere ähnliche Blatt nicht als Parteiorgan anerkannt.“

Ich glaube, es ist nicht nothwendig, daß ich darüber in der deutschen Sprache viele Worte verliere, aber nothwendig wird es sein, daß ich mich in der böhmischen Sprache weiter äußere. (Spricht czechisch weiter.)

Ich werde diesen Beschluß der Vierundzwanziger-Commission begründen: Jene Hainfelder Principien-Erklärung ist so bestimmt ausgedrückt, daß unmöglich irgend Jemand darüber im Zweifel sein kann. Schon in der Einleitung heißt es: „Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Race und des Geschlechtes die Befreiung ꝛc.“, und der erste Absatz, welcher sich auf diesen Satz stützt, lautet: Die socialdemokratische Partei ist international; sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen.“ Damit wollte unsere Partei sagen, daß es gar keinen Unterschied für uns in der Nationalität gibt. In dem Antrage, der uns von den Antragstellern vorliegt, heißt es aber: „Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist wirthschaftlich international, sie verurtheilt ..... jedwede Unterdrückung einer Nationalität.“ Was könnten die Worte „Unterdrückung

einer Nationalität" Anderes sein, als ein Privilegium der angeblich unterdrückten Nationalität? Es ist bestimmt ein Privilegium, ein Vorzug, den wir den Nationalen einräumen sollen, nur ist es hier anders gesagt. Ich gehe dazu über, wie diese nationale Fraction entstand. Freunde! Wenn jene Genossen schon damals, als die gesammte Partei entstand, so gesprochen hätten als heute, vielmehr wenn sie nicht täglich etwas Anderes verlangt hätten, so könnten wir es ihnen glauben, daß sie die Principien-Erklärung richtig auffassen und ihnen dieses Zugeständniß machen: das hätte jedoch sofort schon in Hainfeld geschehen müssen. Ich kann hier aber aussprechen, daß dieses Blatt („Naše Obrana") mit jeder Nummer auch die Farbe ändert. (Oho! Nicht wahr!) Anfangs erklärte dieses Blatt, daß es auf dem Standpunkte der Hainfelder Principien-Erklärung stehe. In der vierten Nummer hatte es schon seinen eigenen Standpunkt; nachdem es noch einigemale erschienen war, beriefen die Herren eine Conferenz und arbeiteten ihr Programm um — also in einer sehr kurzen Zeit mußte man dreimal den eingenommenen Standpunkt ändern. Diese fortwährende Programmänderung beweist, daß man da erst den Weg suchte, um zu den Mitteln zu gelangen, die den Herren zum Ziele verhelfen sollen. Ich ahne es, was die Leutchen erreichen wollen. Sie wollen erst anerkannte Socialdemokraten sein und dann wollen sie sich noch etwas Anderes erlauben dürfen. Es sind das nicht, wie Sie glauben könnten, Erznationale, welche ihr ganzes Leben im Lager der czechischen Bourgeoisie zugebracht haben und erst in der letzten Zeit zu einer besseren Einsicht kamen, durch welche sie unserer Partei nähergerückt werden sollten, bis jetzt jedoch noch nicht so weit wären, um uns die Hand reichen zu können. Das Alles nicht! Sie waren bis jetzt in unserem Lager, und zwar manche von ihnen 14 bis 16 Jahre, traten erst vor Kurzem aus und gründeten die angebliche nationale socialdemokratische Partei: nun wollen sie aber mit uns ein Compromiß. Sie wollen wieder echte Socialdemokraten werden, nur mit anderen Knöpfen. Es scheint mir beinahe, daß sie diese Principien, für welche viele unserer besten Genossen im Kerker schmachteten, ja ihr Leben geopfert haben, für Kinderspielerei ansehen, diese Principien, vor welchen, wenn sie von zielbewußten Genossen kräftig ausgesprochen und die Luft durchbrausen, die ganze Welt zittert! Ich anempfehle Ihnen Allen, dem Beschlusse des Vierundzwanziger-Comités Ihre Zustimmung zu geben, und zwar deshalb, weil uns diese Nationalen selbst nicht einstens vorwerfen können, wir hätten uns gegen die Hainfelder Principien-Erklärung vergangen, indem wir hier ihren Antrag zum Beschlusse erhoben haben. Es wäre von uns ein knabenhaftes Benehmen, jetzt anders zu denken als in Hainfeld und nicht dafür einstehen zu wollen, was wir dort beschlossen.

Auch die Taktik dieser Nationalen ist heute eine verfehlte. Heute wälzen sie nicht mehr wie sonst die ganze Schuld für ihre persönlichen Caprizen auf die ganze Partei, heute tragen — Ihrer Anschauung nach — die Schuld nur die Prager Genossen. Daraus

sieht man aber, daß es ihnen nur um das Durchkommen, und wenn es ein „Durchrutschen auf den Knien“ sein sollte, handelt, nur damit sie in die Hainfelder Principien-Erklärung eine Bresche schießen können, was aber die Hauptsache ist, mit unserer Erlaubniß, eine Bresche schießen dürfen. Es thut mir leid, daß ich hier nicht die „Naše Obrana“ bei der Hand habe, damit ich Ihnen nachweisen könnte, daß nicht, wie diese nationalen Helden heute sagen, die Prager Genossen diesen Zwist verschuldeten. In ihrer Zeitung behaupten sie, daran sei die ganze Socialdemokratie schuld, und zwar nicht nur die österreichische, sondern auch die außerösterreichische. Mit solchen Leuten, die so ihre Meinung ändern, mit Leuten, die, wenn sie auch nur neun oder zehn sind, keine einheitliche Ueberzeugung haben, die nicht wissen, was sie wollen und nur einen Streit anzetteln, damit sie aus diesem Profit schlagen können und dürfen, mit solchen Leuten ist es uns wahrlich nicht möglich, uns gemeinsam zu einem ernsten Werke zusammenzufinden. Und ich spreche es hier offen aus, sie verdienen es auch nicht. Wenn es Leute wären, die ihr Leben im nationalen Lager zubrachten und um sich nur zu nähern, heute nur einen Schritt gethan haben, könnten wir sagen: „Die nationalen Fesseln sind nun eben an ihren Füßen angewachsen, sie können sie nur langsam ablegen,“ aber so waren sie selbst „waschechte“ Socialdemokraten und haben sich von dieser Idee abgewendet, und da sie heute zurückkehren wollen, wie ihre Rückkehr aber um den Preis einer geflickten Hainfelder Principen-Erklärung erkaufen sollen, da müssen wir wahrscheinlich unsere Ehre sowie unsere große Idee hochhalten und sagen: Jedermann, der einmal unser Parteigenosse war und unsere Partei verlassen hat, nur um an einem Biertanze zwischen verschiedenen Principien sich betheiligen zu können — der soll es büßen. Wir dürfen nicht erlauben, daß Jedermann und mit unseren Principien so wie mit Kindersachen spielen könne. Ich empfehle Ihnen nochmals den Beschluß der Vierundzwanziger-Commission zur Annahme. (Vyborne-Rufe.)

Bávra (czechisch): Verehrte Versammlung! Wenn das wirklich Alles wahr wäre, was mein Vorredner hier sagte, so würde ich schwer den Muth finden, vor so zielbewußte Menschen als Sie es sind, zu treten, da ich es für entehrend halten würde. Da jedoch kaum ein kleiner Theil der hier aufgezählten Sünden auf Wahrheit beruht — abgesehen davon, ob sie auf falscher Information oder böswilliger Meinung fußen — nur deshalb darf ich es wagen, vor Sie zu treten. Ich bitte Sie, mir einige Minuten zu gewähren — wir haben ja Sie die ganzen drei Tage anhören müssen — um mir zu ermöglichen, unseren Standpunkt zu beleuchten und somit uns zu rechtfertigen.

Wir haben einen Antrag eingebracht auf Aenderung der socialistischen Principien-Erklärung, wir verlangten eine Erläuterung jenes strittigen Absatzes, damit die Prager Genossen nicht länger im Unklaren bleiben. Wir haben zu unserem Antrage auch Gründe. Mein Vorredner nahm die Prager internationalen Genossen in Schutz. Ich muß darauf zurückkommen, weil ich gewohnt bin, Jedermann von

Angesicht zu Angesicht Rede zu stehen. Ich sage es dem hier anwesenden Vorsitzenden (Dedič) in's Gesicht, daß er es war, der den nationalen Gedanken bei den 14 und 16 in der socialistischen Bewegung stehenden Arbeitern rege gemacht hat, und zwar am 1. Mai vorigen Jahres. Er gebrauchte in der Versammlung diese Worte: „Wenn Ihr die Verbesserung Eurer Lage erzwingen wollt, dürft Ihr nicht den Nationalunterschied kennen, das Vaterland hat erst in zweiter Linie zu kommen, wenn Ihr Etwas erreichen wollt." (Rufe: So ist es auch.) Diese Worte könnte man gelten lassen, wenn die Zuhörer sattelfest wären. Das waren sie aber nicht, und wir haben es für verfehlt gehalten, die internationale Idee auf diese Art zu propagiren. Sollte es nothwendig sein, daß ein Socialdemokrat die Nationalität nicht kennen sollte, dann habe ich mich im Socialismus getäuscht, den diesen habe ich für den Gipfel der Freiheit angesehen. Wenn wir vor die einfachen, nicht genug gebildeten Arbeiter hintreten und ihnen diese Worte sagen, so behaupte ich, ist es unehrlich, denn wir machen dem Arbeiter seiner Nation abwendig. Der Internationalismus kann blos in volkswirthschaftlichen Fragen gelten und auch bis zu einer Grenze in politischen und culturellen; in nationalen Sachen kann es aber nichts Internationales geben, da muß jeder seine Nationalität anerkennen. Fragen sie heute einen nicht genug gebildeten Arbeiter was er ist? Er wird Ihnen zur Antwort geben: „Ich bin weder Czeche, noch Deutscher, ich bin international." (Rufe: Ich bin Mensch.) Den Internationalismus so weit zu pflegen, ist ein Unsinn, und es ist unmenschlich, ich behaupte: „Ich bin ein Mensch, aber auch ein Czeche, und wir wünschen nichts sehnlicher, als es zu vereiteln, daß die Nationalität auf solche irrige Art und Weise erläutert werde. (Rufe: Verworrene Begriffe.) Unsere Erklärung haben wir der Vierundzwanziger-Commission übergeben, welche sie verwarf. Daraus ersehe ich, wenn die Vierundzwanziger-Commission unseren Antrag verwarf, daß sie diese Irrlehre weiter zu verbreiten gesonnen ist. Was unsere Zeitschrift „Naše Obrana" anbelangt so ist die Behauptung von der Aenderung des Programmes unrichtig. In der ersten Nummer stand, daß dieses Blatt den Standpunkt der gesammten Arbeiterpartei vertritt, daß dieses Programm später umgearbeitet wurde, hat man in einer Nummer blos constatirt. Alles Andere ist unrichtig. Diese Zeitschrift haben übrigens andere Leute als wir gegründet. Ich behaupte, daß wir trotzdem den Standpunkt der Hainfelder Principien-Erklärung einnehmen, denn wir haben diese niemals verleugnet. Ich würde nur noch wünschen, daß alle Nummern der „Naše Obrana" hier vorgelesen würden, damit Sie alle von unserer Unschuld und von der Schuld unserer Gegner überzeugt werden könnten.

Wir haben gesagt, daß wir die Hainfelder Principien-Erklärung hochhalten wollen, aber wir verlangen vom Parteitage eine deutliche Erklärung, wie wir den internationalen Gedanken auffassen sollen. Sie haben uns aber abgewiesen. Ich werde Ihnen noch meine Meinung, die ich über den heutigen Parteitag habe, sagen, aber ich bitte Sie, mir es nicht für übel zu nehmen: Dieser Parteitag ist im

Ganzen und Großen dem österreichischen Parlamente ähnlich. — Dort spricht man den ganzen Tag, die ganze Woche, das ganze Jahr, aber seinen Willen durchzuführen ist dieses Parlament nicht imstande. Ganz so wie dort, auch hier werden Einzelne durch Schnurziehen zu Marionetten. (Schlußrufe). Das ist meine Ueberzeugung.

Genosse Dedič (Kladno): Am allermeisten beschäftigte sich der Vorredner mit mir, ich sehe mich daher veranlaßt, darauf zurückzukommen. Vor dem 1. Mai 1890 haben wir Berathungen gepflogen, wie dieser Tag am schönsten gefeiert werden könnte. Da waren auch die nationalen Socialisten zugegen und ihr Führer Sedmidubsky beantragte, daß wir dem Grégr „Slavarufe" ausbringen sollen. Dem hatten die internationalen Socialisten großen Widerstand geleistet, was auch gewiß kein vernünftiger Mensch verargen wird. In der 1. Maiversammlung sagte ich unter Anderem Folgendes: „In Oesterreich gibt es verschiedene politische Parteien — manche Arbeiter schwanken noch immer von einer zur anderen und sind noch nicht fest genug." — Ich beleuchtete damals das Programm der Jungczechen und dann das socialdemokratische Programm und frug darauf die Anwesenden, welcher Meinung sie wären. Einmüthig bekannten sie sich zur socialistischen Man kann mir doch nicht verübeln, daß ich mich nicht zur nationalen Partei bekenne. Wenn Sie das Alles lesen würden, was sie uns wegen dem Internationalismus vorwerfen, so würden Sie sich wundern, daß sie daherkommen, auf einen internationalen Parteitag. Diese Leute werfen uns vor, daß die internationale socialdemokratische Arbeiterpartei blos aus einigen Juden bestehe und ihr Hauptziel die „Germanisation" sei. Das stand Alles schon in ihrem Blatte, wir werden das nächstens abdrucken. Wir haben es nur abwehren wollen, daß unsere höchsten Ideale nicht mit Koth beworfen werden, wir selbst haben nie die nationale Ehre verletzt, denn Genosse Vávra war ja in unserem Lager und es wäre ihm leicht gewesen, dies abzuwehren. Er war aber nicht aufrichtig, sondern nur halb und hat Grégr's Rolle unter den Arbeitern spielen wollen. Die czechische Bourgoisie, welche unter Grégr's Commando steht, warnt die Arbeiterschaft vor den Internationalen, als vor einer Partei, welche die Gesellschaftsordnung vernichtet. Und haben das nicht Alles auch diese nationalen Genossen bei den Wahlen nachgeahmt? Wo nur wir mit unserem Candidaten auftraten, haben uns diese sauberen Herren die Versammlung zu sprengen versucht Wir haben sie nie in unseren Reden berührt, wir besprachen den Liberalismus und Socialismus und sollten zu ihren unverschämten Reden schweigen. Wir wissen ganz genau, daß nur Grégr dies eingefädelt hat. Unzähligemale haben sie doch behauptet, unsere Partei wäre von den Juden gekauft. Wir nehmen eine freisinnige Stellung ein — ja die freisinnigste — Ihr seid ja auch als eine Fortschrittspartei frei, bleibet Ihr auf Euerem Standpunkt und wir auf unserem und es wird die Zukunft lehren, wer Recht behält. (Bravorufe).

Vorsitzender Genosse Neumann: Genosse Schmid beantragt, nachdem ein Theil der Delegirten bereits abgereist ist und

die wichtigsten Anträge erledigt sind, Schluß des Parteitages. Die übrigen minder wichtigen Anträge sollen dem Vierundzwanziger-Ausschuß überliefert werden.

Genosse Dr. Adler: Wir werden doch noch so viel Geduld haben, um diesen Punkt, welcher für die czechischen Genossen von Wichtigkeit ist, zum Abschluß zu bringen. Wenn dies geschehen ist — und ich erwarte von den czechischen Genossen so viel Rücksicht, daß sie es möglichst rasch abmachen — dann möge der Antrag Schmid zur Abstimmung gelangen. Die anderen, nicht so wichtigen Punkte können von dem Vierundzwanziger-Ausschuß erledigt werden. Aber dieser so wichtige Punkt möge vor dem Plenum abgeschlossen werden. (Dieser Antrag wird unterstützt.)

Genosse Hybes (czechisch) wünscht, daß die Debatte zu Ende geführt werde.

Genosse Roscher (Reichenberg), zur Geschäftsordnung: Ich habe nicht Alles gehört, was hier verhandelt wurde. Diese Frage speciell berührt nur die Czechen. Ich hatte einen mit 58 Unterschriften versehenen Antrag eingebracht. Wenn der Parteitag geschlossen wird, dann möge mein Antrag dem Protokoll beigeschlossen werden.

Genosse Pawlik (czechisch): Wie ich zuvor gehört, haben einige Genossen den „nationalen Socialismus" in Schutz genommen. Wir haben jetzt schon vielerlei Gattungen Socialismus, und zwar: Staatssocialismus, den christlichen, nationalen, internationalen u. s. w., wer weiß noch, wie viel kommen werden. Für den richtigen und weitgehendsten halte ich jedoch den internationalen. Was diesen Zwist anbelangt, halte ich die nationalen Socialisten für die schuldigen, und zwar aus Gründen, die uns Genosse Dedic vorbrachte. Unter ihnen sind Genossen, die vierzehn bis sechzehn Jahre Internationale waren, und wenn sie ehrlich wären, nicht sich hätten abwenden können. Was uns Anwesende endlich anbelangt, sind sie Alle überzeugt, daß die Interessen der czechischen und sonstigen slavischen Genossen hier gewahrt wurden und auch zuvor bis zur Genüge; haben wir denn nur einmal unsere Abstammung verleugnen müssen? Hat denn nicht Jeder sprechen können, in welcher Sprache er wollte? Deshalb verurtheile ich die Bestrebungen der Nationalen und ersuche die Genossen, auf kein Compromiß eingehen, sondern für den Antrag des Vierundzwanziger-Comités stimmen zu wollen. Ich rufe: Nazdar! der internationalen Socialdemokratie. (Rufe: Nazdar!)

Genosse Mankowski (polnisch): Ein ähnliches Verhältniß, wie es jetzt in Böhmen zutage tritt, war auch bei uns in Galizien vorhanden. Dort wurde auch eine Nationalzeitung mit dem Namen „Robotnik" gegründet. Unsere besteht noch heute, ihre aber ist trotz der Unterstützung der Bourgeoisie erst zurückgegangen und dann an Schwindsucht gestorben. Wozu die schmutzige Wäsche auf der Straße waschen? Die Herren mögen das bei sich zu Hause ausmachen. Der Deutsche soll nicht über ihre Zwistigkeiten verhandeln und einer Partei Recht geben. Lassen Sie sie die Sache selbst austragen.

Vorsitzender Genosse Neumann: Es ist der Antrag gestellt worden, die Rednerliste zu schließen. Es sind vorgemerkt die Genossen Wurstial, Burian, Hybeš.

(Der Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.)

Genosse Wurstial (czechisch): Mein Vorredner, der Pole Mankowski, hat unseren Zwist sehr gut „schmutzige Wäsche" genannt, welche wir uns in Prag waschen sollen. Wir hatten es ohnehin besorgt. Die Conferenz (1890) hat jedoch diese Angelegenheit hieher gewiesen und so kommt es vor das Plenum. Die jetzigen Vorgänge beweisen uns jedoch, daß es ganz ausgeschlossen ist, hier den Ausgleich zu erwarten, weil einige Prager Führer um jeden Preis geschützt werden müssen. Ich will nur uns davor verwahren, daß wir im Dienste des Capitals stehen, daß wir Verbündete der Jungczechen sind. Die Jungczechen sind geradeso unsere Feinde als die Altczechen und wir führen Kampf geradeso mit diesen wie mit jenen. (Rufe: Und doch geht Ihr mit ihnen! Andere: Nicht wahr!) Wir stehen auf der Hainfelder Principien-Erklärung. Ich gestehe es, daß diese Erklärung keine Nationalität, unterdrücken will, sie ist das Fundament unserer Thätigkeit und wir haben uns gegen diese nie vergangen. Hätten wir das je gethan, wären wir sicher von den internationalen Genossen angenagelt worden, denn diese haben sieben Zeitschriften, wir eine. Genosse Hybeš behauptete, die Nationalen hätten unter sich Leute, die vierzehn bis sechzehn Jahre international gewesen wären. Dem ist so. Ich und Genosse Vávra kämpften seit unserer Jugend für die socialistische Idee, mußten Noth erdulden, oft unsere Freiheit verlieren und die Existenz opfern, und heute, nach einer Reihe von Jahren, werden wir von unseren eigenen Parteigenossen verurtheilt. Es berührt mich das sehr schmerzlich, ich kann jedoch nicht anders. Nach den heutigen Vorgängen sehe ich, fängt erst recht der Kampf an, und wenn wir auch nur hundert Abnehmer haben, wie Genosse Hybeš behauptet, verzagen wir doch nicht, bis der Sieg unser ist. Wir werden so lange kämpfen, bis in der Bewegung in Prag nicht einzelne Persönlichkeiten Alles sein werden, sondern bis die gewünschte Ordnung dort platzgreifen wird. Heute sehe ich voraus, werden wir niedergestimmt werden, es kommt jedoch die Zeit, wo Sie mit uns rechnen werden müssen — und dann werden Sie uns einladen, damit wir mit Ihnen Frieden schließen; denn häuslichen Frieden bedarf die Arbeiterbewegung am meisten.

Genosse Burian (czechisch): Ich will nur noch den abtrünnigen Genossen einige Worte sagen. Der große slavische Schriftsteller Kolar sagte:

„Rufst Du einen Slaven,
— erscheine Dir der Mensch!"

Dies Wort, Genossen, ist von einem weltberühmten Czechen gesprochen worden. Hat denn nicht auch Bebel dem Bismarck gegenüber ausgesprochen: „Wir Socialdemokraten lieben alle Nationen, weil wir eine Weltnation sind. Unser Vaterland ist die ganze Welt."

Ja, unser Vaterland ist die Mutter Erde; unsere Sprache dient der brüderlichen Verständigung. Ich spreche zu Ihnen böhmisch, weil ich einer anderen Sprache nicht mächtig bin, Dr. Adler und Andere sprachen deutsch, und doch fühlen wir für die Menschheit dasselbe. Die Idee der internationalen Socialdemokratie ist die allgemeine Verbrüderung, ein die ganze Menschheit umfassendes Band, die Liebe „Aller zu Allen"! Die czechische Sprache wird erst dann ihren Triumph feiern, bis die internationale Socialdemokratie gesiegt hat; denn diese erst wird es erlauben, daß Jedermann sich ganz frei und nach allen Seiten hin entwickle; diese wird uns Alle ökonomisch, politisch und national frei, wird erst die große Menschenfamilie glücklich machen. Ist es denn nothwendig, sich darum zu kümmern, wenn irgend ein Grégr, Rieger oder Zeithamer mit irgend einem Schmeykal oder Plener sich herumstreiten, ob auf den Guldenzetteln böhmischer oder deutscher Druck sein solle, während alle Beide zusammen diesen Gulden den enterbten Arbeitern streitig machen?! Wir fürchten uns vor diesen nationalen Genossen gar nicht, ich bin überzeugt, daß wir sie nie zu fürchten haben werden. Wir haben schon mit der Erhabenheit der Idee, die wir verfolgen, Riesen aus dem Felde geschlagen, hoffentlich werden wir mit diesen Däumlingen fertig werden. Sprechen wir davon nicht mehr und ignoriren wir diese Separatisten. In den ersten vier Nummern der „Naše obrana" fand ich sehr viel Tadel der internationalen Idee und genug Schmeichelei gegenüber den Capitalisten, da warf ich es weg und las es nicht mehr. Dieser Wurstial ist nicht besser als ein gewisser Jirousek, der lange in unseren Reihen kämpfte und nun Christlich-Socialer ist. Ich bin zu Ende. (Lautes Bravo! und einige Ohrufe.)

Genosse Hybes (czechisch).

Vorsitzender Genosse Neumann: Ich erkläre hiemit die Debatte über diesen Punkt für geschlossen. Die ganze Angelegenheit ist übrigens dadurch erledigt, daß die vier Vertreter der „czechisch-nationalen Arbeiterpartei" den Parteitag verlassen haben.

Es wird nun die Resolution für Punkt V der Tagesordnung zur Verlesung gebracht.

Schriftführer Genosse Häfner (liest):

In Erwägung, daß auch die neueren Versuche auf dem Gebiete der „Sozialreform" in Oesterreich den Geist der Halbheit und Unaufrichtigkeit athmen;

in fernerer Erwägung, daß der geringe Werth dieser Gesetze und Gesetzentwürfe durch den Charakter, welchen sie in den Händen der Ausführungsbehörden, sowie durch die lässige und verkehrte Art ihrer Durchführung annehmen, fast auf ein Nichts reducirt wird;

daß insbesondere die Vorschläge zur zwangsweisen Organisation der Arbeiter, und zwar ebenso der von der Regierung eingebrachte Entwurf für Arbeiterausschüsse, Genossenschaften und Einigungsämter für Großindustrie und Bergbau, sowie die liberalerseits geplanten Arbeiterkammern, sowie im Aufbau als in der

Competenz engherzig und ängstlich, nur die Furcht verrathen, den Ausbeuterinteressen nahezutreten;

in endlicher Erwägung, daß neben der auf dem internationalen Pariser und zahlreichen nationalen Congressen geforderten Arbeiterschutzgesetzgebung nur durch eine unbeschränkte und von der Wohlmeinung der Regierung unabhängige Coalitionsfreiheit eine wesentliche Besserung in der Lage der arbeitenden Classe herbeigeführt werden kann, protestirt der Parteitag der österreichischen Socialdemokratie entschieden gegen die ungerechtfertigte weil unbegründete Aufhebung derjenigen Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom Jahre 1867, welche die Bildung freier, selbstverwalteter Arbeitervereine gewährleisteten, und protestirt weiter dagegen, daß zu Gunsten von Zwangsinstituten, für deren Dotirung — wenn schon solche Zwangscassen bestehen müssen — einzig und allein der Staat, niemals aber das ohnehin am meisten ausgebeutete österreichische Proletariat aufzukommen verpflichtet ist, die freien Arbeiterorganisationen geschädigt werden;

der Parteitag der österreichischen Socialdemokratie fordert neuerdings und eindringlichst die endliche Gewährung wahrer Coalitionsfreiheit, wodurch erst die Gleichheit der Bedingungen für Arbeiter und Unternehmer im wirthschaftlichen Kampfe der Gegenwart angebahnt wird. Er fordert aber gleichzeitig die österreichischen Genossen auf, die der Gesetzgebung bereits abgerungenen und etwa noch zu erringenden Concessionen, wie geringfügig dieselben auch sein mögen, voll und ganz im Interesse der arbeitenden Classen auszunützen.

Zusatzantrag Hauser.

Im Weiteren beschließt der Parteitag:

„Im Hinblicke auf die höchst mangelhafte und unvollständige Organisation der staatlichen Gewerbeinspection, von deren Wirksamkeit Leben und Gesundheit arbeitender Frauen, Männer und Kinder abhängt, fordert der Parteitag, wenn die Socialreform in Oesterreich keine Phrase sein soll, eine gründliche Umgestaltung dieser Institution im Sinne des Referenten, welche dahin lautet, daß

1. die Zahl der Gewerbeinspectoren den Bedürfnissen entsprechend vermehrt werde, und

2. nicht blos theoretisch gebildete, sondern praktisch erfahrene Männer und Frauen aus dem Arbeiterstande selbst auf Kosten des Staates zur Gewerbeinspection zugezogen werden."

Antrag Resel und Genossen.

Dem allgemeinen Verlangen der Arbeiterbevölkerung Rechnung tragend, fordert der Parteitag:

1. Aufhebung sämmtlicher Werks- und Betriebs-Altersversorgungscassen und Einführung der Altersversorgung durch den Staat, unter Aufsicht und Verwaltung der Versicherten.

2. Ausdehnung des gesammten Arbeiterschutzes auf die Arbeiter im Kleingewerbe, Bergbau, in der Hausindustrie und Landwirthschaft.

Vorsitzender Genosse Reumann: Ist Jemand gegen die jetzige Fassung der Resolution? (Niemand meldet sich). Es ist nicht der Fall; ich erkläre die Resolution sonach für einstimmig angenommen.

Vorsitzender Genosse Reumann: Es liegt ein Antrag vom Genossen Heinz vor, betreffend die Herausgabe von volksthümlich verfaßten Flugschriften, welchen der Vierundzwanziger-Ausschuß der politischen Volksbibliothek zuzuweisen beantragt. Sind Sie damit einverstanden? (Wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender Genosse Reumann: Es ist auch ein Antrag eingebracht worden von dem Genossen Opletal, unterfertigt von 22 Delegirten, welcher in böhmischer Sprache verfaßt ist und deutsch ungefähr folgendermaßen lautet: „Wir Unterfertigten stellen den Antrag, daß in böhmischer Sprache eine Frauenzeitung herausgegeben werde, welche sich lediglich mit Frauenorganisation und Frauenfrage beschäftige."

Genosse Sensky (Wien): Ich beantrage die Zuweisung dieses Antrages an den Vierundzwanziger-Ausschuß.

Genosse Mankowski: Die Mitglieder des Ausschusses reisen ja weg.

Genosse Rokita (Penzing): Man kann dies dem Vierundzwanziger-Ausschuß nicht überweisen, weil dessen Thätigkeit mit dem Parteitag aufhört.

Genosse Opletal als Antragsteller befürwortet seinen Antrag.

Genosse Hybes: Der Trebitscher Delegirte ist abgereist, hat aber hinterlassen, man möge den Antrag annehmen und das Blatt nach Trebitsch verlegen.

Genosse Dr. Adler: Es liegt noch ein Antrag von den Wiener Genossen vor — vielleicht wird der Eine oder der Andere dazu noch das Wort verlangen — auch hier ein Frauenblatt zu gründen. Es scheint mir nicht, daß es möglich ist, diese Anträge noch zu erörtern. Ich beantrage deshalb, nachdem auch ganz richtig gesagt wurde, daß der Vierundzwanziger-Ausschuß nicht länger Existenz habe als der Parteitag, daß der Antrag über die deutsche Frauenzeitung den Wiener Genossen, über die czechische den Brünner Genossen zur Erledigung zugewiesen werde.

Dieser Antrag wird unterstützt.

Genosse Diamant (Lemberg): Ich unterstütze den Antrag vom Genossen Dr. Adler mit dem Zusatz, daß der Parteitag sich in günstiger Weise, im Sinne der Antragsteller, darüber ausspreche.

Genosse Dr. Adler: Wir sind Alle sehr dafür, wenn es möglich ist, daß Frauenblätter gegründet werden. Aber ich bin überzeugt, daß Sie zugeben werden, es sei eine schwere Sache, und ebenso zugeben werden, daß der Parteitag Niemanden beauftragen kann, etwas zu machen, was dieser nicht machen kann. Entweder möge der Parteitag darüber berathen, oder wenn die Beschlußfassung uns zusteht, dürfen wir nicht gebunden sein. Der Parteitag kann höchstens die Wiener und Brünner Genossen beauftragen, nach Möglichkeit die Sache

zu machen, aber nicht, daß sie sich keine Rechenschaft darüber geben sollten, ob es möglich sei oder nicht.

Ueber Antrag des Genossen Mankowski wird Schluß der Debatte angenommen.

Vorsitzender Genosse Neumann: Ich lasse vorerst darüber abstimmen, welcher Antrag der weitergehendere ist. Wer stimmt dafür, daß der Antrag für die Zuweisung der weitergehendere ist?

Genosse Dr. Ellenbogen: Genosse Diamant meint wohl, daß der Parteitag sich principiell für die Herausgabe eines deutschen und czechischen Arbeiterinnenblattes ausspreche.

Genosse Diamant: Der Parteitag soll seiner Meinung Ausdruck geben, daß der Antrag auch durchgeführt werde, daß die Blätter herausgegeben und die Gründung derselben nicht ad calendas Graecas verschoben werde.

Vorsitzender Genosse Neumann: Wer ist für die Zuweisung des Antrages bezüglich der Gründung von Frauenblättern an die Wiener und Brünner Genossen? Jene Genossen, welche dafür sind, wollen die Karten erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung wird beschlossen.

Vorsitzender Genosse Neumann: Es ist ein Antrag vom Genossen Dolejšy eingebracht worden, ein täglich erscheinendes officielles Parteiblatt zu gründen, welches in klarem Style unter Vermeidung aller Fremdwörter verfaßt werde, und es werden die Genossen aufgefordert, für das Zustandekommen einer Caution Sammlungen einzuleiten.

Es wird der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt. (Dieser Antrag wird unterstützt und angenommen.)

Vorsitzender Genosse Hybeš: Es liegt ein Antrag des Genossen Roscher vor, dahingehend, daß sein Antrag bezüglich der indirecten Steuern dem Protokolle beigegeben werde. Das ist schon beschlossen worden.

Genosse Neumann: Genossen! Wir sind am Schlusse unserer Verhandlungen angelangt. Ich habe die angenehme Pflicht, im Namen der Einberufer des Parteitages allen Jenen zu danken, die zu demselben aus weiter Ferne herbeigeeilt sind. Ich habe weiter die angenehme Pflicht, überhaupt sämmtlichen Theilnehmern am Parteitage für ihr Ausharren bei dieser guten Sache zu danken und wünsche nur, daß all Dasjenige, was hier gesprochen wurde, hinausgetragen werde, daß es für unsere Organisation, für unsere Agitation Früchte trage. Von unserer Partei können wir sagen, daß sie sich von Tag zu Tag stärker und kräftiger entwickelt; dazu haben wir Alle beigetragen, dazu sind wir zusammengekommen. Das war auch der Zweck des Parteitages, und ich glaube, daß dafür Alle wirken werden, wenn sich die Genossen wieder in den Heimatsorten befinden werden. Je intensiver unsere Gegnerschaft wird, desto stärker werden auch wir uns organisiren, und wenn unsere Organisation kräftig sein wird, dann werden auch wir unseren Gegnern unüberwindlich werden. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu wirken. (Beifall.)

Genosse Höger (Wien): Ich glaube, daß ich im Namen der Wiener Genossen dem geehrten Präsidium des Parteitages den herz=

lichsten Dank aussprechen kann. Ich danke insbesonders den Genossen Schmidt, Hybeš und Dedič. Ich danke ferner den Herren, die sich der Mühe unterzogen haben, Dolmetschdienste zu leisten, und ich möchte daran den Wunsch anschließen, daß die Genossen Hybeš und Schmidt nicht nur auf kurze Zeit in unserer Mitte sind und daß es möglich sein werde, sie auf die Dauer bei uns sehen zu können. In diesem Sinne bitte ich den Dank für das Präsidium von uns entgegenzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Schmidt: Daß mir Gelegenheit geboten worden, an dem Parteitage theilzunehmen, habe ich mit Freuden begrüßt, auch darum, weil ich hier so viele Freunde habe und sie so plötzlich durch Willkür verlassen mußte. Ich hätte diesen Schritt bei der Polizei nicht selbst unternommen, wenn die Wiener Genossen nicht für mich eingetreten wären. Es hat mich gefreut, daß so viele Genossen aus ganz Oesterreich gekommen sind. Ich weiß eigentlich nicht, warum man mich ausgewiesen hat, ich weiß nur, daß man mich hier nicht dulden wollte — ich habe manchen Sturm erlebt, so manche Stadt in Oesterreich habe ich meiden müssen, doch bin ich stets Parteigenosse geblieben. Ich habe mich nach Deutschland geflüchtet, wurde auch dort ausgewiesen, ich bin wieder in Oesterreich und wirke fort für die Sache. Ich habe manchen Kampf in Noth und Elend bestanden, nie aber habe ich den Muth verloren, für die Socialdemokratie einzustehen. Mein ganzes Leben widme ich der Socialdemokratie, und ich habe mein Wort noch nie gebrochen. Alle Genossen, die am Parteitag vertreten waren, mögen die hier gefaßten Beschlüsse achten und die Bewegung wird dann eine stärkere werden. Heute streiten wir uns nicht herum, was anzufangen ist, heute sind wir soweit einig, daß wir gemeinschaftlich vorwärts drängen können, und wenn Jeder seine Schuldigkeit thut, wird unsere Sache siegen. Zum richtigen Kampfe muß man aber auch Munition haben, und es ist Aufgabe der Delegirten, daß sie darauf Rücksicht nehmen. Des Agitationsfonds darf nicht vergessen werden, denn so lange nicht mehr Leute über unsere Ideen aufgeklärt werden, solange können wir keinen Fortschritt machen.

Wo immer wir in die Agitation eintreten, erzielen wir große Erfolge, wie wir ja auch bei der Wahlagitation dort, wo wir verpönt waren, Eingang gefunden haben. Kleingewerbetreibende, Bauern, die nie etwas von der Socialdemokratie gehört haben oder nur aus gegnerischen Zeitungen darüber ihr Urtheil sich gebildet haben, haben wir durch die Agitation gewonnen. Nur durch die Agitation können wir etwas erreichen. Zum Schlusse danke ich noch den Wiener Genossen, daß Sie mir die Freude bereitet haben, daß ich einige Tage in ihrer Mitte zubringen konnte und bringe Ihnen noch die herzlichsten Grüße der Jägerndorfer Genossen. (Rauschender Beifall und Händeklatschen.)

Genosse Hybeš: Vor einigen Minuten ist von den Textilarbeitern in Brünn ein „Glückauf zur Arbeit“ eingelangt.

Genosse Neumann: In brüderlicher Weise haben während drei Tagen Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten die in Oesterreich zusammenleben, zusammengearbeitet, in brüderlicher Eintracht, da bei

ihnen nicht die nationale und Rassenfrage existirt. Eine Partei, die solche Ziele verfolgt, ihre Ziele auf Grund ernster Arbeit, die die Verbrüderung des arbeitenden Volkes anstrebt, muß eine große weltbewegende Partei sein. Ich schließe den dritten Parteitag der österreichischen Socialdemokratie, indem ich ein Hoch auf die internationale Socialdemokratie ausbringe. (Stürmische Hochrufe.)

Dann wird das „Lied der Arbeit" in deutscher und hierauf in czechischer Sprache gesungen.

(Schluß der Sitzung 10 Uhr Nachts.)

Zuschriften und Telegramme.

Aus den zahlreichen Begrüßungsschreiben seien folgende abgedruckt:

London, 26. Juni 1891. Werthe Genossen! Nehmt für die freundliche Einladung zu dem zweiten Parteitag der österreichischen Socialdemokratie meinen aufrichtigsten Dank, zugleich aber auch mein Bedauern, nicht persönlich erscheinen zu können, entgegen, und empfanget meine besten Wünsche für den erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen.

Seit Hainfeld, wo die österreichische Arbeiterpartei sich wieder auf eigene Füße gestellt, habt Ihr gewaltige Fortschritte gemacht. Das ist die beste Gewähr dafür, daß Euer neuer Parteitag den Ausgangspunkt zu neuen, noch bedeutenderen Triumphen bilden wird.

Welch unbesiegbare innere Kraft unsere Partei besitzt, das beweist sie nicht nur durch ihre einander rasch ablösenden Erfolge; nicht nur dadurch, daß sie, wie voriges Jahr in Deutschland, so dies Jahr in Oesterreich den Ausnahmszustand überwunden hat. Sie beweist diese ihre Kraft noch weit mehr dadurch, daß sie in allen Ländern Hindernisse besiegt und Dinge vollbringt, vor denen die übrigen, aus den besitzenden Classen sich recrutirenden Parteien ohnmächtig Halt machen. Während die besitzenden Classen Frankreichs und die besitzenden Classen Deutschlands sich mit unversöhnlichem Haß befehden, arbeiten französische und deutsche Proletarier Hand in Hand. Und während bei Euch in Oesterreich die besitzenden Classen der verschiedenen Kronländer im blinden Nationalitätenhader des letzten Restes von Fähigkeit zur Herrschaft verlustig gehen, wird ihnen Euer zweiter Parteitag das Bild vorführen eines Oesterreichs, das keinen Nationalitätenhader mehr kennt, des Oesterreichs — der Arbeiter.

Friedrich Engels.

* * *

National-Union der Gasarbeiter und sonstige Arbeiter in Großbritannien und Irland. (80.000 Mitglieder.)

London, 23. Juni 1891.

An den Congreß der österreichischen Socialdemokratie in Wien.

Werthe Genossen! Am 28. d. M. haltet Ihr Euren Parteitag ab. Die Grüße und Glückwünsche, die Ihr uns zu unserem Congresse gesendet habt, erwidern wir herzlich

Wir wünschten, daß wir, wie Ihr thatet, im Namen aller organisirten Arbeiter unseres Landes schreiben könnten. Das können wir nicht, aber wir schreiben im Namen von vielen Tausend Männern und Frauen, die nicht nur die Gasarbeiter, sondern mehr als siebzig Branchen in Großbritannien und Irland repräsentiren. Und obwohl wir nur eine der vielen Unionen und Organisationen darstellen, macht sich doch deutlich der wachsende Zug und Wunsch nach Vereinigung dieser vielen Verbände und — was noch wichtiger ist — nach Bildung einer klar bestimmten, politischen Arbeiterpartei geltend.

Unsere Union machte, wie Ihr wißt, vor einiger Zeit den Versuch, die Arbeiter aller Länder in engere Beziehung zu bringen; denn wir glauben, wie Ihr, an die Internationalität der Arbeit und des Classenkampfes. Wir anerkennen in unserer Union keinen Unterschied von Nation noch Geschlecht. Für uns ist die Gesellschaft nur getheilt in Capital und Arbeit, Unternehmer und Arbeiter, Ausbeuter und Ausgebeutete und alle Begebnisse des Tages nur Zwischenfälle im Kampfe dieser Mächte.

Wenn es auch wahr ist, daß Ihr Euren Kampf unter furchtbar schweren Bedingungen zu führen habt, sollt Ihr nicht vergessen, daß auch im „freien England" das Capital keineswegs unterläßt, „Gesetz", Verwaltung, Polizei, zuweilen auch Soldaten gegen uns zu verwenden. Und wir bitten Euch, zu glauben, daß, wenn wir ein Gewerkverein sind, der zunächst für gesetzliche Abkürzung der Arbeitszeit, für höhere Löhne und bessere Lebenslage unserer Classe kämpfen, daß wir doch, wie Ihr, das Alles nur als Mittel zum Zwecke ansehen. In der Einleitung unserer Statuten heißt es: „Die Armee der Arbeiter muß durch ihre Organisation und Vereinigung unaufhaltsam ihrem letzten Ziele zustreben — der Emancipation der Arbeiterclasse". In Eurem Streben nach diesem Ziele, in Eurem edlen Kampfe im großen Streite könnt Ihr sicher sein, daß Ihr unsere Sympathie für Euch habt, und wir sind überzeugt, daß angesichts des Werkes, das Ihr und unsere Genossen in anderen Ländern so tapfer verrichten, der Kampf enden wird mit dem Siege des Proletariates.

Es lebe die internationale Vereinigung der Arbeiterclasse.

Mit Brudergruß für das Executiv-Comité:

Eleanor Marx-Aveling, W. Thorne, General-Secretär.

* * *

Der Nationalrath der französischen Arbeiterpartei an die zum Congresse versammelten Delegirten der österreichischen Socialdemokratie:

Paris, 26. Juni 1891. Der Nationalrath der französischen Arbeiterpartei nahm in seiner Sitzung vom 24. Juni Euere brüderliche Einladung zur Kenntniß und beauftragt mich, Euch mitzutheilen, daß er leider keinen Delegirten nach Wien senden kann, aber Eueren Congreß mit seinen besten Wünschen begleitet.

Die Energie, der Geist und die Disciplin der Arbeiter Eueres Landes haben Euch den Triumph verschafft über die Manöver der Polizei und Euch möglich gemacht, den 1. Mai 1890 mit einem

Glanze und einer Großartigkeit zu feiern, so daß dieser Tag Euch an der Spitze des internationalen Proletariats marschirend gezeigt hat.

Die österreichische Regierung droht jene Verfolgungen gegen Euch zu verdoppeln, welche bisher Euch geeinigt und Euere Kraft verstärkt haben; sie brennt darauf, Bismarck nachzuahmen, welcher durch sein Socialistengesetz dazu beigetragen hat, die mächtigste socialistische Partei auszubilden, und welchen durch seine Ausweisungen es gelungen ist, den Socialismus in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu importiren.

Wir sind auch in Frankreich der Gegenstand der Aufmerksamkeit der Regierung; sie sucht unsere Bewegung durch Polizeimaßregeln, Kerker und Füsilladen zu erdrücken. Nachdem die Regierung die Socialisten in Fourmies massakrirt, gegen sie in allen Städten am 1. Mai mit Säbel und Flinte losgegangen, setzt sie ihr Werk durch Justizverfolgungen fort.

Aber die Verfolgungen sind nothwendig für die Verbreitung des Socialismus und wir wollen die Regierung in ihrer socialistischen Propaganda nicht behindern.

Hoch die österreichische Arbeiterpartei!

Hoch die internationale Socialdemokratie!

Für den Generalrath der französischen Arbeiterpartei:

Paul Lafargue, Secretär.

* * *

Kopenhagen, 26. Juni 1891. An den Parteitag der österreichischen Socialdemokratie in Wien. Werthe Genossen! Eure freundliche Einladung, an Eurem diesjährigen Congreß theilzunehmen, haben wir erhalten, bedauern aber sehr, weil unsere Mittel zu schwach sind und bei der Nähe des bevorstehenden internationalen Congresses, bei den Verhandlungen nicht vertreten sein zu können.

Indem wir Euch schriftlich unsere brüderlichen Grüße und die Versicherung herzlichster Sympathie senden, können wir nicht umhin, Euch, werthe Genossen, in Anbetracht der überaus schwierigen Verhältnisse, unter denen Ihr in dem reactionärsten Polizeistaate Europas — von Rußland abgesehen — zu kämpfen und zu leiden habt, unsere Bewunderung für Eure Ausdauer und Pflichterfüllung auszusprechen!

Wir wünschen und hoffen, daß Euer Congreß die erwarteten Resultate zeitigen möge, und daß Ihr auch fernerhin in den vordersten Reihen des internationalen Proletariats mitkämpfen werdet, um dessen baldige Befreiung zu erringen!

Hoch die internationale Solidarität!

Mit socialistischem Gruß und Handschlag

Für die revolutionär-socialistische Arbeiterpartei in Dänemark:

das Redactions-Comité des „Arbejderen"

i. A. R. Jentzsch, Secretär.

* * *

Haag, 23. Juni 1891. Werthe Genossen! Die holländische socialdemokratische Partei folgt mit großem Interesse den Streit, welchen ihre Genossen in Oesterreich führen, wo die Verfolgung nicht kleiner ist als in Deutschland. Wir haben Ehrfurcht für den

Muth, die Ausdauer und Kraft, welchen sie gezeigt haben und wodurch es ihnen gelungen ist, die Fundamente zu legen einer kräftigen, ihrer und ihres Zieles bewußte Arbeiterpartei.

Es ist uns nicht möglich, einen der Unseren zu delegiren, um unsere Sympathie und unsere Solidarität zu überbringen. Darum thun wir es brieflich. Im Geiste sind wir mit Euch auf Euerem Parteitag und arbeitend an der österreichischen Socialdemokratie, arbeitet Ihr gleicherzeit an der internationalen Socialdemokratie. Nicht die Grenzen, nicht die Sprachen, nicht die Formen können uns trennen, wo wir uns eins fühlen im Denken und Arbeiten dem gemeinschaftlichen internationalen Feinde, dem Capitalismus, gegenüber. Darum schicken wir an den Congreß einen freundschaftlichen Gruß aus der Ferne und bringen ein Hoch auf die österreichischen Genossen, ein dreifaches Hoch auf die internationale Socialdemokratie.

F. Domela Nieuwenhuis.

* * *

Stuttgart, den 25. Juni 1891. Werthe Genossen! Ich danke für Euere Einladung und bedauere lebhaft, daß es mir unmöglich ist, ihr Folge zu leisten. Ich bedaure es umsomehr, als der jetzige Congreß von einer besondern Bedeutung ist. Auf allen bisherigen Congressen der Socialdemokratie Oesterreichs handelt es sich darum, die Grundlagen, die Vorbedingungen einer praktischen Wirksamkeit zu schaffen, der jetzige Congreß ist dagegen nothwendig geworden, weil die Partei in einen Ueberfluß praktischer Aufgaben hineingerathen ist.

Mit dem Hainfelder Congreß hat eine neue Aera für die Socialdemokratie Oesterreichs begonnen. Die Einigung und die Schaffung eines Programms, das allen wissenschaftlichen wie praktischen Anforderungen entspricht, kamen eben rechtzeitig, um die Partei in Stand zu setzen, allen den großen Anforderungen gerecht zu werden, die das lawinenhafte Anschwellen der Arbeiterbewegung in den letzten zwei Jahren an sie stellte. Dank der Geschlossenheit, der Zielbewußtheit und der Begeisterung der Genossen ist es ihnen gelungen, die vielen Aufgaben, die ihnen gestellt wurden, in glänzendster Weise zu lösen. Von dem Hainfelder Parteitag an haben sie Sieg auf Sieg erfochten — vor Allem in den glorreichen Maifeiern, in denen, man kann es ohne Uebertreibung sagen, das österreichische Proletariat an der Spitze der internationalen Socialdemokratie marschirte.

In allen den Kämpfen, die der Aufschwung der Arbeiterbewegung in den letzten zwei Jahren hervorrief, haben die Proletarier Oesterreichs nur einen Freund, eine Stütze gefunden, die Socialdemokratie. Nirgends haben alle anderen Parteien sich so feige, so verrätherisch, so niederträchtig dem Proletariate gegenüber benommen, wie in Oesterreich. Die Folge davon war, nicht die Unterdrückung der Arbeiterbewegung, sondern die Förderung der Socialdemokratie. Unsere Staatsmänner haben es glücklich soweit gebracht, daß Arbeiter und Socialdemokrat in Oesterreich gleichbedeutende Begriffe geworden sind, daß jeder Erfolg einer kämpfenden Arbeiterschicht ein Erfolg der Socialdemokratie ist, daß jedes Attentat auf die

Bewegungsfreiheit der Socialdemokratie ein Attentat wird auf die Lebensbedingungen der Arbeiterclasse.

Viel weniger als in den Verfolgungen der Behörden lag unsere Schwäche früher in der Indifferenz der großen Arbeitermasse begründet. Die Einheit von Arbeiterschaft und Socialdemokratie ist es, die jetzt dieser ihre Macht im Staate gibt. Ja, die Socialdemokratie ist seit den Tagen von Hainfeld in Oesterreich eine Macht geworden, trotz der politischen Rechtlosigkeit des Proletariats. Diese Rechtlosigkeit ist heute nicht mehr eine Schranke, die den Siegeslauf der Socialdemokratie aufhält, sie ist nur noch ein Vorhang, hinter dem unsere Gegner ihre Ohnmacht verstecken. Um so erbärmlicher werden sie dastehen, wenn es uns gelingt, diesen Vorhang zu zerreißen.

Wir haben heute nicht mehr unsere Principien zu discutiren, nicht mehr bittere Gegensätze in unsern Reihen zu schlichten. Wir discutiren heute, was wir zu thun haben, um unsere Machtstellung zu erweitern, und in welcher Weise wir den besten Gebrauch von unserer bereits gewonnenen Macht im Interesse des Proletariats machen können: welch gewaltiger Fortschritt in zweieinhalb Jahren!

Möge es dem Wiener Parteitage gelingen, ebenso gewaltige Fortschritte anzubahnen, wie der Parteitag zu Hainfeld. Die Situation ist günstig. Der alte politische Mechanismus ist völlig eingerostet, indeß seine Triebkraft, die socialen Interessengegensätze, immer stärker wird. Die Consequenzen dieses Zustandes sind leichter gedacht, als ausgesprochen — wenigstens in Oesterreich.

Ein Parteitag in einer solchen Situation ist von mehr als gewöhnlicher Bedeutung. Ich zweifle nicht, daß seine Arbeiten seiner Bedeutung entsprechen werden. Genossen, ich wünsche Euch den besten Erfolg.

Hoch die internationale Socialdemokratie!

Mit socialdemokratischem Gruße

Karl Kautsky.

Inland.

In deutscher Sprache.

Asch. Die Genossen. — Aussig. Die Töpfergenossen. — Bielitz. Die Genossen der Metallbranche. — Brünn. Brünner Parteigenossen. Brünner Metallarbeiter. — Budapest. Schuhmacher. Ungarländische Schuhmacher. Die Tischler Ungarns. Die Redaction der „Arbeiterpresse" und „Nepszava". — Deutsch-Feistritz. Die Genossen. Von den classenbewußten Arbeitern. — Deutsch-Liebau. Die Genossen. — Franzensbad. Die Schneidergehilfen. — Franzensthal. Die Genossen. — Gmunden. Die Genossen. — Graz. Die Genossen. Die Eisen- und Metallarbeiter. — Hallein. Die Parteigenossen. — Hainsdorf. Genossen des Bezirkes Friedland. — Hainfeld. Die Genossen. — Hohenems. Die Vorarlberger Genossen. — Hohenfurt. Gen. Mauller. — Innsbruck. Die Genossen in Pradl. — Jablonetz an der Iser. Gen. Anton Fanta. — Jägerndorf. Die Parteigenossen. — Karbitz. Die ersten Kohlengräber von Karbitz. — Köflach. Die Genossen Köflachs und Umgebung. — Kosten. Die Arbeiter Kostens und

Umgebung. — Kraßlitz. Die Genossen von Eibenberg und Umgebung. — Kremnusch-Hostowitz. Die Genossen. — Kufstein. Gen. Josef Schmidt. — Linz. Die Genossen. — Lemberg. Die Genossen. Die Bauarbeiter. Die Bäckerarbeiter. Radicale russische Studenten. — Leoben. Die Genossen. — Mödling. Meidling. Die Genossen. — Morgenstern. Die Genossen. — Neualgersdorf. Genosse Beigl. — Niemes. Die Genossen. — Prag. Die Glasarbeiter. — Preßburg. Versammelte Wiener und Preßburger Genossen. — Römerstadt. Die Genossen. — Salzburg. Die Genossen. — Schwechat. Die zielbewußten Genossen. — Seifhennersdorf. Die Genossen von Warnsdorf und Seifhennersdorf. — Spital. Die Zielbewußten. — Sternberg. Die Genossen. — Tremles. Die Genossen. — Villach. Die Genossen. Die Feldkirchner und Villacher Genossen am Ossiacher-See. — Wernstadt-Schönau. Genosse Wilhelm. — Weyer. Die Genossen. — Wilhelmsburg. Ziel- und classenbewußte Genossen. — Wien. Rudolfsheimer Genossen. Die kroatischen Arbeiter. Gemaßregelte Wiener Buchdrucker. Die organisirten Arbeiter von der Landstraße. Die Theilnehmer des Waldfestes vom II. Bezirke. Wien-Ottakring. Der tagende Congreß der Bauarbeiter. — Wiener-Neustadt. Die Eisenarbeiter. Die Zielbewußten vom Kleingewerbe. — Teschen. Die Buch-arbeiter. — Tetschen. Die Genossen von Tetschen-Bodenbach. — Znaim. Fachverein der Dreher und Former. — Die Maler-Sektion. — Zwittau. Die Genossen.

In czechischer Sprache.

Brünn. Die Textilarbeiter. Die Schneidergehilfen. — Butschowitz. Die Arbeiterschaft. — Groß-Bittesch. Die Genossen. — Hussowitz. Die Genossen. — Kladno. Die Genossen. — Komotau. Die Genossen. — Königgrätz. Die Arbeiterschaft. — Prag. Die Genossen von Klonzař. Genosse David Wild. Die Socialdemokraten. Die Schuhmachergehilfen. Die internationalen Arbeiter. Die Genossen. Die internationalen Socialdemokraten. — Proßnitz. Genossen Marschall, Kubala, Hinz. Die Genossen. — Rakonitz. Die Genossen. — Raudnitz. Die Genossen von Raudnitz und Umgebung. — Serowitz. Die Genossen. — Smichow. Die Genossen. — Taus. Die Genossen. — Trebitsch. Die czechischen Genossinnen. Die czechischen Genossen. — Usti-Orlici. Die Genossen. — Walachisch-Meseritsch. Die Genossen. — Žiskov. Genosse Mára.

In polnischer Sprache.

Lemberg. Die Genossen. — Przemysl. Die socialdemokratischen Arbeiter.

Ausland.

Baiern.

München. Die Socialdemokraten Münchens.

Dänemark.

Kopenhagen. Redactionscomité des „Arbejderen“.

Deutschland.

Berlin. Frau Ihrer. Die österreichischen Genossen. Die polnischen Socialdemokraten. Genosse Bebel namens der Parteileitung. — Braunschweig. Die Socialdemokraten Braunschweigs. — Cöln. Die öster-

reichischen Genossen. Die österreichischen Parteigenossen Cöln, Düsseldorf, Elberfeld, Crefeld und Bonn. — Gera. Die österreichischen Genossen. — Halle a. d. S. Die Parteigenossen. — Hannover. Gen. Häfner. — Pfersen. Die zielbewußten österreichischen Genossen. — Posen. Die Socialisten. — Westphalen. Die czechischen Socialdemokraten.

Frankreich.

Paris. Socialdemokratischer Leseclub. Der communistische Arbeiter-Leseclub.

Italien.

Mailand. Filippo Turati.

Rumänien.

Bukarest. Die deutschen Socialdemokraten.

Schweden.

Stockholm. Die Genossen.

Schweiz.

Bern. Redaction des „Schweizerischen Socialdemokrat". — Winterthur. Die deutschen Socialisten.

Präsenz-Liste.

Niederösterreich.

Baden: Johann Hatzl; Ebergassing: Wilhelm Leupold; Floridsdorf: Franz Poppenwimmer; Hainfeld: Mathias Steffler; Krems: Felix Taubner; Mödling: Friedrich Klein; Ober-Grafendorf: Heinrich Höllriegl; Platt: Johann Putz: Pottendorf: Jakob Ulbrich; Ternitz: Hans Duchan, Hermann Knoth; Wien: Dr. V. Adler, L. A. Bretschneider, Rudolf Pokorny, Julius Popp, Jakob Reumann, Hans Czermak, Rudolf Hanser, Adolf Heimann, Karl Mopils, August Robida, Ferdinand Leißner, Eduard Brosch, Josef Opella, Julius Walther, Heinrich Beer, Ludwig Exner, Franz Schuhmeier, Ludwig Wutschel, Dr. Friedrich Ellenbogen, Robert Dittrich, Gustav Häfner, Josef Tobola, Franz Neururer, Anton Gerin, Franz Geßner, Josef Schen, Frau Franziska Salomon, Franz Dvořak, Simon Sensky, Andreas Grosse, Laurenz Widholz, Alexander Bizo, August Chwalla, Karl Höger, Alois Ansobsky, Anton Schramel, Leopold Hasler, Franz Humitsch, Franz Linsenmayer, Emil Pelikan, Adolf Bauer, Josef Widitz, Emil Kralik, Johann Winzig, Frau Victoria Köfler, Alois Krejci, Johann Opletal, Josef Klier, Johann Swoboda, Karl Korčinek, Josef Pawlik; Wiener-Neustadt: Johann Dolejši; Wilhelmsburg: Georg Schürhagl.

Oberösterreich.

Linz: Johann Neander, Anton Weiguny; Spital a. Pyhrn: Johann Lala, Raimund Reiter; Steyr: Karl Auer, Gottfried Spieller; Mauthausen: Paul Breithofer.

Salzburg.

Hallein: Jakob Prähauser; Salzburg: Franz Egger.

Steiermark.

Graz: Eduard Ehrlich, Johann Resel, Josef Gaus, Vitus Käfer, Mathias Krainer; Köflach: Heinrich Franz; Voitsberg: N. Steiner.

Tirol und Vorarlberg.

Bludenz: Johann Flöckinger; Bozen: Johann Lagger, Innsbruck: Ignatz Saska, Leo Schöpf.

Kärnten.

Klagenfurt: Alfred Denzler; Villach: Peter Bierkopf.

Krain.

Laibach: Anton Grablowetz, Ludwig Zadnik.

Istrien.

Triest: Carlo Ucekar.

Galizien.

Krakau: H. Englisch; Lemberg: F. Daczinsky, J. Daniluk, Hermann Diamant, Anton Mankowski.

Böhmen.

Albrechtsdorf bei Gablonz: Reinhold Seidel; Bechlin bei Raudnitz: Paul Horaczek; Budweis: Adolf Prohaska; Dušniki: Franz Arnold; Eichwald bei Teplitz: August Ehnert; Elbogen: Anton Hahn, Wilhelm Zimmermann; Falkenau a. d. Eger: Simon Stark; Grottau: Franz Neumann; Haindorf: Robert Köhler; Hudlitz: Peter Zinger; Karbitz: Franz Hackel, Wenzel Hille, Kittlitz: Rudolf Wedlich; Kladno: Karl Dedič, Anton Belohradsky, Alois Pospischil; Kratzau: Karl Herrmann; Nimburg: Karl Lambauer; Prag: Vilem Körber, Josef Steiner, Mathias Benák, Vilem Černy, Josef Chuman, Jean Handlíř, Jean Hromada, Franz Křižek, Alois Naunlek, Josef Pompe, Franz Schaller, Wenzel Stašny, Albert Stejska, Wenzel Stoure, Anton Stolz, Jean Vávra, Jean Vilovsky, Franz Waniek, Jean Wurstial; Reichenberg: Eduard Rieger, Josef Schiller, Josef Beranek; Franz Roscher; Gablonz: Anton Schäfer; Rumburg: Jakob Abdank, Josef Aschermann; Schwarzwasser: Willibald Scholz; Theresienstadt: Franz Müller; Tousen: Josef Schwab; Warnsdorf: Eduard Sieber; Weißkirchen: Anton Czernovsky.

Mähren.

Bautsch: Anton Hallaschka; Brünn: Josef Hannich, Josef Hybeš, Carl Dundela, Johann Czermak, Franz Komprda, August Skaunitz, Franz Zinburg; Groß-Ullersdorf: Max Müller Klonbončky: Wenzel Hanak; Lipian: Johann Chmelka

Mähr.-Neustadt: Wilhelm Neumann; Neutitschein: Ignatz Bill; Nieder-Hermesdorf: Roman Richter; Prerau: Ignatz Vavrouš; Proßnitz: Josef Ostadal, Franz Zedníček; Tschuschitz: Ignatz Freidl; Trebitsch: Franz Beneš, Franz Dvořak; Walachisch-Meseritsch: Franz Hladky; Witkowitz: Josef Bilowitzky; Zwittau: Ferdinand Čech, Franz Heinz, Roman Siegl.

Schlesien.

Freudenthal: Josef Jahn; Jägerndorf: Hugo Schmidt, Wilhelm Zimmermann; Odrau: Alois Zimmermann; Troppau: J. Weiser; Wigstadtl: Fanny Malcher, Karl Potsch.

„Glühlichter“ (humoristisch-satirisch). Wien. Redaction und Administration Am Bergl 1. Erscheint monatlich zweimal. Vierteljährig für Wien 35 kr., für Oesterreich-Ungarn 40 kr.

„Graphische Nachrichten“. Wien. Redaction und Administration: Neulerchenfeld, Peyerlgasse 11. Erscheint am 1. und 16. jeden Monats. Vierteljährig 36 kr.

„Heslo“ (slavisch). Prag. Redaction und Administration: Pstroßgasse 189. Erscheint zweimal des Monats. Vierteljährig 35 kr.

„Hlas lidu“ (slavisch). Proßnitz. Redaction und Administration: Stefansgasse 6. Erscheint am 1. und 3. Donnerstag des Monats. Vierteljährig 40 kr.

„Oesterr. Metallarbeiter“. Wien. Redaction und Administration: IV., Hundsthurmerstraße 4. Erscheint jeden 1. und 3. Freitag des Monats. Vierteljährig 30 kr.

„Nachrichten“ (Organ der Wiener Tapezierergehilfen). Wien. Redaction und Administration: VI., Dreihufeisengasse 7. Erscheint monatlich einmal jeden zweiten Freitag. Vierteljährig 20 kr.

„Nazdar“ (slavisch). Prag. Redaction und Administration: Pstroßgasse 189. Erscheint zweimal des Monats. Vierteljährig 40 kr.

„Nordböhmischer Volksbote“. Organ für die arbeitende Bevölkerung. (Publications-Organ der Arbeiter der Glas- und Keramikwaarenbranche.) Steinschönau Nr. 560. Erscheint wöchentlich einmal jeden Freitag. Vierteljährig 70 kr.

„Obuvnik“ (slavisch). Prag, Smichow. Erscheint monatlich zweimal. Vierteljährig 25 kr.

„Odborny časopis hájicí sájmy dělnictva mlynářskeho“ (slavisch). Prag-Žiskov, Sinanska ulice 170. Vierteljährig 40 kr.

„Odborný list dělnictva textilního“ (slavisch). Brünn. Redaction und Administration: Josefstadt 21. Erscheint jeden 2. und 4. Donnerstag.

„Odborný Listy krejči“ (slavisch). Proßnitz. Redaction und Administration: Friedhofgasse 4. Erscheint jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat. Vierteljährig 30 kr.

„Praca“ (polnisch). Lemberg. Redaction: Ulice Batorego 28. Erscheint monatlich zweimal. Vierteljährig 65 kr.

„Pekař“ (slavisch). Prag. Redaction und Administration: Schneckengasse. Erscheint zweimal des Monats. Vierteljährig 25 kr.

„Rakcuský Rovodělník“ (slavisch). Prag. Redaction: Prag-Žižkov, Rokytearová tř. Administration: Prag-Karolinenthal, Královská tř. 73. Erscheint monatlich zweimal. Vierteljährig 30 kr.

„Rašple“, humoristisch-satyrisches Arbeiterwitzblatt (slavisch). Brünn. Redaction und Administration: Josefstadt 21. Erscheint einmal des Monats. Halbjährig 35 kr.

„Rovnost“ (slavisch). Brünn. Redaction und Administration: Josefstadt 21. Erscheint am 2. und 4. Mittwoch jeden Monats. Vierteljährig 35 kr.

„Socialni demokrat“ (slavisch). Prag. Redaction und Administration: Pstroßgasse 189. Erscheint jeden 2. und 4. Donnerstag des Monats. Vierteljährig 40 kr.

„Solidarität“. Organ der Arbeiter der Glas-, Porzellan- und Thonwaaren-Industrie. Reichenberg. Redaction und Administration: Sprung Nr. 7 neu. Vierteljährig 55 kr.

„Der Textilarbeiter“. Reichenberg. Redaction und Administration: Wallensteinstraße 15. Erscheint zweimal des Monats. Vierteljährig 25 kr.

„Tischler-Zeitung“. Wien. Redaction, Administration und Expedition V., Hundsthurmerstraße 37–39. Erscheint am 2. und 4. Samstag jeden Monats. Vierteljährig 40 kr.

Druck von Carl Steinhardt & Cie. (verantw. Leiter Gustav Röllig), Wien

